Autorenkollektiv

10 Jahre "deutsche Einheit":

Der Nazi - Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

Nazis, Staat und Medien - ein Braunbuch

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

VKS GmbH
Postfach 10 20 51
63020 Offenbach
1. Auflage 2000
ISBN 3-932636-37-6

Vorwort

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation" wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch" bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach 10 Jahren „Einheit Deutschlands" seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „links-fortschrittliche" Kreise.

Die ungeheure Zunahme des Nazi-Terrors, den es auch schon vor 1990 gab, läßt sich nur im Zusammenhang mit der grundlegenden Entwicklung und den Besonderheiten des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus selbst erklären. Der Nazi-Terror zeigt in alarmierender Weise die aggressiven Ziele des deutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus.

Der heute existierende deutsche Imperialismus ist kein neu entstandener Imperialismus, sondern ist im Kern derselbe deutsche Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, derselbe Imperialismus, der im Zweiten Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Völkermord durchgeführt hat. Er ist eben im Kern derselbe Imperialismus, der schon zweimal bewiesen hat, daß er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wieder wettzumachen. Er ist im Kern derselbe Imperialismus, der sich selbst bei den räuberischsten Aktionen auf breite Teile der Bevölkerung stützen konnte, unter anderem, weil von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Massen noch nie ein radikaler Bruch mit der herrschenden Klasse in Deutschland durchgeführt wurde. Dies hat seinen Militarismus und Revanchismus, den deutschen Militarismus und den deutschen Revanchismus besonders ausgeprägt.

Der in seiner Macht zunächst auf das Staatsgebiet Westdeutschlands beschränkte deutsche Imperialismus hat sich nach seiner Niederlage 1945 relativ schnell wieder zu einer der stärksten imperialistischen Großmächte entwickelt. Mit seiner Einverleibung der DDR und Westberlins, der revanchistischen sogenannten „Wiedervereinigung", hat der westdeutsche, heute wieder deutsche Imperialismus einen großen Schritt getan, um die Ergebnisse seiner historischen Niederlage im zweiten Weltkrieg rückgängig zu machen. Er hat es damit geschafft, sein Territorium bis zur Grenze Polens zu erweitern. Ihm ist es gelungen, die volle Souveränität über ganz Deutschland wieder zu erringen, ohne einen Friedensvertrag abschließen zu müssen, mit all den damit verbundenen berechtigten Forderungen nach Entschädigung der Millionen Opfer der Nazi-Herrschaft und nach Reparationsleistungen an die von den Nazifaschisten geschundenen Völker. Dieser Erfolg stützt die Fortsetzung und Intensivierung der revanchistischen Propaganda und Politik als wesentliche Basis, um die werktätige Bevölkerung durch die systematische Schürung des deutschen Nationalismus und Chauvinismus an die kriegstreiberische Expansionspolitik der deutschen Imperialisten für ihre weitergehenden Ziele zu binden. Das ist auch der reale bedrohliche Hintergrund dafür, daß systematisch daran

gearbeitet wird, die gesamte verbrecherische Vergangenheit des deutschen Imperialismus zu beschönigen, insbesondere das ganze Ausmaß und die Einmaligkeit der Verbrechen des Nazifaschismus systematisch „neu zu bewerten", zu relativieren und überhaupt zu leugnen. Meilensteine auf diesem Weg waren die Rehabilitierung der nazifaschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS, die Ehrung der Gräber von SS-Mördern durch höchste Repräsentanten des deutschen Imperialismus auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985 sowie der 1986/87 entfachte sogenannte „Historikerstreit", bei dem die Einmaligkeit des industriell durchgeführten Völkermords an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma geleugnet wurde. Dazu gehört aber z. B. gerade auch das Urteil zugunsten des Nazis Deckert, wonach *„ das bloße Bestreiten der Gaskammermorde den Tatbestand der Volksverhetzung nicht erfüllt..." (Zitiert nach Der Spiegel, Dokument 3, Mai 1994, S. 12)* und die sogenannte „Walserdebatte", daß nun endlich Schluß damit sein müsse, Auschwitz als „Keule" zu verwenden.

Besonders durch den imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien demonstriert der deutsche Imperialismus, Militarismus und Revanchismus – entgegen allen Vereinbarungen der Staaten der Anti-Hitler-Koalition 1945 – daß er längst als eigenständiger Kriegsherd, als imperialistische Großmacht mit besonderer Aggressivität wiedererstanden und erstarkt ist, die zum ersten Mal seit 1945 wieder als kriegführende Macht deutsche Soldaten morden läßt. „Die Nachkriegszeit ist endgültig abgeschlossen" – mit diesem Schlachtruf meldet der deutsche Imperialismus heute unverhohlen seine weltweiten imperialistischen Ansprüche an, die er mit allen Mitteln, also auch imperialistischen Kriegen und Aggressionen verfolgt. Damit verstärken sich all die besonders reaktionären Eigenschaften und Methoden, die den deutschen Imperialismus seit seiner Entstehung auf seinem Weg der Aggressionen und imperialistischen Kriege nach außen sowie der Unterdrückung nach innen bis hin zur Niedermetzelung von Tausenden und Millionen kennzeichnen.

Was die Nazis heute offen propagieren und betreiben, steht daher keineswegs im Gegensatz zu den grundlegenden Zielen des deutschen Imperialismus, sondern entspricht im Kern diesen Zielen. In der Substanz ist es im Grunde das Programm, das die deutschen Imperialisten mit ihrem Staat, besonders der Armee und Polizei, zukünftig selbst erbarmungslos durchführen, wenn dies die Durchsetzung ihrer Hegemonialinteressen erfordert. Das ist die entscheidende Kraftquelle für die zunehmende Aggressivität und Brutalität, mit der die Nazis in den letzten Jahren auftreten. Die stärkste Waffe beim Vormarsch der Nazibewegung in Deutschland ist die inhaltliche Übereinstimmung in den zentralen Fragen, den zentralen Zielen der Nazis mit den Parlamentsparteien des deutschen Imperialismus, vor allem aber mit den eigentlichen imperialistischen Machthabern in den Schaltzentralen des deutschen Finanzkapitals selbst: Deutscher Chauvinismus in Theorie und Praxis, Großmachtpläne und Kriegsvorbereitung nach außen, Abschiebungen und Abschreckungsterror.

Sieben Etappen des Nazi-Terrors von Hoyerswerda bis Düsseldorf

Im Hintergrund steht der systematische arbeitsteilig betriebene Chauvinismus praktisch aller Parteien des Bundestags und nahezu sämtlicher Medien im Zusammenhang mit dem nationalen Taumel nach der Einverleibung der DDR. Das „nationale Projekt" heißt – nach innen gerichtet – „Ausländer rausekeln", „Ausländer abschieben", „abschrecken" durch Polizei, Mord, Totschlag und Brandstiftung sowie tägliche juristische Schikanen. Verschiedene Abteilungen, die sich manchmal in die Quere kommen, arbeiten daran: Staatsanwälte, Richter, Medien, Polizei, politische Parteien, Nazis usw. Die bürgerliche Presse lieferte in dieser Zeit dieselben rassistischen und chauvinistischen Stichwörter wie z. B. die „National-Zeitung" der

Nazis. Der Herbst 1991 bildete zugleich den Höhepunkt dieser bewußten und systematischen Kampagne gegen das verfassungsrechtlich verankerte Asylrecht. Große Teile der deutschen Bevölkerung werden chauvinistisch verhetzt.

Seit Anfang der 90er Jahre – nicht zufällig zur selben Zeit, in der die „deutsche Einheit" zustande kam – war ein Gesamtklima in diesem Land entstanden, das es erlaubte, systematisch landesweit nächtliche Anschläge durchzuführen. Das wurde möglich durch ein Zusammenspiel von legalen nazistischen Organisationen und illegalen nazistischen Kleingruppen. Nazikader wurden systematisch in die Ex-DDR geschickt, um auch dort ihre Infrastruktur aufzubauen. Für die Durchführung ihres nazifaschistischen Terrors können die Nazi-Organisationen in Deutschland und international auf ein immer weiter ausgebautes Netzwerk zurückgreifen, in dem die deutschen Nazis eine führende Rolle spielen. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch die reaktionären, vor allem auch vom deutschen Imperialismus angefachten Kriege im ehemaligen Jugoslawien, wo Nazifaschisten vor allem auf der Seite der in der Tradition der faschistischen Ustascha stehenden kroatischen Reaktionäre teilnahmen, sich militärisch schulten und nicht zuletzt an große Waffenarsenale herankamen. In dieser Atmosphäre und Situation können es sich die Nazis erlauben, sogar bei Tage, auf U-Bahnstationen, auf Straßen und Parks ihren Terror auszuüben, ihre Opfer lebensgefährlich zu verletzen und zu ermorden.

Mehr als 100 Menschen wurden von den Nazis seit 1990 ermordet – wobei dies nur die in der bürgerlichen Presse dokumentierten Nazimorde sind. Die Zahl der Verletzten beträgt ein Vielfaches. Jeden Tag kommt es in Deutschland zu Dutzenden Nazi-Verbrechen. Nicht nur Morde und Brandanschläge, auch die alltäglichen Rempeleien, Anpöbeleien, Prügeleien mit eindeutig rassistisch-nazistischem Hintergrund haben ungeheuer zugenommen. Der Nazi-Terror richtet sich dabei gegen alle von den Nazis als „undeutsch" angesehenen Menschen, „Ausländer", Menschen mit anderer Hautfarbe, jüdische Menschen, aber auch gegen Behinderte, Obdachlose und klarerweise auch gegen Linke, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Menschen, welche mit Flüchtlingen solidarisch sind usw.

Die verschiedenen Nazi-Organisationen mobilisieren praktisch jede Woche mehrere Hundert bis Tausend Nazis zu Demonstrationen und Veranstaltungen, die durch riesige Polizeiaufgebote und Gerichtsurteile ermöglicht und durchgesetzt werden. Die bislang größte Nazi-Demonstration mit ca. 5000 Nazis fand im März 1997 in München gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Nazi-Wehrmacht statt.

In diesen zehn Jahren ist es den Nazis auch gelungen, vor allem auf dem Territorium der Ex-DDR regelrechte „Nazi-Zonen" zu errichten, wo sie nicht als Ausnahme, sondern mehr oder weniger dauerhaft schalten und walten können wie sie wollen, wo es für Menschen mit dunkler Hautfarbe, Flüchtlinge usw. kaum noch möglich ist, sich halbwegs sicher aufzuhalten und zu bewegen.

Nazis, Staat und Medien Hand in Hand

Grundlegend ist es so, daß Ideologien wie Chauvinismus und Rassismus gebraucht werden, um die kapitalistisch-imperialistischen Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß die deutsch-chauvinistischen, rassistisch gefärbten oder offen rassistischen Kampagnen ein Grundzug der „Innenpolitik" des deutschen Imperialismus sind: mal vorrangig gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, mal vorrangig gegen Sinti und Roma, dann wieder mehr gegen die politisch Verfolgten, ein anderes Mal vor allem

gegen die jüdische Bevölkerung, dann aber wieder verstärkt gegen arbeitssuchende Polinnen und Polen, gegen Werktätige aus der Türkei, speziell gegen Kurdinnen und Kurden usw. Der deutsche Imperialismus benutzt den Chauvinismus und Rassismus zur Einschüchterung und direkten Bedrohung der Angehörigen dieser Gruppen, aber auch zur Drohung gegen andere Minderheiten, die „als nächste drankommen". Ebenso geht es dem deutschen Imperialismus darum, mit dieser Hetze breite Teile der deutschen Bevölkerung an sich zu binden. Der Nazibewegung kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Die Nazibanden und -Parteien dienen dem deutschen Imperialismus dazu, die Bevölkerung immer weiter an offen nazifaschistische Propaganda und Terror zu gewöhnen, ihre Aktionen dienen auch als „Versuchsballone", um zu testen, wo noch mit Gegenwehr zu rechnen ist und schaffen eine Atmosphäre, in der dann – angeblich um den „Vormarsch der Rechten" zu stoppen – alle Bundestagsparteien, ob CDU, SPD, FDP, die GRÜNEN oder die PDS mit mehr oder weniger großen „Zugeständnissen" an die von den Nazis repräsentierte „Volksmeinung" immer schärfer die Politik der Faschisierung, Militarisierung und Revanche des deutschen Imperialismus nach innen und außen vorantreiben.

Der systematische Nazi-Terror, Brand- und Mordanschläge waren und sind vielfach Stichwortgeber für staatliche Maßnahmen. So waren die faktisch unter Polizeischutz durchgeführten Nazi-Pogrome von Hoyerswerda und Rostock gegen Flüchtling sozusagen die Stichwortgeber für die weitgehende Abschaffung des Asylrechts und die Verschärfung der reaktionären Ausländergesetze. Umgekehrt ermutigt die Verschärfung der staatlichen Repression, der Abschreckungspolitik auch die Nazis wiederum zu weiteren Terroraktionen.

Zur Durchsetzung seiner chauvinistischen und rassistischen Politik reicht dem deutschen Imperialismus der staatliche Terror teilweise nicht aus, er fährt zweigleisig, fördert und benutzt den Nazi-Terror als Reserve. Gerade durch die Unberechenbarkeit ihrer Aktionen gelingt es den Nazi-Banden dabei, eine Atmosphäre des alltäglichen Terrors zu verbreiten. Die nazifaschistischen Stoßtrupps werden vom Staatsapparat des deutschen Imperialismus auch gezielt gegen demokratische und revolutionäre Kräfte direkt und indirekt eingesetzt bzw. für deren zukünftigen verstärkten Einsatz etwa gegen eine sich entwickelnde revolutionäre Arbeiterbewegung bereit gehalten. Über den Verfassungsschutz greift der Staat auch direkt lenkend und fördernd in den Aufbau von Nazi-Organisationen ein. Wichtig ist dem Verfassungsschutz, die Naziszene zu kontrollieren und bei Bedarf gezielt einzusetzen.

Unter den „Sicherheitsexperten" die im Staatsapparat arbeiten, sind eine nicht unbeträchtliche Anzahl Mitglieder in Naziorganisationen oder sympathisieren mit ihnen. Bei den REPs z. B. sind fast die Hälfte der Mitglieder in bewaffneten Verbänden des deutschen Imperialismus (Bundeswehr, BGS, Polizei) beschäftigt. Nicht zuletzt werden die Nazi-Parteien vom Staat auch direkt finanziell gestärkt, indem sie bei den Wahlen Millionenbeträge erhalten.

Eine zentrale Rolle kommt bei diesem Zusammenspiel auch den ***bürgerlichen Medien*** zu, welche durch ihre Hetze – besonders deutlich etwa vor dem Pogrom in Rostock 1992 – große Teile der deutschen Bevölkerung systematisch chauvinistisch und rassistisch verhetzen. All den verschiedenen Abteilungen der Propagandisten des deutschen Imperialismus ist dabei eins gemeinsam: Sie alle forcieren – trotz mancher scheinbarer „Verurteilung" der Nazi-Angriffe – den Druck von staatlicher Seite auf die Flüchtlinge und Immigranten, betreiben Abschreckungspolitik. Gleichzeitig haben der Staatsapparat und die Medien des deutschen Imperialismus in diesen zehn Jahren ein ganzes System von Betrugs- und Verschleierungsmanövern perfektioniert, um den Protest gegen die Nazi-Verbrechen schon im Keim zu ersticken und eine weitgehende „Gewöhnung" an den Nazi-Terror durchzusetzen. Systematisch

werden einzelne Nazi-Verbrechen, aber vor allem auch das gesamte Ausmaß des tagtäglichen Nazi-Terrors totgeschwiegen, bagatellisiert, entpolitisiert und verschleiert. So will der heutige Bundesinnenminister von über 100 (in der Presse dokumentierten) Morden seit 1990 nur 25 gelten lassen *(siehe konkret 9/2000, S. 21).*

Dabei geht es nicht nur darum, den „guten Ruf Deutschlands zu wahren". Damit soll vielmehr gerade auch das schleichende Gift der Verunsicherung, des Zweifels und der Desorientierung verbreitet werden. Wir sollen uns an das Vorhandensein des tagtäglichen Nazi-Terrors gewöhnen und uns damit abfinden. Die Macht der Gewohnheit, diese fürchterliche Macht der Bourgeoisie, ist der Boden, auf dem Passivität und Resignation gedeihen und sich ausbreiten können. Denn das ist eine Voraussetzung, um Gegenaktionen und Proteste gegen den alltäglichen Nazi-Terror schon im Keim zu ersticken.

Erfahrungen, Aufgaben und Perspektiven im Kampf gegen die Nazis, gegen die staatliche Faschisierung und gegen den deutschen Imperialismus überhaupt

Den militanten Kampf gegen die Nazis führen! Angesichts des zunehmenden alltäglichen Nazi-Terrors und des weiteren Anwachsens der Nazi-Bewegung steht die massive Notwehr und der militante Kampf gegen die Nazi-Banden im Vordergrund. Gegenüber Nazis in Aktion gibt es keinen Spielraum für Diskussionen und Überzeugung, da heißt es handeln, mit aller Konsequenz und ohne jedes Mitleid mit diesen Mordbanden. Beispielhaft war der militante Kampf gegen die Nazis in Leipzig am 1. Mai 1998, als es den militanten antifaschistischen Kräften gelang, im Kampf gegen Polizei und Nazis zu verhindern, daß die Nazis ihren geplanten Marsch durch die Straßen von Leipzig durchführen konnten und es auch gelang, vor der Weltöffentlichkeit das Zusammenspiel von deutschem Staatsapparat und den Nazis aufzudecken und anzuprangern.

Doppelt und dreifach zurückschlagen, die wirkliche Solidarität mit allen von den Nazis Verfolgten durch sämtliche konsequent demokratischen Kräfte aller Nationalitäten organisieren – das ist eine der ersten und wichtigsten Tagesaufgaben!

Gegen die Vertuschung – alle Nazi-Verbrechen anprangern! Es ist eine zentrale Aufgabe des antinazistischen Kampfes, die chauvinistische und rassistische Hetze, die bürgerlichen Drecksmethoden der Verschleierung und Vertuschung systematisch zu entlarven und das ganze ungeheure Ausmaß des alltäglichen Nazi-Terrors aufzudecken. Gegen die Desinformation, Vertuschung und „Gewöhnung" gilt es, eigenständige Ermittlungen und Recherchen durchzuführen. Das Ziel muß eine gezielte, systematische, eigenständige Recherche vor Ort sein in Zusammenarbeit mit den Opfern des Nazi-Terrors und durch organisierten Informationsaustausch zwischen den antinazistischen Kräften.

Den Kampf gegen die Nazi-Ideologie nicht unterschätzen! Überall wo Kämpfe gegen die Nazis geführt werden, zeigt sich recht bald, daß es auch notwendig ist, sich mit ihren dreckigen Argumenten, ihrer nazifaschistischen Ideologie vom „Recht des Stärkeren" auseinanderzusetzen und sie zu bekämpfen. Dabei ist entscheidend: Die Ideologie der heutigen Nazi-Bewegung hat ihre Wurzeln in dem ganzen System der Nazi-Ideologie, die zwischen 1933 und 1945 offizielle Staatsdoktrin in Deutschland war und millionenfach verbreitet wurde. Bis heute sind deutliche Spuren der Nazi-Ideologie in den Köpfen großer Teile der deutschen Bevölkerung zu finden. Aber auch das greift noch zu kurz.

Den Nazifaschismus mit der Wurzel ausrotten heißt das imperialistische System, den Kapitalismus zu vernichten! So wie der Nazifaschismus nur eine bestimmte ***Form*** der Herrschaft des deutschen Finanzkapitals, des deutschen Imperialismus war, nämlich seine „offen

terroristische Diktatur", so ist die Nazi-Ideologie im Grunde nur die ins Extrem gesteigerte Ideologie der deutschen Bourgeoisie, des deutschen Imperialismus: deutscher Chauvinismus – Militarismus – Revanchismus – Rassismus – Antisemitismus – Antiziganismus – Antikommunismus.

Und so wie der deutsche Imperialismus die Kontinuität, die ungebrochene Tradition verkörpert, herrscht seine verbrecherische Ideologie ebenso ungebrochen in allen Lebensbereichen – auch in den Köpfen der Masse der Werktätigen, der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wer also wirklich konsequent den Kampf gegen die Nazis heute führen will, einen Kampf, der radikal ist, an die Wurzel geht, der muß auch den deutschen Imperialismus selbst und seine Ideologie bekämpfen.

Das Gewicht und die Bedeutung offen nazifaschistischer Bewegungen und der von diesen ausgeübte Terror hat in den letzten Jahren enorm zugenommen. Ohne auch nur einen Millimeter im Kampf gegen die Nazis zurückzuweichen, muß dennoch klargestellt werden, daß die zunehmende Faschisierung hauptsächlich von Staat der deutschen Imperialisten ausgeht, daß der hauptsächliche Träger nazifaschistischer Ideologie und offen terroristischer Handlungen das gesamte kapitalistische Gesellschaftssystem in Deutschland ist. Dieses muß grundlegend, von oben bis unten zerschlagen werden, will man die Nazi-Banden wirklich vernichten und die Gefahr eines erneuten Wechsels der heutigen parlamentarisch verbrämten Diktatur der deutschen Bourgeoisie zu einer offen terroristischen, nazifaschistischen Staatsform wirklich beseitigen.

I.

Tatsachen

Chronologie der nazi-rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde

1. **HOYERSWERDA: Gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991)**
2. **MANNHEIM-SCHÖNAU: Gegen Asylsuchende (Mai/Juni 1992)**
3. **ROSTOCK: Gegen Roma und Vietnamesen und Vietnamesinnen (August 1992)**
4. **MÖLLN UND SOLINGEN: Gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992, Mai 1993)**
5. **MAGDEBURG: Gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994)**
6. **LÜBECK: Gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996)**
7. **LÜBECK UND DÜSSELDORF: Gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995, Juli 2000)**

1. HOYERSWERDA:
Gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991)

Die zehnjährige Chronologie nazirassistischer Überfälle, Pogrome und Morde beginnt mit der Darstellung des ersten Höhepunkts im September 1991. Eine Woche lang wütete in Hoyerswerda ein Pogrom gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter, das es mit einer solch massenhaften Unterstützung durch die Bevölkerung bis dahin in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben hatte. Bei näherem Hinschauen erweist sich, daß dieses Pogrom nicht urplötzlich ausgebrochen ist, sondern vielmehr über längere Zeit sorgfältig vorbereitet worden war. Dabei soll an dieser Stelle nicht weiter auf die Hetze von Politikern und Medien gegen Asylsuchende und Flüchtlinge eingegangen werden *(siehe dazu Teil II)*, die die Stimmung für rassistische Überfälle schürten.

Es gab eine ganz konkrete Vorbereitung der Nazi-Aktivisten vor Ort und in aller Öffentlichkeit: Über ein Jahr zuvor hatten die Nazis in Hoyerswerda mit der Jagd auf Flüchtlinge und in kleineren Pogromen ihre eigenen Kräfte erprobt und dabei gesehen, daß die Bevölkerung überaus empfänglich für ihre rassistischen Aktivitäten war; zudem wurde für die Nazis in dieser Testphase deutlich, daß auch von seiten der Polizei keine größeren Problemen zu erwarten waren. Und so waren schließlich mehr als 250 Anwohnerinnen und Anwohner auf der Straße, um den Nazis den Rücken zu stärken.

Weiter muß als besonderes Kennzeichen des Pogroms in Hoyerswerda festgehalten werden, mit dem eine Welle nazistischer Gewalttaten in den folgenden zehn Jahren ihren Ausgang nahm, daß die Nazis mit massenhafter Unterstützung Hunderter von Anwohnerinnen und Anwohner unübersehbar deutlich machten, daß sie in ihrer Skrupellosigkeit auch nicht davor zurückschrecken, Häuser in Brand zu stecken.

Schließlich möchten wir die Aufmerksamkeit noch darauf lenken, daß dieser erste große Auftritt der Nazis im Osten Deutschlands (organisiert mit der Logistik westdeutscher Nazis) sich gegen die Kontraktarbeiterinnen und -arbeiter aus den Zeiten der DDR richteten, die vor allem aus Vietnam und Mosambik kamen. Konkrete Zielsetzung der Naziangriffe war: Diese Kontraktarbeiterinnen und -arbeiter sollten nach der Vereinigung Deutschlands so schnell wie möglich raus aus Deutschland. Und in dieser Zielsetzung wußten sich die Nazis in Übereinstimmung mit der offiziellen Politik.

Das Pogrom am 1. Mai 1990

Bereits im Jahr 1990 waren Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mosambik rassistischem Terror ausgesetzt. Allein im April 1990 gab es 14 bekanntgewordene Überfälle auf Mosambikaner in Hoyerswerda, bei denen die Polizei regelmäßig zu spät eintraf.

Mit der Absicht, den Festplatz zur 1.-Mai-Feier „negerfrei" zu machen, zogen am 1. Mai 1990 in Hoyerswerda 150 bis 200 Nazis zum Volksfest. Auf dem Weg dorthin überfielen vier Nazis zunächst in der Ernst-Thälmann-Straße einen jungen Mosambikaner. Sie verprügelten ihn so schwer, daß dieser mit schweren Prellungen, vor allem am Kopf, ins Krankenhaus eingeliefert wurde. In der nahe gelegenen Unterkunft der mosambikanischen Arbeiter verbreitete sich diese Nachricht sehr schnell. Sie griffen zur Selbsthilfe. Um sich vor weiteren rassistischen Überfällen zu schützen und nicht weiter tatenlos dazustehen, bewaffneten sich ca. 50 mosambikanische Arbeiter mit Stöcken und zogen zum Festplatz. In der Minderheit gegenüber etwa 200 Nazis, mußten sie sich vor den Angriffen immer wieder zurückziehen und gingen schließlich zurück zu ihren Unterkünften. Die Nazibande verfolgte aber die mosambikanischen Arbeiter bis zu ihren Wohnungen, warf unter rassistischen Rufen ca. 30 Fensterscheiben ein und zerstörte etliche Balkonverkleidungen.

Der nazistische Überfall wurde von reaktionären Teilen der Bevölkerung unterstützt. Ca. 1.500 rassistisch verhetzte Bürgerinnen und Bürger klatschten zum großen Teil den Nazis Beifall und feuerten diese an, anstatt sich mit den Opfern zu solidarisieren. Trotz der massiven, fast täglichen Naziüberfälle im April war die Polizei weder rechtzeitig vor Ort noch entsprechend ausgerüstet. Die Polizei ließ sich Zeit, sich mit Schlagstöcken, Helmen und Schildern zu bewaffnen. Währenddessen konnten die Nazis ungestört ihre Angriffe auf die Unterkunft der mosambikanischen Arbeiter fortsetzen. (taz, 7.5.90)

Der Nazi-Überfall am 2./3. Oktober 1990

Am 2. Oktober 1990 überfielen Nazis eine Unterkunft von Arbeitern aus Mosambik in der Zetkinstraße. Die Nazibande fuhr mit vier vollbesetzten Pkws vor. Als die Polizei schließlich eintraf, konnten sie unerkannt flüchten.

An dem zweiten Angriff der Nazis, der weitaus brutaler verlief, beteiligten sich noch mehr Nazis, und wieder ließ die Polizei die Täter entkommen. Die Polizei erhielt bereits Tage davor konkrete Hinweise, daß Naziüberfälle geplant seien. Sie war also informiert und vorgewarnt. Trotzdem überließ sie die Wohnungen der Mosambikaner schutzlos den rassistischen Angriffen. Keinerlei Maßnahmen von Seiten der Polizei wurden ergriffen. Im Gegenteil, sie verlangte, daß die Arbeiter ihre Wohnungen nicht verlassen.

Die Informationen über diesen Naziüberfall sind dem *Wochenblatt* vom 5.10.90 entnommen. Es war das einzige Blatt, das diesen rassistischen Überfall erwähnte. Der lokale Pressebericht entschuldigt das passive Verhalten der Polizei, trotz der geschilderten und hier wiedergegebenen Sachverhalte: „Die Polizei ist im Grunde hilflos, weil überlastet" *(Wochenblatt, 5.10.90).*

Das einwöchige Pogrom im September 1991 gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiter sowie gegen ein Flüchtlingswohnheim

Die nordsächsische Kleinstadt Hoyerswerda mit ca. 70.000 Einwohnern, in der etwa 230 Flüchtlinge sowie rund 200 Arbeiterinnen und Arbeiter aus Mosambik und Vietnam lebten, ist in der Zeit vom 17.9. bis 23.9.1991 zum Symbol des Rassismus im „vereinigten Deutschland" geworden. Der rassistische Terror richtet sich gegen das Wohnheim der vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter in der Albert-Schweitzer-Straße und das Flüchtlingswohnheim in der Thomas-Müntzer-Straße.

1. Tag des Pogroms, Dienstag, 17. September 1991: Rassistische Marktbesucher und acht Skinheads begannen auf dem Lausitzer Platz am Spätnachmittag des Markttages mit mehreren vietnamesischen Händlern einen Streit. Die Nazis pöbelten die Vietnamesen an und prügelten auf sie ein, bis dann die Polizei eintraf. Als die Polizei mit drei Streifenwagen auftauchte, zogen ca. 20 junge Nazis und 25 weitere Personen ungehindert zum Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße. Die Polizei ließ die Nazis ziehen. Vor dem Arbeiterwohnheim, in dem ca. 150 Arbeiter aus Mosambik und Vietnam wohnten, machten die jungen Rassisten halt und brüllten im Sprechchor unter anderem „Ausländer raus!" und „Deutschland den Deutschen!". Sie bedrohten die Bewohner mit Knüppeln und attackierten sie mit Steinwürfen. Die Nazis warfen reihenweise (ca. 70 bis 80) Fensterscheiben ein und drohten, es am darauffolgenden Donnerstag nicht bei Steinwürfen zu belassen, sondern ihre Angriffe mit Brandsätzen zu verstärken.

Die Nachricht vom Naziüberfall verbreitete sich schnell in Hoyerswerda, denn vor allem deutsche Nachbarn des Arbeiterwohnheims kamen hinzu und begleiteten die Angriffe mit unterstützendem Gejohle und rassistischen Anfeuerungsrufen. Welche deutsch-chauvinistische Pogromstimmung dort herrschte, wird an der folgenden rassistischen Morddrohung deutlich, die den Beifall der Menge fand: *„Am besten drei Mann dort hoch schicken, drei Schwarze aus dem Fenster geworfen, dann wird Ruhe sein." (Lausitzer Rundschau, 19.9.91)* Diese Aufforderung zum Mord und zur Verschärfung des Pogromterrors wurde in der Lokalzeitung *Lausitzer Rundschau* unkommentiert veröffentlicht.

Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam nahmen den Überfall auf ihre Unterkünfte nicht passiv hin, sondern gingen raus auf die Straße, um sich zur Wehr zu setzen. Sie errichteten Straßenblockaden mit Müllcontainern und anderen Materialien. Die Nazis griffen

Eine Nazi-Polizeitruppe als „Bürgerwehr":

An dieser Stelle sei daran erinnert: Neben und mit der örtlichen Polizei durfte in Hoyerswerda seit über einem Jahr die Nazigruppe **„Neue Deutsche Ordnung"** mit einer zeitweise auch von der Lokalpresse unterstützten 36köpfigen Nazi-Polizeitruppe als sogenannte „Bürgerwehr" offen auftreten. Als dann die Polizei bei Wohnungsdurchsuchungen ein Waffenlager entdeckte, mußte sie die offene Zusammenarbeit mit den Nazis einstellen. Die taz meldet am 23.9.91, daß deren Anführer Manfred Gnecko („Drahtzieher der Gewalt in Hoyerswerda") regelmäßig auf den Marktplatz ging, um dort Vietnamesen anzugreifen. Gnekko und seine Nazifreunde machten in der Stadt Jagd auf alle Nichtdeutschen. Mit CB-Funk ausgestattet fuhren sie in ihren Autos „Streife in der Stadt, angeblich zur Verbrechensbekämpfung". *(taz, 23.9.91; Die Zeit, 11.10.91)*

die Arbeiter unter anderem mit Baseballschlägern, Flaschen und Ketten an. Die Arbeiter wehrten sich und schlugen zurück. Ein Nazi-Angreifer und ein Polizist wurden verletzt. Wie viele Verletzte es unter den Arbeitern gab, war in keiner Zeitung zu lesen.

Die Polizei griff viel zu spät ein. Als die Polizei am Ort des Nazi-Überfalls eintraf, zeigte sie kein Interesse und keine Initiative, das Pogrom zu beenden. Angeblich wartete sie auf Verstärkung aus den Nachbarkreisen Bautzen, Kamenz und Weißwasser. Die Polizei griff erst ein, nachdem die Nazis ihren Angriff auf die Vietnamesen und Mosambikaner bereits durchgeführt hatten – denn erst nach zwei Stunden traf die Polizeiverstärkung ein. Zwölf Skinheads wurden zur Identitätsüberprüfung auf das Revier in Hoyerswerda mitgenommen. Die Nazis widersetzten sich der Festnahme, so daß vier Nazis und ein Polizist verletzt wurden. Bis auf drei Nazis wurden alle anderen wieder laufengelassen.
(Quellen zum 17.9.91: Sächsische Zeitung (SZ), 19.9.91; Lausitzer Rundschau 19. und 21.9.91; Neues Deutschland (ND), 20.9.91; Frankfurter Rundschau (FR), 21.9.91; taz, 19. und 23.9.91; Die Zeit, 11.10.91)

2. Tag des Pogroms, Mittwoch, 18. September 1991: Gegen 17 Uhr versammelten sich erneut die Nazis vor dem Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße. Die Nazis waren in aufgeheizter Stimmung und äußerten deutlich ihren Rassenhaß. Angestachelt und aufgehetzt durch monatelange rassistische Hetzkampagnen gegen Flüchtlinge in der Presse, bekamen die Nazis noch mehr Unterstützung aus der deutschen Bevölkerung als am Vortag. Nach Feierabend zogen Hunderte von Bürgern, mit Bierdosen und Kaffeekannen ausgestattet, teilweise Kleinkinder auf den Armen haltend, in die Albert-Schweitzer-Straße. Am Abend kam es erneut zum Pogrom. Mindestens 250 Menschen – darunter auch Bewohner der umliegenden Häuser – hatten sich bis gegen 21 Uhr vor dem Arbeiterwohnheim versammelt, wo sie die Nazis mit lautstarken rassistisch-chauvinistischen Morddrohungen gegen die Bewohner aus Mosambik und Vietnam anfeuerten: „Ausländer raus, sonst werden wir wiederkommen, bis sie wirklich raus sind, oder das gesamte Haus wird angezündet". (Sächsische Zeitung, 20.9.91) Der Angriff der Nazis dauerte bis spät in die Nacht. Als sie endlich abzogen, drohten sie: „Wir kommen wieder", und erklärten ganz unverblümt gegenüber der Polizei, daß sie „solange weitermachen, bis die Ausländer weg sind". *(taz, 21.9.91)*

Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam verstärkten ihre Selbstverteidigung. Ein Vietnamese, der den Auftakt zum Pogrom am Vortag miterlebt hatte, erklärte schon am Vormittag gegenüber der Lokalpresse: *„Die wollen heute nochmals kommen, aber **dann werden wir kämpfen und uns wehren**, wenn die Polizei wieder so lange zuschaut und nichts unternimmt." (Sächsische Zeitung, 19.9.91)* Damit die Nazis nicht in ihr Wohnheim eindringen können, verbarrikadierten die Arbeiter den Hauseingang mit Müllcontainern. In Gruppen bewachten die Mosambikaner ihre Wohnungen und einige stiegen aufs Dach des zehngeschossigen Gebäudes. Als die Nazis dann am frühen Abend mit Stangen und Latten bewaffnet gegen die Mülltonnen-Barrikaden anstürmten, wehrten sich die Arbeiter. Zur Selbstverteidigung warfen sie Flaschen, Dosen, Regalbretter und Schranktüren vom Dach, um die Nazis zu vertreiben.

Auch den „2. Überfall verhinderten die Polizisten ebenfalls nicht", mußte selbst die bürgerliche Presse einräumen (FR 21.9.91). Sie sah wie tags zuvor zunächst tatenlos zu, während die Nazis ihre Anschläge auf die Bewohner des Arbeiterwohnheims aus Mosambik und Vietnam fortsetzten. Über Festnahmen von Nazis an diesem Tag ist nichts bekannt.
(Quellen zum 18.9.91: ND, 20.9.91; Sächsische Zeitung, 20.9.91; FR, 21.9.91; Wochenspiegel, 2.10.91; „UN-Heil über Deutschland", „Stern"-Buch, Hamburg 1993)

3. Tag des Pogroms, Donnerstag, 19.9.1991: An diesem Morgen war es zunächst ruhig, aber die Nazis hatten in der Nacht an eine Wand in der Albert-Schweitzer-Straße groß „Ausländer raus" geschmiert, das „S" in faschistischer Tradition in Runenschrift. Am späten Nachmittag versammelten sich die Nazis und ca. 600 Unterstützer wieder vor dem Arbeiterwohnheim. Nun griff eine seit dem ersten Pogromtag schon erheblich größere Gruppe Nazis erneut das Arbeiterwohnheim an. Mit Brandsätzen, Gasdruckpistolen, Ketten, Schlagstöcken und Baseballschlägern versuchten über 100 Angreifer an das Haus heranzukommen. Wie schon am Dienstag angekündigt, warfen die Nazis erste Brandbomben und schlugen weiter Fensterscheiben ein. Zerstörte Fenster fielen von dem verwüsteten Wohnhaus herab. Die Nazis hatten am 3. Tag des Pogroms weitere Kräfte mobilisiert. Es tauchten verstärkt Nazis aus ganz Sachsen auf, auch der Fahrer eines Pkws mit westdeutschem Kennzeichen fiel unter ihnen auf.

Die örtliche Presse begleitet den Pogrom mit der Hetze gegen den Widerstand der Opfer:

„...drei Schwarze aus dem Fenster geworfen, dann wird Ruhe sein":

Ein Skinhead mit blutender Wunde am Kopf überquert eine Straße. Augenblicke später rennt eine Frau zu einem Auto, um ins Krankenhaus zu fahren, wohin man ihren Sohn gebracht hat. Diesen hatte ein Geschoß verletzt, geworfen aus der Unterkunft von Afrikanern. Zur gleichen Zeit segeln Schranktüren durch die Luft, auch Stühle, Flaschen und Gläser.

Umgestürzte Müllcontainer markierten den Ort des Geschehens. Ständig ergoß sich ein Geschoßhagel aus den oberen Stockwerken auf die Straße, dort stehende Pkw, Passanten, Skinheads und nicht zuletzt Polizei. Personen wurden verletzt.

Eine von dort heruntergeworfene Holzplatte traf einen Polizisten, der sofort abtransportiert wurde. „Am besten ein paar Mann dort hoch schikken, drei Schwarze aus dem Fenster geworfen, dann wird Ruhe sein", dies ein Kommentar aus der Menge, der Beifall findet. Nach Ursa-

Lausitzer Rundschau 19.9.91

Die mosambikanischen Arbeiter gingen wieder aufs Dach und verteidigten sich, indem sie Flaschen und andere Gegenstände auf die Nazis warfen. Gegen die massiven Angriffe der Nazis und ihrer reaktionären Helfer auf das Arbeiterwohnheim leisteten die Bewohner zwar Widerstand. Doch die Nazis hatten zuviel Rückhalt in der Bevölkerung, deshalb war es allein durch diese Gegenwehr nicht möglich, sie in die Flucht zu schlagen.

Weitere Hetze in der Presse gegen den Widerstand der Arbeiter:

„...Durch das provozierende Verhalten von zehn bis zwölf Mocambiquanern, die vom Dach des Hauses mit Steinen und Büchsen warfen und dabei drei Deutsche verletzten sowie einen Pkw beschädigten, eskalierte die Lage zusätzlich." (Sächsische Zeitung, 20.9.91)

Später am Abend trieb die Polizei die rassistisch grölende Menge zum Schein zurück. Nazis wurden zunächst keine festgenommen. Lediglich Brandflaschen und ein Benzintank mußten aus den Hauseingängen entfernt werden, um noch größeren Schaden zu vermeiden. Erstmals riegelte die Polizei das Wohnheim ab, weiter unternahm sie nichts. Die Arbeiter hatten nun keine Möglichkeit mehr, ihre Wohnungen zu verlassen. Nach der Absperrung attackierten die Nazis die Polizei mit dem Ziel, die Angriffe auf das Wohnheim fortzusetzen. Es entwickelte sich eine Straßenschlacht zwischen den Nazis und der Polizei, die bis spät in die Nacht andauerte. Erst jetzt erfolgten vermehrt Festnahmen durch die Polizei, die solche Maßnahmen nicht für nötig erachtete, solange die Nazis die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam überfielen. Etwa 49 Nazis wurden vorläu-

fig festgenommen. Noch bis zum frühen Morgen zogen die Nazis durch die Straßen, skandierten rassistische Parolen und stießen Morddrohungen aus.

Erst nach den Auseinandersetzungen zwischen Nazis und Polizei richtete das Innenministerium in Dresden einen Krisenstab für Hoyerswerda ein. Drei Hundertschaften Bereitschaftspolizisten, eine Beweisaufnahmetruppe, ein Wasserwerfer und zahlreiche Kriminalbeamte wurden nach Hoyerswerda verlegt.
(Quellen zum 19.9.: Lausitzer Rundschau, 21.9.91; Junge Welt, 24.9.91; „Un-Heil über Deutschland", „Stern"-Buch, Hamburg 1993)

4. Tag des Pogroms, Freitag, 20.9.1991: Das Pogrom in der Albert-Schweitzer-Straße setzte sich fort – der Belagerungszustand dauerte an. Verstärkt ertönten „Sieg Heil!"-Rufe: abends war die Stadt wie leergefegt. Die Nazis beherrschten das Bild der Straße. In der Albert-Schweitzer-Straße versammelten sich die Nazis vor dem Wohnheim und grölten rassistische Parolen. Wiederum schleuderten sie fast ungestört Steine gegen die Fenster und Brandflaschen gegen die Hauswand, zerstörten die Haustür und beschossen das Wohnheim mit Feuerwerkskörper. Die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter hatten die Zimmer verdunkelt, voller Angst beobachteten zunächst hinter zerschlagenen Scheiben die Straße, bevor sie sich angesichts des rassistischen Terrors in zurückliegende Räume zurückzogen. Die Nazis wurden von der anwesenden Bevölkerung weiterhin unterstützt und angefeuert. Einer aus der versammelten Menge brachte den Nazis Benzin für ihre Brandsätze. Nazifaschistische Parolen wie „Sieg Heil!" und „Ausländer raus!" wurden gebrüllt.

Wie am Abend zuvor wurde – nachdem der Naziterror gewütet hatte – das Arbeiterwohnheim wieder erst im nachhinein von 200 bis 300 Polizisten abgeriegelt, obwohl die Behörde tags zuvor mehr Polizeikräfte in die Stadt verlegt hatte. Es war reines Glück, daß kein Feuer ausgebrochen war. Eine deutsche Nazigegnerin, die sich zur Zeit des Überfalles im Arbeiterwohnheim aufhielt, schilderte die Situation im nachhinein folgendermaßen: *„Die Polizei tat, außer das Viertel abzuriegeln, stundenlang nichts. Betreuer und Pförtner verkrochen sich vor Angst unter den Betten. Da sind die Mosambikaner auf die Straße gegangen, um sie und sich zu verteidigen, kämpften gegen die angreifenden Skins."* (P. Borchers, Neue Nazis im Osten). Als feststand, daß die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter das Wohnheim verlassen müssen – begonnen wurde schon am nächsten Tag mit der Räumung –, stoppte die Polizei mit einem massiven Einsatz die Naziangriffe gegen das Arbeiterwohnheim. Die Polizei zeigte zu diesem Zeitpunkt, daß sie durchaus in der Lage war, gegen die Naziangriffe vorzugehen. Sie räumte den Platz vor dem Wohnheim und sperrte ihn ab. Doch dies war ein nur scheinbar konsequenter Polizeieinsatz gegen den rassistischen Terror.

Die Bewohners des Heimes fordern Unterstützung gegen die Nazis
Ein Bewohner des Heimes erklärte:
*„Wir müssen weg von hier. Sie können doch nicht hinter jeden Ausländer einen Schutzpolizisten stellen. Politiker reden schön, tun aber nichts. Dabei sollte jeder wissen, das ‚Ausländer raus' gilt nicht nur Schwarzen – **jeder, der anders aussieht, anders spricht, anders politisch denkt als die Schläger, ist gemeint.**"(ND, 24.9.91)*

Um das Vorgehen der Polizei richtig beurteilen zu können, muß folgendes klar sein: Es bestanden ganz aktuell reichhaltige Erfahrungen mit den Nazis. Mehr als ein Dutzend rassistische Überfälle auf Flüchtlingswohnheime fanden im Vormonat August in Sachsen statt. Polizeirat Wolf (vom Referat „Einsatz" der sächsischen Polizeilandesbehörde) plauderte gegenüber dem „Neuen Deutschland" aus, daß die Polizei die angewandte Taktik und die

Reaktion der Nazis bei ihren Überfällen im August 1991 genau beobachtet habe: *„die Angriffe sind gut organisiert"*, stellte er fest, und ihre Logistik *„gestattet eine schnelle Umlagerung der Angriffsziele"* (ND, 24.9.91). Innenminister Walter Krause (CDU) wandte sich „trotz der Vorgänge in Hoyerswerda ‚vehement' gegen eine großangelegte Polizeiaktion". Er spielte die Rolle der Nazis herunter und schickte eine in Dresden bereitstehende Polizei-Hundertschaft nach Hause. Obwohl der rassistische Alltag ständig den Gegenbeweis dramatisch erbrachte, ließ der Innenminister verbreiten: „es gibt keine rechtsextreme Szene in Sachsen" (ND, 24.9.91). Mit diesen verharmlosenden Reaktionen signalisierte die Polizeibehörde den Nazis und ihren Anhängern, daß weder ein ernstzunehmender Einsatz gegen ihre Aktivitäten geplant ist noch die Absicht besteht, den rassistischen Terror wirklich zu verhindern. Sie legte den Nazis damit indirekt nahe, ein neues Angriffsziel zu suchen, wie diese es oft genug praktiziert haben.

Das Ziel „Ausländer raus" war mit der Räumung des Wohnheims erreicht. Dieser Zusammenhang wurde in der Presse unterschlagen. Entgegen dem tatsächlichen Geschehen wurde die Polizei als Beschützer der mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter dargestellt. So schilderte die „Süddeutsche Zeitung" vom 24.9.91 den Polizeieinsatz dergestalt, als hätte die Polizei die Nazis vertrieben und somit die Arbeiter geschützt. Auch die „Junge Welt" machte sich die Polizeiversion zu eigen: *„Das seit Mittwoch angegriffene Ausländerwohnheim stand unter Polizeischutz. Deshalb blieb alles ruhig." (Junge Welt*, 23.9.91). In Wirklichkeit blieb es alles andere als „ruhig". Die Nazis wählten lediglich ein neues Angriffsziel in Hoyerswerda: ein Flüchtlingswohnheim.

Verlagerung der rassistischen Angriffe: Nach dem Angriff auf das Arbeiterwohnheim fuhren die Nazis und ihre rassistischen Unterstützer zu den Asylunterkünften am Stadtrand in der Thomas-Müntzer-Straße. In diesem Fünf-Häuser-Block wohnten ca. 230 Flüchtlinge aus über 20 Nationen. Die größte Gruppe unter ihnen waren Roma aus Rumänien. Der Angriff der Nazis galt u. a. Flüchtlingen aus Rumänien, Ghana, Jugoslawien, Vietnam und Angola.

Die Nazis gingen nach dem gleichen Muster vor wie bei ihrem Überfall auf das Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße. Sie attackierten die Asylunterkunft mit Steinen, Brandsätzen und Feuerwerkskörper und zertrümmerten die Fenster. In Anbetracht der Massivität des Angriffes und der fehlenden Hilfe von außen für die Flüchtlinge, muß man von Glück sprechen, daß kein Feuer ausbrach. Möglicherweise war dies allein der Tatsache zu verdanken, daß sich die Flüchtlinge seit Dienstag (dem Beginn des Pogroms auf das Arbeiterwohnheim) verbarrikadiert hatten. Denn sie rechneten damit, daß auch sie angegriffen werden und bereiteten sich entsprechend darauf vor. Die Polizei, welche die Nazis aus der Albert-Schweitzer-Straße ziehen ließ, traf auch hier erst ein, als der Naziterror schon gewütet hatte. Wiederum zogen die Nazis bis zum frühen Morgen durch die Straßen, grölten rassistische Parolen und schrien Morddrohungen, ohne daß sie daran gehindert worden wären.
(Quellen zum 20.9.: Sächsische Zeitung, 21.9.91; taz, 23.9.91; ND, 24.9.91; Die Zeit, 11.10.91; „UN-Heil über Deutschland", „Stern"-Buch, Hamburg 1993; P. Borchers, Neue Nazis im Osten)

5. Tag des Pogroms, Samstag, 21.9.1991: Die Arbeiter aus Mosambik und einige Flüchtlinge flohen aus der Stadt. Rund 60 Arbeiter aus Mosambik verließen die Albert-Schweitzer-Straße und Hoyerswerda. Als der erste Bus, der für ihren Abtransport bestimmt war, vorfuhr, nahm die Bevölkerung davon keine Notiz. Lediglich einige Frauen waren anwesend, die ihre Solidarität mit den mosambikanischen Arbeitern bekundeten. Sie bedauerten die Passivität ihrer Mitbürger und waren „traurig" über die feindlichen Reaktionen von so vielen. Laut der Aussage des Fahrers eines Busses sollte die Flucht geheimgehalten werden, aber die Polizei hatte schon am Vortag den Nazis die beabsichtigte Räumung des Wohnheims mitgeteilt. So waren wieder einige Rassisten vor Ort, um ihren „Teilerfolg" zu feiern. Einer schrie den abfahrenden Bussen noch hinterher: „Ihr Negerschweine, wir bringen euch alle um!" (taz, 23.9.91) Der Ausländerbeauftragte und Kirchenvertreter hatten einen Lkw organisiert, um auch die Flüchtlinge an einen sicheren Ort zu bringen. Vorwiegend die Romafamilien entschlossen sich mitzufahren.

Ein Polizeisprecher macht das Pogrom zum „Volksfest"

„Die Stimmung", sagte Polizeisprecher Wolfgang Kießling, *„hätte zeitweise ‚Volksfestcharakter' gehabt."* Mit dieser populistischen Darstellung legitimierte er das Pogrom und erteilte faktisch einen Freibrief für all die Nazis und Rassisten. *(Die Zeit, 26.9.91)*

In Windeseile hatte sich am Wochenende im Asyl-Wohnheim das Gerücht verbreitet, Nazis aus Leipzig seien auf dem Weg nach Hoyerswerda. Das Gerücht wurde zur traurigen Wahrheit. Die Nazis konnten ungehindert anreisen. Nazifaschistische Schlachtrufe und Morddrohungen hallten verstärkt durch die Thomas-Müntzer-Straße. Es beteiligten sich bis zu 600 deutsche Bürger und Bürgerinnen an den pogromartigen Ausschreitungen. Keiner in der Stadt hatte versucht, die rassistischen Krawalle zu verhindern, fast alle schauten stillschweigend zu oder weg oder zeigten ganz unverhohlen ihre Sympathie für die Gewalttäter. Jedesmal, wenn eine Scheibe zerbarst oder eine Leuchtrakete das Haus traf, wurde dies mit Beifall beklatscht.

Wieder sahen sich Bewohnerinnen und Bewohner des Wohnheims dem rassistischen Belagerungszustand ausgesetzt. Niemand war in der Lage, ohne großes Risiko für Leib und Leben das Wohnheim zu verlassen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln war schwierig, ja fast unmöglich.

Die Flüchtlinge setzten sich zur Wehr. Mit Mülltonnen sperrten sie ihre Straße, bevor die ersten Nazis kamen. Sie wollten keinen Nazi-Deutschen mehr passieren lassen. Das Vertrauen in die Polizei war längst geschwunden. Als die ersten Nazis anrückten, versuchte ein Teil der Flüchtlinge sich mit Knüppeln und Stangen zu verteidigen. Einige brachen den Bürgersteig auf, um sich mit Steinen zu bewaffnen. Als die Nazis und ihre Anhänger stark bewaffnet auftraten, konnten sie nur noch in ihre Häuser flüchten. In der Gewißheit, daß sie von der Polizei keinen Schutz zu erwarten haben, forderten ca. 70 Flüchtlinge des belagerten Hauses ihre Verlegung nach Berlin. Ihre Forderung wurde vom Landratsamt abgelehnt; somit waren die Flüchtlinge weiter den Angriffen der Nazis ausgesetzt. Erst nachdem die Pogromtäter erneut ihre rassistischen Angriffe immer mehr verstärken konnten, riegelte die Polizei den Wohnblock der bedrohten Flüchtlinge ab. Was als Schutzmaßnahme für die Flüchtlinge propagiert wurde, sollte dazu dienen, das Ansehen der Stadt zu schützen. Deshalb sah sich die Polizei genötigt, die Nazis nicht mehr offen und ungehindert gewähren zu lassen. Daß diese vorgeschobene Maßnahme, einen „Schutzwall" um die Asylunterkünfte zu bilden, bei weitem nicht ausreichte, wurde schnell deutlich. In der Nacht zum Sonntag griffen ca. 120 Nazis die Polizeiabsperrung an. Lediglich vier minderjährige Nazis wurden von der Polizei kurzzeitig festgenommen und anschließend wieder freigelassen.

Stimmen rassistisch-chauvinistischer deutscher Bürger von Hoyerswerda

Ein Ehepaar meinte kurzerhand gegenüber einem Reporter: *„Die bekommen alles und arbeiten nicht ... Die Politiker sollen sich um unsere Probleme kümmern und nicht um die da. Was den Asylanten zukommt, sollen lieber die Deutschen kriegen."* Ein 26jähriger Maschinist der Feuerwehr ist *„froh, daß es die Skinheads gibt. Die trauen sich wenigstens auf die Straße."* Er sei ein „ganz normaler Bürger" und frage sich, *„warum die Polizei nur die Skinheads mitnimmt und nicht die Neger. Die haben auch Steine aufs Dach geschleppt."* Er feuert einen vorbeiziehenden Rassisten an: *„Macht mal richtig Rabatz hier, damit die verschwinden."* Unter dem Nicken Umstehender fügt seine Frau hinzu: *„Die gehören hier nicht rein, die belästigen Frauen. Wenn nicht so viel Polizei da wäre, würden noch viel mehr Leute mit den Nazis gegen die Ausländer demonstrieren."(Tagesspiegel, 24.9.91)*

Die Pogromtage von Hoyerswerda zeigten ihre Wirkung auch an anderen Orten: Angeregt durch die Ereignisse in Hoyerswerda gingen die Nazis in Dresden an diesem Samstag dazu über, ihre ständigen Überfälle auf Vietnamesen und Vietnamesinnen per Sprechfunk zu koordinieren und auf Video festzuhalten. Der Naziterror weitete sich in der Umgebung von Hoyerswerda und Dresden aus. Auch in anderen Orten traten Nachahmer der Naziaktionen auf. So fanden in Sachsen in der Nacht zum Sonntag etliche weitere rassistische Anschläge statt. In Thiendorf bei Dresden wurden bei einem Angriff von 50 Nazis auf ein Wohnheim von Roma-Flüchtlingen acht Menschen verletzt. Die Asylunterkunft wurde völlig zerstört. In Freital bei Dresden griffen 40 Nazis ein Wohnhaus vietnamesischer Arbeiter mit Brandflaschen an.

(Quellen zum 21.9.: „Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda, Sonntag, 22. September", Berliner Autonome Gruppen; Junge Welt, 23.9.91; FR und FAZ, 23.9.91; Lausitzer Rundschau, 23.9.91; Tagesspiegel, 24.9.91; taz, 23.9.91; Die Zeit, 26.9.91; ZAG Nr. 1, Nov. 91; Konkret 11/91; „UN-Heil über Deutschland", „Stern"-Buch, Hamburg 1993; P. Borchers, Neue Nazis im Osten)

Am 19.9.1991, dem 3. Pogromtag in Hoyerswerda, griffen westdeutsche Nazis ein Wohnheim für Flüchtlinge im saarländischen Saarlouis an. Um drei Uhr nachts schleuderten sie Brandsätze auf die Asylunterkunft, die das Haus in Brand setzten. Die Nazis hatten auch die Holztreppe mit Benzin getränkt und somit mit dem Brandanschlag bewußt auf die Ermordung der Bewohner abgezielt. **Samuel Kofi Yeboah** aus Ghana starb an seinen Verbrennungen. Zwei Männer aus Nigeria wurden dabei schwer verletzt.

Schon in der Tatnacht spielte die Polizei den Tatbestand herab. Mit der Begründung, es handele sich nur um ein „kleines Feuer", verzögerten die zum Tatort gerufenen Polizisten eine schnelle Alarmierung der Feuerwehr, welche dann auch erst nach einer Stunde am Brandort eintraf.
(FR, 21.9.91, 27.9.91, 7.10.91 u. a.)

6. Tag des Pogroms, Sonntag, 22.9.1991: Die Nazis kündigten am Nachmittag in Hoyerswerda die Fortsetzung der allabendlichen Pogrome an. Trotz verstärktem Einsatz von Polizeikräften und Hubschraubern setzten die Nazis ihren Terror fort. Augenzeugen des Pogroms in Hoyerswerda erkannten in der Menge Führer mehrerer Naziorganisationen. Die Nazis drohten mit Waffen wie Reizgasspray und Mauser-Pistolen sowie den Worten: „Wenn die nicht verschwinden, brennen wir hier alles nieder." Sie bekannten, Hoyerswerda sei nur „die Spitze des Eisberges". Spätestens für den 3. Oktober kündigten sie weitere Aktionen an: „Da geht's erst richtig los!" (ND, 24.9.91)

Am Nachmittag traf ein Autokonvoi mit ca. 80 Pkws aus Berlin ein. Vertreter der Jüdischen Gruppe, SOS Racisme, der „Liga für Menschenrechte" und andere Antifaschisten waren nach Hoyerswerda gekommen, um gegen die Gewalt der Nazis und den staatlichen Rassismus zu demonstrieren *(siehe Presseerklärung auf der nachfolgenden Seite)*. Die Nazigegner solidarisierten sich mit den belagerten Flüchtlingen. Sie versuchten einen Kontakt mit den Flüchtlingen herzustellen. Als ca. 300 Demonstrantinnen und Demonstranten kurz nach 15 Uhr in der Thomas-Müntzer-Straße direkt vor dem Wohnheim versuchten, einen „Schutzwall" zu bildeten, um die Bewohner vor den Nazis zu schützen, wurden sie von Bereitschaftspolizisten angegriffen. Die Polizei, die bislang bei den Naziaktionen tatenlos zusah, griff sofort ein, als Nazigegner auftauchten.

Nur gegen heftigen Widerstand seitens der Polizei, die das Gelände abgeriegelt hatte, und trotz Behinderung durch die Heimleitung gelang es einer kleinen Delegation der Solidaritätsdemonstration, mit den Flüchtlingen Kontakt aufzunehmen. Der Wunsch aller Flüchtlinge war es, so schnell wie möglich den Ort zu verlassen. Viele wollten am liebsten sofort mit dem Konvoi zurück nach Berlin fahren. Während der Gespräche der Delegation mit den Flüchtlingen zog eine Demonstration mit ungefähr 400 Antifaschistinnen und Antifaschisten, vor allem aus dem autonomen Spektrum, durch das umliegende Wohnviertel, forderte die Anwohnerinnen und Anwohner auf, die rassistischen Angriffe nicht mehr hinzunehmen, sich von den Nazis zu distanzieren und auf seiten der Flüchtlinge einzugreifen. Nur wenige Anwohner schlossen sich der Demonstration spontan an. Einzelne Nazis, die sich in Erwartung weiterer Übergriffe auf das Flüchtlingsheim in der Nähe der Polizeisperren aufhielten, wurden von den Antifas vertrieben und zum Teil verprügelt. In der weiteren Umgebung der Asylunterkunft kam es zu mehreren Kämpfen zwischen Nazis und Antifaschisten.

Erst aufgrund von Hinweisen um 14.30 Uhr, wonach ein Autokonvoi mit Berliner Kennzeichen sich in Richtung Hoyerswerda bewege, und auch aufgrund von Hinweisen durch Berliner Nazis, wurde ein starkes Polizeiaufgebot nach Hoyerswerda in Bewegung gesetzt. Die Polizei, die bislang fast nichts gegen die Naziangriffe unternahm, die die Nazis frei laufen ließ, zeigte nun Präsenz. Auch der sächsische Innenminister Rudolf Krause (CDU) machte sich nun auf den Weg nach Hoyerswerda.

Die Polizei war am Sonntagabend, seit der Anwesenheit der Nazigegner, zahlreicher als die Tage zuvor präsent. Während noch am Sonntagnachmittag der Pressesprecher der Polizei den Einsatz von Bundesgrenzschutzeinheiten dementiert hatte, so befanden sich diese kurze Zeit später unter den Polizeikräften im Einsatz gegen die Solidaritätsdemonstration. *(siehe auch den Abschnitt: Protest und Widerstand)* Gegen 18 Uhr teilte der Innenminister Krause nach Gesprächen mit dem Bürgermeister, dem Landrat und der Polizeiführung in einer Presseerklärung mit, daß die Flüchtlinge in nächster Zeit Hoyerswerda verlassen werden. Nun erst stoppte die Polizei, wie zuvor schon beim Arbeiterwohnheim, die Nazis, die nun mit Polizeihilfe ihr verkündetes Ziel – „Ausländer raus" – erreicht hatten.

An der Polizeiabsperrung und vor den Flüchtlingsunterkünften versammelten sich an diesem Abend lediglich noch 100 Nazis samt ihren Helfern. Gegen 21 Uhr wurden die Polizeisperren mit Flaschen und Steinen, die Asylunterkünfte mit Brandsätzen und Stahlkugeln angegriffen. Eine halbe Stunde später begann die Polizei mit der Räumung des Geländes.

Die Polizei zeigte zum offiziell angekündigten Ende des Pogroms, daß sie auch in Hoyerswerda personell und organisatorisch in der Lage war, mit Wasserwerfern, Hubschraubern und einer Hundertschaft gegen Nazis wirkungsvoll vorzugehen. Gegen 22.30 Uhr war das Gelände weitgehend von Nazis befreit. Es gab etliche Verletzte. Wie viele Verletzte es auf seiten der Flüchtlinge gab, angesichts der Stahlkugeln und Brandsätze, wurde allerdings nicht berichtet. Die Polizei beschlagnahmte ein mörderisches Waffenarsenal: Totschläger, Stahlkugelschleudern, Schreck- und Luftdruckpistolen. Unter anderen wurden 32 Nazis festgenommen. Der Polizei ging es zu diesem Zeitpunkt darum, den Abtransport der Flüchtlinge vorzubereiten. Sie mußten gleichzeitig den Nazis und ihren Anhängern deutlich machen, daß sie ihr Ziel erreicht hatten und die Tage des Pogromterrors nun zu beenden sind. Das Innenministerium und die bürgerlichen Politiker nutzten diesen Einsatz, um insbesondere vor der internationalen Öffentlichkeit das Ansehen nicht ganz zu verspielen und sich zum

Wie zum Ende des Pogroms versucht wurde, das Bild von der „immer zu spät kommenden" Polizei zu korrigieren:

Die „Lausitzer Rundschau" vom 23.9.91 brachte über der großen Überschrift: „Weitere Ausschreitungen gegen Ausländer am Wochenende" ein Bild mit dem Untertitel: *„Ein starkes Aufgebot an Polizei riegelt die Straße vor einem Heim der Asylbewerber ab, das wiederholt von Rechtsradikalen angegriffen wurde".*

Es entsteht so der falsche Eindruck, die Polizei helfe den Opfern der Pogromüberfälle. Doch nicht den Nazis und ihren zahlreichen Helfern steht die schwer bewaffnete und die Straße absperrende Polizei auf dem Bild gegenüber, sondern den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Solidaritätsdemonstration, die gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Arbeiter aus anderen Ländern und für das Bleiberecht demonstrierten. Tatsächlich ging die Polizei gegen die offen bekundete Solidarität mit den Opfern vor.

Abschluß wenigstens einmal scheinbar als „Helfer" der bedrohten und belagerten Flüchtlinge zu präsentieren.
(Quellen zum 22.9.: ZAG Nr. 1, Nov. 91; „Presseerklärung der TeilnehmerInnen am Konvoi nach Hoyerswerda, Sonntag, 22. September", Berliner Autonome Gruppen; Junge Welt, FAZ, taz und FR 23.9.91; ND und Tagesspiegel, 24.9.91; Lausitzer Rundschau, 24. und 25.9.91; Die Zeit, 26.9.91, „UN-Heil über Deutschland", „Stern"-Buch, Hamburg 1993)

Ein Resultat des Pogroms:

- Die Opfer des Pogroms – die Flüchtlinge und die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mosambik und Vietnam– mußten die Stadt verlassen, die Behörden setzten damit die Zielsetzung der Nazis um.
- Die Flüchtlinge wurden ausquartiert, schikaniert und zwangsverteilt – manche flohen auf eigene Faust.
- Die Arbeiter und Arbeiterinnen aus Mosambik und Vietnam wurden abgeschoben.

Die Ausquartierung der Flüchtlinge aus Hoyerswerda: Landratsamt, Stadtverwaltung und Polizei waren sich mit den rassistisch eingestellten Bürgern dieser Stadt einig, daß die Flüchtlinge nicht bleiben dürfen. Unter dem Vorwand, ein Massaker zu verhindern, mußten die betroffenen Nichtdeutschen die Stadt verlassen. Die ca. 230 Flüchtlinge aus der Thomas-Müntzer-Straße wurden am Montag, den 23.9.91, im Laufe des Abends aus der Stadt gebracht und auf Unterkünfte im Großraum Dresden verteilt. Diesem Abschluß der Vertreibung schauten rund 1.000 Bürger und Bürgerinnen zu und applaudierten. Was sie mit ihrem Rassismus und ihrer Unterstützung der Nazis erreicht hatten, wurde nun „gefeiert". Einzelne Proteste dagegen blieben in dieser reaktionären Menge fast ungehört.

Die beifallklatschende Menschenmenge bildete vor und während des Abtransports in der Thomas-Müntzer-Straße ein feindliches Spalier für die Flüchtlinge. Unter dem nachlässigen Schutz der Polizei bestiegen zunächst 150 Rumänen und Vietnamesen die bereitstehenden Busse. Bei der Abfahrt der ersten Busse, gegen 19 Uhr, johlte die rassistische Menge und grölte Parolen wie „Ausländer raus" und „Deutschland den Deutschen". Tam Le Thanh, ein 21jähriger Vietnamese, der im Bus am Fenster saß, wurde durch einen Steinwurf, der das Fenster zersplitterte, am Kopf verletzt. Glassplitter drangen ihm ins rechte Auge, ein Arzt wurde nicht sofort gerufen. Er wurde erst ca. zwei Stunden später ärztlich versorgt und leidet noch Jahre danach an Sehstörungen. Aus Angst vor den Rassisten kletterte wenige Minuten später ein junger Mann im vierten Stock des Wohnheims auf den Fenstersims. Er wollte sich herabstürzen. Die beifallklatschenden Rassisten forderten lautstark: „Spring doch – spring doch endlich". Andere Bewohner des Heims konnten ihn gerade noch von einem Selbstmordversuch abhalten und zogen ihn ins Zimmer zurück. Kurz darauf warfen die Nazis das Fenster ein und schleuderten Brandsätze gegen die Asylunterkunft. Die anwesende Polizei zeigte auch hier wieder, auf welcher Seite sie stand. Ein Polizeileutnant kommentierte offen vor einem Rundfunkreporter: *„Zufrieden sind wir schon, wenn die ganzen Ausländer weg sind" (taz, 25.9.91).* Abends, nach dem Abtransport der Flüchtlinge, griffen Nazis erneut die Flüchtlingswohnheime mit Feuerwerkskörpern an, wobei Fensterscheiben zu Bruch gingen. *(Lausitzer Rundschau, 24.9. und 25.9.91; taz und FR, 25.9.91; Spiegel 40/1991; taz, 18.12.1991)*

Unmenschliche Zwangsverteilung der Pogromopfer durch die staatlichen Behörden: Die Flüchtlinge wurden in Hoyerswerda nach Nationalitäten getrennt in Busse gesetzt und in verschiedene Richtungen abtransportiert. Das jeweilige Fahrtziel wurde ihnen nicht mitgeteilt. Ein Pressekorrespondent fuhr dem ersten Konvoi von drei Bussen sowie zehn Autos, in denen Roma-Flüchtlinge aus Rumänien saßen, hinterher. Er berichtete „von einer dreistündigen, scheinbar ziellosen Irrfahrt durch Sachsen". Mehrfach stoppte die Kolonne ohne ersichtlichen Grund. Während dieser Irrfahrt durch Sachsen wurden die Flüchtlinge von Passanten in einzelnen Dörfern immer wieder mit ablehnenden Gesten, zum Beispiel mit hochgestrecktem Mittelfinger, „begrüßt". Die Menschen in den Bussen, desorientiert und immer verzweifelter, sperrten sich zunehmend gegen diese Fahrt ins Ungewisse.

Eine Gruppe von ca. 21 Flüchtlingen, vor allem Vietnamesen, wurde auf dem Weg nach Pirna gezwungen, den Bus zu verlassen und ohne Verpflegung und Schutz die Nacht im Freien zu verbringen. Die anderen Vietnamesen weigerten sich in Pirna auszusteigen, denn aus Angst vor weiteren Überfällen wollten sie in die „alten Bundesländer". Die zuständigen Begleiter ließen ihnen aber keine andere Wahl, als in der Nacht in Pirna auszusteigen und in Notunterkünften zu übernachten. Ein Bus mit angolanischen Flüchtlingen kam nach ebenfalls langer Irrfahrt in Meißen an, wo bereits Transparente „Ausländer raus" flatterten. Meißen liegt nur etwa 20 km von Hoyerswerda und Dresden entfernt.

Noch vor dem Pogrom in Hoyerswerda: Flüchtlinge flohen aus der Ex-DDR nach Westdeutschland

Von dem Terror der Nazis und der diskriminierenden und rassistischen Haltung großer Teile der deutschen Bevölkerung abgeschreckt und verjagt, wollten viele Flüchtlinge nicht mehr an bestimmten Orten der Ex-DDR bleiben. Da sie aber nicht in ihre Herkunftsländer zurückkehren konnten, da ihnen dort Verfolgung, Unterdrückung oder sogar der Tod drohte, suchten sie Alternativen innerhalb Deutschlands, an ihnen weniger gefährdet erscheinenden Orten. Sie wollten zurück nach Westdeutschland.

Schon im April 1991 flohen Flüchtlinge nach rassistischen Überfällen aus mehreren ostdeutschen Aufnahmelagern nach Schwalbach in Hessen. Die „Frankfurter Rundschau" berichtete: „Aufgrund zahlreicher Gewalttaten gegen Ausländer in Ostdeutschland seien allein 370 Asylbewerber nach Hessen zurückgekehrt" (FR, 17.9.91). Auch in Westdeutschland waren sie nicht willkommen: Die „Hessische Gemeinschaftsunterkunft" in Schwalbach verweigerte z. B. den vor Verfolgungen durch Nazis aus Ostdeutschland geflohenen Flüchtlingen die Aufnahme und Unterkunft.

Am 12.9.91 flohen 70 Flüchtlinge vor rassistischen Überfällen in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) in eine Kirche nach Neumünster (Schleswig-Holstein) und besetzten diese. Nachdem der Kirchenvorstand die Zwangsräumung durch die Polizei angedroht hatte, kehrten die Flüchtlinge nach Greifswald zurück. Ungefähr 6 Tage später griffen ca. 200 Nazis die Asylunterkunft erneut an. Noch am selben Abend flohen die Flüchtlinge mit Unterstützung von Antifaschisten erneut aus Greifswald nach Neumünster. Sie forderten ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein.

(taz u. FR, 17.10.91; FAZ u. SZ, 7.11.1991; taz, 26.8.92)

Sie sollten die Nacht in einem leerstehenden Fabrikgebäude verbringen, das abseits in einem Wald lag. Da die hygienischen Bedingungen dort unzumutbar waren und keine Fluchtwege bestanden, übernachteten einige von ihnen aus Sicherheitsgründen im Bus. Die verantwortlichen Begleiter hatten sie ohne Essen und Trinken alleingelassen und ließen sich auch am folgenden Dienstag nicht blicken.

(taz und FR, 25. u. 26.9.91; Spiegel 40/1991; SZ, 27.9.91, Lausitzer Rundschau, 1.10.91; taz, 18.12.91)

Diese Zwangsverteilung war so unmenschlich, die neuen Unterkünfte teilweise in so einem schlechten Zustand, und vor allem war die Angst vor weiteren rassistischen Angriffen so groß, daß sich einige Flüchtlinge an den nächsten beiden Tagen absetzten. In ihrer Not flüchteten einige Flüchtlinge nach dem Pogrom auf eigene Faust nach Westberlin und nach Westdeutschland und waren gezwungen, dort unterzutauchen.

14 angolanische Flüchtlinge nahmen am 24.9.91 ihr Schicksal selbst in die Hand. Nachdem sie in Meißen bis Dienstag nachmittag vergeblich auf jemanden gewartet hatten, der sich um sie kümmert, sind sie zum nächsten Bahnhof gelaufen und mit dem Zug nach Berlin geflohen. Einen Tag später trafen aus Meißen weitere 26 Flüchtlinge aus Ghana, Angola und Bangladesch in Berlin ein. Insgesamt flohen ca. 50 Flüchtlinge, die aus Hoyerswerda weggebracht worden waren, nach Berlin. Ihnen wurde daraufhin vorgeworfen, daß sie sich nach dem „Asylgesetz" strafbar gemacht hätten. Aus Angst vor einer drohenden Abschiebung aufgrund einer negativen Entscheidung des Berliner Senats mußten sie sich in Berlin verstecken.

14 Vietnamesen und zwei Mongolinnen suchten nach der unmenschlichen Fahrt und Behandlung in Pirna – sie gehörten zu der Gruppe, welche die Nacht im Freien zubringen mußte –, bereits am Dienstag früh, den 24.9.91, in Hannover Zuflucht. Sie wurden von dort in die zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge nach Braunschweig gebracht. In Niedersachsen begann daraufhin ein politischer Streit um den Verbleib der 16 Flüchtlinge. Ministerpräsident Gerhard Schröder sprach sich sogleich gegen eine dauerhafte Aufnahme aus. Erst als einige mit Selbsttötung drohten im Falle einer Zwangsrückkehr nach Sachsen, bekamen sie im Dezember ein Bleiberecht.

12 Roma aus Rumänien, die in Pkws dem Bus-Konvoi gefolgt waren, hatten sich von der behördlichen Irrfahrt am Abend des 23.9.91 abgesetzt und flohen noch in der Nacht aus Sachsen in ein westdeutsches Bundesland.
(Junge Welt, 26. u. 27.9.91; taz, 26.9.91; FR, 26.9.91 u. 27.9.91 u. 24.12.91; SZ, 27.9.91)

Die Nazis haben ihr Ziel erreicht, die Behörden setzten es um – die Arbeiter aus Vietnam und Mosambik wurden abgeschoben: Die Nazis haben mit Unterstützung von Teilen der Bevölkerung erreicht, was die Politiker des deutschen Imperialismus schon länger planten. Sie nutzten das Pogrom, um Arbeiter aus anderen Ländern vor oder nach Ablauf ihrer Arbeitsverträge in der Ex-DDR in ihre Herkunftsländer abzuschieben.

Noch während des Pogroms, am 22. September, wurden 60 Arbeiter aus Mosambik direkt in ihr Herkunftsland abgeschoben. Die restlichen ca. 39 Arbeiter folgten ihnen dann am 24. November. Als sie noch gebraucht wurden, hatten sie bei verschiedenen Betrieben der Region, im Energiewerk „Schwarze Pumpe" oder im Braunkohlewerk gearbeitet bzw. haben dort ihre Berufsausbildung erhalten. Bei einem Teil der Arbeiter, die im Lausitzer Braunkohlewerk beschäftigt waren, lief der Arbeitsvertrag am 3. Oktober ab und wurde auch nicht mehr verlängert. Ein weiterer Teil dieser Arbeiter wurde dann später abgeschoben. Zwar bezahlten ihre ehemaligen Ausbeuter ihren Heimflug, aber für die Container zum Transport ihrer persönlichen Habseligkeiten per Schiff mußten sie bis zu 7.000 DM hinlegen. Wegen der un-

menschlichen Behandlung und der steigenden Angst vor den Nazi-Banden wollten nur sehr wenige Mosambikaner weiter in Deutschland bleiben.
(Die Zeit, 26.9.91; Wochenblatt, 23.9.91)

Das Braunkohlewerk Welzow ließ seine letzten Arbeiter aus Vietnam abschieben: In der Nacht vom 9. zum 10. Oktober, 2 Uhr, mußten die letzten 17 Arbeiter aus Vietnam, die in der Albert-Schweitzer-Straße wohnten, Hoyerswerda verlassen. Im Januar 1988 hatte sie das Braunkohlewerk Welzow großartig empfangen. Dieser Betrieb sorgte nun dafür, daß diese Arbeiter zum Flughafen Frankfurt abtransportiert wurden. Von dort aus sollten sie dann am nächsten Tag nach Hanoi fliegen. Obwohl ihre Arbeitsverträge noch nicht ausgelaufen waren, mußten sie von heute auf morgen zurück in ihre Heimat. Bei ihrem Abschied waren keine deutschen Kollegen aus dem Bergwerk und erst recht keine Betriebsleitung anwesend. Einzig eine Kollegin aus der Pförtnerkabine des Werkes verabschiedete sich von ihnen.
(Wochenblatt, 11.10.91)

Das Schicksal der Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern in der Ex-DDR

1989 lebten und arbeiteten in der DDR noch 53.000 Vietnamesen, 15.000 Mosambikaner, 10.000 Kubaner, 1.000 Angolaner und 900 Chinesen.

Nach der Einverleibung der DDR wurden sie oft als erstes entlassen. Der west/deutsche Imperialismus forcierte ihre Ausreise. So kehrten viele 1990 in der Regel unfreiwillig in ihre Herkunftsländer zurück. Im Sommer 1991 lebten z. B. nur noch 14.000 Vietnamesen in der Ex-DDR. *(Das Parlament, Nr. 25–26/1991)*

Der rassistische Terror erreichte 1991 in ganz Deutschland eine neue Stufe

Im Oktober 1991 – nach dem Pogrom in Hoyerswerda – breitete sich der Nazi-Terror in Westdeutschland und der Ex-DDR in einem ungeahnten Maße aus. Die zunehmende staatliche Faschisierung und rassistische Hetzpropaganda durch bürgerliche Politiker und Medien ermutigte Nazis, Menschen anderer Nationalitäten immer dreister zu überfallen. Die rassistische Abschreckungspolitik und der alltägliche Rassismus eines bedeutenden Teiles der deutschen Bevölkerung prägten das Klima, in dem sich der Naziterror ausbreitete.

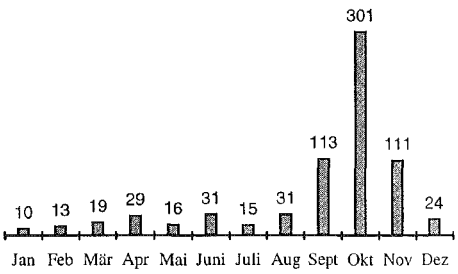
Auch wenn Statistiken staatlicher Behörden mit Vorsicht zu betrachten sind, spiegeln die im folgenden dokumentierten Zahlen doch ganz klar die Tendenzen des Rassismus im Jahr 1991 wider.

Rassistische Straftaten im Jahr 1991 gegenüber den Vorjahren mehr als verzehnfacht
1991 wurden bundesweit 2.368 rassistische Straftaten amtlich registriert (darunter 338 Brandanschläge und 219 gewalttätige Angriffe gegen Personen). Für das Jahr 1990 weist das Bundeskriminalamt demgegenüber 246 Straftaten gegen Nichtdeutsche aus. In den Jahren 1987 bis 1990 betrug diese Zahl durchschnittlich 250.
(taz, 2.1.92 und 17.1.92. Otto/Mertens/Hrsg., Rechtsradikale Gewalt im vereinten Deutschland, Opladen 1993, S. 15.)

Der Nazi-Terror steigert sich in Westdeutschland wie auch in der Ex-DDR

Obwohl staatliche Bundesbehörden Tausende von Flüchtlingen absichtlich in der Ex-DDR unterbrachten und in den Medien immer wieder suggeriert wurde, daß der Rassismus ein besonderes Problem der „neuen Bundesländer" sei, zeugen Chroniken deutlich von einem hochschäumenden Rassismus sowohl in der Ex-DDR als auch in Westdeutschland.

713 amtlich registrierte rassistische Straftaten im Zeitraum vom 1.1.91 bis 15.12.91 in NRW



Quelle: Chronik – „Jeder ist uns der Nächste", Konkret 2/92

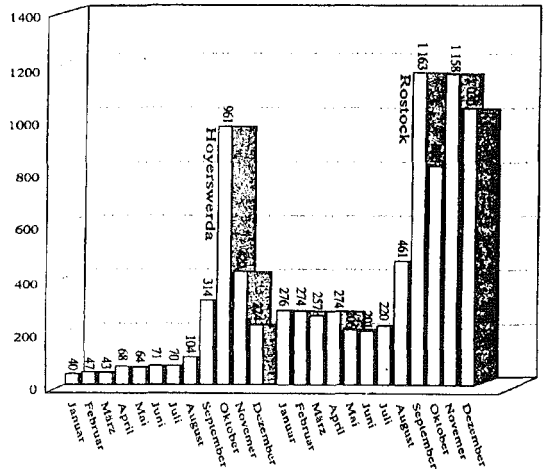
Allein rund 60 Brandanschläge gegen Asylunterkünfte und Wohnheime von Nichtdeutschen wurden in den acht Monaten vor Hoyerswerda verübt, davon drei Viertel in Westdeutschland. Laut „Spiegel" meldeten die Demoskopen im September, „daß 21 Prozent der Ostdeutschen und sogar 38 Prozent der Westdeutschen ‚Verständnis' für jene ‚rechtsradikalen Tendenzen' bekunden ..."
(Die Zeit, 11.10.91; Spiegel 40/1991)

Eine Statistik des Bundeskriminalamtes zum Jahr 1991 belegt deutlich, daß der Nazi-Terror im Westen wie im Osten wütete:

	Westdeutschland	Ex-DDR
Brandanschläge	247	91
gewalttätige Angriffe gegen Personen	142	77

Nach derselben unvollständigen Statistik des Bundeskriminalamtes trieben die Nazis vor allem im Westen in Nordrhein-Westfalen (100 Brandanschläge, 53 Angriffe gegen Personen), Niedersachsen (41, 16) und Baden-Württemberg (29, 22) sowie im Osten in Sachsen (32, 20), Sachsen-Anhalt (17, 27) und Mecklenburg-Vorpommern (22, 6) ihr Unwesen.

Abbildung 1: Fremdenfeindliche Straftaten
(Januar 1991 bis Dezember 1992)



Quelle: Otto/Mertens/Hrsg., Rechtsradikale Gewalt im vereinten Deutschland, Opladen 1993,S. 16

Das Pogrom in Hoyerswerda und seine öffentliche Rechtfertigung hatte Signalwirkung

Diese systematisch geschürte Welle von rassistischen Anschlägen 1991 fand ihren Höhepunkt im Herbst, vor allem in den Wochen nach dem Pogrom in Hoyerswerda. Die rechtfertigenden und verharmlosenden Reaktionen von Politikern und Medien nach Hoyerswerda hatten Signalwirkung für Nazis und Rassisten – sie feierten die Einverleibung der DDR im Oktober auf ihre Weise. Zur Veranschaulichung dieser Entwicklung im Jahr 1991 nebenstehend eine Monatsstatistik des Innenministeriums von Nordrhein-Westfalen, welche exemplarisch in diesem Bundesland die eklatante Zunahme des Nazi-Terrors in den Monaten September bis November 1991 zeigt.

2. MANNHEIM-SCHÖNAU: Gegen Asylsuchende (Mai/Juni 1992)

Hoyerswerda war ein Fanal für Nazis in ganz Deutschland, so daß es in der Folge zu Hunderten von Brandanschlägen und Überfällen kam, bei denen – ganz entgegen dem offiziell erweckten Eindruck – im Westen die Nazi-Aktivitäten um ein vielfaches größer waren als im Osten.

Kein Jahr später, im Mai/Juni 1992, waren es die Anwohnerinnen und Anwohner selbst, die im Westen, in Mannheim-Schönau, tagelang ein Flüchtlingsheim bestürmten. Beteiligt waren daran bis zu 500 Personen. Auch hier waren bald die Nazis dabei, aber anders als in Hoyerswerda begannen sie nicht das Pogrom, sondern wurden jetzt von der Pogromstimmung angelockt und mischten dann mit.

Dieses Mal allerdings zeigte der hartnäckige Widerstand von Anti-Nazi-Kräften Wirkung, so daß das Flüchtlingslager erfolgreich geschützt werden konnte. *(Siehe dazu genauer Teil III)*

Kurze Chronologie der Ereignisse

Seit das Sammellager im Dezember 1991 im Stadtteil Schönau eingerichtet wurde, zogen in unregelmäßigen Abständen rassistische Gruppen, wohl hauptsächlich Anwohner, vor das Lager und bedrohten die Flüchtlinge. In den letzten Maitagen weiteten sich diese rassistischen Aktionen zu einer Belagerung der Unterkunft aus. Nachdem bereits ein paar Tage vorher 30 bis 40 Nazis versucht hatten, mit Baseballschlägern bewaffnet in die Unterkunft einzudringen, sammelten sich am 28.5.92 ca. 400 rassistische Anwohner und Nazis und grölten rassistische Parolen wie „Eins, zwei, drei, wir schlagen euch zu Brei". Einige durchschnitten den Drahtzaun und gelangten so auf das Gelände der Unterkunft. Die Polizei griff erst ein, als versucht wurde, die Asylunterkunft zu stürmen. Die Belagerung wiederholte sich jeweils abends am 29.5. und am 30.5.92 und setzte sich in den folgenden Wochen fort. Angeblich wurde den Flüchtlingen von der Polizei „empfohlen", das Lager nicht mehr zu verlassen, wohl auch tagsüber nicht. In Wirklichkeit bestand für die Flüchtlinge eine Ausgangssperre, die von der Polizei auch mit Gewalt durchgesetzt wurde.

26. – 27. Mai: Zur Anstachelung rassistischer Emotionen wurde gezielt das Gerücht in die Welt gesetzt, ein Bewohner der Flüchtlingsunterkunft habe angeblich ein deutsches Mädchen vergewaltigt.

28. Mai: Seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte dieser offene Rassismus im Anschluß an ein „Vatertags-Fest". 500 Leute in Pogromstimmung, eine Menschenmenge, die auf Lynchjustiz aus war, belagerte die ehemalige Kaserne. „Asylanten-Schweine raus", „Ausländer raus", „Nur ein toter Neger ist ein guter Neger", „Ihr brennt heute noch" – das war die Stimmung, die sich hier einstweilen nur in Worten und in einigen Flaschenwürfen äußerte. Eine CDU-Stadträtin sagte: „Die wollen ein Opfer sehen". Nur ein verstärkter Polizeieinsatz konnte Schlimmeres für die Flüchtlinge verhindern. Fast ausschließlich deutsche Spießer erhoben sich ohne „Anleitung" von selbst. Zu diesem Spießer vor dem Heim gesellte sich an diesem Abend auch Mannheims Oberbürgermeister Widder. Er mischt sich unter den gewalttätigen Mob, „um sich die Klagen der Schönauer über die Asylbewerber anzuhören" und um diese zu

beruhigen („Mannheimer Morgen", 30.5.92). Ins Heim zu den bedrohten Flüchtlingen ging er nicht. Der „Mannheimer Morgen" schrieb am 30.5. absichtlich verharmlosend von einigen „angetrunkenen Jugendlichen", die in Begleitung von „Schaulustigen" vor das Heim gezogen seien. Auch einige AntirassistInnen beobachten an diesem Abend die Szenerie auf der Lilienthalstraße, ohne allerdings eine Telefonkette auszulösen.

29. Mai: In einem skandalösen Brief an die „beunruhigten Bürgerinnen und Bürger vor der Landesunterkunft für Asylbewerber" kündigte OB Widder den Schönauern „Sofortmaßnahmen" an. Angebliche „Provokationen" und „Lärmbelästigungen" seitens der HeimbewohnerInnen würden unterbunden und mit Rausschmiß geahndet. So werden Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern erklärt! Dem deutschen Männer-Pöbel sichert er zu, daß keine alleinstehenden Männer mehr ins Heim kommen sollen. Der Brief liest sich im Ganzen etwa so: Bleibt ruhig, der Staat vertritt eure Anliegen besser.

30. Mai – 2. Juni: Der Aufmarsch des Mobs vor dem Heim wiederholte sich allabendlich. Zeitweilig sperrte die Polizei die Lilienthalstraße ab. Dies führte aber nur zur Verlagerung des rassistischen Geschehens. Erste kleinere Solidaritätsdemos für die Flüchtlinge und gegen den Mob bildeten sich am 29.5. und am 30.5. Im Laufe der Woche demonstrierten dann bis zu 2.500 Antifas in Mannheim trotz Demonstrationsverbots.

3. ROSTOCK: Gegen Roma und Vietnamesen und Vietnamesinnen (August 1992)

Zwei Monate nach den Ereignissen in Mannheim-Schönau gelang den Nazis in Rostock ihr bis dahin furchtbarster Auftritt: Mit Unterstützung Tausender Anwohner setzten diesmal nicht 100 bis 150, sondern 400 bis 500 Nazis ganze Wohnblöcke in Brand. Auch in diesem Fall dauerte das Pogrom mehrere Tage an, ohne daß es die Polizei unterbunden hätte.

Ebenso bemerkenswert ist, daß den Nazis dieser Auftritt ermöglicht wurde durch einen Aufruf einer bürgerlichen Zeitung, die die Anwohner dazu aufforderte, sie sollen doch bitte „das Asylproblem selber in die Hand nehmen" – und die Folge war: Brandstiftung mit einkalkuliertem Mord. Vermutlich ist es nur der Anwesenheit eines ZDF-Kamerateams im Haus zu verdanken, daß die 115 Menschen im Haus gerettet werden konnten.

Ein weiteres neues Kennzeichen gegenüber dem bisherigem Nazi-Terror war, daß nunmehr von allen Seiten eine antiziganisatische Hetze gegen Roma einsetzte, die beispielsweise die „Bild"-Zeitung mit einer ganzen Artikelserie betrieb. *(Siehe Teil II)*

Bericht über das Pogrom

Der folgende Bericht über das Wochenende vom 22.8. und 23.8.92 in Rostock-Lichtenhagen wurde der „Interim", Nr. 206, entnommen, ihm liegen zugrunde als Quellen: eigene Beobachtungen, zugetragene Informationen – überprüfte und nicht überprüfte, Presseberichte vom 24.8.92 regional (Berlin) wie bundesweit.

SONNABEND, den 22.8.92

Seit etwa zwei bis drei Wochen werden die Flüchtlinge von der Stadt Rostock aus nicht weiterverteilt, das Land MV schickt aber täglich neue. Somit blieb den Flüchtlingen, sie kommen größtenteils aus Rumänien, nur die Möglichkeit, vor dem überfüllten Heim zu campieren, was in kürzester Zeit zu katastrophalen hygienischen Zuständen geführt hat.

Ende letzter Woche dann wurde über die lokale „Ostseezeitung" (OSZ) von der Bürgerinitiative dazu aufgerufen das „Asylproblem ... selber in die Hand zu nehmen". Erste Angriffe auf das Heim gab es bereits um den 20.8. herum. Für Samstag wurde über die OSZ zu einer Demonstration „Gegen das deutsche Ausländergesetz / Asylgesetz" aufgerufen. Es beteiligten sich an die 500 Personen, von denen im Anschluß an die Demonstration ca. 100 versuchten das Heim zu stürmen. Dies wurde zunächst jedoch durch militante Gegenwehr der Flüchtlinge und HeimbewohnerInnen erfolgreich verhindert. Die Polizei, lt. eigenen Angaben mit 100 Beamten vor Ort, hielt sich zurück und ließ Augenzeugen zufolge die Situation gezielt eskalieren. Bis zum Samstagabend versammelten sich dann 1.500 bis 2.000 BürgerInnen, unter ihnen wurden etliche TeilnehmerInnen einer DVU-Veranstaltung vor ca. 8 Wochen wiedererkannt, und feuerten einen Mob von 400 bis 500 Skinheads, Hooligans und Neofaschisten an. Jeder geworfene Molotowcocktail, jede eingeworfene Fensterscheibe, jeder verprügelte Polizist wurde mit frenetischem Beifall bedacht.

SONNTAG, den 23.8.92

Am Sonntag herrschte eine fast identische Situation. Trotz der in der Nacht herbeigebrachten Verstärkung für die Rostocker Polizei begannen bereits in den Mittagsstunden an die 100

Jugendliche mit erneuten Angriffen auf das Heim. Bis zum Abend entwickelte sich das Ganze zu einem volksfestähnlichen Spektakel, an dem nur noch ein Karussell, eine Pommesbude und ein Zuckerwattestand fehlten. Im Alter zwischen 10 und 70 Jahren war fast ganz Lichtenhagen auf den Beinen, um zu gaffen oder um die Angreifer zu unterstützen. Da wurden in unmittelbarer Nähe vor den Polizeiketten kistenweise Molotowcocktails abgefüllt oder aus Pkws herbeigeholt.

SONNTAGNACHT

Rostocker AntifaschistInnen mobilisierten im Laufe des Sonntag mittag in allen norddeutschen Städte, HH/HL/B/KI.

Im Laufe des Sonntag abend gab es dann mehrere Versuche gegen den BürgerInnen- und Faschistenmob anzugehen, welche aber scheiterten, da es den Leuten unmöglich schien, mit 150 AntifaschistInnen gegen 2.000 aufgeputschte BürgerInnen einzugreifen. Gegen 1.00 Uhr ist dann erneut ein Konvoi von ca. 200 Personen aus der Rostocker Innenstadt nach HRO-Lichtenhagen gefahren. Ein Teil der Leute hat eine Kundgebung abgehalten, ein anderer Teil hat auf andere Art und Weise versucht zu intervenieren.

Zwischenzeitlich wurde per Hubschrauber Bundesgrenzschutz aus HH und NdS nach HRO-Lichtenhagen geflogen. Diese Verstärkung hatte dann nichts Besseres zu tun, als 120 AntifaschistInnen festzunehmen. Sie wurden bei der Kundgebung verhaftet, zum Teil an den geparkten Autos erwartet oder auf dem Rückweg in die Innenstadt aus den Autos geholt. Alle sind lt. HRO-Ermittlungsausschuß ED-behandelt worden. Es wird ihnen u. a. Landfriedensbruch und Verstoß gegen das Versammlungsgesetz vorgeworfen. Die Zahl von 150 festgenommenen „Krawallmachern" ergibt sich aus 30 festgenommenen Rechten und 120 (!) AntifaschistInnen.

MONTAG, den 24.8.92

Vom MV-Innenminister, Lothar Kupfer, war zu den Vorfällen am Wochenende zu hören, daß er die Rechten gut verstehen könnte, außerdem sei es längst beschlossene Sache, daß das Heim zum 1.9.92 geschlossen wird. Dann machte er sich die Meinung des Pöbels zu eigen, indem er es ebenfalls „unmöglich" fand, „daß deutsche Polizisten gegen Deutsche eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen". Im Laufe des Montag wurde „das Heim geräumt", soll heißen: die Flüchtlinge wurden in Sicherheit gebracht und auf vier bis fünf andere Lager in MV verteilt. Von halboffizieller Seite, Wachschutz des Heimes, hieß es, das Heim sei leer. Dies erwies sich im Laufe des Montagabend als falsch.

Gegen 21.00 Uhr griffen einige hundert Rechte, angestachelt durch ältere AnwohnerInnen, erneut das Haus an und setzten vier Wohnungen im Erdgeschoß in Brand. Die Polizei zog sich daraufhin zurück und überließ das Haus den Flammen bzw. dem rechten Pöbel. Die Feuerwehr ließ sich nicht blicken.

Einem TV-Team vom ZDF gelang es, in das Haus zu gelangen, und sie mußten feststellen, daß sich noch 115 Menschen aus Vietnam im Haus befanden. Als sie über Funktelefon versuchten, die Polizei und Feuerwehr in HRO zu erreichen, war nur „Kein Anschluß unter dieser Nummer" zu hören. Eine Verbindung war nur über HH und B herzustellen. Sie flüchteten mit den VietnamesInnen auf das Dach des Hauses und wurden erst in den Morgenstunden gerettet.

Ein erster Sieg der Nazis: Lichtenhagen wird unter der Begleitung der deutschen Polizei „flüchtlingsfrei" gemacht

Die Politiker beeilten sich, dem – zum großen Teil von ihnen selbst initiierten – Druck des nazistischen Gesindels schon nach wenigen Tagen nachzugeben und die Flüchtlinge zu evakuieren. Die Polizei überläßt Brandstiftern das Feld. Kurz bevor Montagnacht (gegen 22.00 Uhr) der erste Brandsatz auf das Flüchtlingsheim in Rostock fliegt, zieht sich die Polizei zum „Schichtwechsel" zurück. Fast zwei Stunden lang kann das Nazi-Pack ungehindert das Wohnheim angreifen und verwüsten, in dem sich noch über 100 vietnamesische Arbeiter befanden.

Hintergrund: weit verbreiteter Rassismus gegen Sinti und Roma

Der Spiegel, 19.11.1990

SPIEGEL-Umfrage in der gesamtdeutschen Bundesrepublik:

In der Aversion gegen Zigeuner einig

Da spricht aus einigen Antworten sogar Haß. Den negativsten Wert -5 („sehr unsympathisch") wählten 6 von 100 Befragten, als sie sich über die Polen äußern sollten, sogar 10 von 100 bei der Frage nach den Türken.

Noch weit negativer ist hüben und drüben die Einstellung zu den Sinti und Roma, die im gesamtdeutschen Sprachgebrauch Zigeuner geblieben sind. In Ost und West kamen die Meinungsforscher auf -1.5 Punkte.

Franzosen, US-Amerikaner und Österreicher hohes Ansehen. Juden sind den Ost-Deutschen wesentlich sympathischer als den West-Deutschen, aber auch bei denen langt es zu einem positiven Wert.

Berliner Zeitung, 21.3.1991

Französische Roma in Eisenhüttenstadt angegriffen

Kripo ermittelt gegen Jugendliche / Eskalation verhindert

Neue Zeit (Reuter), 23.6.1992

Jugend ausländerfeindlich?

Leipziger Studie weist starken Rechtsruck aus

Dresden (NZ/Reuter). Mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Sachsen und Sachsen-Anhalt lehnt laut einer Umfrage Ausländer ab. Polen, Türken und „Zigeuner" stünden an oberster Stelle der Antipathie-Skala, sagte der Vorsitzende der „Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig", Walter Friedrich, am Montag in Dresden.

Welt am Sonntag, 2.8.1992

Überfallene Zigeuner reisten nach Polen ab

ADN **Potsdam**

Im Land Brandenburg wurden in der Nacht zum Samstag drei Asylantenheime und ein von Zigeunern bewohnter Zeltplatz überfallen.

Saarbrücker Zeitung (AP/dpa), 27.7.1992

Rechtsradikale Gewalt steigt dramatisch an

Zahl der Delikte um 70 Prozent höher — „Express" zitiert besorgte Verfassungsschützer

Köln/Langen/Jena (AP/dpa). Die rechtsradikale Szene in Deutschland wird nach Überzeugung von Verfassungsschützern immer gefährlicher. Wie die Kölner Zeitung „Express" unter Berufung auf das Bundesamt für Verfassungsschutz berichtet, hat die Gewalttätigkeit rechtsextremistischer Gruppen in diesem Jahr dramatisch zugenommen.

„Skinheads greifen ihre Feinde an: Zigeuner, Araber und Juden"

4. MÖLLN UND SOLINGEN: Gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992, Mai 1993)

An diesen beiden Brandanschlägen im November 1992 und im Mai 1993 auf normale Wohnhäuser symbolisierte sich, was in den Jahren 1992 und 1993 Alltag geworden war: Mord und Totschlag durch Nazis und Nazibanden. Eine mörderische Welle von Brandanschlägen ging durch ganz Deutschland.

Die Nazis setzten mit diesen beiden Anschlägen neue mörderische Zeichen: Angegriffen und überfallen wurden nicht allein Flüchtlinge und Asylsuchende in ihren Unterkünften, jetzt wurden Türkinnen und Türken, Kurdinnen und Kurden zum Ziel ihrer feigen Mordanschläge.

Im Teil II des Buches wird genauer darauf eingegangen, welche besondere Rolle die Beteiligung und Mitwirkung von Polizeispitzeln in Solingen hatte und welche Bedeutung den verstärkt einsetzenden Vertuschungsaktionen von Polizei, Justiz und Medien zukam, um die Öffentlichkeit über die wahren Drahtzieher zu täuschen.

Drei Todesopfer bei einem Brandanschlag der Nazis auf eine türkische Familie in Mölln im November 1992

In Mölln (Schleswig-Holstein) wurden durch einen nazifaschistischen Brandanschlag am 23.11.92 die 51jährige **Bahide Arslan,** ihre 14jährige Nichte **Ayse Yilmaz** und ihre 10jährige Enkeltochter **Yeliz Arslan** ermordet. Weitere neun Menschen wurden dabei verletzt.

Nazifaschisten meldeten bei der Polizei und der Feuerwehr den Brand und verabschiedeten sich mit „Heil Hitler". Dies wurde von der Polizei verschwiegen. Die Bundesanwaltschaft übernahm das Verfahren und verhängte erste einmal eine „Nachrichtensperre". Der lapidare Kommentar, die Behörde ermittle in alle Richtungen, wurde zum Keimboden für gezielt verbreitete Gerüchte. Gegen die Familie Arslan begann eine Schlammschlacht der Schmähungen. In Presseberichten wurden bewußt die Opfer zu Tätern gemacht, indem der Familie verleumderisch Verbindungen zur Zuhälter- und Kriminellenszene angehängt wurden. Der nazistische Mordanschlag wurde zu einem „Racheakt der türkischen Mafia" umgelogen. So wurde von den wahren Tätern abgelenkt und gleichzeitig wurden damit in den Medien rassistische und chauvinistische Vorurteile verbreitet und in der Bevölkerung geschürt.

Die türkische Familie erhob schwere Vorwürfe gegen den deutschen Hilfsdienst der örtlichen Feuerwehr. Feuerwehrleute hatten die Hilfeleistung zu früh eingestellt, obwohl noch Menschen in dem ausgebrannten Haus waren.
(FR 23.11.92, HB 24.11.92, HB 27./28.11.92, SZ 24.11.92, SZ 25.11.92, FR 27.11.92, taz 27.11.92)

Nazis ermorden zwei Frauen und drei Mädchen bei einem Brandanschlag in Solingen im Mai 1993

In der Nacht zum Samstag, den 29.5.93, wurde ein Brandanschlag auf ein Zweifamilienhaus in Solingen verübt, das von einer Familie aus der Türkei bewohnt wurde. Mit Benzin entfachten Nazis im Treppenhaus ein Feuer. Zur Tatzeit hielten sich 19 Menschen, fast nur Frauen und Kinder, in dem Haus auf. Sie schliefen alle.

Direkt nach Ausbruch des Feuers erhielt die Feuerwehr innerhalb kürzester Zeit 30 Notrufe. Fast eine halbe Stunde verging, bis die Feuerwehr eintraf. Noch bevor sie ankam, konnte ein 45jähriger Mann aus Jugoslawien eine Frau mit einer Leiter aus dem brennenden Haus retten. Aus dem Ober- und Dachgeschoß des Fachwerkhauses gab es keine Fluchtmöglichkeit mehr über das Treppenhaus. Die Feuerwehr stellte am Anfang nicht genügend Einsatzkräfte, um Sprungtücher bereitzuhalten. Vor den Augen der Feuerwehr sprang deshalb eine 27jährige Frau aus dem lichterloh brennenden Obergeschoß in den Tod. „In der ersten Stunde war es so, als wenn die mit Wasserpistolen gegen das Flammenmeer gespritzt hätten", berichteten Nachbarn. Das Haus brannte völlig aus. Aus der schwelenden Ruine wurden die Leichen einer weiteren Frau und von drei Mädchen geborgen.

Die Todesopfer des Mordanschlags sind **Gülsum Ince** (27 Jahre), ihre beiden Kinder **Hülya Genç** (9 Jahre) und **Saime Genç** (4 Jahre), **Hatice Genç** (18 Jahre) und die erst vor kurzem aus der Türkei zu Besuch gekommene **Gülistan Öztürk** (12 Jahre). Lebensgefährlich verletzt wurden ein 15jähriger Junge, ein 3jähriges Mädchen sowie ein 6 Monate altes Baby.

Vor mehr als 25 Jahren zog die türkische Familie Genç nach Solingen. Seit 12 Jahren lebte sie in dem Haus in der Unteren Wernerstraße.

Nachbarn sahen vier junge Nazis kurz nach Ausbruch des Feuers aus dem Haus flüchten. In der Nähe des Brandortes wurde auf einem Spielplatz ein frisch in den Sand gezeichnetes Hakenkreuz entdeckt.
(FAZ, Welt am Sonntag, 30.5.93; SZ, FR, taz, 1.6.93)

5. MAGDEBURG: Gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994)

Mit der Jagd auf Menschen, die 150 Nazis am sogenannten „Vatertag" im Mai 1994 in Magdeburg veranstalteten, wurde ein neues Zeichen rassistisch-nazistischer Gewalt gesetzt: Nun werden Menschen mit dunkler Haut gejagt! Und wieder schaute der deutsche Spießer zu, wenn mitten durch die Innenstadt Menschen gehetzt werden, um sie zu ermorden.

Bezeichnend für den rassistischen Grundkonsens der deutschen Bevölkerung war es, daß gerade Menschen durch ihre entschlossene Solidarität den gejagten Afrikanern das Leben retteten, die selbst von den Nazis mit dem Tod bedroht wurden.

Erneut zeigte die Polizei ihr wahres Gesicht, als sie ganz gezielt Afrikaner und jene festnahm, die ihnen zu Hilfe gekommen waren und es gewagt hatten, sich den Nazis entgegenzustellen.

Nazis jagen einen Tag lang Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten durch die Innenstadt von Magdeburg

Am Donnerstag, den 12.5.94, am „Himmelfahrtstag" und „Vatertag", veranstalteten Nazis in Magdeburg eine rassistische Hetzjagd, die an SA-Hetzjagden während der Weimarer Republik erinnerte. Wie Freiwild jagten sie Menschen anderer Hautfarbe am hellichten Tag durch die stark bevölkerte Innenstadt und prügelten auf sie ein. „Sieg heil" grölend, den Arm zum Hitlergruß ausgestreckt, liefen Nazis unbehelligt durch Magdeburg. Mindestens 150 Nazis beherrschten an diesem Tag die Innenstadt von Magdeburg und konnten sieben Stunden lang fast ungehindert Menschen aus anderen Ländern, vor allem Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, aber auch einen deutschen Behinderten überfallen und körperlich mißhandeln. Dieser „Vatertag", auch „Herrentag" genannt, wurde in der Tat ein Herrentag ganz im Geiste des deutschen Herrenmenschentums.

Begonnen hatte alles damit, als kurz nach 15 Uhr eine Truppe von 50 bis 60 Nazis aus einer Straßenbahn ausstieg und den „Zentralen Platz" stürmte. Die Parkanlage in der Innenstadt ist Treffpunkt von Menschen vieler Nationalitäten, insbesondere von Flüchtlingen aus anderen Ländern. Diese flohen in alle Himmelsrichtungen. Die Nazis pöbelten eine Gruppe von afrikanischen Flüchtlingen mit rassistischen Parolen an, und als Kafandu, David und ihre Begleiter sich weigerten, den Platz zu verlassen, griffen die Nazis an und trieben sie, bewaffnet unter anderem mit Baseballschlägern, durch die dichtbevölkerte Fußgängerzone zum Alten Markt. Die Verfolgten erhielten mutige Unterstützung durch Kollegen aus der Türkei, als sie in die Marietta-Bar flohen, einem türkischen Eiscafé mit einer angrenzenden Kebab-Imbißstube. Der 19jährige Kellner Ali Bastumer verrammelte sofort die Eingangstür und brachte die von den Nazis Verfolgten in Sicherheit. Kurz darauf stürmten etwa 50 Nazis das Eiscafé von Arap Dezbay, in dem 100 Gäste saßen. Sie brüllten „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus". Mit Holzlatten, Messern und Baseballschlägern bewaffnet schlugen sie die Schaufensterscheiben ein, prügelten Gäste und Angestellte und demolierten die Einrichtung. Danach griffen sie das Kebab-Lokal an, zertrümmerten mit den draußen stehenden Holzbänken die Glasfront und bedrohten das überwiegend türkische Personal. Dieses setzte sich mit Messern gegen die Angreifer zur Wehr.
(taz, Junge Welt, Sächsische Zeitung, „Bild", 14.5.94; Stern, Nr. 21/1994; u. a.)

Ein Gaststättenbesitzer aus der Türkei hatte bereits frühzeitig das Polizeirevier Mitte angerufen und mitgeteilt, daß sich etwas zusammenbraue. Es erfolgte aber keine Reaktion seitens der Beamten. Polizisten hatten aus ihrem Wagen heraus den Sturmlauf der Nazis auf dem „Zentralen Platz" beobachtet, ohne einzugreifen. Augenzeugen haben berichtet, daß die Polizei nicht nur tatenlos zusah, sondern die angegriffenen Afrikaner mit in die Höhe gerecktem Mittelfinger verhöhnte. Damit signalisierten die Polizisten ihre Sympathie mit den Nazis und ermutigte sie zu weiterem und schlimmerem Treiben.

Erst als das türkische Personal aus der Kebab-Imbißstube mit Messern zur konsequenten Selbsthilfe gegen die Nazis griff, fuhren 10 Polizeiwagen vor, 20 Minuten nach einem Hilferuf aus der Marietta-Bar. Anstatt die Nazis zu stoppen, gingen die Polizisten auf die Angegriffenen los. Haydar Bastumer, Pächter der Marietta-Bar, und sein Bruder Ali, die sich gegen die Nazis gewehrt hatten, wurden gefesselt abgeführt. Metin Tedic aus der Türkei wurde vor dem „Marietta" von der Polizei mit Handschellen abgeführt, während ihn Nazis bespuckten und schlugen. Polizisten knebelten einen Mann aus der Türkei, der seinem zu Unrecht festgenommenen Kollegen helfen wollte. Ein türkischer Kellner der Marietta-Bar, der die Afrikaner mit einem Messer verteidigen wollte, wurde von einem Polizisten entwaffnet und zu Boden geworfen. Gleichzeitig schlugen Nazis auf den am Boden Liegenden ein. Der Polizist ließ die Arme des Mannes dennoch nicht los, so daß er den Schlägen und Tritten hilflos ausgeliefert war.
(taz, 14.5.94 und 16.5.94; Junge Welt, 14.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94; Politische Berichte, Nr. 10/1994; Stern, Nr. 21/1994; u. a.)

Eine Stunde später, gegen 16 Uhr, vor dem Kaufhaus Karstadt und dem gegenüberliegenden McDonald's: Die Nazis griffen mit gesammelten Kräften und fortwährendem Rufen von Nazi-Parolen ungehindert eine Gruppe von 20 afrikanischen Flüchtlingen an. Die Flüchtlinge waren aus dem Asyllager im Magdeburger Stadtteil Cracau, das 5 Straßenbahnstationen von der Innenstadt entfernt liegt, den Verfolgten zu Hilfe geeilt und hatten sich zum Teil mit Stangen und Latten bewaffnet. Drei von ihnen wurden von den Nazis brutal zusammengeschlagen.

Wieder griff die Polizei erst viel zu spät und mit zu geringen Einsatzkräften ein, da ein Großteil schon wieder abgezogen worden war. Anstatt die Flüchtlinge zu beschützen und die Angreifer festzunehmen, entwaffneten sie die 20 Verfolgten. Als sich einer der Überfallenen mit einem Messer gegen fünf Nazis zur Wehr setzte, nahm die Polizei nicht die fünf Nazis fest, sondern führte den von den Nazis Gejagten in Handschellen ab.
(taz, Junge Welt, Sächsische Zeitung, Leipziger Volkszeitung, 14.5.94; FAZ, 19.5.94 u. a.)

Erst zwei Stunden nach den ersten Überfällen wurden Haupteinsatzkräfte der Polizei aus dem Umland nach Magdeburg verlegt. Die mittlerweile rund 150 Nazis terrorisierten stundenlang die Innenstadt, unterstützt von Mitläufern aus der Bevölkerung. Am Abend wurde die gesamte Innenstadt von der Polizei hermetisch abgeriegelt. Antifaschisten und Flüchtlinge, die ihren Freunden zur Hilfe kommen wollten, wurden abgefangen.
(taz, 14.5.94; Neue Zeit, 18.5.94)

Am Restaurant im Kabarett „Die Kugelblitze" erreichte der Nazi-Terror zwischen 20 und 21 Uhr einen dritten Höhepunkt. Der Gastwirt Frank Schönemann berichtete über die Vorgänge wie folgt: In seiner Küche arbeiteten einige Ägypter und Italiener. Gegen 20 Uhr erschienen drei Nazis am Hintereingang seines Restaurants und begannen zu provozieren.

Nachdem das Personal die Türen verschlossen hatte, holten die Nazis Verstärkung. Eine Horde von 40 bis 50 Nazis griff dann das Restaurant an, zertrümmerte zunächst Scheiben und schlug die Terrasse kaputt. Dann drangen sie gewaltsam in die Hinterräume ein. Während sich das Personal mit allen greifbaren Gegenständen verteidigte, stand die Polizei tatenlos vor dem Restaurant und schaute zu. 18 Minuten lang nahm niemand den polizeilichen Notruf ab, erst später, als die Alarmanlage des Restaurants ausgelöst wurde, reagierte die Polizei. Der Inhaber griff ebenfalls zur Selbsthilfe und holte 15 Angestellte aus seinem zweiten Lokal, um das Restaurant „Kugelblitze" zu verteidigen. Als er mit seiner Gruppe eintraf, stürzte sich die Polizei auf sie. Die Angestellten wurden an die Wand gestellt und mit Gummiknüppeln geschlagen. Ihre Identität wurde festgestellt, manche wurden willkürlich verhaftet. Etwa 40 Polizisten waren an diesem Übergriff beteiligt. Die Polizei ließ die Täter abziehen. Frank Schönemann wollte Strafantrag gegen die Polizei stellen wegen unterlassener Hilfeleistung, Amtsmißbrauch und Körperverletzung.
(FR, 19.5.94; Leipziger Volkszeitung, 14.5.94 und 19.5.94; Freitag Mai 94; u. a.)

Neben dem Terror gegen Menschen aus anderen Ländern ereigneten sich abends gegen 20 Uhr weitere schwere Übergriffe von Nazis gegen „unliebsame" Deutsche: Ein Behinderter wurde aus einer Straßenbahn geworfen und verletzt.
Ein Passant wurde auf der Straße

Viele deutsche Passanten zeigen unverhohlen ihre Sympathie mit den Nazis bei der „Jagd auf schwarzafrikanische Flüchtlinge"

Die Marietta-Bar war für die von den Nazis Gehetzten Kafandu, David und ihre drei Freunde die letzte Rettung gewesen, denn von den vielen Spaziergängern in der Innenstadt war ihnen niemand zur Hilfe gekommen. Ein Taxifahrer verwehrte einem der verfolgten Afrikaner, in sein Taxi einzusteigen, und überließ ihn dem Nazi-Mob. Daß von der Polizei kaum Hilfe zu erwarten war, wurde den Opfern schnell klar. Das mutige Eingreifen und die konsequente bewaffnete Gegenwehr des vor allem türkischen Personals der Marietta-Bar, die ihnen in höchster Not beistanden, verhinderte in diesem Fall ein Blutbad auf offener Straße.

Während des ganzen Nachmittages tummelten sich haufenweise Schaulustige in der Innenstadt von Magdeburg und schauten tatenlos zu, wie Menschen von einer Horde Nazis stundenlang brutal attackiert wurden. Sogar Eltern mit ihren kleinen Kindern kamen, um sensationshungrig das „Feiertags-Spektakel" aus sicherer Entfernung anzusehen.

Die rassistische Stimmung in der deutschen Magdeburger Bevölkerung kommt in der Aussage eines älteren Ehepaares, einen Tag nach dem Pogrom, zum Ausdruck:

„Da waren unsere und die Dunkeln. Die Dunklen, die Schwarzen, wissen sie, hatten Stöcke und Messer und Knaller. Und dann haben sie furchtbaren Lärm gemacht. Ausländer rein, Deutsche raus, haben sie geschrien. Das geht doch zu weit." Und weiter: „Hier gibt es viel zu viele Ausländer. Die machen einem das Leben zur Hölle. So frech, wie die sind. Liegen einfach faul im Park herum und gehen nicht weg, wenn man es ihnen befiehlt." Ein Magdeburger Schutzpolizist sagte einige Tage nach dem Vatertag ganz offen „Wir sind nicht rechts, aber wir haben was gegen Ausländer".
(Hannoversche Allgemeine Zeitung, 14.5.94; taz, 16.5.94; Magdeburger Volksstimme, 18.5.94; Stern Nr. 21/1994)

überfallen und schwer verletzt. *(Polizeibericht lt. FAZ, 19.5.94)*

Es wurden an diesem Tag viele Menschen zum Teil schwer verletzt. Über Verletzte unter den Flüchtlingen und anderen „Nichtdeutschen" machte die Polizei keine näheren Angaben. Selbst das türkische Generalkonsulat sah sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß Menschen aus der Türkei verletzt wurden, welche die verfolgten Flüchtlinge mit Messern verteidigt hatten. Aus Furcht vor behördlichen Repressalien meldeten sich die Verletzten aber nicht bei den staatlichen Stellen. Von einem arabischen Flüchtling, der mit schweren Schädelwunden im Krankenhaus lag, die ihm 30 Nazis mit Eisenstangen zugefügt hatten, erfuhr die Polizei angeblich erst von Journalisten.
(Junge Welt und taz, 14.5.94; Magdeburger Volksstimme, 16.5.94; Stern Nr. 21/1994).

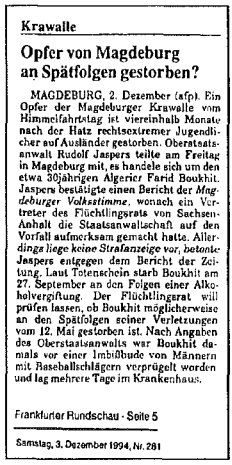
Auch aus dem offiziellen Polizeibericht geht hervor, daß die Festnahmetaktik der Polizei gezielt gegen die Nazi-Opfer gerichtet war. Nach dem Angriff bei der Marietta-Bar hatte die Polizei sieben Personen festgenommen: vier Nichtdeutsche und drei Deutsche. Nach der zweiten Terrorwelle gegen die Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten vor dem Kaufhaus Karstadt waren 23 Personen festgenommen worden, davon 13 Nichtdeutsche. Insgesamt nahm die Polizei 49 Personen fest, davon 14 Flüchtlinge aus dem „Cracauer Sammellager", vor allem Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten. Über die restlichen 35 Festgenommenen wurden keine näheren Angaben gemacht. Sicher ist, daß sich darunter weitere Personen ohne deutschen Paß und einige deutsche Nazigegner befanden. Wie viele Nazis festgenommen wurden, blieb unklar.

Von den 49 wurden 46 am gleichen Tag bzw. im Laufe der gleichen Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Zwei Personen wurden einen Tag später entlassen. Ein Tunesier dagegen wurde zur Abschiebung in Haft behalten. Angeblich wurde erst am nächsten Morgen festgestellt, daß der Tunesier mit einer Deutschen verheiratet ist und die Abschiebung aufgehoben worden war. Er wurde ebenfalls erst am nächsten Tag wieder freigelassen.
(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94; FR und taz, 14.5.94; FAZ, 19.5.94; Stern Nr. 21/1994)

Todesopfer des Magdeburger Nazi-Pogroms: Farid Boukhit aus Algerien

Nur als knappe Meldung wurde in den bürgerlichen Medien Anfang Dezember bekanntgegeben, daß der Nazi-Terror von Magdeburg zum Tod eines Opfers geführt hat. Der 30jährige **Farid Boukhit** wurde von den Nazis mit Baseballschlägern traktiert und so schwer verletzt, daß er mehrere Tage im Krankenhaus behandelt werden mußte. Er starb am 27. September 1994 an den Spätfolgen seiner Verletzungen.

Von offizieller Seite wurde ein Zusammenhang des Todes mit den vorher erlittenen Verletzungen ignoriert. Bekannt wurde der Tod von Farid Boukhit durch den Einsatz des Flüchtlingsrates. Antifaschistische Info-Blätter informierten über den wahren Zusammenhang.



Krawalle

Opfer von Magdeburg an Spätfolgen gestorben?

MAGDEBURG, 2. Dezember (afp). Ein Opfer der Magdeburger Krawalle vom Himmelfahrtstag ist viereinhalb Monate nach der Hatz rechtsextremer Jugendlicher auf Ausländer gestorben. Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers teilte am Freitag in Magdeburg mit, es handele sich um den etwa 30jährigen Algerier Farid Boukhit. Jaspers bestätigte einen Bericht der *Magdeburger Volksstimme*, wonach ein Vertreter des Flüchtlingsrats von Sachsen-Anhalt die Staatsanwaltschaft auf den Vorfall aufmerksam gemacht hatte. Allerdings liege *keine Strafanzeige* vor, betonte Jaspers entgegen dem Bericht der Zeitung. Laut Totenschein starb Boukhit am 27. September an den Folgen einer Alkoholvergiftung. Der Flüchtlingsrat will prüfen lassen, ob Boukhit möglicherweise an den Spätfolgen seiner Verletzungen vom 12. Mai gestorben ist. Nach Angaben des Oberstaatsanwalts war Boukhit damals vor einer Imbißbude von Männern mit Baseballschlägern verprügelt worden und lag mehrere Tage im Krankenhaus.

Frankfurter Rundschau · Seite 5

Samstag, 3. Dezember 1994, Nr. 281

6. LÜBECK:
Gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996)

Der folgenschwerste rassistische Brandanschlag seit Bestehen der Bundesrepublik war der Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Lübeck, bei dem 10 Menschen ermordet wurden.

Wie zum Hohn auf dieses schreckliche Verbrechen versuchten Justiz und Presse ausgerechnet einen Menschen als schuldig abzustempeln, der selbst nur knapp dem Tod in dem brennenden Haus entkommen war und anderen das Leben gerettet hatte. *(Siehe auch die Teile II und III)* Der Kampf um die Freilassung Safwan Eids mußte monatelang gegen dieses Lügengebäude geführt werden – eine Folge war, daß die wahren Täter, wie in vielen anderen Fällen, bis heute ungeschoren davongekommen sind.

Augenzeugen des Verbrechens wurden von Staats wegen abgeschoben. Ein solches Vorgehen unterstreicht, daß der deutsche Staat nicht davor zurückschreckt, die Nazis mittels seiner mörderischen Abschiebepolitik in Schutz zu nehmen.

Nazis ermorden zehn Menschen durch einen Brandanschlag auf ein vor allem von afrikanischen Flüchtlingen bewohntes Asylheim

Zehn Ermordete war die blutige Bilanz des Nazi-Brandanschlages in Lübeck. Bei einem regelrechten Massaker waren am 18. Januar 1996 in den Flammen des hauptsächlich von Menschen aus Zaire, Angola, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien, dem Libanon und Polen bewohnten Heimes für Flüchtlinge in der Lübecker Hafenstraße Monique Bunga (27 Jahre) mit ihrer Tochter Suzanne (7 Jahre) aus Angola, Françoise Makudila (27 Jahre) mit ihren Kindern Christelle (6 Jahre), Daniel (1 Jahr), Legrand (4 Jahre), Mija (12 Jahre) und ihrer Stieftochter Christine (19 Jahre) aus Zaire sowie ein Mann aus dem Libanon und eine weitere Frau bei lebendigem Leibe verbrannt. Die übrigen Hausbewohner erlitten Verletzungen: 30 Schwerverletzte kämpften um ihr Leben und sind für immer gezeichnet, 20 Menschen wurden leicht verletzt.

In unmittelbarer Nähe des Hauses wurden vier bekannte Nazis mit Brandspuren im Gesicht von der Polizei kontrolliert, jedoch nicht verhaftet. Am nächsten Tag wurden sie nach wenigen Stunden auf der Polizeiwache wieder laufengelassen, weil sie angeblich ein „Hieb- und stichfestes Alibi" hatten: Sie wurden 20 Minuten vor dem Brand mit dem Auto an einer Tankstelle gesehen, die angeblich zu weit vom Tatort entfernt lag. Die 5 Kilometer „hätten sie nicht schaffen können"!. Nach der Aussetzung einer Belohnung in Höhe von 50.000 DM für „sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen", meldete sich nach fast zweitägigem Schweigen am 20.1.1996 ein 25jähriger freiwilliger Sanitätsfeuerwehrmann mit belastenden Aussagen bei der Polizei. Später wurde bekannt, daß dieser Kontakte zu mindestens einem der Grevesmühlener Nazis hatte. Am selben Abend wurde gegen den libanesischen Heimbewohner Safwan Eid Haftbefehl erlassen. Er soll „Täterwissen besitzen" und dem Sanitäter im Rettungsbus anvertraut haben: „Wir waren es".

Safwan Eid hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe von Anfang an bestritten. Durch seinen Anwalt machte er öffentlich, daß er nicht „Wir waren es", sondern „Sie waren es" gesagt hatte. Es ging dabei nicht um einen im Durcheinander und der Hektik der Rettungsarbeiten

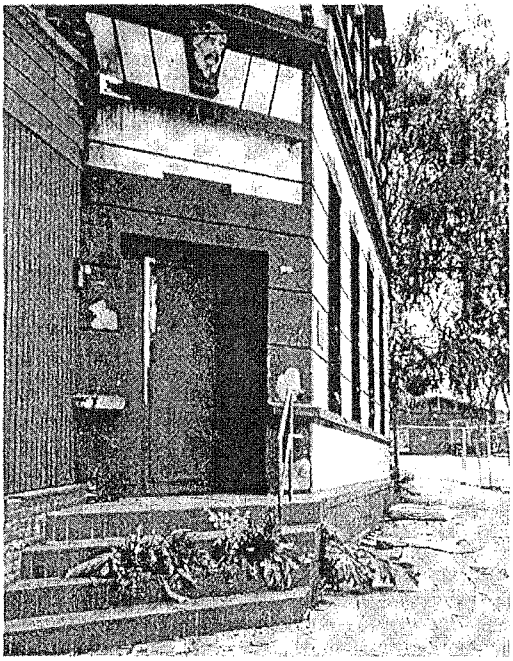
„mißverstandenen Satz". Safwan Eid hatte dem Rettungssanitäter vielmehr bereits in der Brandnacht berichtet, daß sein Vater vor dem Brand Beobachtungen gemacht hat, die eindeutig auf einen Nazi-Brandanschlag schließen ließen, deshalb: „Sie waren es." *(junge welt, 24.1.96)*. Tatsache ist, daß Safwan Eid beim Feueralarm von Mitbewohnern schlafend im Bett gefunden wurde, daß ihn Nachbarn nachweislich wecken mußten. *(taz, 23.1.96)*. In einem Interview erklärte der Vater von Safwan Eid: „Zwanzig Leute aus dem Haus sagen, daß er oben geschlafen hat. Man glaubt ihm nicht. ***Wir sind alle Lügner, weil wir Ausländer sind. Man glaubt nur dem einen Deutschen."*** *(Die Zeit, 26.1.96)*. Eine syrische Heimbewohnerin ergänzte: ***„Das geschieht nur, um die deutschen Täter zu entlasten."***

Den Spuren zur Grevesmühlener Nazi-Szene wurde nicht mehr nachgegangen, offiziell wurde von einem Brandanschlag nicht mehr geredet. Es wurde festgestellt, daß das Feuer von innen gelegt worden sein mußte und ein „Anschlag von außen auszuschließen sei", entgegen einem unabhängigen Brandgutachten, welches das Gegenteil bewiesen hatte. Safwan Eid wurde als beschuldigt und in Untersuchungshaft gesteckt. Als Motiv wurde – entgegen übereinstimmender Berichte der Hausbewohner – ein Eifersuchtsdrama bzw. ein Streit zwischen den Hausbewohnern erfunden. Gespräche von Safwan Eid mit Familienangehörigen in der Untersuchungshaft wurden abgehört und mittels einer falschen Übersetzung dazu benutzt, den Verdacht zu erhärten. Einer der Zeugen (Victor Attey), selbst ein Opfer des Anschlages, wurde nach Nigeria abgeschoben.

Erst nach einem halben Jahr wurde Safwan Eid wegen „mangelnder Beweise" wieder freigelassen, sein Prozeß endete nach neun Monaten am 30. Juni 1997 aus demselben Grund: Safwan Eid wurde „mangels Beweises" freigesprochen, was nicht zuletzt der Arbeit der internationalen unabhängigen Untersuchungskommission und der antifaschistischen und antirassistischen Gruppen zu verdanken war.

Im Juli 1998 mußte Safwan Eid erneut vor Gericht. Weil die ihn angeblich belastenden Abhörprotokolle im vorherigen Prozeß nicht eingesetzt wurden, sollte er nun endgültig verurteilt werden. Gleichzeitig gestand einer der Grevesmühlener Nazis wiederholt seine Mittäterschaft an dem Lübecker Brandanschlag, was jedoch von der Staatsanwaltschaft als unglaubwürdig eingeschätzt wurde. Am Ende konnte das Gericht nicht umhin, Safwan Eid schließlich wiederum freizusprechen.

Zur Erinnerung an



Blumen auf den Stufen der Lübecker Ruine zum Gedenken an die Opfer des Anschlages

Francoise
Christelle
Legrand
Christine
Daniel
Mija
Monique
Susanna
Rabia
Sylvio
und all die
anderen,

die als Flüchtlinge in dieses
Land kamen
und
von deutschen Mördern
umgebracht wurden.

Wie lange noch bleiben die rassistischen Mörder ungestraft?

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

7. LÜBECK UND DÜSSELDORF: Gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995, Juli 2000)

Im März 1994 und im Mai 1995 wurden offen antisemitisch motivierte Brandanschläge auf die Synagoge in Lübeck verübt. Der zweite Brandanschlag erfolgte eine Nacht vor dem 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus. Die Nazis wollten damit ein Symbol für die historische Kontinuität des antisemitischen Terrors schaffen. Diese Brandanschläge fügen sich ein in die seit Jahrzehnten in Deutschland in großem Ausmaß verübten Angriffe auf jüdische Friedhöfe, sind darüber hinaus aber ein überdeutliches Zeichen, daß die Nazis fest entschlossen sind, ihren Antisemitismus mit brutaler Gewalt in die Tat umzusetzen.

Auch wenn im einzelnen noch nicht geklärt ist, wer konkret hinter dem Bombenanschlag in Düsseldorf im Juli 2000 steckt und die Täter nach wie vor frei herumlaufen, muß dieser gezielte Anschlag auf Immigranten und Immigrantinnen aus der ehemaligen Sowjetunion, unter den Opfern sind die Mehrzahl Juden, als weiterer Beleg dafür gewertet werden, daß die Nazis vor keinem Verbrechen halt machen, wenn ihnen nicht mit aller Entschlossenheit ein für alle mal das Handwerk gelegt wird.

Erster Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck im März 1994

In der Nacht zum 25. März 1994 zündeten Nazis die Synagoge in der Lübecker Sankt-Annen-Straße an. Die vier Nazis Stephan W. (24), Dirk B. (21), Boris H. (19) und Niko T. (19) hatten den Anschlag geplant und fertigten am 24. März gemeinsam mehrere Brandsätze an. Gegen 2.15 Uhr betraten sie das Gelände der Synagoge. Ein Fenster war erleuchtet. Einer der Brandstifter leerte eine Brandflasche im Windfang des Synagogeneingangs aus und warf unmittelbar danach eine Brandbombe mit brennender Lunte in den Windfang. Holzteile, Decken- und Wandverkleidungen fingen sofort Feuer. Der Vorderraum brannte beinahe völlig aus.

In den Wohnungen über der Synagoge schliefen fünf Menschen. Zum Glück fand der Mordanschlag sein Ziel nicht, da ein Brandsatz nicht zündete. Die fünf Bewohnerinnen und Bewohner blieben unverletzt. Die rechtzeitige Entdeckung des Feuers durch die Nachbarn und der schnelle Einsatz der Feuerwehr verhinderte seine weitere Ausbreitung und damit größeren Schaden an der Synagoge. Der Sachschaden betrug laut Pressemitteilungen 150.000 DM.

Zweiter Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck im Mai 1995

In der Nacht zum 7. Mai, einen Tag vor dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Nazifaschismus und wenige Stunden vor der Einweihung des Judaicums auf dem Gelände der ehemaligen Berliner Synagoge, die von den Nazifaschisten 1943 zerstört wurde, warfen Nazis erneut Brandbomben auf die Lübecker Synagoge.

In der Nacht zum Sonntag drangen gut informierte Nazis über eine Mauer von hinten in das Synagogengelände ein. Zwischen 2 Uhr und 2.30 Uhr warfen sie zwei Brandbomben. 30 Minuten vor Zünden der Brandbomben hatte laut *Lübecker Nachrichten (LN)* vom 9.5.95 die Polizei ihre routinemäßige Streifenfahrt an der Synagoge absolviert. Eine Brandbombe zerstörte den Schuppen neben der Synagoge. Nur ein verkohltes Mauerwerk mit verbrannten Resten von Fahrrad- und Motorradteilen blieben übrig. Anwohner entdeckten das Feuer rechtzeitig, so konnten sie sofort die Feuerwehr alarmieren, die dann ein Übergreifen der Flammen auf die Synagoge verhinderte.

Das Ziel der zweiten Brandbombe war die einzige Eingangstür zum Wohnbereich im Obergeschoß. Zum Glück brannte die Bombe nur kurz, worauf die Brandspuren hinweisen, explodierte aber nicht, so daß die Eingangstür kein Feuer fing und niemand verletzt wurde.

Während des Anschlags befand sich eine Immigrantin aus Rußland in dem Gebäude. Die Nazi-Täter wußten genau, daß hier Menschen wohnen. Mit dem zweiten Brandsatz sollte den Bewohnern der einzige Weg aus dem Haus ins Freie und damit der Fluchtweg versperrt werden. Auch bei diesem zweiten Brandanschlag innerhalb von 14 Monaten entkamen jüdische Menschen, die in der Synagoge wohnen, nur durch Zufall dem antisemitischen Mordanschlag.

Zeitgleich zum Anschlag auf die Synagoge wurde auch an dem Gebäude in der Lübecker Altstadt, in dem das Lübecker Bündnis gegen Rassismus seinen Sitz hat, ein Brand gelegt. Zwölf Bewohner erlitten Rauchvergiftungen und mußten das Haus verlassen. Eine Woche vor dem Brand erhielt ein Mitglied des Bündnisses von Nazis telefonisch die Drohung: „Wir brennen bald die ganze Hundestraße ab". Der Leiter des Kommissariats 11 bestreitet, daß zwischen beiden Brandanschlägen ein Zusammenhang bestehen würde (*taz,* 8.5. und *LN,* 9.5.1995).

Die Polizei, die nach „eigenen Angaben" durch ihre eingeschleusten Spitzel genau über die Nazi-Szene in Norddeutschland informiert ist und angeblich die Synagoge „Tag und Nacht" bewacht, sah nichts, hörte nichts und wußte nichts – so war es bei dem Brandanschlag im März 1994, so auch im Mai 1995.

Bombenanschlag auf jüdische Einwanderer in Düsseldorf im Juli 2000

Nachdem monatelang im Zuge der Verhandlungen über die Entschädigung der Zwangsarbeiter des Nazifaschismus sich die antisemitische Hetze verschärfte und das antisemitische Stereotyp einer angeblichen „Habgier" der Juden, die dem „deutschen Volke das Blut bis heute aussaugen" würden, verstärkt Verbreitung fand, war der Bombenanschlag am 27. Juli in Düsseldorf-Wehrhahn gegen eingewanderte Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion der einstweilige Höhepunkt einer systematisch betriebenen ideologischen Hetze und nicht abreißenden Serie von antisemitisch motivierten Anschlägen.

Am 27.7.00 explodierte an der S-Bahn-Station in Düsseldorf-Wehrhahn eine Handgranate. Zehn Menschen wurden verletzt, vier von ihnen lebensgefährlich, eine schwangere Frau verlor das ungeborene Kind. Alle Opfer des Bombenanschlags kommen aus der ehemaligen Sowjetunion, sechs von ihnen sind jüdische Einwanderer. Sie besuchten täglich einen Deutschkurs einer in der Nähe gelegenen Sprachschule, der immer um 15 Uhr zu Ende war. Anschließend gingen sie gemeinsam zur S-Bahn-Station Düsseldorf-Wehrhahn, von wo aus

sie in ihre weiter entfernt gelegenen Wohnorte fuhren. Die Bombe zündete genau zu dem Zeitpunkt, an dem sie jeden Tag die Station erreichten.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben bisher gar nichts. Fest steht, daß in Düsseldorf seit Jahren fest gefügte Nazi-Strukturen bestehen, die militärmäßig und gezielt aufgebaut wurden und bundesweite Verbindungen haben, insbesondere zu Nazis in Solingen, die 1993 den mörderischen Brandanschlag auf die türkische Familie verübt hatten. Die Düsseldorfer Nazis betreiben in den rechten Kneipen und bei ihren Aufmärschen offen und gezielt ihre aggressive rassistische und antisemitische Hetze und zählen zu den aktivsten Gruppen in Nordrhein-Westfalen. Die Naziszene in Düsseldorf ist eng verknüpft mit diversen Nazi-Rockgruppen verbunden. Nach dem Bombenanschlag gab es zahlreiche Bekennerschreiben von Nazis. Der bekannte Nazi Ralf Spies, der in Wehrhahn eine Military-Laden betreibt, wurde vorübergehend festgenommen, ist aber wieder frei. Ansonsten blieb die Naziszene bis heute verschont. Die Täter wurden nicht ermittelt.

Am 5.8.00 fand in Düsseldorf eine Anti-Nazi-Demonstration mit ca. 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Nach dem antisemitischen Bombenanschlag in Düsseldorf meldeten sich verstärkt auch bürgerliche Politiker zu Wort, denen es vor allem darum geht, das „Ansehen Deutschlands in der Welt" hochzuhalten – im Kern geht es ihnen um kosmetische Operationen, die in Wirklichkeit die Nazi-Bewegung keineswegs ernsthaft beeinträchtigen oder beeinträchtigen sollen, selbst wenn dieses oder jenes Verbot über einzelne Verzweigungen der Nazi-Bewegung verhängt wird.

Hintergrund:
Der wirklich tiefgehende Kampf gegen den Antisemitismus in Deutschland ist ohne die Kenntnis seiner historischen Wurzeln unmöglich

Der erstarkende offene Antisemitismus, der vor allem von der nazistischen Bewegung, aber auch vom bürgerlichen Staat initiiert und genährt wird, trifft in Deutschland auf einen nur geringen Protest und Widerstand durch die antifaschistisch-demokratischen Bewegung. Antisemitische Anschläge oder die Hetze gegen Jüdinnen und Juden stoßen bei der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung wenn nicht auf Zustimmung so doch zumindest auf Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Dafür gibt es selbstverständlich Gründe in der Gegenwart. Die wichtigsten sind die Schwäche der fortschrittlichen Bewegung, die ungeheuren Möglichkeiten der Medien in diesem Staat, die Antisemitismus in versteckter Form fast tagtäglich mehr oder weniger subtil verbreiten, das ganze nationalistische und chauvinistische Klima in dieser Gesellschaft, erzeugt und geschürt von Justiz, Parteien, Polizei bis hin zur Schule. Dies sind zwar wichtige Ursachen, die aber nicht ausreichen, um die Besonderheiten des Antisemitismus in der BRD wirklich erklären und verstehen zu können. Denn es existiert in Deutschland eben ein anderer, aggressiverer Antisemitismus, der tiefer verwurzelt und viel weiter verbreitet ist als zum Beispiel in Italien. Und das hat geschichtliche Ursachen.

Wesentliche Ursache für die Akzeptanz und die Verbreitung des Antisemitismus sowie die Ignoranz ihm gegenüber ist eine viele Jahrhunderte alte Tradition. Antisemitismus ist tief als negatives Erbe in der deutschen Geschichte verwurzelt und reicht selbst bis in die demokratische und Arbeiterbewegung. Den Antisemitismus in Deutschland haben nicht die Nazis erfunden, sondern er ist wesentlicher Bestandteil der deutschen Ideologie. Er ist, vor allem aufgrund dieser tiefen Tradition, mit der niemals, auch nicht nach 1945, wirklich auch nur ansatzweise in Westdeutschland gebrochen wurde, heute in allen Poren des gesellschaftlichen Lebens verankert. Alle wesentlichen Traditionen sind auch heute noch lebendig: Der Antisemitismus etwa der Brüder Grimm, eines Luther, des reaktionären Preußentums und natürlich der 12 Jahre staatlich organisierte Antisemitismus des Nazifaschismus bestimmten nach 1945 und bestimmen bis heute die antisemitischen Argumente und Methoden in Westdeutschland bzw. Deutschland.

Ohne dies zu verstehen, kann man die Schwierigkeiten, aber auch die unbedingte Notwendigkeit des radikalen Kampfes gegen alle Formen dieser reaktionären Ideologie in Deutschland – auch gegen versteckte antisemitische Tendenzen in der demokratischen Bewegung, die zum Beispiel unter der Flagge des „Kampfes gegen den Zionismus" daher-

Über latenten Antisemitismus in Deutschland 1994

Das Meinungsforschungsinstitut Emnid stellte in einer repräsentativen Umfrage fest: Jeder fünfte Deutsche ist jüdischen Bürgern gegenüber negativ eingestellt. Die negative Einstellung war bei den Westdeutschen wesentlich häufiger. 22 Prozent der Befragten möchten keinen jüdischen Nachbarn haben (*FR*, 8.3.94). Eine Untersuchung aus den 70er Jahren stellte fest, daß 30 Prozent aller Westdeutschen latent antisemitisch eingestellt waren. Auch die Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Emnid, vom Februar 1994 zeigte eher eine Zunahme. Demnach denken 44 Prozent der Westdeutschen, daß die *„Juden den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen"*. (*taz*, 26.3.94)

kommen – nicht wirklich erkennen und in die Praxis umsetzen.

Der Antisemitismus war die Ideologie, die in der Praxis der Nazi-Diktatur zum Völkermord an 6 Millionen Juden und Jüdinnen beigetragen hat, zum industriell durchgeführten und staatlich organisierten Massenmord vom Säugling bis zu zum Greis. Die Nazis hätten den Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa nicht propagandistisch vorbereiten und organisatorisch durchführen können, wenn sie es nicht verstanden hätten, an den in der deutschen Ideologie verankerten Antisemitismus anzuknüpfen, sich auf ihn zu stützen und die antisemitischen Traditionen entsprechend dem „Zeitgeist" weiterzuentwickeln und an ihn anzupassen.

Auch die heutigen Nazis knüpfen konsequent an die in der deutschen Bevölkerung verwurzelten antisemitischen Traditionen an, um ihren Einfluß ständig zu steigern.

Nur wenn es gelingt, die in der deutschen Geschichte tief verwurzelte antisemitische Tradition, alle Formen des Antisemitismus wirklich radikal, an die Wurzel gehend zu bekämpfen, nur dann kann die Nazi-Pest tatsächlich zurückgedrängt, nur dann kann wirklich gegen die Faschisierung in Deutschland angekämpft werden.

Einige Beispiele der Tradition des Antisemitismus in Deutschland vor 1933

Die Märchen der Brüder Grimm bekam und bekommt so gut wie jeder und jede Deutsche zumindest einmal in seinem Leben zu hören oder zu lesen. Sie sind immer noch Bestandteil der Kindererziehung. In vielen dieser Märchen wird übelster Antisemitismus verbreitet (zum Beispiel in „Der Jude im Dorn"). Welcher Art dieser Antisemitismus ist, wird an dem Wörterbuch der Brüder Grimm deutlich, wo unter dem Stichwort „Jude" folgendes zu lesen ist: *„...von ihren schlimmen Eigenschaften werden namentlich ihre Unreinlichkeit, sowie ihre Gewinnsucht und ihr Wuchersinn in mannigfachen Wendungen betont, schmierig wie ein alter Jude..."* (zitiert nach: L. Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Band II, Worms 1983, S. 136). „Wucherer" im Gegensatz zu „deutscher Ehrlichkeit" und „Drecksjude" im Gegensatz zu „deutscher Sauberkeit" – das sind zentrale antisemitische Vorurteile, an die die Nazis nahtlos anknüpfen konnten. Im Nazi-Hetzblatt „Stürmer" sind diese antisemitischen Lügen immer wieder in allen Varianten zu finden.

Der Preußenstaat und seine Ideologie basierten unter anderem auch auf einem ausgeprägten Antisemitismus. Insbesondere auch „Deutsche Dichter und Denker" wie Fichte oder Hegel, Verherrlicher des reaktionären Preußentums, propagierten Antisemitismus. Hegel schreibt: *„Am Haufen der Juden mußte sein (Jesus, A.d.V.) Versuch scheitern, ihnen das Bewußtsein von etwas Göttlichem zu geben; denn der Glaube an etwas Göttliches kann nicht im Kote wohnen."* (ebenda, S. 208) Das antisemitische „Argument", daß Juden „schmutzig" und damit mit einem Stück Dreck gleichzusetzen seien, ist ein tief verwurzeltes antisemitisches Vorurteil in Deutschland, das die Nazis auf die Spitze trieben, indem sie es in die „Praxis" umsetzten: „Dreck oder Ungeziefer muß vernichtet werden, weil es das deutsche Volk bedroht" – nur mit dem beständigen Einhämmern einer von antisemitischen Stereotypen geprägten Propaganda – auch mit Hilfe von Schriften und Zitaten eines Hegel oder Fichte – konnte es den Nazis gelingen, eine solch breite Akzeptanz im deutschen Volk für den Völkermord an den europäischen Juden zu gewinnen, konnte es gelingen, Millionen so abzustumpfen, daß sie direkt oder indirekt an der Ermordung beteiligt werden konnten.

Eine weitere Tradition des deutschen Antisemitismus ist im Christentum verwurzelt. Schon die Bibel prägte das Vorurteil, die Juden hätten Jesus ermordet. Die katholische Kirche verbreitete jahrhundertelang Antisemitismus im religiösen Gewand, organisierte antijüdische

Pogrome und Judenvertreibungen in Deutschland. Die protestantische Kirche stand ihren katholischen Glaubensbrüdern in nichts nach. Schon bei der Gründung der protestantischen Kirche stand Luthers Antisemitismus Pate. Luther forderte unter anderem: *„1. Man soll ihre Synagogen mit Feuer anstecken, Schwefel und Pech dazu werfen, und was nicht brennen will, mit Erde überschütten, damit kein Stein mehr zu sehen sei ewiglich."* (zitiert nach: A. Strauß, Antisemitismus, Frankfurt/Main 1985, S. 59 f.) Luthers Forderung von 1543 konnte 400 Jahre später von den Nazis aufgegriffen werden, und es ist bekannt, mit welchem Vernichtungswillen sie Luthers Forderung in die Tat umgesetzt haben.

II.

Nazis, Staat und Medien:

Von subtiler Hetze bis offenem Terror

8. Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand
9. Die Opfer werden zu Tätern gemacht
10. Antisemitismus

Vorbemerkung

Im folgenden Teil werden neben den beschriebenen allgemeinen Merkmalen der Zusammenarbeit von Staat, Nazis und Medien in drei Abschnitten markante Besonderheiten der staatlichen Propaganda, herausgestellt:

1. Schon im Vorfeld der Pogrome in Hoyerswerda und Rostock war klar, dass es seitens der Politiker, der Medien und der Polizei/Justiz erklärterweise ein großes Verständnis für den rassistischen Mob vorhanden war, wenn er denn losschlagen würde. Als er dann losgeschlagen hatte, überschlugen sich alle bürgerlichen Organe von Bild bis „Neues Deutschland" förmlich darin, den Rassismus (vor allem der deutschen Bevölkerung) schönzureden und tatsächlich zu rechtfertigen, indem sie ihn als angeblich berechtigtes Rebellieren gegen unhaltbare Zustände hinstellten. Verständnis zeigten auch die Richter, die die wenigen angeklagten Nazis wieder laufenließen. Kein Verständnis hatte man allerdings für die Antifaschisten und Antifaschistinnen.
2. Bei dem nach Mannheim, Mölln, Solingen aufkommenden breiteren Widerstand wurde eine Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand losgetreten, die in den folgenden Jahren bis zur Kriminalisierung führte (Antifa M, Antifa Passau). Neben der Verleumdung der antifaschistischen Gewalt überhaupt war besonders die massenhafte und militante Beteiligung der Jugendlichen türkischer/kurdischer Herkunft eine Zielscheibe der staatlichen Hetzpropaganda.
3. Schon vorher war ein Merkmal der staatlichen Propaganda die Vertuschung der Tatsachen und der nazistischen Täterschaft (z. B. bei Solingen) mit dem Ziel, die Opfer zu Tätern zu machen (Stuttgart, Hattingen). Beim Brandanschlag in Lübeck erreichte diese Verdrehung in aller Öffentlichkeit einen Höhepunkt: sämtliche Medien vertraten quasi gleichgeschaltet die offensichtliche Lügenversion, von der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung nur allzu gerne akzeptiert.

8. Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand

HOYERSWERDA

Das Pogrom vom September 1991 wurde in aller Öffentlichkeit vorbereitet

Das Pogrom entstand als Folge der Zusammenarbeit von Politikern, die rassistische Hetze gegen die Flüchtlinge betrieben, bürgerlicher Medien, die diese Hetze verbreiteten oder selbst fabrizierten, und der Nazis, die den Angriff organisatorisch vorbereiteten und schließlich durchführten. All das traf auf eine deutsche Bevölkerung, die selbst zu einem großen Teil schon rassistisch verhetzt war oder dafür leicht empfänglich war. Durch gezielte Hetze gegen die Flüchtlinge in Hoyerswerda in den örtlichen Medien und durch Lokalpolitiker entstand eine Pogromstimmung, die schließlich darin gipfelte, daß über eine Woche lang ein Wohnheim von Nazis angegriffen wurde bis es völlig zerstört war, während die Bürger der Nachbarschaft Beifall klatschen. Im folgenden wird konkret nachgewiesen, wie diese Zusammenarbeit funktionierte.

Die Vertreibung der Flüchtlinge und der Arbeiter und Arbeiterinnen aus Vietnam und Mosambik wurde von langer Hand vorbereitet. Die Pogromstimmung in Hoyerswerda wurde mit Hilfe der tonangebenden Regional- und Lokalpresse *(Sächsische Zeitung, Wochenblatt, Lausitzer Rundschau)* schon seit Monaten öffentlich geschürt. In gemeinsamer Arbeit kochten Stadtverantwortliche und Lokalpresse angebliche Lärmprobleme im Flüchtlingswohnheim mit riesengroßen Überschriften bewußt hoch. So lautete zum Beispiel im *Wochenblatt* vom 26.7.91 die Überschrift eines Hetzartikels: *„Je später der Abend ... desto lauter die Gäste"*. Mit der Behauptung, es läge eine Anzeige wegen Vergewaltigung vor (diese Anzeige taucht wieder auf in der Gerichtsprozeß-Berichterstattung der *Sächsischen Zeitung* vom 9./10.11.91) und es hätte eine Prügelei vor dem Flüchtlingswohnheim gegeben, wurde beim aufgehetzten Zeitungsleser das Bild einer äußerst gefährlichen Lage gezeichnet: *„...das Faß kurz vor dem Überlaufen" (Wochenblatt, 26.7.91).* In einer Bildunterschrift im Fettdruck weist dieser Hetzartikel gegen die Flüchtlinge deutlich darauf hin, daß und wieviel Sozialhilfe die Flüchtlinge erhalten. Mit der abschließenden Ankündigung: *„...Aus- und Umsiedler aus dem Osten werden nicht lange auf sich warten lassen. Sie müssen ebenfalls untergebracht werden – erst mal in der Müntzerstraße"*, wird der Nationalismus hier zwar noch unterschwellig, aber doch in der planmäßig verfolgten Absicht mobilisiert, die Flüchtlinge und die Arbeiter aus Vietnam und Mosambik zu vertreiben. *(Wochenblatt, 26.7.91)*

Gegen Ende August/Anfang September 1991 wurde ein Bürgerforum ins Leben gerufen, das sich mehrmals traf und über die „Ausländerfrage" debattierte. Alle wichtigen Lokalmedien verstärkten gleichzeitig die Hetze. In der *Sächsischen Zeitung* vom 5.9.91 wird kolportiert, die *„Schmerzgrenze sei erreicht"*. Verständnisvoll werden verhetzte Anwohner zitiert, die ihre Wut über die hohen Mieten und den möglichen Verlust ihrer Arbeitsplätze an den „Lärmproblemen" festmachen, die durch das Flüchtlingswohnheim angeblich verursacht würden. Es wird deutlich, worum es im Bürgerforum eigentlich geht, wenn dort zu lesen ist: *„Die Ausländer müssen raus aus dem Wohngebiet – am besten in das ehemalige Stasi-Gebäude – da sind sie unter sich."* Im *Wochenspiegel* vom 4.9.1991 heißt es, daß die Dinge *„sich zum sozialen Sprengstoff zu entwickeln (scheinen)"*. Der Lokalpresse ist *„die Empö-*

rung der Anwohner ... verständlich", die dort „Ausländer raus!" wegen angeblicher „Lärmprobleme" fordern, auch wenn am Rande eingeräumt wird, daß nur *„einige, nicht alle"* Flüchtlinge Ordnungswidrigkeiten begangen hätten. Mit dem Nachsatz: *„aber willkürlich umgegangen werden darf mit den Asylbewerbern nicht"*, wird in der *Sächsischen Zeitung* ein Nazi aus Westdeutschland zitiert, der die Bevölkerung dazu aufruft: *„...die Ruhestörer identifizieren und Anzeige erstatten, um damit eventuell ein Asylverfahren zur Ablehnung zu bringen". (Sächsische Zeitung, 5.9.91).* Unter der scheinheiligen Überschrift *„Wir wollen nichts, als Ruhe!"* wird in einem Artikel im *Wochenspiegel* vom 4.9.91 deutlich, daß Lärmprobleme lediglich vorgeschoben sind. Ohne Umschweife macht ein Journalist dieses Lokalblattes die Flüchtlinge schlechthin zur „Ursache allen Ärgers": *„Ursache allen Ärgers – die Asylbewerber im Wohnheim in der Hoyerswerdaer Thomas-Müntzer-Straße" (Wochenspiegel, 4.9.91).*

Es folgte dann die direkte Aufforderung zu rassistischen Aktionen. In einer öffentlichen Versammlung präsentiert das Bürgerforum seine Überlegungen. Die Quintessenz wird von einem Journalisten des *Wochenspiegels* in einem Artikel deutlich gemacht. Unmißverständlich heißt die Losung in dem Artikel: *„Wohnheim muß weg"*. Faktisch wird in diesem Artikel ein Ultimatum gestellt: *„Vier Wochen Frist"*, andernfalls... Und was sonst passieren würde, das wird deutlich, wenn es heißt: *„Die Behörden sollten zweifellos schnellstens die Situation in den Griff bekommen. Sonst tun dies vielleicht andere. Erste rechtsradikale Meinungsäußerungen wurden bereits laut." (Wochenspiegel, 4.9.91)* Ganz ähnlich bereitet auch die *Sächsische Zeitung* den Boden für Naziangriffe: *„Wohl die wenigsten Bürger wollen den ‚Rechtsradikalen' das ‚Ordnungschaffen' überlassen. Steine fliegen schon gegen die Emigranten. Und vielleicht haben Sie schon an Häusern Plakate mit dem Text ‚Wohnungen statt Scheinasylanten' gesehen?" (Sächsische Zeitung, 5.9.91)*

„Allen politischen Verantwortlichen im Freistaat" war „bekannt gewesen, daß eine Eskalation der Gewalt gegen Ausländer zu befürchten sei"

Bereits die Pogrome am 1. Mai 1990 in Hoyerswerda, der rassistische Terror im Oktober 1990 und die chauvinistische Aufbereitung durch die tonangebende Lokalpresse haben die plumpe Heuchelei des Polizeisprechers entlarvt, man habe angeblich nicht vorhersehen können, daß der nazistische Terror sich noch verstärken würde. Daß die Polizei über die Zunahme der rassistischen Gewalt sehr gut Bescheid wußte, zeigte das lokale *Wochenblatt,* wenn es über den 5. Oktober 1990 berichtet: *„Die Polizei befürchtet die Wiederholung der Vorfälle. Die Massenschlägerei am 1. Mai dieses Jahres ist noch tief in Erinnerung und warnt. Nach Einschätzungen der Polizei hat sich die Bereitschaft zur Gewalt in letzter Zeit um mindestens 100 Prozent erhöht. Wer meint, mit der Abreise der Afrikaner bis zum 31. Dezember 1991 sei die Problematik entschärft, der irrt..."* (Nachdruck des Artikels von Oktober des Vorjahres im *Wochenblatt* vom 1.10.91). Also wußten auch die Verantwortlichen in der Stadt Hoyerswerda und die tonangebenden Zeitungen von der Gefahr, die von rassistischen Gewalttaten für die Flüchtlinge ausging. Sie waren über die allgemeine Lage der Flüchtlinge (*„Menschen aus anderen Ländern schutzlos", „Wohnheime sturmreif", taz, 2.9.91)* in der Stadt ebenso informiert wie über die dem Pogrom vorausgehenden Nazi-Aktionen in anderen Teilen des Landes Sachsen. Auch schreibt

Landratskonvent: Alle politisch Verantwortlichen kannten die Lage

Der Konvent der Landräte der Oberlausitz/Niederschlesien kritisierte die Landesregierung. Allen politisch Verantwortlichen im Freistaat sei bekannt gewesen, daß eine Eskalation der Gewalt gegen Ausländer zu befürchten sei. Diese Hinweise und entsprechende Forderungen seien jedoch „als Kassandrarufe ungehört verhallt", erklärte der Nieskyer Landrat Hartmut Biele als Sprecher des Konvents.

(Sächsische Zeitung, 25.9.91)

Die Welt, daß die Planung des Pogroms bereits vorher bekannt war: *„Die Aktion in Hoyerswerda war geplant, die Stadt stand auf der Liste" der Nazis. (Die Welt, 7.10.91)*

Durch gegenseitige Schuldzuweisungen der Behörden wird bekannt, daß die geplante *„Eskalation" des rassistischen Terrors „bekannt gewesen" sei. (Siehe nebenstehenden Artikel).* Und auch die frühere Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke (FDP) stellte im nachhinein fest: Die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge in Hoyerswerda seien vorhersehbar gewesen, *„auch von vielen, die jetzt zur Mäßigung mahnen". (taz, 16.12.91, FR, 27.9.91; ND, 26.9.91)*

Freibrief für Nazis vor dem Pogrom

In Sachsen wird durch indirekte und direkte Zusammenarbeit von Staat und Nazis Wochen und Monate vor dem Pogrom in Hoyerswerda der Boden bereitet für immer offener und brutaler werdenden Rassismus. Es war vorher bekannt, daß Sachsen eine der Hochburgen der Nazis ist, speziell Sachsens Landeshauptstadt Dresden galt auch als „Hauptstadt der Bewegung" in der Ex-DDR. Hoyerswerda liegt nicht weit von Dresden entfernt. Die aufgezählten Fälle zeigen schon trotz ihrer Unvollständigkeit, wie staatliche Behörden durch ihre Genehmigungspraxis den Nazis erst den öffentlichen Raum für Hetze und Terror verschafften.

Mit Genehmigung der Stadt zogen schon am 20.10.90 ca. 500 Nazis durch Dresden unter Führung von Michael Kühnen und brüllten „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!" Auch Anfang März 1991 durfte Nazi-Führer Sonntag zwei Demonstrationszüge durch Dresden organisieren. Am 15.6.91 zog der bislang größte Aufmarsch von Nazis in der Ex-DDR durch Dresden. 2.000 Nazis, viele in SA-Kluft, marschierten „Sieg Heil!", „Ausländer raus!" und „Rache!" skandierend durch die Straßen. Vorausgegangen war die Ermordung des Nazi-Führers Rainer Sonntag durch zwei Zuhälter. Dresdens OB Herbert Wagner (CDU) hatte den Aufzug genehmigt. 16 Hundertschaften der Polizei schauten zu. Mit der Stadt war vereinbart, daß die Nazi-Organisatoren selbst Ordnungskräfte stellen. Im Sommer 1991 zogen Nazis in Patrouillen von zehn Mann durch Dresden, verprügelten Nichtdeutsche auf offener Straße, ketteten sie an Laternenmasten und riefen die Polizei. Die Beamten nahmen die Verfolgten fest und ließen die Nazis laufen. *(taz, 28.6.91)* Bei dem Nazi-Mord am Mosambikaner Jorge Gomondai in Dresden im April 91 verweigerte die Polizei ihre Arbeit. Als Gomondai, der von Nazis aus einer Straßenbahn herausgeprügelt wurde, schwerverletzt am Boden lag, lehnten es Polizeibeamte ab, die Personalien von Zeugen und den noch in der Straßenbahn sitzenden Nazi-Tätern festzustellen. Erst als Gomondai an den Folgen des Überfalls starb, begannen die Ermittlungen. *(taz, 28.6.91)* Der Nazi-Historiker und Auschwitz-Leugner David Irving durfte in Dresden mehrfach in städtischen Sälen seine Thesen zur sog. „Auschwitz-Lüge" ungehindert zum Besten geben. *(taz, 17.6.91 und 28.6.91)* Bei einem Angriff von 60 Nazis auf ein Asyl-Wohnheim in Leipzig griffen die sieben verfügbaren Polizeibeamten nicht ein. „Wir können doch unsere Leute nicht verheizen", meinte Polizeiführer Rainer Germann. Erst nach anderthalb Stunden rückte Bereitschaftspolizei an. *(Spiegel 40/91)* Seit dem 10. August 1991 sind mindestens 29 brutale Überfälle auf Flüchtlinge in der Ex-DDR bekannt geworden, davon 15 in Sachsen. Nach verschiedenen Berichten „... greife die Polizei selbst bei Vorfällen auf offener Straße nicht ein, komme zu spät oder hege sogar gewisse Sympathie für Rechtsradikale" *(Iris Blaul, FR, 17.9.1991).*

Der Naziterror wird von den bürgerlichen Politikern verharmlost. Der Ministerpräsident von Sachsen, Kurt Biedenkopf (CDU), tut das Treiben der Nazis in Sachsen ab als „Randerscheinung einer Umbruchsituation", die von den Medien „hochstilisiert" werde. Es handle sich vielmehr um „entwurzelte Jugendliche". Innenminister Krause spricht seinen

Polizeiapparat vor jeglichen Anschuldigen frei, mit Nazis zu sympathisieren oder in Verbindung zu stehen. Noch während des Pogroms vertritt er die Meinung „es gibt keine rechtsextreme Szene in Sachsen", obwohl in Hoyerswerda der Gegenbeweis ständig dramatisch aufgezeigt wird. Dresdens OB Wagner bestreitet hartnäckig, die Stadt sei ein Zentrum der Nazi-Bewegung. Regierungssprecher Hinze beweist seinen Zynismus mit seiner Bemerkung beim Trauergottesdienst für den von Nazis ermordeten Jorge Gomondai: seine Regierung werde sich *bemühen „gesunde attraktive Alternativen für die Freizeitgestaltung"* zu finden. Selbst die *Frankfurter Rundschau* muß hinterher eingestehen: Konservative und liberale Zeitungen in Paris beachten die Dresdner Demonstration der Nazis mehr als viele deutsche Blätter. *(FR, 18.6.91; taz, 28.6.91)*

Nazis aus Ost und West – die Aktivisten des Pogroms

Es gab eine intensive und planmäßige Zusammenarbeit und Koordination zwischen den verschiedenen Nazi-Gruppen innerhalb und außerhalb von Hoyerswerda. *(Die Zeit, 11.10.1991)* Über die Tätigkeiten von Nazi-Organisationen in Hoyerswerda ist einiges bekanntgeworden. Das erste Pogrom in Hoyerswerda am 1. Mai 1990 wurde wesentlich angezettelt und geleitet von der Nazi-Gruppe „Neue deutsche Ordnung" (NDO, Chef Manfred Gnecko). Die gute Zusammenarbeit dieser Nazi-Gruppe mit der deutschen Polizei 1990 und 1991 war über Monate erprobt und durch viele persönlichen Bande geknüpft – nicht zuletzt dadurch, daß die NDO sich als Hilfssheriffs aufspielten (Durchführung von Passanten-Personen-Kontrollen, insbesondere gegen Roma und gegen Menschen afrikanischer Herkunft, „Verhaftung" Verdächtiger und Übergabe an die Polizei). Nach den Pogromtagen im September 1991 wurde diese Gruppe lediglich formal vom NDO-Chef für aufgelöst erklärt, da „...viele Mitglieder bei den ausländerfeindlichen Schlägereien kräftig mitgemischt haben..." Doch der Nazi Gnecko ließ keinen Zweifel daran: die „Arbeit" der „Bürgerwehr" geht weiter. *(Zeit, 11.10.91)* All die Bürgerwehr-Aktivitäten wurden in der Lokalpresse mit hochlobenden Worten begrüßt! Die NDO mischte auch im Bürgerforum führend mit, welches das Ultimatum für die Räumung des Flüchtlingsheims gestellt hat.

Weitere Nazi-Gruppen, die bei Hoyerswerda eine Rolle spielten, waren die „Deutsche Alternative" (sie führte auch nach den Pogromtagen ihre faschistischen Veranstaltungen durch), die „Sächsische Nationale Liste", die „Gorbitzer Kameradschaft" (mischte nicht nur im Vorfeld des Pogroms mit), die Gründung einer „SS-Kampf-Staffel" (SSO) (das wurde der *Sächsischen Zeitung* mitgeteilt). *(Zeit, 11.10.91; taz, 14.5.91 u. 23.9.91)*

Auch weitere Nazi-Drahtzieher aus Sachsen und Westdeutschland hatten sich im Vorfeld führend eingemischt und waren an der Durchführung des Pogroms beteiligt. Im nahegelegenen Cottbus heizte die „Deutsche Alternative" (DA), die Nazi-Organisation des im Frühjahr 1991 verstorbenen westdeutschen Nazianführers Michael Kühnen, die Pogromstimmung durch Unterschriftensammlung und Presseerklärung an. Die westdeutschen Naziführer Heinz Reisz (aus Langen bei Frankfurt, ehemaliger

Tag der deutschen Einheit

Komplize des berüchtigten Nazianführer Michael Kühnen und Rainer Sonntag), Christian Worch (Chef der Hamburger „Nationalen Liste") und Gottfried Küssel (aus Wien) waren maßgeblich am Aufbau der „Deutschen Alternative" in der ehemaligen DDR beteiligt sowie an der Gründung der „Nationalen Alternative" in der Ostberliner Weitlingstraße.

Der Nazi Küssel aus Wien konnte sich trotz Einreiseverbots am 17.8.91 ungehindert an dem Nazi-Aufmarsch gegen das Verbot des Rudolf-Heß-Gedächtnismarsches in Bayreuth beteiligen. Worch und Küssel waren auch bei der Gründung der „Sächsischen Nationalen Liste", ein Ableger der Hamburger „Nationalen Liste", am Wochenende des 31.8/1.9.91 in Dresden dabei. *(Tagesspiegel, 24.9.91; taz, 26.9.91)*

Im Vorfeld, beim Bürgerforum, waren die westdeutschen Drahtzieher bereits anwesend und beteiligt. Eine Lokal-Reporterin kann ihre fast unverhüllte Sympathie nicht verhehlen für den erfahrenen Westbürger, der den Hoyerswerdaern klar sagt, wo es lang geht: *„Von einem anwesenden westdeutschen Bürger, der Erfahrungen im Umgang mit Asylbewerbern hat, wurde klargemacht, daß die Bürger sich selbst helfen müssen..." (Sächsische Zeitung, 5.9.91)* In den Tagen des Pogroms sah dies dann so aus: *„In Windeseile hatte sich am Wochenende im Wohnheim das Gerücht verbreitet, Skinheads aus Leipzig und Dresden seien auf dem Weg nach Hoyerswerda. Das Gerücht wurde zur traurigen Wahrheit. ... Schlachtrufe und Morddrohungen hallten durch die Thomas-Müntzer-Straße: ‚Ihr Niggerschweine, verpißt Euch! ... Wir bringen Euch alle um!'" (Die Zeit, 26.9.91)* Die *Lausitzer Rundschau* berichtete über Berliner Nazis, die zum Wochenende am 21./22.9.91 nach Hoyerswerda reisten. Auf gezielte Vorbereitung und geplante Anwendung von Gewalt lassen beschlagnahmte Waffen bei ihnen schließen. Dazu gehörten Schreckschuß- und Luftdruckpistolen, Messer, Ketten, Stahlkugeln, Totschläger, Brandflaschen und Benzintanks. *(Lausitzer Rundschau, 21.9.91; FAZ, 24.9.91)* Mitglieder aus dem sächsischen Führungskreis der oben genannten Nazi-Organisationen waren auch während der Pogromtage nach Hoyerswerda angereist und direkt am Pogrom beteiligt. Manche von ihnen wurden von den zur Hilfe gekommenen Berliner Antifaschisten erkannt. *(antifa-info Nr. 16/1991)*

„Deutsche Alternative" – Treibende Kraft des Pogroms in Hoyerswerda"

Wenn wir in der Presse die Einschätzungen des Bundeskriminalamtes zu lesen bekommen, es gäbe keine Erkenntnisse über die Schlüsselrolle faschistischer Organisationen bei der Welle rassistischer Gewalt, so ist das eine Lüge. Auch der Polizei müßten die uns bekannten Tatsachen geläufig sein. Ein Beispiel dafür ist das Pogrom von Hoyerswerda, das von organisierten Nazis geführt und angeheizt worden ist – „rechtslastige" Jugendliche und Bürger haben mitgemacht.

Im Mittelpunkt stehen die Wahl- und Sammelorganisationen der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front"/GdNF), Die „Deutsche Alternative"(DA), die „Nationale Liste" aus Hamburg und die „Sächsische Nationale Liste". Die „GdNF", besser bekannt als Kühnen-FAP, ist die Kaderorganisation, die hinter diesen Parteien steht und ist nach dem Vorbild der „NSDAP" in Bereiche, Gauen, Kameradschaften und Stützpunkten organisiert. Sie ist ein Kern der offen auftretenden Nationalsozialisten und rekrutiert aus der Anhängerschaft der o.g. Gruppe neue Kader für den Aufbau einer neuen „NSDAP". Die „GdNF" betreibt Wehrsportübungen, verfügt über umfangreiche internationale Kontakte und ihre Kader sind in der illegal arbeitenden „NSDAP/AO organisiert" (...).

In Hoyerswerda gibt es eine Kerngruppe um Manfred Gnecko von ca. 20 organisierten Nazis, die sich „Neue deutsche Ordnung" nennen. Ein Teil von ihnen saß in der alten DDR u. a. wg. „Rowdytum" im Knast und unterhält Beziehungen zur „Deutschen Alternative" (DA) und der „Sächsischen Nationalen Liste" aus Dresden. So waren es auch die Cottbusser Nazis um Frank Hübner, René Koswig und der brandenburgische „DA"-Vorsitzende Karsten Wolter, die führend an den Angriffen auf das Flüchtlingsheim beteiligt waren. Sie verließen jedoch den Schauplatz des Geschehens, als ein Konvoi von AntifaschistInnen am 22. September zum Schutz der Flüchtlinge aus Berlin anreiste. Auch gelang es ihnen, Festnahmen durch die Polizei zu entkommen.

Dagegen hatte der Gubener Nazi-Anführer Jörg René Melzer nicht rechtzeitig den Schauplatz verlassen und wurde von Antifas erkannt und verwarnt.

Neben den Cottbussern und Gubenern waren die Faschisten aus der „Hauptstadt der Bewegung" Dresden ins nahe gelegene Hoyerswerda gereist und am Pogrom beteiligt. Unter ihnen war der Zögling Rainer Sonntags, Mike Hönzke, und der Anführer der „Kameradschaft Gorbitz", Lutz Kronenberger. Auch der „Chef" der „Sächsischen Nationalen Liste", Helmar Braun, war anwesend.

Auch organisatorisch hatte sich dieses Pogrom und die staatliche Hilfe durch die Deportation der Flüchtlinge aus der Stadt für die „DA" gelohnt. Die „DA" entwickelte sich zur mitgliederstärksten Partei der offen auftretenden Nationalsozialisten. Am 16.11.91 fand der sächsische Parteitag in der „ersten ausländerfreien Stadt" Hoyerswerda statt. Den Vorsitz der „DA"-Sachsen übernahm der gebürtige Hoyerswerdaer Roman Danneberg, der zuvor für die Bundestagsliste der bayrischen „NPD" kandidiert hatte. Außerdem soll er nach Angaben von „DA"lern der Beauftragte der „NPD" für „Mitteldeutschland" gewesen sein. Auch die gesamte Führung der brandenburgischen „NPD" um Michael Spiegler aus Fürstenwalde ist zur „DA" übergetreten. (...)

(Aus: antifa-info, Nr. 16, 1991)

Dokument:
„Die Polizei griff nicht ein..."
Interview mit Flüchtlingen aus Hoyerswerda

Auszüge aus: antifa-info, Nr. 16 (1991)

Pierre, Robert und Jean (die Namen wurden von der Redaktion geändert) äußern sich zu den Lebensbedingungen und Angriffen auf ihr Wohnheim in Hoyerswerda, zu ihrer Unterbringung hier. Der Text ist aus einem Interview entstanden, das wir Mitte Oktober mit ihnen geführt haben. Unsere Fragen, die sich lediglich auf den Gang der Ereignisse bezogen, haben wir wegen besserer Lesbarkeit weggelassen.

Pierre: In Hoyerswerda waren Vietnamesen, Äthiopier, Rumänen, Jugoslawen, Kameruner, Ghanesen, Senegalesen, Angolaner... Wir kamen aus verschiedenen Orten. Einige aus Frankfurt, andere kamen aus Berlin, und es gab auch welche, die aus Zittau kamen, die ihr Verfahren im Osten begonnen haben. Manche kamen auch aus Niedersachsen.

Wir waren seit Anfang Mai da, andere kamen Ende Mai. Als wir eintrafen, waren da auch andere schon. Wir kamen zuerst nach Chemnitz. Von dort wurden wir nach Hoyerswerda geschickt.

Am Anfang fühlten wir uns gut aufgenommen. Wir wußten ja nicht, was noch passieren würde. Nach einem Monat stellten wir fest, daß die Bevölkerung uns nicht gut gesonnen war. Es passierten eine ganze Reihe von Dingen: Man beleidigte uns, man bedrohte uns auf der Straße, sie griffen uns auf die eine oder andere Art an, sie belästigten uns. So waren wir gezwungen, nur noch in Gruppen auszugehen, denn wenn du alleine spazieren gingest, wurdest du angegriffen oder bedroht. Gingst du raus zum Telefonieren, gab es Probleme; gingst du einkaufen, wurdest du bedroht, all das. So haben wir schnell verstanden, daß die Leute von Hoyerswerda uns nicht mochten.

Was die Behörden angeht: Wir wurden nicht gut betreut. Selbst zu Beginn der Probleme haben die Behörden uns nicht geschützt. Ihr Engagement war nicht gerade ausreichend, Und zu unseren Informationen: Wir waren nicht wirklich informiert. Wir wußten nicht, was passiert... es gab eine Menge vorenthaltener Informationen. Grund für uns, Anwälte zu suchen, die sich ein wenig für Betreuung, Schutz und Informationen einsetzen.

Robert: Als es um die Anwälte ging, sagten sie uns, sie könnten keine für uns finden, in Ostdeutschland sei es unmöglich, und wenn wir im Westen suchen würden, könnte das sehr lange dauern. Daher würden wir sowieso in keiner Frage Erfolg haben. Das teilten sie uns offiziell mit.

Wenn wir Fragen oder Probleme hatten, zum Beispiel wie wir den Ort wechseln könnten, sagten sie: „Wir können euch nicht helfen, das ist euer Problem. Ihr seid hier hergekommen mit euren Problemen, jetzt löst sie auch selbst."

Unter den Sozialarbeitern war einer mit Erfahrungen im Internationalen Recht. Er hat über sechs Jahre in Kolumbien gearbeitet. Wißt ihr, nach der Wiedervereinigung ist er zurückgekommen, aber er hat alles vergessen.

Als wir uns an ihn wandten, weil einige Leute auf der Straße angegriffen worden waren, sagte er immer nur: „Kein Problem." Immer nur: „Kein Problem." Und immer wuchs das Problem, bis schließlich das Heim, in dem wir lebten, angegriffen wurde.

Die sind nicht kompetent, irgendein Problem zu lösen. Ein Beweis dafür ist der sächsische Innenminister, der im Fernsehen erläuterte, warum die Polizei nicht in der Lage ist, Ausländer vor Faschisten zu schützen. Der Grund, den er nennt, ist wirklich lustig: Viele Polizisten haben keinen Führerschein, so daß sie nicht rechtzeitig zum Beschützen erscheinen können. Was ist das für eine Begründung?

Schon am Anfang stellte sich die Polizei auf die Seite der Faschisten. Ihr wißt, Hoyerswerda ist eine kleine Stadt. Man trifft sich, man kennt sich, und darum können sie sich nicht mit denen hauen, sondern nur zusammen uns angreifen. Schließlich kam die Polizei aus Leipzig und anderswo mit Hubschraubern und schützte uns. Bevor wir evakuiert wurden.

Die Angriffe begannen beim Heim der Mosambikaner (dem Arbeiterwohnheim, *Anmerkung der Redaktion*). Schon oft waren sie auf der Straße geschlagen worden, und Schritt für Schritt kamen sie, um das Heim anzugreifen, bis schließlich viele im Krankenhaus lagen. Danach ging das mit den Vietnamesen los. Da wurden ihnen auf der Straße Dinge nachgerufen. Und dann begann es. Auch Leute von uns wurden geschlagen, als sie zur Kirche oder woanders gingen. Einmal sah ich eine verletzte Hand, ein anderer wurde am Hals verletzt.

Schließlich kamen sie, um unser Haus anzugreifen: Mit Raketen schossen sie, und alles wurde wie auf einem Kriegsschauplatz, nein, ein Schlachtfeld war es.

Die Angriffe auf die Heime

Pierre: Sie begannen die Angriffe bei den Mosambikanern und danach bildeten sie Gruppen. Sie hatten auch Hunde. Wenn ein Ausländer auf der Straße an ihnen vorbeiging, ließen sie den Hund auf ihn los, und so etwas machten sie jeden Tag. Die Polizei griff nicht ein, wir verstanden es nicht. Und dann, es war der 20. September, griffen sie uns an.

Während des Tages, bevor sie kamen, gaben unsere Sozialarbeiter uns zu verstehen: „Heute wird der Angriff sein. Also bereitet euch vor. Schlaft nicht, seid vorsichtig, schließt die Fenster usw. – sie werden kommen und euch angreifen." Also, es war, als ob es vorbereitet gewesen wäre. Ganz Hoyerswerda wußte es, daß wir an diesem Tag, zu dieser Stunde angegriffen werden würden.

Als der Angriff dann begonnen hatte und wir einige Blicke nach draußen riskierten, sahen wir einigen von den Sozialarbeitern, die bei uns arbeiteten, unter diesen Gruppen. Sie taten nichts, sie sahen nur zu. Sie waren bei den Leuten, die uns angriffen, bei den Skinheads. Wir verstanden es nicht. Es war wir eine vorbereitete Sache, vorbereitet von der ganzen Bevölkerung der Stadt. Als ob Versammlungen stattgefunden hätten, um diese Aktion der Skinheads auf uns vorzubereiten, um den Angriff auf uns vorzubereiten. Denn am ersten sagten sie uns: „Heute wird der Angriff stattfinden."

Robert: Harry, der im Ausland gearbeitet hatte, kam ständig und gab Anweisungen: „Licht aus! Heute wird es Ärger geben: Ein paar Leute werden kommen. Licht aus, Fenster zu, versteckt euch irgendwo außerhalb..." Immer nach fünf Uhr kam er. Fünf Tage terrorisierte er uns, und schließlich kamen sie, um uns anzugreifen. Ich denke, es gibt Kontakte zwischen Sozialarbeitern und Faschisten.

Wir taten nichts. Für mich, und ich glaube, für viele andere, ging es nur darum, uns zu verstecken. Wir hatten nicht einmal Tränengas, gar nichts, außer dem Tisch, von dem wir aßen, oder das Bett, auf dem wir schliefen. Wir sagen ganz offen, das wir nichts hatten, um sie abzuwehren. Sie hätten kommen und uns töten können.

Pierre: Am zweiten Tag des Angriffs hatten wir Steine gesammelt und sie nach drinnen gelegt. Als die Skinheads eintrafen, kamen die Sozialarbeiter zu uns und nahmen uns alles

weg, was wir vorbereitet hatten: Die Steine, die Flaschen, sie haben das alles weggeworfen. Sie verboten uns, auf die Abgriffe zu antworten, etwas zu werfen usw. Sie haben alles konfisziert, was wir als Waffe oder Instrument zur Selbstverteidigung hatten.

Also, als sie ankamen (gemeint sind die Leute vom spontanen Autokorso, *die Redaktion*), verlangten drei aus diesen Gruppen von der Polizei die Erlaubnis, zu uns in unser Haus kommen zu dürfen, um uns einige Fragen zustellen. Die Polizei stimmte nicht zu, doch wir bestanden darauf. Auch unser Sozialarbeiter wollten sich nicht darauf einlassen. Aufgrund unserer Beharrlichkeit gestatteten sie schließlich zwei oder drei Leuten aus diesen Gruppen, sich mit uns zu unterhalten.

Robert: Manchmal kamen Leute, die von diesen Vorfällen am Anfang gehört hatten, um festzustellen, was unser Probleme sind. Auch Journalisten. Ich selber kenne welche aus Frankfurt und einen aus München. Sie kamen vom Fernsehen, um zu fragen, was los ist. Aber Frank, unser Sozialarbeiter, verwehrte ihnen den Eintritt. „Es geht ihnen gut," sagte er, „es gibt keine Probleme und keine Erlaubnis, sie selbst zu fragen." Er wollte nicht, daß die internen Probleme in unserem Haus genauer bekanntwerden.

Schließlich gab es eine Reihe ernster Fragen an die Sozialarbeiter: Wir werden geschlagen, es kann so nicht weitergehen, wir verlangen, geschützt zu werden. Woraufhin sie gelegentlich antworteten: „Wenn dieser Ort hier nicht gut ist für euch, dann bringen wir euch aufs Dorf, wo es keine Skinheads oder so was gibt." Aber auf dem Dorf gibt es niemand... der uns schützt. Die Skinheads würden uns immer folgen ... Auf jeden Fall hassen die Sozialarbeiter uns. Ich bin zu dieser Schlußfolgerung gekommen. So oft ich ihr Ansichten, ihr Umgehen mit Leuten und ihre Antworten betrachte: Was sie für uns empfinden, ist völliger Haß. Darum litten wir so in Hoyerswerda, wir haben so gelitten.

Dieser psychologische Terror war das erste. Dann etwas wie eine Art militärischer Aktion. Sie griffen uns an, um uns zu töten, zu zerstören. Aber das geschah nicht.

Pierre: Seit ihr dagewesen wart (gemeint ist der Autokonvoi, *die Redaktion*), von diesem Zeitpunkt an sagte der sächsische Innenminister, daß er uns nicht länger schützen könne, da die Polizisten, die unsere Sicherheit gewährleisteten, viel Geld verdienen würden und man das nicht länger bezahlen könnte. Also gab es die Entscheidung, daß wir Hoyerswerda verlassen sollten. Sie kamen um 14 Uhr, am Montag, den 23. September. Um 14 Uhr teilten sie uns die Entscheidung mit, daß wir um 15 Uhr den Ort verlassen müßten. Also gaben sie uns eine Stunde, uns vorzubereiten, unsere Sachen zu packen und abzufahren. Darüber hinaus nannten sie uns nicht den Ort, in den es gehen sollte, das Ziel war uns unbekannt. Wir diskutierten, daß wir so nicht fahren könnten, ohne zu wissen, wohin sie uns bringen. Aber sie bestanden darauf, und wir konnten nichts machen. Wir mußten es einfach hinnehmen. So nahmen wir unser Gepäck und stiegen in den Bus.

Es gab drei Busse. Wir Afrikaner waren alle in einem. So verließen wir Hoyerswerda. Als wir abfuhren, wurde ein Bus angegriffen. Das heißt, die Skinheads waren da. Von der Seite warfen sie Steine auf einen der Busse.

In unserem Bus waren ein Mitarbeiter des Sozialamtes und der Fahrer. Vor uns fuhr ein Lastwagen mit Soldaten (BGS?, *die Redaktion*). Als wir auf der Landstraße waren, kehrten die Soldaten um, und wir blieben dort allein. Wir fuhren bis zu einem entfernten Dorf, das Meißen heißt. Bevor wir in den Ort fuhren, sahen wir auf den Brücken die Parolen „Ausländer raus". Wir verstanden genug Deutsch, um zu wissen, daß dies die Parolen der Faschisten, der Rassisten sind. ▩

Ein Hintergrund: Personelle Verbindungen zwischen Nazi-Organisationen und Polizeiapparat

Neben der direkten Zusammenarbeit von Nazis und Polizei bei den Pogromen wurde im Verlauf der Berichterstattung deutlich, daß es personelle Verbindungen zwischen Nazis und Polizei in Dresden gibt.

Polizeioberkommissar Kießling aus Dresden sprach offen den Verdacht aus, daß insbesondere junge Polizeibeamte in Nazi-Organisationen mitarbeiten. Der Beamte Meyer von der Zentralen Schutzpolizei wurde im Fernseh-Magazin „Report" entlarvt, wie er für die Dresdner Nazi-Führungsriege arbeitet. Es wurde gezeigt, wie er die Lebensgefährtin und den Leibwächter des erschossenen Nazi-Führers Sonntag durch Dresden chauffierte. Der Schutzpolizist erklärte, daß er unter seinen Kollegen noch weitere Sympathisanten der Nazi-Szene kenne. Nach Ansicht von Dresdens Polizeipräsident Maier bestand allerdings kein Grund für Konsequenzen, solange der Beamte Privatleben und Dienst schön sauber zu trennen weiß. Der Polizeipräsident wollte auch nicht direkt bestätigen, daß die Dresdner Nazi-Szene über Informanten bei der Polizei verfüge, gab aber zu *„manche Polizisten sind zu redselig. Das muß kanalisiert werden."* Der Chef des Dresdner Staatsschutzes, Jochen Metzner, hatte nämlich gegenüber der Presse geklagt, *„daß immer wieder Polizei-Informationen an die rechte Szene weitergegeben werden".(taz, 27.6.91 und 28.6.91)*

Der Leiter des gemeinsamen Landeskriminalamtes der Neuen Bundesländer, Bernd Wagner, führt in einem Interview im *Neuen Deutschland* aus: in Leipzig *„kutschieren neonazistisch eingestellte Polizisten Neonazi-Führer"*. Und: *„Die rechtsradikalen Truppen üben auch schon Polizeifunktionen aus."*

Die Justiz schont die Täter des Pogroms

Die zusammenhängende Darstellung der Maßnahmen der Justiz gegen die am Pogrom beteiligten Nazis macht deutlich, wie der deutsche Staat die Nazis schützt und sie so zu weiteren Angriffen ermutigt.

Während des Pogroms gab es etliche vorläufige Festnahmen durch die Polizei, aber nur gegen drei Nazi-Angreifer erließ ein Richter Haftbefehl. Erst am 6. Pogromtag erschien ein Staatsanwalt vor Ort. Insgesamt ermittelte die Dresdner Staatsanwaltschaft zunächst gegen 46 Nazis. *(Sächsische Zeitung, 25.9.91; FR, 27.9.91; Tagesspiegel, 2.10.91)*

Im Oktober, drei Wochen nach dem Pogrom, erhob der Generalstaatsanwalt in Dresden gegen 11 Nazis im Alter von 17 bis 21 Jahren Anklage, die nicht nur Steine geworfen, sondern das Pogrom angeheizt haben. Gegen weitere 30 Täter, drei davon in Untersuchungshaft, liefen Ermittlungen. Generalstaatsanwalt Günter Hertweck kündigte Strafanträge an, die „deutlich machen, daß wir die Taten sehr ernst nehmen". *(taz, 12.10.91)* Doch dies war nicht

Die Justiz schützt den Nazimörder von Jorge Gomondai

Derselbe Generalstaatsanwalt Hertweck, der auch für das Pogrom in Hoyerswerda zuständig ist, läßt gleichzeitig die Ermittlungen zum Nazi-Mord an dem Mosambikaner Jorge Gomondai, im April 1991 in Dresden, seit einem halben Jahr verschleppen und kündigt offen an, daß in absehbarer Zeit auch keine Anklage erhoben wird. Er redet sich mit angeblich widersprüchlichen Zeugenaussagen zum Tathergang heraus. Der Hauptverdächtige ist gegen eine Kaution wieder freigelassen worden. *(taz, 12.10.91)*

mehr als ein heuchlerisches Lippenbekenntnis. Nur wenige Nazis wurden vor Gericht angeklagt.

Die Staatsanwaltschaft zeigte bereits im Vorfeld zu den Gerichtsverfahren ihre wahre nazifreundliche Gesinnung: Generalstaatsanwalt Hertweck dokumentierte sein Verständnis für die Nazi-Täter, indem er gegenüber der *Frankfurter Rundschau* rechtfertigend daraufhin hinwies, daß es sich bei den Pogromtätern, gegen die ermittelt werde, „fast durchweg" um Heranwachsende handle, daß viele in schwierigen sozialen Verhältnissen lebten und eine auffallend hohe Zahl von Arbeitslosen unter ihnen wären. *(FR, 18.10.91)*

Daß die Justiz die Nazis in Schutz nahm, ihre organisierten Taten verharmloste und für ihre Unterstützer Verständnis hatte, zeigt auch der Kommentar des Generalstaatsanwalts von Sachsen, Jörg Schwalm: *„Der radikale ‚harte Kern'... sei relativ klein: ‚Die Masse reagiert lediglich Frust ab. "' (Tagesspiegel, 2.10.91)*

Bereits nach dem Pogrom vom 1. Mai 1990 und dem Naziübergriff vom 3. Oktober 1990 in Hoyerswerda – beides bundesweit fast verschwiegen – verharmloste die Bundesfamilienministerin Merkel Rassismus und Naziaktivitäten als *„keine wesentliche Erscheinung"*, es handle sich hier nur um eine *„verfehlte Jugendpolitik". (taz, 28.6.91)* Ganz dieser Linie der Verniedlichung, letztlich der Rechtfertigung und Bestärkung des Naziterrors folgend, schrieb die örtlichen Presse aus Anlaß einer Gerichtsverhandlung über die Täter, daß sie: *„... nicht zu den extremsten Rechten gehören, sondern Bürger sind wie sie tausendfach unter uns leben, im sächsischen Hoyerswerda..."* und *„wohl ernstzunehmende Gründe"* hätten. *(Lausitzer Rundschau, 5.2.92)*

Der „Spiegel" vor Prozeßbeginn: Keine harten Strafen für nazistische Gewalttäter

Quasi drohend gegenüber der Justiz schreibt der *Spiegel:* „Kurt Reumann schrieb am 28. Oktober 1991 in der *FAZ* unter dem Titel ‚Mensch, nicht Wolf': ‚Mit Klagerufen wie Schmach über Deutschland können Journalisten und Politiker zwar diejenigen beeindrucken, die nicht rechtsradikal sind, also die große Mehrheit. Aber Rechtsradikale werden sie damit nur bokkiger machen.' Das gilt auch für die Justiz, sollte sie sich anschicken, Angst und Schrecken zu verbreiten." *(Spiegel 50/91)*

Harte Strafen gegen nazistische Pogromtäter, sind dem *Spiegel* gleichbedeutend mit „Angst und Schrecken zu verbreiten". Deutlicher kann wohl kaum ausgedrückt werden, daß damit die Perspektive der Täter und nicht die der Opfer eingenommen wird.

Dieser nazifreundliche Tenor von Presse und Staatsanwaltschaft spiegelte sich dann auch wider in den folgenden Freisprüchen oder zu milden Urteilen.

So wurde im ersten Prozeß zum Pogrom in Hoyerswerda, Anfang Dezember 1991, der Nazi-Skin Silvio vom Jugendgericht lediglich zu 400 DM Geldstrafe verurteilt. Die Polizei hatte ihn wegen unerlaubten Waffenbesitzes – er trug unter seiner Bomberjacke einen Totschläger – vor dem Arbeiterwohnheim in der Albert-Schweitzer-Straße während des Pogroms festgenommen. Ebenso verharmlosend entschied das Kreisgericht Hoyerswerda in zwei Verfahren im Februar 1992. Die Nazis Steven und Karsten, bewaffnet mit einem geladenen Revolver und einem Butterfly-Messer, hatten sich aktiv an dem Pogrom beteiligt. Steven wurde zu einer Geldstrafe von 3.000 DM verurteilt, obwohl er aus seiner überzeugten „Deutschtümelei" und seinem Ausländerhaß vor Gericht keinen Hehl machte. Karsten kam mit einem Bußgeld von 100 DM weg. Von der Lokalpresse wurde der Nazi Karsten als „der Klügere von beiden" tituliert, denn er soll sein Messer angeblich vor dem Angriff auf die vietnamesischen und

mosambikanischen Arbeiter bei der Polizei abgegeben haben und sich vor Gericht weniger offen rassistisch geäußert haben. *(taz, 6.12.91; Lausitzer Rundschau, 5.2.92)*

Haftstrafen verhängte die Justiz nur zur Bewährung, die Nazis wurden wieder freigelassen. Am 4.12.1991 verurteilte das Jugendgericht Bautzen den 19jährigen Nazi Kai wegen schweren Landfriedensbruchs, Volksverhetzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zusammenhang mit den Pogromen gegen die Asylunterkunft zu 15 Monaten Haft. Auf seine politische Gesinnung angesprochen, sagt Kai deutlich genug „Deutsche Volksunion. Rechtsradikal". Der Richter legt ihm mit der Frage „Sind Sie ein Alleingänger?" nahe, die vorher festgelegte Hypothese des nicht organisierten Einzeltäters zu bestätigen. Schon bei der Urteilsverkündung war klar, daß er nicht die gesamte Strafe absitzen muß, denn direkt im Anschluß sprach der Staatsanwalt Heiko Vogt davon, daß in sechs Monaten entschieden werden soll, die Strafe in Bewährung umzuwandeln. Der Nazi Kai wurde sofort in vorläufige Freiheit unter Bewährung entlassen. Auch drei Rädelsführer des Pogroms kamen nach ihrem Urteil sofort frei. Das Kreisgericht Bautzen verurteilte Ende Februar 1992 die drei Nazis, Heiko W. (23), Karsten P. (28) und Hans-Michael P. (22) zu jeweils 18 Monaten Freiheitsstrafe auf Bewährung und entließ sie aus der Untersuchungshaft. Der Richter entschuldigte und entpolitisierte die Nazis mit dem Argument der Unzurechnungsfähigkeit zur Tatzeit aufgrund „beträchtlichem Alkoholeinfluß" – eine beliebte Methode der deutschen Justiz, wenn es gegen die braune Nazipest geht. Der Nazi Peter A., ein weiterer Rädelsführer des Pogroms, saß nur 3 Monate in U-Haft, bevor man ihn angeblich mangels konkreter Beweise wieder auf freien Fuß setzte. *(taz, 6.12.91 und 27.2.92 und 1.3.93; Spiegel 50/91; FR, 28.2.92)*

Die Justiz sorgte durch ihre Urteile mit dafür, daß dieselben Nazis unge-

Der Nazi-Überfall auf eine Asylunterkunft im sächsischen Wurzen am 24.8.91

Polizei und Behörden liefern die Flüchtlinge den Nazibanden aus

In der Nacht zum 24.8.91 griffen Nazis, u. a. aus Wurzen, bewaffnet mit Pistolen, Baseballschlägern und Schlagringen eine Asylunterkunft in Wurzen an. Die Nazis schlugen die Bewohnerinnen und Bewohnern zusammen und verletzten diese zum Teil schwer. Die Inneneinrichtung der Unterkunft wurde zerstört. Als die Polizei erst nach einer halben Stunde eintraf, verschwand die Nazi-Bande unter Rufen wie „Wir kommen wieder und machen euch alle tot!" Verängstigt und geschockt, wollten die Flüchtlinge nach diesem Überfall nur weg aus Wurzen, zurück in die Bundesländer, von wo sie herkamen. Sie flohen mit Unterstützung von antinazistischen Flüchtlingsgruppen in einer Nacht- und Nebelaktion nach Hessen. *(ND, 16.9.91; Leipziger Volkszeitung, 26.8.91)*

Der Naziterror in Wurzen wird zum „Bagatellfall" erklärt

Polizei und Behörden sahen nach diesem Nazi-Überfall in Wurzen keinen Handlungsbedarf. „Nach Auskunft des Regierungspräsidenten Pötschke in Leipzig habe es sich bei dem Überfall in Wurzen nämlich nur um einen ‚Bagatellfall' gehandelt. Die Flüchtlinge, so Pötschke, seien deshalb umgehend nach Wurzen zurückzubringen." *(taz, 2.9.91)* Und das, obwohl es in Wurzen Verletzte gab und die Nazis noch auf freiem Fuße waren, denn die Polizei ließ die Nazibande laufen. Pötschke nahm die Nazis in Schutz und wollte die Flüchtlinge nochmals dem Naziterror ausliefern.

bremst ihren Terror fortsetzen konnten bis hin zum Mord. Zwei der beiden oben genannten Nazis und Rädelsführer des Pogroms im September 1991, Peter A. und Hans-Michael P., die ohne Urteil bzw. mit einer Bewährungsstrafe davongekommen waren, beteiligten sich eineinhalb Jahre später, Ende Februar 1993, an einem Überfall von 12 Nazis auf den antinazistischen Jugendclub „Nachtasyl" in Hoyerswerda. Dabei ermordeten sie Mike Zerna, den Fahrer einer Musikband. Der Nazi Hans-Michael P. war der Anführer dieses Überfalls. *(taz, 1.3.93 und 9.7.94)*

Es zeigt sich, daß die angewandten Manöver der Justiz zur Inschutznahme der Nazitäter ein ähnliches Muster haben. Immer wieder wird das geringe Alter der Täter betont. Als Nazis werden der Öffentlichkeit fast nur sogenannte Jugendliche präsentiert. Das Jugendstrafrecht wird zur leichteren Rechtfertigung von nachsichtigen Urteilen möglichst oft herangezogen.

Die Nazis werden als Einzeltäter dargestellt. Sachsens Generalstaatsanwalt Jörg Schwalm sah bezeichnenderweise keinerlei Anhaltspunkte für einen organisierten Hintergrund der Nazi-Übergriffe: *„Für Sachsen kann ich sagen, daß wir bisher in keinem einzigen Fall auf irgendeine Organisationsstruktur gestoßen sind." (taz, 8.10.92)* Auch der Justiz sind die Zusammenhänge zwischen der Tätigkeit von Nazi-Organisationen und rassistischen Übergriffen bekannt, doch dient deren Leugnung der Absicherung des Einzeltäter-Modells. Und diese sogenannten „Einzeltäter" werden dann für ihre Taten nicht zur vollen Verantwortung gezogen. Die Nazi-Täter werden entpolitisiert und entschuldigt mit Unzurechnungsfähigkeit wegen Alkoholkonsums oder individuelle soziale Probleme werden als Tatmotiv vorgeschoben. Während der Gerichtsverhandlungen werden weitschweifig die schwierigen Lebensverhältnisse und Kindheitsgeschichten der angeklagten Nazis ausgebreitet. Über die Presseberichte zu den Justizfällen sollen diese Manöver auch beim Millionenpublikum außerhalb des Gerichtssaales Sympathie für die Nazi-Täter erzeugen.

Politiker und Medien erklären das Pogrom zum „Normalfall"

Die Politiker des deutschen Imperialismus heuchelten Bedauern über das Pogrom, brachten aber im selben Atemzug die Täter aus der Schußlinie, indem sie Verständnis für die rassistischen Exzesse einforderten und im Grunde nahelegten, die Flüchtlinge seien selber schuld.

Der sächsische Innenminister Krause betonte nach dem Pogrom: *„Es gibt auch Asylbewerber, die sich in ihren Unterkünften und in dem Umfeld nicht so verhalten, wie es zum normalen Umgang und zum Kulturniveau hier gehört." (Zeit, 26.9.91)* Krause bestätigte damit nochmals den herrschenden Chauvinismus, selbst nach dem rassistischen Terror der Pogromtage. Damit war die Linie vorgegeben: Das Pogrom wird gerechtfertigt.

Wie der Innenminister so auch die örtliche Presse der *Lausitzer Rundschau,* wenn sie voller „Verständnis" für die Täter und ihre Mitläufer schrieb: *„...fremdartige Wertvorstellungen... Treffen sie abrupt aufeinander, sind auch bei den tolerantesten Menschen soziale Spannungen und Konflikte vorprogrammiert." (Lausitzer Rundschau, 25.9.91)* Und damit auch klar ist, wer die vermeintlich „Schuldigen" seien, hieß es in der Sächsischen Zeitung dazu: *„Als Asylanten kamen sie in eine Stadt, die auf sie nicht vorbereitet war, in der es nicht immer die besten Erfahrungen mit Ausländern gab." (Sächsische Zeitung, 25.9.91)* Ganz abgesehen davon, daß hier unterschlagen wird, daß die vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter – die als erstes angegriffen worden – schon seit vielen Jahren in Hoyerswerda lebten und arbeiteten.

Der neue sächsische Innenminister Eggert faßte in einer öffentlichen Veranstaltung im Landratsamt, laut *Lausitzer Rundschau, „die Geschehnisse der vergangenen Tage, wie folgt*

zusammen": „Ungeschützte Bürger standen ungeschützten Asylanten gegenüber. Ein eskalierendes Problem, das lange nicht beachtet wurde. Eindeutig hat sich herausgestellt, daß in ganz Deutschland eine beiderseitige Überforderung vorherrschte." Es wird nicht mehr unterschieden zwischen Tätern und Opfern. Auch die Täter seien schließlich bedroht – „ungeschützt" – gewesen. Und wer ungeschützt ist, der hat schließlich das Recht, so diese Logik, sich zur Wehr zu setzen. In diesem Sinne gibt die *Lausitzer Rundschau* als ein Ergebnis dieser Veranstaltung wieder: *„Klar zum Ausdruck kam ebenso, daß an Orten, wo die Bevölkerung viele eigene Probleme hat, geringere Toleranz zu erwarten ist." (Lausitzer Rundschau, 7.10.91)* Im Klartext, im nachhinein wird der Terror des Pogroms gerechtfertigt.

Die örtliche Presse beschwor am 26.9.91 *„Reale Gefahren der ‚neuzeitlichen' Völkerwanderung"* und heizte mit solchen Kommentaren die rassistisch-chauvinistische Atmosphäre um ein weiteres an. Sie bestätigte nach den ersten Prozeßtagen gegen zwei Pogromtäter nochmals ihr Verständnis für die Beteiligung am Pogrom, in dem sie zu der Schlußfolgerung kommt, sicherlich *„hätten die beiden Männer wohl ernstzunehmende Gründe". (Lausitzer Rundschau, 26.9.91 und 5.2.92)*

Das Pogrom wird von bürgerlichen Politikern für die Abschaffung des Asylrechts benutzt: Es herrschte Einigkeit von Nazis bis SPD: „die Flüchtlinge sind eine Bedrohung für Deutschland" – Rassismus und Chauvinismus wurden geschürt. In der öffentlichen Anheizung der Pogromstimmung kam es dabei zu üblen Verdrehungen der Tatsachen. So erklärte zum Beispiel der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU im Bundestag (Rüttgers), *„wer nicht wolle, daß Deutschland ausländerfeindlich werde ... der muß ja sagen zu einer Ergänzung des Grundgesetzes" [gemeint ist die Abschaffung des Asylrechts, A.d.V.], denn „ausländerfeindlich sei nicht der, der das Grundgesetz ändere, sondern derjenige, der dem anhaltenden Zuzug von Ausländern nicht Einhalt gebiete."(FAZ, 23.9.91)*

Hier wird deutlich, worum es ging: „dem Zuzug von Ausländern Einhalt gebieten", es sind angeblich zu viele, also müssen sie weg, so die unausgesprochene, aber naheliegende Folgerung. Und dies wird ausdrücklich zu einer Zeit betont, als in Hoyerswerda das Pogrom noch in vollem Gange war, um die „Ausländer" zu vertreiben. Die Nazis und ihre Helfer wurden von führenden Politik in ihrer rassistischen Haltung öffentlich bestärkt. Bundesinnenminister Schäuble sprach in der Bundestagsdebatte am 25.9.91, und die *Lausitzer Rundschau* berichtete für die Pogromtäter und ihre Unterstützer: *„Wenn Deutschland aber ein ‚ausländerfreundliches Land' bleiben solle, müßten Sorgen in der Bevölkerung über den Mißbrauch des Asyls auch ernst genommen werden." (Lausitzer Rundschau, 26.9.91)* Schäuble erklärte bereits zuvor in der *FAZ,* noch vor der Bundestagsdebatte, wegen der vielen Flüchtlinge in Deutschland müsse von einem „Notstand" gesprochen werden, und er meinte damit nicht die Lage der vietnamesischen und mosambikanischen Arbeiter sowie der Flüchtlinge in Hoyerswerda, die sich einem pogromartigen Überfall und rassistischem Terror ausgesetzt sahen. *(FAZ, 23.9.91)*

Der Innenminister stellt sich vor seinen Polizeiapparat, der das Pogrom ermöglichte: Wie blanker Hohn wirkte die Aussage von Sachsens Innenminister Krause nach den Pogromtagen: *„Also, ich muß erst einmal sagen, daß ich von einer Überforderung der Polizei in Hoyerswerda nicht sprechen kann. Denn in Hoyerswerda ist das Recht der Asylbewerber, hier bei uns zu sein, auch gewährt worden durch den Einsatz der Polizei. Sie sind also geschützt worden durch den Einsatz der Polizei." (Lausitzer Rundschau, 27.9.91)* In dieser kaum faßbaren Aussage spiegelt sich konzentriert die damalige Pogromatmosphäre wider. Genauer betrachtet bedeutet dies: Die Polizei „war nicht überfordert", denn sie sah ihre Aufgabe nicht darin, die Flüchtlinge wirklich zu schützen; das „Recht, hier bei uns zu sein", gibt

aus Sicht des Polizeiministers und der deutschen Chauvinisten Flüchtlingen nicht das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Schutz vor Diskriminierung und vor rassistischen Angriffen. Kurzum: Abschreckungspolitik und Politik der rassistisch-chauvinistischen Verseuchung durch das faktische Gewährenlassen von rassistischen Überfällen von Pogromen – das war die Leitlinie, die sich in diesen Ministeraussagen offenbart.

Der stellvertretende Bürgermeister von Hoyerswerda, Klaus Naumann (SPD), erklärte nachträglich zum Pogrom, *„die Rechtslage verurteile ... die Polizisten und die Staatsanwaltschaft zu relativer Untätigkeit" (Tagesspiegel, 24.9.91)* Die „Rechtslage" war also nach Auffassung des Bürgermeisters dergestalt, daß die Nazis bei „relativer Untätigkeit" der Polizei ihren rassistischen Terror durchführen konnten.

Die gemeinsame Presseerklärung aller politischen Fraktionen in Hoyerswerda – ein Dokument, welches das Pogrom verharmlost und die Täter in Schutz nimmt

Am 24.9.1991, also direkt nach dem Pogrom, gab die Stadtverordnetenversammlung von Hoyerswerda eine gemeinsame Presseerklärung heraus, die in der *Lausitzer Rundschau* vom 26.9.91 erschien. Diese Erklärung, unterzeichnet von allen Fraktionen – CDU/DSU, SPD, FDP, der Grünen und auch der PDS – wurde einzig und allein herausgegeben, weil Hoyerswerda in die negativen Schlagzeilen der Presse gelangte, was diese Politiker so nicht stehen lassen wollten.

An erster Stelle steht das Ansehen der Stadt, so wird die Presseerklärung eingeleitet mit den Worten: *„Die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung bedauern zutiefst, daß unsere Stadt durch die Ereignisse der zurückliegenden Tage in negativer Weise in die Schlagzeilen und Sensationsberichterstattung der Medien geriet."*

Statt in der Erklärung klar und eindeutig die Naziüberfälle und die Pogrome zu verurteilen, wird lediglich weiter verharmlosend von „bedauerlichen Vorfällen" geschrieben, ohne diese beim Namen zu nennen. Zu erwarten war dies auch nicht, denn was taten diese Politiker in der Woche der Pogrome? Ganz im Sinne ihrer Abschreckungspolitik ließen sie den Nazis freien Lauf, schauten ruhig zu, als diese Menschen ohne deutschen Paß überfielen, ja sie verhinderten, daß ihre Polizei eingesetzt wurde. Sie setzten ihre Polizei, die fünf Tage lang auf der Seite der Nazis stand, erst ein, als die Antifas demonstrierten und versuchten, den Angegriffenen zu helfen. Sieht man diese Fakten, so kann nur eine durchweg verlogene Erklärung herauskommen.

Die erfolgreiche Vertreibung wird begrüßt, verlogen ist daher auch die Aussage: *„Alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der Entscheidung, die ausländischen Bürger zunächst aus unserer Stadt in Sicherheit zu bringen."* Sie beteuern zwar, daß diese „Verlegung" kein Nachgeben „gegenüber den rechtsradikalen Gruppen" sei „oder gar einen Sieg der Gewalt", aber was ist es sonst? Die Vertreibung der Flüchtlinge sowie der mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter aus Hoyerswerda war doch ein Sieg der Gewalt der Nazis. Sie haben den Nazis von Anfang an nachgegeben. Diese Vertreibung aus der Stadt wollten die Politiker, Polizei und Teile der reaktionären Bevölkerung von Hoyerswerda, und so ließen sie die Nazis ungestört handeln, bis „ihre" Stadt „ausländerfrei" wurde.

Weiter ist in dieser Erklärung die Rede davon „weitere Eskalationen zu vermeiden und Ruhe sowie Sicherheit wieder herzustellen", das heißt im Klartext, antifaschistische Gegenwehr ist zu verhindern und zu bekämpfen. Wenn man bedenkt, daß diese Politiker erst ihre Polizei einsetzten, als die Nazigegner versuchten, die Nazis vor weiteren Überfällen abzuhalten, so

richtet sich diese Aussage vor allem gegen die Demonstration und Aktionen antinazistischer Kräfte, die von der Polizei brutal auseinandergetrieben wurden.

Alle Fraktionen wollten sich zwar der „eigenen Verantwortung nicht entziehen", aber welcher? Die Menschen ohne deutschen Paß vor den Nazis zu schützen, das kann nicht gemeint sein, denn sie haben es ja nicht einmal versucht. Und im nächsten Satz schieben sie dann auch die ganze Verantwortung auf die Bundesregierung: *„Wir erwarten jedoch eindeutige politische Entscheidungen des Bundes, um eine Wiederholung dieser Ereignisse hier oder anderswo auszuschließen."* Ohne sie beim Namen zu nennen, werden hier Forderungen nach Gesetzesänderungen erhoben, die mit der Diskussion um die Abschaffung des Asylrechts gerade im Gange waren. Die Stadtverordneten mußten es gar nicht aussprechen, denn die Politiker der Parteien des deutschen Imperialismus waren in Bonn gerade dabei, eine Politik der „Abschreckung" zu forcieren, die Lage der Flüchtlinge und der anderen Menschen ohne deutschen Paß in Deutschland so zu gestalten, daß das Leben für diese Menschen hier möglichst unerträglich wird.

Das darf sich nicht wiederholen

Gemeinsame Presseerklärung aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung Hoyerswerda

Eine gemeinsame Presseerklärung haben alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung zu den Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen gegenüber Ausländern und Asylbewerbern in Hoyerswerda wurde am Dienstag abend verabschiedet. Hier der Wortlaut:

Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung stehen hinter der Entscheidung, die ausländischen Bürger zunächst aus unserer Stadt in Sicherheit zu bringen. Wir sehen es nicht als ein Nachgeben gegenüber den rechtsradikalen Gruppierungen oder gar einen Sieg der Gewalt. Diese in Abstimmung mit allen politische Verantwortung Tragenden in Stadt, Kreis und Land getroffene Maßnahme diente dazu, eine weitere Eskalation zu vermeiden und Ruhe sowie Sicherheit wieder herzustellen.

Wir wollen uns der eigenen Verantwortung nicht entziehen. Wir erwarten jedoch eindeutige politische Entscheidungen des Bundes, um eine Wiederholung dieser Ereignisse hier oder anders auszuschließen.

Wir appellieren an alle Bürger unserer Stadt, trotz einer Vielzahl anstehender persönlicher und kommunaler Probelme, Toleranz zu üben und friedvoll miteinander umzugehen.

Lausitzer Rundschau 26.9.91

Erst nach den Pogromtagen und um die Pressemeldungen über Hoyerswerda zu relativieren, appellierten die Stadtverordneten scheinheilig *„an alle Bürger der Stadt, trotz einer Vielzahl anstehender persönlicher und kommunaler Probleme, Toleranz zu üben und friedvoll miteinander umzugehen"*.

In dieser Erklärung findet sich kein Wort gegen den Rassismus und Chauvinismus, der sich auf den Straßen der Stadt austobte. Die Tatsache, daß am Pogrom Bürger der Stadt beteiligt waren oder ihren Beifall bekundet haben, wird völlig verschwiegen und somit in Schutz genommen. Damit wird die eigene Untätigkeit und die Untätigkeit vieler Bürger gegenüber den in ihrer „eigenen" Stadt in unmittelbarer Umgebung stattfindenden rassistischen Überfällen und Angriffen sanktioniert.

Hauptsache die „Ruhe und Ordnung" der deutschen Spießer wird wiederhergestellt. Folglich finden in der ganzen Erklärung die Opfer keinerlei Erwähnung.

Im Hintergrund von Hoyerswerda: Die systematische chauvinistische Hetze im Jahr 1991

Im nationalen Taumel nach der Einverleibung der DDR herrscht Einigkeit zwischen allen Parteien des Bundestages

Im Jahre 1991 ging über Monate verstärkt eine wahrlich gigantische Hetze durch alle bürgerlichen Medien gegen Flüchtlinge, gegen Arbeiter und Arbeiterinnen aus anderen Ländern, gegen Sinti und insbesondere Roma. Der Herbst 1991 bildete den Höhepunkt dieser bewußten und systematischen Hetzkampagne gegen das verfassungsrechtlich verankerte Asylrecht und gegen Menschen ohne deutschen Paß. Fast alle bürgerlichen Zeitungen beteiligten sich an dieser konzertierten Aktion. Die bürgerliche Presse lieferte in dieser Zeit dieselben rassistischen und chauvinistischen Stichwörter wie etwa die *National-Zeitung* der Nazis. *(Siehe dazu auch den Abschnitt zum Pogrom in Rostock, dort ist diese Parallele beispielhaft und sehr anschaulich belegt).*

Im *Spiegel* (Nr. 37/91 vom 9.9.91 wird der „Ansturm der Armen" auf dem Titelblatt heraufbeschworen und in einem Artikel mit der Überschrift „Soldaten an die Grenze" die Haltung des deutsch-chauvinistischen Staates dazu deutlich gemacht. Um die Stimmung gegen die Flüchtling besser anheizen zu können, werden Statistiken über die Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge gefälscht. Diejenigen, welche Deutschland bereits wieder verlassen haben, werden einfach weiterhin in der „Flüchtlingsstatistik" geführt *(FR, 14.9.91).*

CDU- und SPD-Spitzenpolitiker ereifern sich wechselseitig über den besseren Weg zur „effizienten" Flüchtlingsbekämpfung: Während von Regierungsseite ganz offen und direkt ein schärferes Vorgehen gegen Flüchtlinge und die faktische Abschaffung des Asylrechts gefordert wurde, zierte die SPD sich damals noch, der entsprechenden Grundgesetzänderung zuzustimmen. Der damalige SPD-Vize Oskar Lafontaine kontert jedoch mit einem Maßnahmen-Katalog zur rigideren Handhabung bei der Abweisung von Asylanträgen und Abschiebung von Flüchtlingen, was die *Bild*-Zeitung mit dem Lob honoriert: „Oskars mutiger 12-Punkte-Plan". *(Bild, 18.9. und 19.9.91)*

Prominente SPD-Lokalpolitiker beteiligen sich direkt und offensiv an der Volksverhetzung: Der Bremer SPD-Bürgermeister Klaus Wedemeier fordert in einem *Bild*-Interview die „Eindämmung des Asylantenstroms" und lehnt Sozialhilfe für Flüchtlinge ab. *(Bild, 16.9.91)* Günter Samtlebe (ehemaliger SS-Mann), SPD-Oberbürgermeister von Dortmund, beklagt die Verschwendung von Millionen D-Mark für Flüchtlinge, denn *„über 90 Prozent mißbrauchen unser Asylrecht"*. Er meint, es sei „humaner" in der Asylfrage „knallhart" zu werden. *(Bild Duisburg, 17.9.91)* Horst Niggemeier, SPD-Bürgermeister von Datteln (NRW), behauptet zynisch: *„Wir sind so voll, wir können nicht einmal einer afrikanischen Ameise Asyl gewähren." (Bild Duisburg, 18.9.91)* Joachim Becker, SPD-Oberbürgermeister von Pforzheim, fordert seine Partei zum Handeln gegen Flüchtlinge bzw. Nichtdeutsche auf: *„Viele in der SPD haben bei diesem Thema die Hosen voll."* Seine Stadt sei jetzt mit über 700 Asylbewerbern bei 100.000 Einwohnern *„an der Grenze der Belastbarkeit angelangt". (Spiegel, 37/91)*

Die nationalistische Argumentationslinie der Grünen

Auch die Grünen demonstrieren auf der Tagung ihres Länderrates am Wochenende vor dem Pogrom in Hoyerswerda ihr Nachgeben vor der rassistischen Stimmung. Am 14/15.9.91 verabschiedete sich dieses höchste Gremium der Partei zwischen den Parteitagen offiziell vom Postulat der „offenen Grenzen" und forderte ein Einwanderungsgesetz, faktisch eine Quotenregelung für Flüchtlinge: *„Eine humane und differenzierte Einwanderungs- und Asylpolitik (...) ist vor allem auch im Hinblick auf die Stimmung in den neuen Bundesländern erforderlich." (FR, 19.9.91)*

Von welch nationalistischer Gesinnung die Forderungen der Grünen geprägt sind, legen einzelne Funktionäre der Grünen unverhohlen offen. Der prominente und sich gern multikulturell gebende Grüne Cohn-Bendit unterstrich in einem *Spiegel*-Interview weniger seine Sorge um den stark ansteigenden Rassismus in ganz Deutschland und seine Solidarität mit den Opfern als vielmehr sein Eintreten für die Belange der deutschen Wirtschaft. Er denkt laut darüber nach, wie man einerseits die für die deutsche Wirtschaft notwendige und nützliche Menge an billigen Arbeitskräften aus anderen Ländern sicherstellen kann und andererseits durch eine Kontingentierung eine Abschottung vor unliebsamen Nichtdeutschen und Flüchtlingen erreicht: *„Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz. Damit könnte die BRD beispielsweise festlegen, wie viele Arbeitskräfte hereingelassen werden... Eine Einwanderungsbehörde bestimmt dann, welchen Bedarf es in der BRD – oder in Europa – gibt. Die Zahl sollte zusammen mit den Arbeitsämtern festgelegt werden."(Spiegel 35/91, 26.8.91)*

Der DGB schließt sich der Abschottungspolitik an

Jochen Richert vom Bundesvorstand des DGB: *„Allerdings möchte der DGB die Einwanderungs-Quoten von der jeweiligen Lage auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt abhängig machen" (FR, 13.9.91)*

Die damalige Sprecherin des Bundesvorstandes der Grünen, Christine Weiske, wandte sich zwar gegen die Diskriminierung von Flüchtlingen, möchte aber das Augenmerk auf die Interessen der deutschen Nation richten: *„Hinzu kommt, daß wir eine vergreisende Nation sind. (...) lassen doch all die, welche Asylanten und Flüchtlinge als Dauerschmarotzer diffamieren, diese wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekte generell außen vor." (Neues Deutschland, 16.9.91)*

Angesichts solch chauvinistischer Haltung schreibt selbst eine Anhängerin der Grünen erbost in einem Leserbrief in der *taz*, daß wer einst den Grünen beigetreten sei, um den *„Unterdrückten und Erniedrigten"* beizustehen, dem müsse *„spätestens jetzt kotzübel werden".(zitiert in: Spiegel 40/91, S. 32)*

Wortmeldungen der evangelischen Kirche zu Hoyerswerda:

Superintendant Friedhart Vogel, Johanneskirche Hoyerswerda, wollte *„ein Stück Verständnis für Hoyerswerda rüberbringen"*. Ganz offen verteidigte er den Rassismus in der deutschen Bevölkerung: Viele Deutsche seien ja *„bereit und auch willens, mit Ausländern zu leben, aber bitteschön nicht jetzt, wo wir genug eigene Probleme haben."* Der Superintendent verharmloste und rechtfertigte das Pogrom und solidarisierte sich mit den nazistischen Tätern: *„Aber unsere Leute müssen ihren Frust auch mal ablassen können ... Es gibt ja nur noch Opfer, keine Täter." (Lausitzer Rundschau, 31.10.91)*

Auch Bischof Rogge, Vertreter der evangelischen Kirchenleitung Görlitz, gab eine Erklärung zum Pogrom in Hoyerswerda ab. Darin wird die deutsche Bevölkerung in Schutz genommen und das Pogrom mit der DDR-Geschichte und der ökonomischen Lage nach der „Wiedervereinigung" entschuldigt: *„War es verantwortungsbewußt, in diese komplizierte Situation hinein fast 300 Asylsuchende unterschiedlichster Nationalität inmitten der Wohnblocks unterzubringen? Nicht Mauern um Asylantenheime werden Lösungen bringen, sondern nur das sehr sensible Wahrnehmen der wirklichen Situation der Bevölkerung."* Der Bischof stimmte ein in die „Boot ist voll"-Hetze und trug damit zur Pogromstimmung gegen die terrorisierten und vertriebenen nichtdeutschen Arbeiter und Flüchtlinge bei, als er betonte, daß *„...mancherorts ein Zustand erreicht ist, der weitere Belastungen nicht mehr zuläßt"*. Mit dem gleichen Tenor forderte er von den Politikern, die gerade dabei waren, das Asylrecht abzuschaffen, eine *„Lösung der Ausländer- und Asylantenfrage zu schaffen".(Sächsische Zeitung, 10.10.91)*

Schlaglichter zur chauvinistischen und pronazistischen Hetze der PDS und des „Neuen Deutschland"

Die PDS, die sich demagogisch als antifaschistische, demokratische und sozialistische Kraft ausgibt, hatte bei den Kommunalwahlen 1990 in Hoyerswerda 26 Prozents der Stimmen erhalten, verfügte über 17 kommunale Abgeordnete und hatte dort angeblich ca. 700 Mitglieder. Sie hat nichts unternommen, um den Pogromopfern zu helfen oder wenigstens den Versuch zu machen, den Nazis und Rassisten entgegenzutreten. Nicht einmal die Solidaritätsaktion in Hoyerswerda am sechsten Pogromtag fand die Unterstützung der PDS; es gab keinen Aufruf an die PDS-Mitglieder in Hoyerswerda, geschweige denn eine landesweite Mobilisierung ihrer Mitglieder. Statt dessen warb das ihr nahestehende *Neue Deutschland (ND)* um Verständnis für die Nazis: *„Wem das Wasser schon bis zum Halse steht, der wird nach jedem Strohhalm greifen, der Rettung verspricht. Sei es auch der Baseballschläger..." (ND, 30.9.91)* Über das *Neue Deutschland* wird während des Pogroms unkommentiert die Polizeimeldung verbreitet, „Rechtsradikale seien nicht in Erscheinung getreten", und indirekt Stellung bezogen gegen die berechtigten Abwehrversuche der angegriffenen Arbeiter aus Mosambik: Die Mosambikaner werfen vom Dach ihres Wohnhauses Gegenstände, drei „Deutsche" werden verletzt. *(ND, 20.9.91)* Der seit 1994 in Hoyerswerda amtierende PDS-Bürgermeister Horst-Dieter Brähmig bewertete das Pogrom in einer Nachbetrachtung, fünf Jahre später, so: *„**Das war kein Rassismus** damals, das läßt sich nicht vergleichen mit Rostock oder Mölln." (Siehe Faksimile: Junge Welt, 21.9.96, auf der nächsten Seite)*

Bereits 1990 hatten sich örtliche PDS-Funktionäre in der 25 km nördlich von Berlin gelegenen Gemeinde Basdorf in Brandenburg an die Spitze einer rassistischen Front gegen ein Flüchtlingswohnheim gestellt, das für 1.500 bis 2.000 Flüchtlinge dort entstehen sollte. Die PDS befand sich im dortigen Gemeinderat mit der „Bürgerinitiative Basdorf", mit SPD, CDU/DSU, FDP und einem „Frauenverband" in einer chauvinistischen Einheitsfront gegen das Flüchtlingswohnheim. Das *Neue Deutschland* verbreitete in einem chauvinistischen Hetzartikel die Lüge, ein Gutachten verspreche auf demselben Gelände angeblich gute Chancen für eine Industrieansiedlung, die 2.000 Arbeitsplätze schaffe – nach dem Motto: entweder 2.000 Arbeitsplätze oder 2.000 Flüchtlinge. *(ND, 1.11.90, Konkret 12/1990)* Der PDS-Ortsgruppenvorsitzende Lessing scheute sich nicht, gegenüber einem Reporter von *Konkret* den Vorschlag zu machen, *„daß gleichlaufend mit außerparlamentarischen Dingen ... ein Bürgerkomitee zu bilden ist, zur Besetzung des Objektes, wenn die Gedanken der Bürger zu wenig beachtet werden"*. Auf die Frage, was passieren würde, wenn die PDS nicht gegen die Asylunterkunft aufträte, antwortet er: *„Eine solche Sache, gegen Ausländerfeindlichkeit anzukämpfen, kann nicht nur Sache einer Partei, also der PDS, sein. Hier müssen alle anderen etablierten Parteien – CDU, FDP, SPD – mit an diesem Strang ziehen. Wir wollen uns unserer Verantwortung nicht entziehen, aber wir lehnen eine Einzelaktion ab." (Konkret 12/1990)*

5 Jahre nach dem Pogrom:

„Das war kein Rassismus damals"
PDS-Bürgermeister Brähmig

„Ausländer treten hier im Straßenbild nicht in Erscheinung."
SPD-Bürgermeisterin für Schule und Soziales, Renate Schwarze

Ganz normales Hoyerswerda

»Rufen Sie morgen wieder an.« Stefan Skora, Stadtsprecher von Hoyerswerda, ist verbindlich im Ton, hart in der Sache. Nachfragen zum Zustand der Stadt, fünf Jahre nach den ausländerfeindlichen Pogromen, blockt er ab. »Sie sind nicht der erste, der danach fragt«, erklärt er. Auch auf den Straßen ist das Thema »Fünf Jahre Hoyerswerda« kein Renner. »Fragen Sie mich was anderes«, bellt eine Mittdreißigerin zurück. Keine Frage mehr.

Die Stadt erinnert sich nicht gern an die Tage vom 17. bis 22. September 1991. Damals flogen Steine, Bierdosen und Brandflaschen zunächst gegen ein von Moçambiquanern und Vietnamesen bewohntes Hochhaus in der Albert-Schweitzer-Straße, dann gegen ein Asylbewerberheim in der Thomas-Müntzer-Straße. Rechtsradikale Jugendliche versuchten, die Häuser zu stürmen, die Bewohner zu vertreiben. Ein Mob Schaulustiger feuerte sie an. »Neger klatschen«, hieß der neue Volkssport. Die örtliche PDS hielt sich mit einer Wertung auffallend zurück. Die Bilder des Jubels, als der letzte Bus mit Asylbewerbern die Stadt verließ, sind noch in Erinnerung. Asylbewerber sind seither nicht mehr nach Hoyerswerda gekommen. Nur 363 Ausländer sollen noch hier leben. Die SPD-Bürgermeisterin für Schule und Soziales, Renate Schwarze, bringt es gegenüber einer Journalistin auf einen kurzen Nenner: »Ausländer treten hier im Straßenbild nicht in Erscheinung.«

Die Stadtoberen bemühen sich um Normalität. Der in seiner eigenen Partei umstrittene und seit 1994 amtierende PDS-Bürgermeister Horst-Dieter Brähmig sieht seine Stadt ohnehin ungerecht behandelt: »Das war kein Rassismus damals, das läßt sich nicht vergleichen mit Rostock und Mölln.«

...

Auch beim Verein Mobile Jugendarbeit (MJA) bemüht man sich um Normalität. Der Verein ist direkt nach den Pogromen gegründet worden. Seine Aufgabe, Kontakt zur rechtsradikalen Szene in Hoyerswerda aufzunehmen, hat er erfüllt. »Die, die damals dabei waren, sind nicht nur älter, sondern auch ruhiger geworden«, meint eine Mitarbeiterin. Insgesamt sollen nur 20 Rechtsradikale in Hoyerswerda wohnen, weiß die Sozialarbeiterin. Von denen sind mir zufällig gleich vier in der Einkaufspassage begegnet.

Junge Welt, 21./22. 9. 1996

Die Schüler Goebbels' – die Brandstifter von heute

Noch im Herbst ein schärferes Asylrecht?
(Spiegel 37/91)
(TAZ, 1.8.91)

„Soldaten an die Grenzen"

Der Zuzug von Asylbewerbern und illegalen Einwanderern erreicht neue Rekorde, in Deutschland entsteht massiver Fremdenhaß. Ausländerbehörden, Grenzschutz und Justiz sind dem Ansturm kaum noch gewachsen. Können die oft jahrelangen Asylverfahren auch ohne Verfassungsänderung beschleunigt w

(Spiegel 37/91)

Joachim Becker, Oberbürgermeister von Pforzheim, schimpft: „Viele in der SPD haben bei diesem Thema die Hosen voll." Seine Stadt, sagt Becker, sei jetzt, mit mehr als 700 Asylbewerbern bei 100 000 Einwohnern, „an der Grenze der Belastbarkeit angelangt".

„Es gibt offensichtlich unbegründete Fälle"

Der hessische Grünen-Fraktionschef über Asyl, Einwanderung und den Kurs seiner Partei
(FR, 2.9.91)

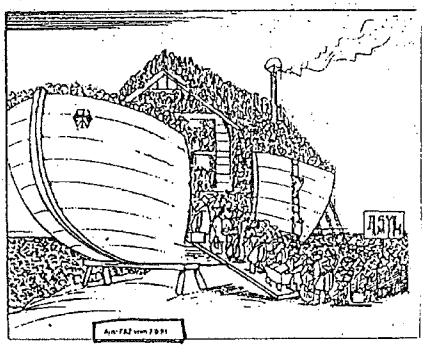
Schäuble hofft auf SPD-Hilfe bei Asylrechtverschärfung

(TAZ, 8.8.91)

55 Prozent der Deutschen wollen Asylrecht einschränken

MAINZ/BONN, 23. August (AP/dpa). Eine knappe Mehrheit der Deutschen hat sich in einer Umfrage des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) für eine Einschränkung des Asylrechts ausgesprochen. 55 Prozent der 2000 repräsentativ ausgewählten Befragten in Ost- und Westdeutschland seien dafür, nur noch eine begrenzte Zahl politisch Verfolgter pro Jahr aufzunehmen, berichtete die „Heute-Journal" am Freitag.

(FR, 24.8.91)



(FAZ, 7.8.91)

Wach- und Schließgesellschaft tz München

Massenabschiebungen beschlossen

Bundesregierung will künftig auch in Drittländern ein

(Politische Berichte, 5.7.91)

(TAZ, 14.9.91)
FDP will Asylrecht schnellstens ändern

SPD will Asylverfahren verkürzen
(TAZ, 7.8.91)

Die „Bild"-Zeitung forciert die rassistische Propaganda und ist ein Wegbereiter für die Schürung der bundesweiten Pogromatmosphäre

Bei der Mobilisierung der deutschen Bevölkerung gegen Flüchtlinge und Migranten wird die *Bild*-Zeitung aufgrund ihrer Massenverbreitung und Massenwirkung in einer führenden Rolle genutzt. Wie auf den folgenden Seiten deutlich zu erkennen ist, wird die Abschaffung der minimalen Rechte für Flüchtlinge massiv als „das selbstverständliche Recht der Deutschen", als ein „Abwehrrecht" propagiert. Neben der deutschen Überheblichkeit wird hier regelrecht das rassistische Stereotyp einer angebliche „Minderwertigkeit" von Flüchtlingen eingehämmert – ganz im Stil der Propaganda des Nazifaschismus.

Am 5.9.91 drohte *Bild* mit den Artikeln „Asylanten – Endlich! Bonn wacht auf!" und „Ein Tag im Asylanten-Land", wenn die Abschaffung des Asylrechts-Artikels nicht bald in Bonn abgesegnet werde, sei die Situation in der Bevölkerung nicht länger beherrschbar. Suggestiv wurde die Frage zugespitzt: „Wie lange geht das noch gut?"

Über die *Bild*-Zeitung wurde eine Propaganda betrieben, welche selbst über die gewöhnliche alltägliche Hetze von *Bild* hinausging. Auch hier arbeitete *Bild* mit der Methode der suggestiven Fragestellung, um die Auffassung zu transportieren, daß Angriffe gegen Nichtdeutsche als berechtigte, ja sogar notwendige Abwehrmaßnahme zu ergreifen seien. *„Wer ist schlimmer: Die Skinheads, die Brandsätze gegen Asylantenheime schleudern, oder die Politiker, die schlau reden und tatenlos zusehen?"*, so *Bild*. „Tatenlos" bezieht sich hier auf die partielle Duldung von Flüchtlingen in Deutschland. Welche „Taten" *Bild* es zu ergreifen gelte, verpackt die Zeitung in einen „Bericht" aus Zweibrücken, wo „200 neue Asylanten" angekommen sind und *„Ex-Oberstleutnant Leo Rayer (65) eine Bürgerwehr organisiert. Einer sagt: ‚Ich halte 50 Mann mit Baseballschlägern für sie bereit'."*

Am 16.9.91, unmittelbar vor dem Pogrom in Hoyerswerda, startete die *Bild*-Zeitung eine Artikelserie mit der Überschrift *„Asylanten – wer soll das bezahlen ?"* (unterschieden nach Regionen *„Asylanten – im Revier..."* *„„Asylanten – in Frankfurt..."* etc.) mit der in 10 Folgen bis 26.9.91 bei Millionen von Lesern mit allen üblichen Registern rassistischer Diskriminierung täglich Haß gegen Flüchtlinge, gegen Sinti und Roma und Nichtdeutsche geschürt wurde. Vorbereitet wurde die Serie durch eine riesige Plakat-Kampagne, die auf Litfaßsäulen und Werbetafeln flächendeckend Deutschland erfaßte und somit auch Nicht-*Bild*-Leser erreichte.

Schlaglichter rassistischer Serien aus der „Bild"-Zeitung vom September 1991

(Bild, 5.9., 16.9., 19.9., 20.9., 23.9., 24.9. und 26.9.1991)

Die vollständige Abschaffung des Asylrechts wird von der „Bild"-Zeitung vorangetrieben

Offener Antiziganismus

‚Das kann ja nicht wahr sein!‘, wird dem Leser hier suggeriert.

Indirekt wird gefordert: ***Endlich durchgreifen, auch in Deutschland!***

Das Vorurteil wird geschürt: ***‚Die sind alle kriminell!‘***

Der bärtige Vesko: 1000 Mark für zwei Ehefrauen und eine Tochter

Von BERNHARD KELM

Neben seinem rechten Schneidezahn blitzt eine goldene Zahnkrone. „Die hab' ich mir in Italien machen lassen, für 80 Mark", sagt Dibrail (21), „sieht schöner aus."

Erst jugoslawischer Landfahrer, „Schreiben Sie ruhig Zigeuner", sagt er. „Das wird für uns erst dann zum Schimpfwort, wenn jemand dreckiger Zigeuner sagt."

Dibrail lebt mit den Eltern und acht Geschwistern auf 27 Quadratmetern im Essener Asylantenheim Gerbeiche.

Schreiben Sie uns!

Liebe BILD-Leser, wie denken Sie über das Thema Asylbewerber? Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung oder schildern Sie uns Ihre Erfahrungen. Schreiben Sie an BILD, Im Teelbruch 100, 4300 Essen 18, Stichwort: „Asylanten".

Eines der vier kasernenähnlichen Gebäude wurde erst vor einem Jahr als Übergangsheim gebaut. Rote arabische Schriftzeichen an den gelben Hausfassaden deuten auf die Wohnungsinhaber hin.

„Für diese Buden würde ich keine 50 Mark Miete blechen", erzählt Dibrail. „Meine Geschwister schlafen teilweise auf dem Boden."

Sein Bruder Vesko (22, pechschwarze Haare, Drei-Tage-Bart) mischt sich ein: „Aber die Miete zahlt ja das Sozialamt."

„Italien gibt nicht mal ein Dach über den Kopf"

Seit 1981 wohnt die Zigeunerfamilie in Essen. Sie kamen aus Thrakien. „Vorher wohnten wir in Italien. Mein Vater hatte da Schrott verkauft. Aber dort ist es zu riskant. Die geben einem noch nicht mal ein Dach über den Kopf, geschweige denn Geld."

Andere europäische Länder schieben Asylbewerber, die sich vorher in einem anderen freiheitlichen Land niedergelassen hatten, sofort zurück. Wegen der hohen Kosten, die Asylbewerber zwangsläufig verursachen.

Dänemark zum Beispiel weist jeden Ausländer ab, der auch nur eine deutsche Zigarettenpackung dabei hat.

In Deutschland ist die Lage anders. Da wird jeder Asylantrag erstmal geprüft. Und so lange, zumindest, ist der Aufenthalt gestattet ...

„Ich fühle mich als Europäer"

Der Zigeuner Vesko wurde vor drei Jahren schon mal aus Essen abgeschoben. „Die Polizei kam, setzte mich ins Flugzeug, sagte kurz: Ihr Asylantrag ist abgelehnt."

Wo kamen Sie hin? „Weiß nicht genau, kenne mich in Jugoslawien nicht aus!"

Aber das ist doch Ihre Heimat?

„Ich fühle mich als Europäer."

In Jugoslawien wurde Vesko damals nach der Abschiebung angeblich von der Polizei geschlagen. „Die haben gesagt: Asyl ist Verrat! Ich kam dann ein paar Monate später zurück. Ein Schlepper bekam von mir 1 000 Mark. Er kannte die Zeit der Mittagspausen vom Zoll. Es war ein ganz kleiner italienisch-jugoslawischer Grenzübergang."

Und warum kamen Sie nach Deutschland?

„Hier ist die Schulausbildung besser, und man bekommt ein Dach über den Kopf."

Was gibt's an Sozialhilfe?

„Etwa 1 000 Mark für meine beiden Frauen und meine einjährige Tochter."

Zwei Frauen? Vesko lächelt: „Ja, nach Zigeunerrecht kann ich mehrere Frauen haben. Ich hab' zwei."

Kommen Sie mit dem Geld aus? „Neel Ich bräuchte so etwa 3 500 Mark, um anständig leben zu können."

Was machen Sie eigentlich den ganzen Tag?

Vesko: „Nach dem Frühstück schalt' ich den Fernseher an oder hau mir ein Video rein."

Und sonst?

„Spazierengehen!"

Zigeuner haben teilweise eine kriminelle Ruf. Haben Sie auch schon mal mit der Polizei zu tun gehabt?

Der große BILD-Report

Asylanten im Revier

Wer soll das bezahlen?

„Ja. Autoaufbrüche, Fahren ohne Führerschein oder mal 'ne Jeans bei Karstadt. Habe damals dafür ein Jahr Knast bekommen. Auf drei Jahre Bewährung. Als ich neulich beim Ausländeramt war, drohte mir der Mann: ‚Wenn Sie nochmal erwischt werden, sorge ich eigenhändig dafür, daß Sie wieder abgeschoben werden.' Ich finde so eine Drohung unverschämt. Der hatte etwas gegen Zigeuner."

Veskos Bruder Dibrail muß demnächst ins Gefängnis. Für sechs Monate – Fahren ohne Fahrerlaubnis, Führerschein-Fälschung.

„Deutsche klauen doch auch"

Er schimpft: „Vor drei Jahren kam ich noch mit 80 Arbeitsstunden davon, weil ich drei Autos geknackt hatte."

Warum haben Sie eigentlich geklaut?

Dibrail: „Weil wir uns vieles nicht leisten können. Aber Deutsche klauen doch auch!"

Seine Frau (21) sitzt seit zwei Tagen in Wetter im Gefängnis – vier Wochen, wegen Ladendiebstählen.

Dibrail: „Finde ich nicht gut. Letztes Mal mußte sie nur ein Wochenende in den Knast."

Vor kurzem gab es im Asylantenheim eine Polizeirazzia. Bei Dibrails Vater (Bujo (42) wurden 30 000 Mark in bar und ein Kilo Gold beschlagnahmt. Auch er lebt von Sozialhilfe.

Vesko: „Zum Glück mußte die Kripo alles zurückgeben. Mein Vater konnte nachweisen, daß er sich das alles nur geliehen hatte."

***

Die jugoslawische Zigeunerfamilie im Zimmer 111 des Asylantenheimes Gerbeiche. Mutigund offen beantworteten die Brüder Vesko und Dibrail alle Fragen. Foto: JÖRG WERTH

BILD-Zeitung 19.9.91

Bürgerliche Medien hetzen gegen die Protest- und Widerstandsaktionen antifaschistischer Kräfte in Hoyerswerda

In den Presseberichten über die antifaschistischen Demonstrationen und Widerstandsaktionen wird systematisch die Gleichsetzung von „linker" und „rechter" Gewalt betrieben.

Die Demonstration von ca. 4.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hoyerswerda eine Woche nach dem Pogrom wurde in der bürgerlichen Presse als Wiederholung gleichgearteter „Krawalle" diffamiert: *„hat es dort am Sonntag ... erneut schwere Krawalle gegeben" (FR, 30.9.91)*, oder: *„ist es dort am Sonntag – diesmal bei einer Demonstration gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit – wieder zu Krawallen gekommen" (SZ, 30.9.91)* Durch sprachliche Wendungen wie „wieder" bzw. „erneute Krawalle" wurde diese berechtigte Protestaktion mit den Pogrom-Ereignissen auf eine Stufe gestellt.

Erfolgte die Diffamierung des antinazistischen Protestes in der Berichterstattung von *FR* und *SZ* noch eher indirekt, so bezog ein Kommentator der *Süddeutschen Zeitung* in der Ausgabe zum „Tag der deutschen Einheit" am 3.10.91 offen Stellung gegen antifaschistische Demonstrationen in Hoyerswerda:

Hoyerswerda – die letzte Rache an der DDR

Demonstrationen für Ausländer schaden dort, wo sie Trotz provozieren und Haß zementier

Von Heribert Prantl

Diese Demonstrationen treiben die Menschen in Hoyerswerda noch weiter in die Enge, sie provozieren Trotz, zementieren den hilflosen Haß. Sie fördern auch nicht das Nachdenken, sondern fordern heraus zu einem unseligen *jetzt erst recht*. Wer zwanzig, dreißig Jahre lang in Hoyerswerda leben mußte, im Dreck der schwarzen Pumpe, in den Plattenburgen am Rande des Braunkohlenreviers, der will sich nicht demonstrativ erziehen lassen v. n ihterkulturell Bewegten aus Berlin oder gar aus dem Westen. Demonstrationen für Ausländer sind, vor allem im Westen, gut und wichtig – aber nicht in Hoyerswerda.

fen. Sie wollen verhindern, daß die Ausschreitungen vergessen werden. Sie wollen zeigen, daß es nicht nur den häßlichen Deutschen gibt. Das ist ehrenwert; und die gute Absicht wird auch nicht dadurch schlecht, daß sie von ein paar vermummten Chaoten diskreditiert wird. Und trotzdem sind die Demonstrationen von Hoyerswerda falsch und schädlich. Das gilt auch dann, wenn es zu keinen Konflikten mit der Polizei kommt.

(SZ, 2/3.10.91)

- **Demonstrationen seien *„falsch und schädlich"***
- **Sie *„fordern heraus zu einem unseligen* jetzt erst recht" – also zu weiteren Pogromen**
- **Demonstrationen sind *„im Westen gut und wichtig – aber nicht in Hoyerswerda."***

In der *FAZ* vom 25.9.91, drei Tage nach dem Pogrom, wurde dem *FAZ*-Leser kommentarlos die Meinung eines Nazis aus Hoyerswerda nahegebracht, von dem es heißt: sein *„Weltbild ... scheint typisch für viele Menschen hier in Hoyerswerda"*. Bewußt verbreitete die *FAZ* so Sympathie für die Pogromtäter und hetzte gegen antinazistischer Kräfte, die sie als *„linke Mafia"* diffamiert: *„Daß es vor allem die autonomen Chaoten aus Kreuzberg waren, die Gewalt nach Hoyerswerda brachten, ist für ihn und seine Freunde ausgemachte Sache". (FAZ, 25.9.91)*

Die „Junge Welt" steht der Hetze etablierter bürgerlicher Blätter nicht nach

Die *Junge Welt* verurteilte in einem Kommentar-Beitrag vom 1.10.91 die Antifa-Demonstration in Hoyerswerda und schürte Ressentiments vor allem gegen militantere Antifa-Kräfte aus Berlin:

- *„die Stadt ist längst zum Wallfahrtsort für militante Rechte und Linke geworden"*
- *„Die Autonomen konnten sich für das nächste Berliner Ereignis im Steine werfen üben"*
- *„Die Demonstranten waren eben ‚linke Chaoten', die lieber in Kreuzberg bleiben sollten."*

Linke Militanz wurde in der *Jungen Welt* nicht nur mit rechter Gewalt gleichgesetzt, sondern aus der Spießerperspektive des „hilflosen Hoyerswerdaer Normalbürgers" als „fast noch schlimmer" dargestellt. Dieser deutsche „Normalbürger", der *„verständnislos zwischen den Fronten steht"*, wurde laut *Junger Welt* angeblich zum doppelten „Opfer" von Gewalt gemacht – erst durch das Pogrom, dann durch die berechtigten Proteste gegen das Pogrom.

Immer wieder Hoyerswerda

Ehrlich betroffene Menschen versuchten in Hoyerswerda mit einer Anti-Rassismus-Demonstration Nachdenken auszulösen. Doch die Stadt ist längst zum Wallfahrtsort für militante Rechte und Linke geworden – und die Bevölkerung steht verständnislos zwischen den Fronten.

Die Autonomen haben ein neues Ausflugsziel: Hoyerswerda. Statt aktionslose Foren zum Thema Fremdenhaß zu veranstalten, wird nun Agitation vor Ort geprobt. – Man pilgert nach Sachsen, um den Hoyerswerdaern Anstand beizubringen. Und die Medien haben die schöne Gelegenheit, von schweren Krawallen, 60 zertrümmerten Autos und herausgerissenen Gehwegplatten zu berichten.

Selbstverständlich ist es ungerecht, den Anspruch einer Demonstration von besorgten Bürgern ironisch abzutun. Selbstverständlich gibt es nicht wenige, die die Ereignisse von Hoyerswerda tatsächlich tief erschütterten – unter ihnen auch etliche Hoyerswerdaer selbst. Und selbstverständlich ist es nötig und richtig, in der Stadt, aus der in den letzten Tagen fast ausschließlich pauschal negative Nachrichten kamen, auch deutlich anders Zeichen zu setzen.

Die Demonstranten, unter ihnen zahlreiche Autonome, waren in 61 Grüppchen aus ganz Deutschland nach Nordsachsen gereist. Ausgenommen jene, die es mit einer friedlichen Demonstration wirklich ernst meinten – besorgte Ehepaare beispielsweise oder die Politikerinnen Jutta Ditfurth und Jutta Braband – ließ die Ausrüstung der anderen keinen Zweifel am Ablauf dieses Tages. Die Autonomen, größtenteils vermummt, waren mit der üblichen Kampfausrüstung versehen: Sprayflaschen, Eisenstangen und Leuchtpistolen. Doch auch der Bundesgrenzschutz hatte Wasserwerfer, fünf Hundertschaften und das sächsische Spezialeinsatzkommando mitgebracht. Und wie immer umkreisten Journalisten den Pulk wie Obstfliegen.

***

Unterm Strich hatten alle Seiten ihre Rolle gut gespielt. Die Polizei hatte wieder einmal willig den Gegner für die Autonomen abgegeben und sie mit der unsinnigen Straßensperrung auch noch so richtig aufgepeitscht. Die Autonomen konnten sich für das nächste Berliner Ereignis im Steinewerfen üben, und der Bundesgrenzschutz durfte seine Wasserwerfer ausprobieren.

Nur eines war diesmal anders: Es hatte Menschen gegeben, die wirklich demonstrieren wollten, und deren Anliegen ging unter. In den Medien blieb das Stichwort Krawalle übrig, und in den Köpfen der Hoyerswerdaer Zuschauer spielte sich ähnliches ab. Die Demonstranten waren eben »Linke Chaoten«, die lieber in Kreuzberg bleiben sollten. Und die Argumente offenbar *trotzkistisch angehauchter* Agitationstruppen wie »Aber das Kapital kann die Krise nicht bewältigen«, verstörten die Einwohner eher. Das Ereignis hinterließ seine Spuren an den Balkons der Neubauwohnungen mit Graffiti-Losungen wie: »Nazis raus«. Es hinterließ aufgerissene Plattenwege und eingeschlagene Autoscheiben. Es hinterließ vor allem ziemlich verständnislose Hoyerswerdaer Normalbürger, für die die »Chaoten aus Berlin« fast »noch schlimmer« waren als die Rechten vor einer Woche, die ihnen zumindest nicht die Balkonscheiben zertrümmerten. ...

Die PDS in Hoyerswerda hetzt gegen den antinazistischen Protest und Widerstand

Die PDS in Hoyerswerda, die während der Pogromtage geschwiegen und dem Nazi-Terror zugesehen hatte sowie direkt danach die gemeinsame Stadtverordneten-Erklärung aller Parteien mitunterschrieb, gab am 1.10.91, eine Woche nach dem Pogrom, erstmals eine eigene öffentlich Erklärung ab. Sie wurde in allen Lokalzeitungen, teils gekürzt, abgedruckt.

Der antinazistische Protest und Widerstand wird wiederholt durch Gleichsetzung mit dem Nazi-Terror diffamiert: *„Gewalt, ob von rechts oder von links"* bzw. *„Eskalation von ... Gewalt und Gegengewalt"*. Als eine der Ursachen für den Terror gegen Nichtdeutsche wird die *„verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung"* benannt. Mit diesen Worten unterschied sich die PDS in nichts von den Äußerungen anderer bürgerlicher Parteien, die ebenfalls von „verfehlter Asylpolitik" sprachen und gleichzeitig die konsequente Abschie-

bung von Flüchtlingen sowie die Abschaffung des Asylrechts forderten. Ob die PDS unter „verfehlter Asylpolitik" etwas ganz anderes versteht als die übrigen bürgerlichen Parteien blieb offen. Es war sicher kein Zufall, daß eine klare Stellungnahme zur herrschenden Asylpolitik in der Erklärung der PDS fehlte. Zumindest gibt es dafür Anhaltspunkte.

Presseerklärung
des Kreisvorstandes der PDS

Der Kreisvorstand der Partei des Demokratischen Sozialismus in Hoyerswerda verurteilt auf das schärfste die in unserer Stadt vor sich gegangene Eskalation von Rassismus und Ausländerhaß, von Zerstörung, Gewalt und Gegengewalt. Die latente Ausländerfeindlichkeit, die sich in Hoyerswerda für den Osten der Bundesrepublik Deutschlands in einmaliger Weise gewaltsam Bahn gebrochen hat, ist ein Produkt der verfehlten Einwanderungs- und Asylpolitik der Bundesregierung und der Sklavnhaltermentalität der ehemaligen DDR-Regierung. Eine menschenwürdige Ausländer- und Flüchtlingspolitik gab es nicht in der Ex-DDR und sie gibt es nicht in der BRD. (...)

Der Kreisvorstand der PDS Hoyerswerda wendet sich hiermit gegen jegliche Form von Gewalt, ob von rechts oder von links, die auf eine scheinbare Lösung der Ausländerinnenproblematik gerichtet ist. Wir sind für eine wirkliche Integration und gegen eine Ghettoisierung von Ausländerinnen. (...)

Wir fordern den sächsischen Landtag auf, sofort und unter breiter Einbeziehung der Bürgerinnen, über die Einwanderungs- und Asylpolitik im Freistaat Sachsen zu diskutieren und zu Entscheidungen zu kommen.

Kreisvorstand der PDS
Hoyerswerda (gekürzt)

Wochenblatt 4.10.91

Die PDS forderte für Sachsen eine Diskussion und Entscheidung zur Asylpolitik *„unter breiter Einbeziehung der BürgerInnen"*. Angesichts der Tatsache, daß gerade in Hoyerswerda das „Bürgerforum" eine wichtige Rolle bei der gezielten Vorbereitung des Pogroms spielte und sich auch an anderen Orten zunehmend rassistische Bürgerinitiativen bildeten, verbleibt dieser Vorschlag im herrschenden demagogischen Rahmen, wonach die Asylpolitik nicht den Interessen der „Bürgerinnen", sondern denen der Flüchtlinge entspräche. Das Zugeständnis an den Chauvinismus war damit vorprogrammiert.

DGB lehnt Großdemonstration ab

Der DGB-Vorsitzende, Heinz-Werner Meyer, rechtfertigte in einem *taz*-Interview die bewußt unterlassene Unterstützung des antirassistischen Kampfes und den Verzicht auf Proteste durch die Gewerkschaften in den Wochen nach Hoyerswerda:

taz: Herr Meyer, Sie haben die Überfälle auf Ausländer und Flüchtlinge als ein Pogrom bezeichnet, das sich ausbreitet wie eine Pest. Fallen Ihnen dazu Versäumnisse des DGB, der Gewerkschaften ein?

Meyer: *Gravierende Versäumnisse haben wir uns, so glaube ich, nicht vorzuwerfen.*

taz: In den letzten Wochen war die Stimme des DGB, war die Kraft der Gewerkschaften auf den Straßen kaum zu spüren. Haben Sie aus Furcht vor mangelndem Zulauf, so hat es der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe ausgedrückt, den Aufruf zur Großdemonstration unterlassen?

Meyer: *Ich würde nicht die Worte Hermann Rappes wählen, aber wir haben gegenwärtig auch unter den Arbeitnehmern in den Betrieben eine Stimmung, die nicht gerade das unterstützt, was ich als das würdevolle Miteinander bezeichnet habe. Das muß man ganz offen sagen.*

(taz, 11.10. 1991)

MANNHEIM-SCHÖNAU

Die bürgerliche Presse verschweigt die pogromartigen Belagerungen

Über die Ereignisse in Mannheim-Schönau wurde in der Presse zu Anfang kaum berichtet. So fand sich zum Beispiel in der *Frankfurter Rundschau* vom 30.5.92 eine kleine verharmlosende Meldung, die von 30 betrunkenen und randalierenden Männern vor der Asylunterkunft am „Vatertag" berichtete, die 300 „Schaulustige" angezogen hätten.

Erst nachdem der Widerstand gegen die pogromartige Belagerung der Asylunterkunft immer stärker wurde, berichteten die bürgerlichen Zeitungen über die Ereignisse in Mannheim. So gab es im wesentlichen die ersten Meldungen nach dem brutalen Polizeieinsatz gegen die Demonstration am 6.6.92. Doch über die pogromartigen Überfälle in Mannheim-Schönau wurde immer noch nicht genauer berichtet, weiterhin wurden die Ereignisse verharmlost und nur am Rande erwähnt. Statt dessen wurde in diesen Meldungen ausnahmslos von *taz* über *FR, Die Welt, SZ, Stuttgarter Nachrichten* und allen voran der *Mannheimer Morgen* über die „angereisten Chaoten" gehetzt. In den meisten Zeitungen wurde besonders das angeblich riesige Waffenarsenal herausgestellt, das bei den Demonstrantinnen und Demonstranten beschlagnahmt wurde. *„Die Asylbewerber von Schönau waren da nur noch Mittel zum Zweck, ein Vorwand, die Staatsmacht zu provozieren"*, schrieb der *Mannheimer Morgen* am 9.6.92. Damit sollte der antirassistische Widerstand verunglimpft werden, um seine Verstärkung zu verhindern. Zum anderen sollt davon abgelenkt werden, daß in Mannheim-Schönau seit Wochen Nazis und große Teile der Anwohner die Flüchtlinge terrorisierten.

So hat der *Mannheimer Morgen* einer wüsten Hetzkampagne gegen die Antifaschistinnen und Antifaschisten über mehrere Tage hinweg ganze Seiten in seiner Zeitung gewidmet.

Im Rahmen der Hetzkampagne wurden auch die Namen mit vollständiger Adresse von Antifaschistinnen und Antifaschisten veröffentlicht, die die Demonstration für den 13.6.92 angemeldet hatten. Das konnte nur als indirekte Aufforderung an die Nazis verstanden werden, ihre Überfälle und Angriffe auf diese Antifaschistinnen und Antifaschisten auszudehnen.

Reaktionäre Hetze gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten

Aufruf
an die
Mannheimer Bevölkerung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

für den Samstagabend wurde eine Demonstration in Schönau angemeldet, die nach vorliegenden Informationen aus Gründen der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit verboten werden mußte. Die Sorge über die Gefährdung der öffentlichen Ordnung gründet sich auf die uns bekannten, in anderen Städten getroffenen Vorbereitungen auf die Demonstration. Trotz Verbot ist mit einer großen Zahl auswärtiger Teilnehmer zu rechnen. Die Polizei ist darauf vorbereitet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Aus diesen Gründen bitten wir Sie erneut sehr eindringlich darum:

- **Bewahren Sie Ruhe und lassen Sie *sich nicht provozieren.***
- **Folgen Sie den Hinweisen der Polizei und erleichtern Sie deren Arbeit, indem Sie Ansammlungen und Aktionen fernbleiben.**
- **Haben Sie bitte Verständnis für Umleitungen und Verkehrsbehinderungen durch Polizeikontrollen. Diese dienen Ihrer Sicherheit.**
- **Geben Sie der Gewalt in Mannheim keine Chance.**

STADT MANNHEIM

Oberbürgermeister

Polizeipräsident

Liebe Mannheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Reisende Gewalttäter befinden sich auf der Anfahrt zu einer Demonstration am Samstag in Mannheim - Schönau.

Die Polizei rechnet mit Provokationen und Gewalttaten durch militante Politrocker.

Bewahren Sie Ruhe und lassen Sie sich nicht provozieren.

Bieten Sie Gewalttätern keinen Schutz durch Ihre Anwesenheit an den Konflikt-Orten.

Folgen Sie den Lautsprecher-Durchsagen der Polizei und verlassen Sie rechtzeitig die Stätten gewalttätiger Auseinandersetzungen.

Haben Sie bitte Verständnis für Verkehrsbehinderungen durch Polizeikontrollen. Sie dienen Ihrer Sicherheit.

Geben Sie der Gewalt in Mannheim keine Chance.

Ihre Polizei

V.i.S.d.P.
Polizeipräsidium Mannheim
Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 0621 - 174 2010/2011

Polizei Baden-Württemberg

ROSTOCK

Wie Medien und Politiker das Pogrom rechtfertigten

Wesentliche Merkmale des Pogroms in Rostock waren die massenhafte Mobilisierung des „Volkszorns" durch Medien und Politiker, die Beteiligung breiter deutscher Bevölkerungsmassen an der Durchführung des Pogroms und schließlich die Rechtfertigung des Pogroms vor dem Hintergrund der Durchsetzung einer weitgehenden Abschaffung des Asylrechts.

Die heuchlerischen Standardformulierungen des Bedauerns seitens der Politiker des deutschen Imperialismus waren verbunden mit der Sorge über die „schlechten Exportchancen" (Kinkel) und das „schlechte Ansehen im Ausland" (Kohl); aber vor allem wurde Verständnis für die Täter und ihre angeblichen Motive bekundet – was faktisch einer weitgehende Rechtfertigung der Pogrome gleichkam.

In vielen Fernseh-Nachrichtensendungen und in den meisten bürgerlichen Zeitungen erhielten kontinuierlich rassistische Äußerungen und widerlichste Drecksargumente (meist unwidersprochen) breiten Raum – häufig wurden sogar rassistische Äußerungen durch die Reporter (u. a. durch Betonung des angeblich „berechtigten Kerns" des Protestes) hoffähig gemacht.

In folgender Überschrift und Unterzeile der *Welt am Sonntag* kommt konzentriert eine zentrale Methode der bürgerlichen Medien zum Ausdruck, mit der sie um für Verständnis für die Pogrome warben:

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen"

„Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit den Radikalen sympathisierten. Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland" (WamS, 30.8.92)

So machen die bürgerlichen Medien aus den Akteuren der Pogrome, aus den Tätern, deren Motive sie „verständnisvoll nachvollziehen", scheinbare Opfer, die angeblich „jeden Tag" unter „Belästigungen und Bedrohungen" leiden müßten. Nach dieser Verdrehung der Tatsachen (Täter werden zu Opfern) führen die bürgerlichen Medien dann ein rassistisches „Argument" nach dem anderen als Rechtfertigung für die Pogrome an – häufig ohne den Hauch einer Kommentierung oder gar Zurückweisung. Selbst die direkte Aufforderung zur physischen Vernichtung, zur Ermordung der Flüchtlinge bleibt häufig unkommentiert im Raume stehen *(siehe FR vom 25.8.92)*.

Unter der vorgeblich neutralen Fragestellung: *„Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten" (FR 25.8.92)*, ergoß sich eine Welle des „Verständnisses" für die „Gründe" und „Hintergründe" der Pogrome über die gesamte Bevölkerung. Das kam in der Wirkung einem Aufruf gleich, die angeblich armen, gequälten Deutschen sollten sich doch nicht mehr die „tagtäglichen Belästigungen und Bedrohungen" durch die Flüchtlinge gefallen lassen! So wurden nicht nur die bereits begangenen Pogrome verständnisvoll gerechtfertigt, sondern auch der Boden für die nächsten Pogrome wurde propagandistisch bereitet! Die *Welt am Sonntag* drückte dies so aus: *„Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland."* Die nazistische *National-Zeitung* propagierte den gleichen Grundgedanken noch direkter: *„Gewalt gegen Ausländer – Rezept für Deutschland?" – „Das Fanal von Rostock".*

Bundespräsident Weizsäcker (CDU): „deutsche Lebensgewohnheiten achten"

„Der Bundespräsident sagt ihnen in die Kamera, was er abends auf einer Bürger-Versammlung auch in Gartz an der Oder sagt: Die Deutschen seien offen gegenüber Ausländern und in ihrer großen Mehrzahl gewiß nicht ausländerfeindlich. Der Zustrom der Ausländer geschehe jedoch in einer Zeit, in der sich vor allem die Menschen in den neuen Ländern Belastungen – wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und dem Niedergang ganzer industrieller oder landwirtschaftlicher Regionen – ausgesetzt sähen, die zu groß geworden seien. Daher dürfe man die Menschen nicht überfordern mit Problemen, die über ihre Kräfte gingen. Andererseits sei es nicht unmenschlich oder ausländerfeindlich, wenn man von den Asylbewerbern und Flüchtlingen erwarte, daß sie sich an die deutschen Gesetze hielten und deutsche Lebensgewohnheiten achteten und sich ihnen anzupassen versuchten. Toleranz könne nur dann geübt werden, wenn man sich gegenseitig menschenwürdig behandle." *(FAZ 7.9.92)*

Gerster (CDU): „provokanter Mißbrauch des Gastrechtes": „Künftig, so forderte Gerster, müsse die Ausweisung auch dann erfolgen, wenn ein Asylbewerber beim Versuch einer Straftat gestellt werde. Gerster sprach sich weiter dafür aus, aus dem teilweise aggressiven Verhalten von Asylbewerbern, die die Bevölkerung durch aufdringliches Betteln, durch Eindringen in die Wohnungen, durch Diebstahl und durch die Verwüstung von Gärten und ihre Verwandlung in Kloaken schockierten, rechtliche Konsequenzen zu ziehen. Bei derartig provokativen Mißbrauch des Gastrechts müßten Möglichkeiten geschaffen werden, um die sofortige Ausweisung zu ermöglichen. Gerster machte deutlich, daß er eine Reihe von neuen Bestimmungen für unabdingbar hält. Unter Bezugnahme auf die Verhältnisse in Rostock setzte sich Gerster dafür ein, daß die Gründe, die zu einer unverzüglichen Ausweisung eines Ausländers führen, ergänzt werden müßten." *(FAZ 27.8.92)*

Ministerpräsident Seite (CDU): „Unmut verständlich": „Auch Ministerpräsident Berndt Seite nimmt die Anwohner in Schutz: Ihr Unmut angesichts der unbestreitbaren Belastungen sei verständlich gewesen – Verantwortlich für ihr anfängliches Beifallklatschen seien Politiker, die einer Änderung des Artikel 16 GG nicht zustimmen: *„Sie treiben einen Teil unserer Bürger in eine Eskalation der Gefühle hinein"." (taz, 29.8.92)*

Innenminister Kupfer (CDU): „berechtigter Zorn der Bevölkerung": „Auch die Ausländer selbst hätten den berechtigten Zorn der Bevölkerung provoziert, indem sie *„auf der Wiese campierten, das Umfeld verunreinigten und in den umliegenden Geschäften und Häusern kriminelle Handlungen begingen"." (taz, 29.8.92)*

SPD-Vorsitzender Engholm: Engholm bekundete Verständnis für *„manches Ärgernis über das Verhalten von Asylbewerbern," (taz, 25.8.92)*

Ex-Bundeskanzler Schmidt (SPD): *„Kein Volk erträgt 500 000 Ausländer im Jahr" (Bild, 5.9.92)*

Kronawitter (SPD), Oberbürgermeister von München: „auch in München böses Blut": Kronawitter: „Wir haben in München 10.000 Obdachlose, rund 50.000 Sozialhilfeempfänger und 120.000 Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Ein Arbeitnehmer kann sich wegen der irrsinnigen Mietenexplosion kaum noch eine Wohnung leisten – und dann müssen wir 8.000 Asylbewerber kostenlos unterbringen und ihnen auch noch Sozialhilfe bezahlen. Das macht auch in München böses Blut, nicht nur in Rostock." *(Spiegel, 37/92)*

Ministerpräsident Stolpe (SPD) in Cottbus – Ein Beispiel der Kumpanei mit den Nazis: Stolpe moderierte über zweieinhalb Stunden den Cottbusser Volkszorn, als ginge es darum, die Hits der „Volkstümlichen Hitparade" anzusagen. Auftritt eines DA-Mitglieds: *„Wir dulden keine Asylantenheime in Mitteldeutschland."* Abmoderation Stolpe: *„Ich denke es war wichtig, den Mann ausreden zu lassen."* Auftritt eines 55jährigen Anwohners aus der Schopenhauerstraße: *„Wir werden als Cottbusser beschimpft, daß wir gegen Asylanten sind. Wir sind bloß gegen den Dreck der Asylanten". Überleitung Stolpe: „Solche Äußerungen sind wichtig."* Auftritt einer ereiferten Anwohnerin aus der Hegelstraße: *„Es ist eine Frechheit von den Medien, zu behaupten, daß wir ausländerfeindlich sind. Es geht um die Zigeuner, die dreckig sind."* Kommentar Stolpe: *„Ein klares Wort und genaues Benennen der Situation sind wichtig."* Auftritt eines Mitglieds der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU): *„In der Zeit, in der hier diskutiert wird, sind wahrscheinlich schon wieder 2000 Illegale gekommen. Deutsches Geld darf nur für deutsche Interessen verwendet werden."* Zusammenfassung Stolpe: *„Hier ist noch einmal ganz zugespitzt gesagt worden, worin die Empörung besteht." (FR, 4.9.92)*

Auch in anderen Städten wurden die Nazis hoffähig gemacht:

7. April 92: Cohn-Bendit kann sich *„gemeinsame öffentliche Veranstaltungen von NPD oder REP und Grünen"* vorstellen.

8. April 92: Winfried Krauß (NPD) würde es begrüßen, *„wenn es zu den bisher vermißten geistigen Auseinandersetzungen mit den multikulturellen Parteien kommen würde".*

9. April 92 Manfred Kanther (CDU) lobte Cohn-Bendit, der den *„rationalen Diskurs"* in der Asyldebatte eingeklagt und eine Änderung des Art. 16 GG in Verbindung mit dem Kommunalwahlrecht und einem Einwanderungsgesetz gefordert hatte. *(Entnommen aus: Antifa-Info Frankfurt/Main Nr. 4/92)*

Zum Zusammenspiel der verschiedenen Abteilungen der bürgerlichen Medien

Die nachfolgende Dokumentation kann eine konkrete Auseinandersetzung mit den verschiedenen Abteilungen der Hetzpresse nicht ersetzen. Wir geben nur in Stichpunkten einige Hinweise, wie das Zusammenspiel von nur scheinbar verschiedenartigen Medien funktioniert. Daher soll vorweg auf drei Dinge ausdrücklich hingewiesen werden:

Die erste zentrale Methode, um direkt nazistische Parolen auszustreuen und unter die Leute zu bringen, ist in allen Medien der sogenannte „Originalton des Mannes auf der Straße": Das *Neue Deutschland* läßt einen angeblichen oder wirklichen „Arbeiter" zu Wort kommen, der seine nationalistischen Sprüche formuliert, die *Frankfurter Rundschau* irgendwelche „netten Jugendlichen von nebenan" – die aber nazistisch verhetzt sind –, der *Spiegel* den „Rentner" und so weiter. So wäscht die Presse ihre Hände in Unschuld – sie gibt ja nur des „Volkes Stimme" wieder, bringt das „gesunde Volksempfinden" zum Ausdruck. Das Resultat dieser Methode: Die pogromartige Hetze gegen Flüchtlinge wurde geschürt.

Im Gegensatz dazu kommen Flüchtlinge als einzelne Personen überhaupt nicht mehr zu Wort. Sie haben keine Namen und keine Gefühle, kein persönliches Schicksal. Sie werden lediglich als anonyme Masse dargestellt. Dies ist die Kehrseite der Medaille: die Bandstifter als „Menschen wie du und ich", die Opfer als namenloses Etwas. Mit dieser Methode werden die Brandanschläge auf Flüchtlinge zum kleinlichen Delikt heruntergespielt.

Darüber hinaus aber ist der zentrale Punkt, daß all den verschiedenen Abteilungen der Propagandisten des deutschen Imperialismus eines gemeinsam ist: Sie alle wollen – trotz mancher scheinbarer „Verurteilung" der Nazi-Angriffe – den Druck von staatlicher Seite auf die Flüchtlinge und Immigranten forcieren, eben Abschreckungspolitik betreiben.

Beispiele für die widerliche Hetze des deutschen Journalismus

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen“

Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten.

Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland

Von HANS-JOACHIM NÖH

Rostock/Hamburg

Rostock-Lichtenhagen, wenige Tage nach Ausbruch der Krawalle gegen das Asylantenheim: Schreiner reparieren angebrannte Fensterrahmen, Glaser ersetzen zerborstene Scheiben, und städtische Arbeiterräumen Pflastersteine vom Schlachtfeld. Die äußeren Spuren der Gewalt sind bald getilgt. Geblieben ist der ohnmächtige Zorn vieler Anwohner auf „die Politiker“.

„Heller Wahnsinn“ sei es gewesen, in einem Wohngebiet mit fast 40 Prozent Arbeitslosigkeit ein Asylantenheim einzurichten, sagt der Rentner Johannes Schucht, ein Nachbar der inzwischen geraumten Unterkunft. Man habe seit anderthalb Jahren den Rostocker Senat und die Landesregierung vor dem sozialen „[illegible]ngstoff“ und den Folgen [illegible] Als dann noch in Sch[illegible] kamen, wu[illegible] Ab[illegible] fe[illegible] de[illegible] d[illegible] bl[illegible] letzten a[illegible] löst bei zahlreic[illegible] ungläubiges Kopfschütte[illegible] Eine junge Frau erzählt, sie sei auf dem Weg zum Supermarkt von drei Zigeunerjungen angebettelt worden. „Als ich nichts geben wollte, hielten zwei von ihnen mich an den Armen fest, der dritte hat mich angepinkelt.“

Der Zustrom von Zigeunern aus Rumänien setzte mit den warmen Temperaturen ein. Als das Rostocker Asylantenheim mit seinen 300 Plätzen überfüllt war, campierten sie zu hunderten auf dem Rasen vor und hinter dem Wohnblock. Viele der Zigeuner wurden offenbar illegal eingeschleust. Rentner Schucht schildert, was er eines Nachts von seinem Balkon aus beobachtete: „Vor dem Haus hielt ein Lkw. Der Fahrer stieg aus, sah sich um, und als die Luft rein war, öffnete er den Laderaum, aus dem 40 Zigeuner kamen.“

Tagsuber mußten sich die Anwohner mühsam ihren Weg durch die Lagernden bahnen, wurden dabei, wie einige berichten, als [illegible] schimpf[illegible] len täth[illegible] rend di[illegible] und betu[illegible] senen au[illegible] ken Alk[illegible] frau. Und [illegible] fall einfa[illegible] und mitte[illegible] auch noch [illegible] Notdurft.“

Wegen der Hitze habe es „bestialisch gestunken, sagt ein arbeitsloser Schiffbauer und empört sich, daß die Stadt den Müll

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

nur selten beseitigt habe. „Ein[illegible] wurde hier gründlich sauber [illegible] als der CDU-Politiker [illegible] in Warne[illegible] [illegible] vor[illegible] [illegible] die [illegible] hen.“ [illegible] erichtet, [illegible] Fahrrad [illegible] worden. [illegible] erzählen, [illegible] tos aufgebroche[illegible] [illegible] ie Hauserblocks Renne[illegible] [illegible] ahren worden.

Ein Nachbar des Asylantenheims erwischte eines Nachts 15 Zigeuner in seinem Keller, den sie aufgebrochen hatten. „Bei einem Kontrollgang durch die Wohnungen“, sagt er, „wurde eine Gruppe von Zigeunern angetroffen, die über einem Feuer auf dem Küchenfußboden Möwen grillten.“ Das Essen, das ihnen täglich auf Staatskosten gebracht wurde, hätten sie aus dem Fenster geworfen. „Und manchmal kam, wohl aus Protest, noch eine Plastiktüte voll Urin hinterher.“

Immer wieder versichern die Menschen in Lichtenhagen, keineswegs fremdenfeindlich zu sein. Sie erinnern daran, daß sie immerhin seit mehr als zehn Jahren Tür an Tür mit Ausländern leben, mit [illegible]

Sieglinde Harbrecht, Inhaberin eines kleinen Schmuckgeschäftes. Das Auftreten der Zigeuner hingegen sei unzivilisiert und unzumutbar.

[illegible] „Spar“-Supermarktes berichten: „Als eines morgens die Türen aufgeschlossen wurden, stürmte eine Gruppe Zigeuner ins Geschäft. Ein paar Frauen verrichteten vor Warenregalen ihre Notdurft, um die Mitarbeiter abzulenken. Währenddessen stopften sich andere Zigeuner die Taschen voll“, erzählt eine Hausfrau. Robert Förstner, Vertriebsleiter von „Spar“ in Mecklenburg-Vorpommern: „Wir mußten eine private Wachmannschaft engagieren, um unsere Beschäftigten, Kunden und Waren zu schützen.“

Der Betreiber eines Hähnchen-Grill-Standes neben dem Supermarkt erzählt, mehrfach hätten Zigeuner von ihm verlangt, gefrorene Enten und Hähnchen zu grillen, die sie selber mitgebracht hätten. „Arm können die im übrigen auch nicht sein“, sagt er, „denn manchmal wollen die bei mir 1000-Mark-Scheine wechseln.“

Schlachtfeld. Die äußeren Spuren der Gewalt sind bald getilgt. Geblieben ist der ohnmächtige Zorn vieler Anwohner auf „die Politiker“.

Welt am Sonntag

30. AUG. 1992

FR 25.8.92

Die Scherben werden weggekehrt, der Ruf ist nicht zu kitten

Das schöne saubere Viertel, die Fremden und die Lebensqualität: Warum Tausende in Rostock dem Krawall ...

Warum Tausende in Rostock dem Krawall applaudierten

alles ist teuer. Und der kleine Mann muß löhnen. Da ist man schnell wieder bei den zehn Mark, „die die schwarze Brut" da Tag für Tag „in den Rachen geschmissen bekommt", bei freier Wohnung und haufenweise gespendeten Klamotten, versteht sich.

nahmen. Das änderte sich auch nicht, als man, noch zu tiefen DDR-Zeiten, Vietnamesen einquartierte, in jenen Block in der Mecklenburger Allee, der nun zur Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber umfunktioniert würde. Das änderte sich erst, als „die Zigeuner kamen".

... Vorpommern, seit Monaten schon Grund ständiger „Bürgerproteste".

Nicht alles, was so geschrieben steht, gefällt dem Rentner; etwa die Passage ...

... Eingang zum Asylheim, und reißt den vielleicht vierjährigen Bub am Arm: Die Eltern können sich das nicht leisten. „Nun hat der Opa ihn." Der für die Familie nicht aufzubringende Betrag hat das Weltbild des alten Mannes zuletzt ge...

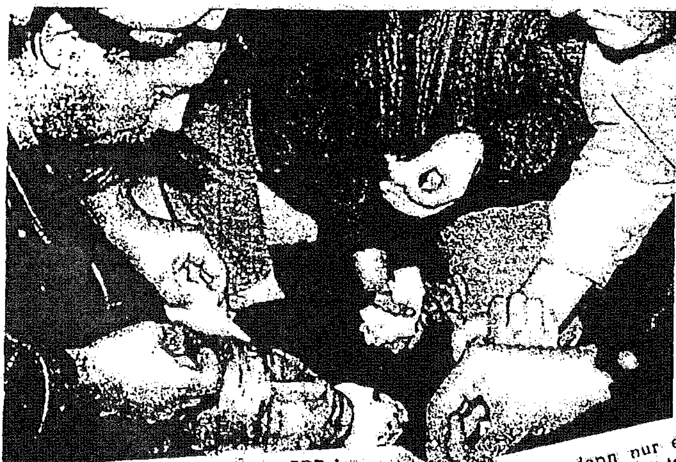
... aufgemacht hatte. Was folgte, waren täglich eingehende Protestbriefe an die Poli...

... Interessengemeinschaft nicht. Man nehme die Dinge aber ernst.

Nicht ernst genug. Als sich am Sonntagnachmittag, angelockt durch den Zeitungsartikel, viele Bürger zum Protest versammelten, standen nur etwa dreißig Polizisten 150 Jugendlichen gegenüber, die aus einer Menge von etwa tausend Zuschauern immer wieder angriffen. Es gab mehrere Verletzte, zwei Polizeifahrzeuge brannten aus. Nur acht Randalierer konnten festgenommen werden. „Tausend brave Bürger klatschten", überschrieb die *Mecklenburger Morgenpost* ihren Bericht. „Gaffer" nannte die *Bild-Zeitung* die neugierige Menge, hinter der sich die Jugendlichen verschanzen konnten.

Kai, 19 Jahre, aus Lichtenhagen, glaubt seitdem den Medien nicht mehr. „Tausend? Es waren mindestens 4000, die zugeguckt haben." Auch Kai ist am späten Sonntagabend wieder da. Einen Pflasterstein in der Hand, wartet er auf den nächsten Angriff. Eigentlich wollte er mit seiner Schwester nach Lütten-Klein ins Kino: „Die Hand an der Wiege". Doch als die beiden merkten, daß sie die einzigen Besucher waren, fuhren sie erneut nach Lichtenhagen.

Alle sind sie wieder da, am Sonntagabend, angereist aus Güstrow, Lübeck, Schwerin, Hamburg und Berlin. Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern. Ganz gut haben die Rostocker Taxi-Unternehmen an diesem Abend verdient ... die Randalierer aus der St... Umland in den ... brach...



... wieder hinter den Haus...

...nen. Den Satz von Rostocks SPD-Innensenator Peter Magdanz zum Beispiel. Werner E. hat es nun aus berufenem Politikermunde schwarz auf weiß, wie ungerecht die Welt ist: Zehn Mark, hatte der Sozialdemokrat den Lesern der Lokalzeitung erläutert, erhalte jeder Asylbewerber am Tag, für drei Mark aber könnten die meisten daheim leben.

„wenn denn nur endlich ...al das Volk entscheiden könnte. In den Güterzug mit denen und ab nach Rumänien". Ein paar Schritte weiter erzählt der 14jährige Sven seinen Kumpels, was sein Vater so alles an Varianten parat hat: „Zumauern den ganzen Block und einen Betondeckel drauf, bis die da drinnen ersticken."

Volkes Stimme ist laut geworden im, wie nicht wenige Einwohner stolz sagen, „schönsten Rostocker Stadtteil" — dem

... zehn Mark, hatte der Sozialdemokrat den Lesern der Lokalzeitung erläutert, erhalte jeder Asylbewerber am Tag, für drei Mark aber könnten die meisten daheim leben.

Das ist der Stoff, aus dem der Sozialneid ist. Es ist überhaupt viel vom Geld die Rede, an diesem sonnigen „Montagmorgen danach", dem Tag, von dem an Rostock-Lichtenhagen künftig in einem Atemzug mit dem sächsischen Hoyers...

... wenn nur endlich mal das Volk entscheiden könnte. In den Güterzug mit denen und ab nach Rumänien". Ein paar Schritte weiter erzählt der 14jährige Sven seinen Kumpels, was sein Vater so alles an Varianten parat hat: „Zumauern den ganzen Block und einen Betondeckel drauf, bis die da drinnen ersticken."

Volkes Stimme ist laut geworden im, wie nicht wenige Einwohner stolz sagen, „schönsten Rostocker Stadtteil" — dem zwischen 1974 und 1976 für 20000 Ein...

... prägte Innensenator Magd... Formel, je mehr Platz man schaffe, desto mehr kämen auch.

In Lichtenhagen kennen viele einen, der einen kennt, dem etwas „mit den Zigeunern passiert ist". Ihrer 14jährigen Schwester sei „zwischen die Beine gegriffen worden", erzählt eine Lichtenhagene...

... aber, wo man am ... gen die Spuren des Protestes zusammenkehrt und es zuletzt ungerecht findet, „daß wir als Rechtsradikale verschrien sind", blickt man bereits in die Zukunft. „Sauber" soll es wieder werden, in diesem „schönsten Rostocker Stadtteil". Wie zum Beweis fährt am Montagmorgen ein Kleinlaster einer Glaserei vor dem demolierten Asylbewerberheim vor, um die eingeworfenen Scheiben auszuwechseln. In der Menge ist man unsicher, ein bißchen früh sei das ja schon.

Die Nazi-Presse: Nazistische Mörderbanden und rassistische Pogrome als „Rezept für Deutschland"

Nach jahrelanger nazifaschistischer Hetze schlug sich die *National-Zeitung* zwar auf den ersten Blick überraschenderweise nicht offen auf die Seite der nazistischen Mörderbanden, aber macht sich um so mehr zum Anwalt der „von Scheinasylanten bis aufs Blut gereizten Einheimischen", der „bis aufs Blut ausgesaugten deutschen Steuerzahler", der angeblich „zahlreichen deutschen Opfer der Ausländerkriminalität" usw.

Der „Verständnis-Journalismus", der Täter in Opfer verwandelt, ist bekannt aus der bürgerlichen Presse. Aber die *National-Zeitung* geht einen Schritt weiter, indem sie systematisch die weitere Eskalation propagiert. *„Gewalt gegen Ausländer – Rezept für Deutschland?"* lautet die Überschrift auf einer Titelseite; daß die Aussage mit einem Fragezeichen versehen wird, ist reine Makulatur. Die Drohung gegen Menschen ohne deutschen Paß ist offensichtlich. Denn die *„Warnung von Rostock"* gibt nur einen *„Vorgeschmack"* ab *„auf das, was die ganze Bundesrepublik erwartet" – „Das Fanal von Rostock"*.

Im Rahmen der nazifaschistischen Hetze gegen Menschen aus anderen Ländern, gegen Flüchtlinge und Asylsuchende (*„Deutsche Kinder müssen sterben... doch Scheinasylanten machen Kasse"*) haben die rassistische Hetze gegen Sinti und Roma (*„Zigeunerinvasion"*) und die antisemitische Hetze (*„Freie Einreise für Juden, nicht für Deutsche"*) einen festen Platz.

Die „Asyl"-Mafia

Ausländerkriminalität explodiert

Seite 4

Deutsche
National•Zeitung

R 2295 C

Nr. 36 / 42. Jahrgang
28. August 1992

1,80 DM / 12,– ÖS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich

DSZ-Verlag D-8000 München 80

Gewalt gegen Ausländer
Rezept für Deutschland?

Zeltstädte für Asylbewerber

Der Asylantenstrom nach Deutschland hat unter der Kohl-Regierung Ausmaße erreicht wie nie zuvor. Besonderes Entgegenkommen gegenüber Asylbewerbern zeigt aber die rot-grüne niedersächsische Landesregierung. Im Bereich von Hannovers Innenstadt wurde auf einem Gelände des Bundesgrenzschutzes eine Zeltstadt für 1.500 Asylbewerber aufgebaut. Die Ausländer leben in über 70 großen Zelten, die für unbestimmte Zeit errichtet worden sind. Sanitäre Anlagen und Versorgungseinrichtungen wurden in kürzester Zeit genehmigt und aufgebaut. Es stört die stabilerten Politiker offenbar nicht, daß sich in unmittelbarer Nähe Wohnhäuser befinden. Die deutsche Wohnbevölkerung klagt bereits über erhebliche Belästigungen, zumal in der Zeltstadt zahlreiche Nationalitäten untergebracht sind, die sich in die Lebensgewohnheiten der Deutschen nicht einfügen. Auch eine ehemalige BGS-Kaserne ist voll mit Ausländern belegt. In Göttingen und anderen Orten wird Bewohnern städtischer Häuser wegen „Eigenbedarfs" gekündigt. Deutsche müssen ausziehen, um Asylbewerber Platz zu machen.

Helfen Sie mit, daß Deutschland nicht unterjocht, und werden Sie Mitglied der DVU! [illegible] unterstützen Sie die gerechte deutsche Sache auch durch Abonnement [illegible]

Die Warnung von Rostock

Straßenkämpfe in Rostock vor dem Zentralen Aufnahmeheim für Asylbewerber in Mecklenburg-Vorpommern. Hunderte gewalttätiger Jugendlicher vor einer Kulisse tausender gegen kriminelle Scheinasylanten bis aufs Blut gereizter Einheimischer im Kampf gegen zuletzt starke Einheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz. Dutzende verletzter Polizisten, brennende Autos, schwerer Sachschaden, mehr als 150 Festnahmen. Wer trägt die Schuld?

Zigeuner-Invasion

Gerade wer Ausländerfeindlichkeit und Gewaltanwendung entschieden und bedingungslos ablehnt wie wir, kann die wahren Ursachen der schrecklichen Misere nicht mißmutigen oder vertuschen: Die Politiker der alten Parteien in Bonn haben auf der ganzen Linie völlig versagt und lassen es zu, wie ein immer gigantischer anschwellender Strom von zumeist kri-

minellen Ausländern sich über die Bundesrepublik Deutschland ergießt. Seit vielen Jahren wird die deutsche Bevölkerung mit endlosen und zumeist sinnlosen, ja widersinnigen Debatten unfähiger und gescheiterter Politiker der Altparteien hinters Licht zu führen versucht. Das deutsche Volk ist nicht bereit, die galoppierende Invasion vor allem von Zigeunern und die mit Schein-

Fortsetzung auf Seite 2

National•Zeitung
Das Gewissen der Nation

Die Warnung von Rostock
Hunderte gewalttätiger Jugendlicher vor einer Kulisse tausender gegen kriminelle Scheinasylanten bis aufs Blut gereizter Einheimischer im Kampf gegen zuletzt starke Einheiten von Polizei und Bundesgrenzschutz.

Deutsche Wochen Zeitung
Für nationale Politik, Kultur und Wirtschaft

Bitte einsenden an: DSZ, Paosostraße 2, 8000 München 60

Seite 2 / Nr. 36 / 28. August 1992 WOCHENSPIEGEL

Gewalt gegen Ausländer – Rezept für Deutschland?

Fortsetzung von Seite 1

asylantentum und illegaler Einwanderung verbundenen Lasten für deutsche Steuerzahler von jetzt schon mehr als 15 Milliarden Mark im Jahr hinzunehmen.

Worum geht es bei der Zuwanderung in diesem Jahr? Es kommen allein 1992 in die Bundesrepublik:

20 000 politisch Verfolgte,
500 000 Scheinasylanten,
200 000 Illegale,
100 000 ausländische Familienangehörige.

50 000 Juden aus der GUS,
870 000 Ausländer und
200 000 Deutsche.

20 000 Asylanten und 500 000 Scheinasylanten

Gegen die 20 000 ... lanten, als ... folgten, is ... hier endlic ... stäbe an ...

Alles a ... halt von ... Asylanten, in aller Regel Asylbetrüger, bei denen Zigeuner einen Monat für Monat steigenden Anteil stellen.

Die 200 000 Illegal, insbesondere über Oder und Neiße und die tschechische Grenze einströmenden ... der, zumeist ...

... den. Die ... Bevölkerung wird durch Bezeichnungen wie „Jugoslawen“, „Rumänen“, „Bulgaren“, „Ungarn“ darüber hinweggetäuscht, daß Roma und Sinti – also Zigeuner ... mit ihren Wohltaten beglück...

Auch in der Mehrzahl der ... sammenführungen ist unter ... gen Gegebenheiten kein für ... vernünftiger Sinn zu erkennen ... nicht die Vereinigung der Fam... angestammten Heimat der be... den Personen erfolgt.

Freie Einreise für Juden, nicht für Deutsche

Aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kommen immer m... nach Deutschland, die völlig ... freiheit in die Bundesrepu... ßen, auch wenn sie keinen ... gearteten Bezug zum deutsch... und Staat besitzen. Die diplom... Vertretungen der Bundesrepublik in Rußland, der Ukraine usw. sind angewiesen, freie Einreise jedem von Millio...

nen dortiger Juden unverzüglich zu bewilligen, der dies wünscht.

Hingegen werden gegenüber den mehr als 3 Millionen Deutschen in der einstigen UdSSR immer unmenschlichere Hindernisse von Bonn aufgebaut, wenn unsere Landsleute ins Land ihrer Ahnen und ihres Volkes, dem sie mit allen Fasern ihres Herzens Generation um Generation zugehörig waren, zurückzukehren wünschen. Ein riesiger überbürokratischer Fragenkatalog, der von unseren Landsleuten angefordert und ausgefüllt werden muß, deren Entrechtung ihnen auch Sprechen und Schreiben und selbst lautes Beten in der deutschen Sprache ... hat, ... 700 000 ... ... in die ... nach Ostpreußen ... vertrieben.

Asylantenheime als kriminelle Zentralen

Kriminelle Ausländer hingegen haben praktisch freien Zu... ... ... Türken und Libanesen als Händler dahinter. Türken bringen bevorzugt Heroin, Südamerikaner Kokain. Osteuropäische Tätergruppen schmuggeln Kokain und verüben in Gruppen Diebstahl und Betrug. Aus Bulgar...

... Euroscheck-Diebstahl, Trickdiebstahl und Betrügereien aktiv sind. In Asylantenheimen werden die Täter rekrutiert.“

Der Chef Thomas Hug der Zürcher Kriminalpolizei ...

... der Schweiz durch eine Verschärfung der Einreisebestimmungen für Asylantragsteller mehr als eine Halbierung der Zuwanderung sogenannter Asylanten gelungen, während in Bundesdeutschland ... Jahr wieder ein ... Haus steht.

Wenn das d... gescheiterte un... nicht ausweichs... seine Politiker a... ge Mittel dafür ... die richtige Pa... stellt die DEU... dar.

Werden auch Sie Mitglied der DVU (Antrag auf Seite 8) und abonnieren Sie die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG und DEUTSCHE NATIONAL-ZEITUNG (Bestellschein Seite 3).

Deutsche Kinder müssen sterben . . .

. . . doch Scheinasylanten machen Kasse

Seite 5 / Nr. 37 / 4. September 1992

Lufthansa droht Pleite

Warum die deutsche Luftfahrtgesellschaft Verluste macht

Bereits im vergangenen Jahr machte die Lufthansa einen Verlust von 331 Millionen Mark ... satzungszeiten drängt sowie auf neue Vereinbarungen, die ihr Chancen- ... und ... gen der Bundesregierung ... deutsch-amerikanischen ... abkommen bald zu ... zu bringen, bei ... zurück. Denn obwohl die Lufthansa im ersten Halbjahr 1992 eine Umsatzsteigerung von 9,1 Prozent ... den Mark erzi... rischen ...

... Lufthansa ... höhe von 500 ... Schnitt sinkt damit ... einkommen der 60 000 Beschäftigten um acht Prozent. Die ÖTV will hingegen „den Besitzstand wahren“ und übersieht dabei, daß in der jetzigen Situation Opfer unvermeidlich sind, wenn nicht Tausende Arbeitsplätze gefährdet werden sollen.

... dem ... flarten die USA ... nkte Besatzungsmacht ... chen Seite die Bedingungen, während alle US-Gesellschaften jeden Flughafen in der Bundesrepublik anfliegen und von dort aus weitere Ziele in Europa bedienen dürfen, ist der Lufthansa lediglich erlaubt, acht ausgewählte Städte in den USA anzufliegen. Von dort aus sind Flüge in Drittländer nicht gestattet. Kein Wunder, daß die Lufthansa auf die sofortige Kündigung des Luftverkehrsabkommens aus Be...

Der Vorstand der Lufthansa wollte da nicht zurückstehen. Seine sechs Mitglieder haben dem Aufsichtsrat mitgeteilt, in diesem Jahr auf ein volles Monatseinkommen zu verzichten. Damit werden rund 300 000 Mark eingespart. Unvorstellbar übrigens, daß ein Minister in Bonn auch nur geringfügige finanzielle Opfer für das Gemeinwohl in Betracht ziehen würde!

„Wir haben Angst!“

Asylantenterror gegen Deutsche

Ausländermord – die wahren Hintergründe

Anfang Mai dieses Jahres erschütterte ein Doppelmord in Berlin die Öffentlichkeit. Opfer waren ... Polinnen Ewa Münow... Koprowska, 30 J... gewisse Meinu... die Chance, ih... an der Bluttat z... den Erschossen... handelte, schlo... daß brutale deuts... die Täter sein müs... ganz überwiegende Mehrzahl ausländischer Mordopfer in der Bundesrepublik von

ausländischen Schwerverbrechern umgebracht ... beirrte die Mei...

... teil ist es der Berliner ... n, den 27jährigen ... s als Täter im Falle ... vom Mai zu ermitteln ... ische Verbrecher. Ist ... r Polinnen, mit der er ... nannte hatte, habe ihn in seiner Ehre gekränkt, macht der Geständige zur Verteidigung geltend.

Karakaya ist auch ... tig, am 15 ...

National-Zeitung

Das Gewissen der Nation!

Der Asyl-Betrug wird immer toller!

Tourismuswerbung aus dem Asylantenhaus

Daß sich die Bundesrepublik Deutschland in Sachen Asylbetrug langsam aber sicher ... distan...

men mit seinen Eltern ... Ghana. Toller kann es eigentlich nicht mehr kommen, denn diese „Agentur“ wird von allen Bürgern Deutschlands finanziert. Ein Bürger aus Unter-Mossau hat übrigens das Angebot in Ghana wahrgenommen und dort in einem der Bungalows Urlaub gemacht; ein Beweis dafür, daß das Touristenmanagement des Ghanesen funktioniert und das Geschäft floriert.“

... zur Verfügung ge...

Dort wohnte auch ein Mann aus Ghana, der des öfteren per Anhalter vom Asylantenheim auch nach Erbach fuhr. Eine Bürgerin aus Unter-Mossau nahm ihn mit. Frohgemut berichtete ihr der Asylbewerber, daß er daheim im schwarzafrikanischen Ghana zusam-

Kommen Millionen Juden?

Nr. 38 / 42. Jahrgang
11. September 1992

Was uns Bonn zumutet

Wie Deutsche leiden müssen

Das „Rendsburger Tageblatt“ berichtet über Oelixdorf, mit dem zentralen Aufnahmelager für Asylbewerber: „Angst und Wut: Ein Dorf hat die Nase voll – blanke Angst und Wut verbreiten sich immer weiter“. Die Zeitung nennt Beispiele:

– Der einzige Kaufmann im Ort, Manfred Schweitzer, verliert monatlich bis zu 2000 Mark Einnahmen durch Ladendiebstähle. Seit er und seine Frau ein ertappten Asylbewerbern mit dem Messer bedroht wurden, fürchtet er um sein Leben. Jetzt will er mit seiner Familie Oelixdorf verlassen.

– Bankkaufmann Heinz Breiholz ...

... Ausländer ... und hinterlassen Müllberge.

– Neuankömmlinge lagern in Straßengräben, benachbarten Gärten und versuchen, in Keller und Garagen einzudringen.

„Wir werden systematisch fertiggemacht“

Die Zustände in Oelixdorf

„Entsprechende Hilferufe erreichen uns immer wieder“, schreibt die Nord... mit dem wir systematisch fertiggemacht ...

... Asylbewerber, die nicht in das Heim eingelassen werden. Neben der bekannt hohen Kriminalitätsrate (Aussage eines Polizisten: 80 Prozent unserer Einsätze haben mit Asylbewerbern zu tun) ist der Lärm auf dem Grundstück des Heimes das weitaus Schlimmste.

... den ersten sieben Monaten dieses Jahres in den neuen Bundesländern annähernd 67 000 Kinder weniger geboren als im Vergleichszeitraum 1991. Der Rückgang macht fast 40 Prozent aus. Bei den Eheschließungen gab es einen Absturz um 57 Prozent auf 28 000.

Die Volksseele kocht: Ruf nach Bürgerwehr

Asylanten terrorisieren Gelnhäuser Innenstadt

Gelnhausen (dg). – Ein großer Teil der in der Gelnhäuser Coleman-Kaserne untergebrachten nahezu 900 Asylbewerber terrorisiert vornehmlich den westlichen Teil der Gelnhäuser Innenstadt. Die kriminellen Handlungen nehmen täglich zu. Die Polizei ist rund um die Uhr im Einsatz. Erste Rufe nach einer Bürgerwehr werden laut. „Wenn nichts geschieht, ist eine Eskalation vorprogrammiert“, erklärte gestern Gelnhausens Bürgermeister Jürgen Michaelis dem HA. Er fühle sich fast in einer „Notstandssituation“.

Auf 600 Asylanten war laut Zusage der Hessischen Landesregierung das Kontingent für die Kaserne limitiert. Doch dann wurden weitere Ausländer „ohne Vorankündigung“, so der Bürgermeister, in die Barbarossastadt gebracht.

Viele alleinstehende Jugendliche aus Syrien, Nordafrika – vornehmlich Marokkaner –, Albaner, Rumänen, Bulgaren und Afghanen begeben „rund um die Uhr“ Straftaten. Sexuelle Belästigungen von Frauen, aber auch von Kindern auf Schulhöfen und im Schwimmbad stehen laut Michaelis an erster Stelle.

Es folgt ... im Einkaufsbereich der ... Altstadt ...

gressives Betteln“ mit verbalen Drohungen und Ziehen von Messern. Bei der Polizei stapeln sich die Anzeigen auch wegen Hausfriedensbruchs, Kaufhausdiebstählen und nächtlicher Ruhestörung.

Die Stadtverwaltung der Barbarossastadt ...

... Dazu Michaelis: „Das bedeutet, daß dort 5000 deutsche Mitbürger mit rund 1000 Ausländern zusammenleben.“

Unser Faksimile zeigt die Reaktionen der Bevölkerung auf das häufig niederträchtige und weitgehend kriminelle Verhalten von Scheinasylanten laut „Hanauer Anzeiger“ vom 12. August 1992.

Deutsche

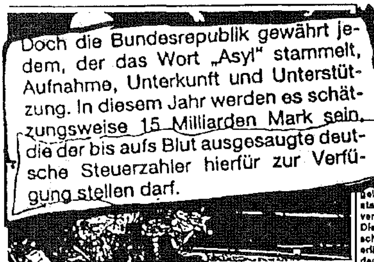
R 2295 C

National*Zeitung

Nr. 37 / 42. Jahrgang
4. September 1992 ● 1,80 DM / 12,– öS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich DSZ-Verlag · D-8000 München 60

Das Fanal von Rostock



Doch die Bundesrepublik gewährt jedem, der das Wort „Asyl" stammelt, Aufnahme, Unterkunft und Unterstützung. In diesem Jahr werden es schätzungsweise 15 Milliarden Mark sein, die der bis aufs Blut ausgesaugte deutsche Steuerzahler hierfür zur Verfügung stellen darf.

Polizeibeamte bei der Festnahme eines Randalierers in Rostock. Wer Krawall um jeden Preis sucht und wem es nur um die Auseinandersetzung mit der Polizei geht, schadet dem Anliegen schwer, dem er angeblich dienen will. Lesen Sie im nebenstehenden Artikel über die tieferen Ursachen der Vorkommnisse von Rostock und die wahren Schuldigen der Misere.

Wenn Sie sich den regelmäßigen Bezug von Hintergrundinformationen über das politische Geschehen sichern wollen, von denen der Normalbürger nicht einmal etwas ahnt, sollten Sie jetzt die NATIONAL-ZEITUNG bzw. die DEUTSCHE WOCHEN-ZEITUNG abonnieren. Bedienen Sie sich bitte des Abonnementbestell-…

Bezahlter Hitlergruß

· Rostocker Bürger und auswärtige Fotoreporter berichten, Fernsehjournalisten aus den USA und Großbritannien hätten Rostocker Kindern Geld dafür gegeben, daß sie vor laufender Kamera den Hitlergruß erweisen. Mit solchen gestellten Bildern wird dann in aller Welt Propaganda gegen Deutschland gemacht.

National·Zeitung
Das Gewissen der Nation

Die wahren Schuldigen

…ind die Deutschen ausländerfeindliche Rassisten, die aus Vergangenheit nichts gelernt …n und aus purem Vergnügen auf Menschen anderer Haut- und Sprache machen? Liest … die Berichte bundesdeut- und internationaler Presse … und hört man die Kom… in Rundfunk und Fernse… sich mit den Vorkommnis… des Asylbewerberheim in …k-Lichtenhagen befassen, … sich einem diese Frage re… gelrecht auf. Doch die Berichterstattung der Medien gibt ein völlig verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Die Probleme sind wesentlich vielschichtiger und die Ursachen tiefer liegend, als sich dies von antideutschen Gefühlen geleitete primitive Kommentatoren vorstellen können.

Wie konnte es dazu kommen, daß Tausende an sich gesetzestreue deutsche Bürger einigen hundert gewalttätigen Jugendlichen Beifall … die das Zentrale Au… Asylbewerber in … pommern mit Steine… sen aller Art und sog… stelten Brandbom… …

baut". Ein anderer: „Wir haben nichts gegen Ausländer, auch nichts gegen Asylbewerber, wohl aber gegen die Zustände hier."

Katastrophale Zustände

Und diese Zustände haben sich in der Tat katastrophal zugespitzt. Dem mit 200 Personen bereits überbelegten Aufnahmeheim wurden täglich neue Asylbewerber, hauptsächlich Zigeunersippen aus Südosteuropa, zugewiesen. Angebotene Zelte wurden von dem fahrenden Volk abgelehnt, sie campierten lieber im Freien. Solche Zigeunerlager muß man selbst erlebt haben, um sich die Wut der deutschen Anwohner erklären zu können. Überall Müll und Unrat. Die Gärten der Bürger umfunktioniert zu Scheißhäusern. Niemand wagt mehr, Garagen, Haus- oder Kellertüren unverschlossen zu lassen. Zigeuner betteln aggressiv, klauen Handtaschen, lassen in den Geschäften alles mitgehen. Entsetzte deutsche Hausfrauen werden beim Einkaufen mit Zigeunern konfrontiert, die in Warenh…

päle urinieren. Minderjährige deutsche Mädchen wagen sich nachts nicht mehr auf die Straße. Zigeuner bedrängen sie mit einer in Deutschland unbekannten sexuellen Heftigkeit. Und das geht schon viele Wochen so …

Wer sich dagegen wehrt, daß sein Lebensbereich von fremden Menschen zugrundegerichtet wird, ist nicht ausländerfeindlich, er will sich nur nicht sein Leben kaputt machen lassen. Angenommen, irgendwelche deutschen Gruppen würden sich in Rostock so aufführen wie diese Zigeuner, sie müßten mit der gleichen entschiedenen Ablehnung durch die Einheimischen rechnen. Wahrscheinlich würden sie irgendwann einmal, wenn sie sich nicht belehren lassen, Prügel beziehen. Oder ein anderes Beispiel: Deutsche würden sich im Ausland so benehmen wie Zigeuner in Deutschland. Die gleiche Presse, die jetzt von der Ausländerfeindlichkeit der Deutschen phantasiert, wäre voll des Entsetzens darüber und hätte sicher alles …ndnis da-…

Die Stimmung schlug um

Nur ein Vorgeschmack?

Dabei gibt Rostock möglicherweise nur einen Vorgeschmack auf das, was die ganze Bundesrepublik erwartet.

wiesen. Angebotene Zelte wurden von dem fahrenden Volk abgelehnt, sie campierten lieber im Freien. Solche Zigeunerlager muß man selbst erlebt haben, um sich die Wut der deutschen Anwohner erklären zu können. Überall Müll und Unrat. Die Gärten der Bürger umfunktioniert zu Scheißhäusern. Niemand wagt mehr, Garagen, Haus- oder Kellertüren unverschlossen zu lassen. Zigeuner betteln aggressiv, klauen

Wer unvoreingenommen und ehrlich an die Motivsuche herangeht, erkennt rasch, daß hier nicht etwa dumpfer Haß auf Ausländer zum Ausbruch kam, sondern daß die betroffenen Bürger des Rostocker Stadtteils Lichtenhagen so Schlimmes durchgemacht haben müssen, daß sie bis aufs Blut gereizt waren.

Seite 3

Deutsche

R 2295 C

National*Zeitung

Nr. 39 / 42. Jahrgang
18. September 1992 ● 1,80 DM / 12,– öS

freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich DSZ-Verlag · D-8000 München 60

Zigeuner-Gefahr

Was Deutschland droht

Nazi-Flugblätter

FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN E.V. »FWF«

AUSLÄNDERFLUT IN FRANKFURT

BALD DEUTSCHE MINDERHEIT?

150.000 Ausländer leben in Frankfurt. Das sind etwa 25% aller Einwohner!

25.000 arbeitslose deutsche Frankfurter und trotzdem jedes Jahr Zuzug von weiteren 15.000 Ausländern aus aller Welt!

EXPERTEN BEFÜRCHTEN SCHLIMMSTES!

Mitte der neunziger Jahre werden weit über 50% der Kinder in Frankfurter Schulen Ausländer sein ! Dadurch sinkt das Unterrichtsniveau auf einen katastrophalen Stand.

Die Kriminalitätsrate der Ausländer ist im Bundesgebiet mehr als zweieinhalb mal so hoch wie bei Deutschen! Und sie steigt weiter! In Frankfurt sind rund zwei Drittel aller Untersuchungshäftlinge Ausländer! Durch die Scheinasylantenflut kommt eine große Zahl von Drogenhändlern und anderen Kriminellen nach Frankfurt

Scheinasylanten ausweisen –

Sofortiger Ausländerstopp!
Wirtschafts- und Scheinasylanten sofort ausweisen, keine neuen Arbeitsbewilligungen erteilen.

Kriminelle und illegale Ausländer raus!
Wer das Gastrecht mißbraucht, hat bei uns nichts mehr zu suchen.

Förderung der Rückkehrbereitschaft!
Hilfen für rückkehrwillige Ausländer und für deren Heimatländer.

Arbeitsplätze und Wohnungen erst für Deutsche!
Der Staat muß zuerst für seine eigenen Bürger sorgen

FREIE WÄHLERGEMEINSCHAFT
FRANKFURT AM MAIN E.V. »FWF«

IN DEN RÖMER

Informationsgutschein

Name, _____ Alter _____

Anschrift _____

Einsenden an FWF e.V. 6000 Frankfurt / M. [illegible]
Postfach 500616
V.i.S.d.P. Uschi Gerhold Frankfurt am Main
Druck: Eigendruck

Deutscher Freundeskreis

Jürgen Schwab, Georg-Stang-Ring 18, 8762 Amorbach

Deutsche in der Stadt und im Landkreis Aschaffenburg !

Um unser deutsches Kultur- und Gedankengut vor den hereinstürzenden Fluten der Asiaten und Kaffern zu schützen, muß das deutsche Volk zusammenstehen. Deshalb fordern wir die Unterstützung unserer Forderungen:

- sofortige Zurückführung aller Wohlstandsschmarotzer! Diese heuchlerische Brut saugt das deutsche Volk heute s aus wie das Judenpack vor 60 Jahren!
- gegen die Vermischung deutschen Blutes mit den ausländischen, minderwertigen Rassen!
- Arbeitsscheue, Drogensüchtige und ähnliches Gesindel ins Arbeitslager!
- Kennzeichnung und Sterilisierung von Aidskranken, Homosexuellen und Krüppeln! Behandlung in eigens eingerichteten Krankenstationen ohne Kontakt zu normalen Patienten !
- Frauen raus aus der Politik! Deutsche Frauen müssen an den Herd und für die Fortpflanzung der arischen Rasse sorgen!
- Aufbau und Unterstützung von mobilen, organisierten Eingreif-Kommandos zum Schutze des deutschen Volkes! Die Kameraden in Hoyerswerda und Greifswald sind ein Beispiel für uns!

Wenn die deutschen Grenzen erst offen sind, hilft nur noch die faschistische Revolution! Unterstützen Sie unsere faschistische Revolution durch Spenden! Rettet unser Vaterland!

Wir stehen gerne Rede und Antwort:

Falco Schüssler (FAP), Kauschrüben 1 Großostheim Tel. 06026/3750
Axel Schunk (WJ), Ballenbergring 17 Stockstadt Tel. 06027/1549
Uwe Schyia (Dt. Liga, NPD), Obernburg Tel. 06022/4484
Unterstützer: Klaus Beier (NPD), Frank Schulz (NO), Stefan Brodowski

Zusätzliche Informationen am Donnerstag 28. Nov. 18 Uhr Treffpunkt „Herrstallturm" Mit Kameradschaftlichen Grüßen , gez. Jürgen Schwab

„Bild"- Zeitung – Brandstifter und Meisterdemagogen

Kaum ein Tag verging, an dem die *Bild*-Zeitung nicht neue Hetzartikel gegen Flüchtlinge verbreitet hätte. Der Einfluß der *Bild*-Zeitung sollte nicht unterschätzt werden, sie hat die größte Auflage in Westeuropa. Mit Schlagzeilen wie *„Wohnraum beschlagnahmt – Familie muß Asylanten aufnehmen"* oder *„Asylantenheim sucht deutsche Putzfrau"* wird die rassistische und chauvinistische Stimmung angeheizt, wobei *Bild* demagogisch geschickt irrationale Ängste schürt oder an gängigen Spießervorstellungen anknüpft.

- *„Wohnraum beschlagnahmt – Familie muß Asylanten aufnehmen."* Daß die *Bild*-Zeitung diese Meldung ausgerechnet zur Zeit der Rostocker Pogrome auf der Titelseite veröffentlichte, hat einzig und allein die Funktion, die Pogromatmosphäre gegen Flüchtlinge noch weiter zu verschärfen.
- Dann wird mit der fetten Überschrift zu einem zweiten Artikel ***das*** Horrorszenario der „deutschen Familie" entworfen: *„Was kann der Staat mir für Asylanten wegnehmen"*. Man sitzt gemütlich beim Essen in der Küche, es klingelt – und dann wird einem die Wohnung weggenommen.
- Daß sich schließlich herausstellt, daß sich „Familie Stegmanns" Wohnung in einem Obdachlosenhaus befindet, in dem – entsprechend der „normalen" Praxis – weitere Familien untergebracht werden, ist dann auch egal. Hängenbleiben soll nur: das kann jedem passieren!

Mit solchen rassistisch und chauvinistisch motivierten Hetztiraden wurde von *Bild* bewußt der „Volkszorn" geschürt, der sich dann im nächsten rassistischen Pogrom entlädt.

Systematische deutschnationale Verhetzung durch die Verbreitung von Horrorgeschichten

Wohnraum beschlagnahmt

Dienstag, 8. September 1992 60 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

FRANKFURT

Familie muß Asylanten aufnehmen

Von EVA SCHNEIDER

Ein ganz normaler Freitag. Familie Stegmann freut sich auf das Wochenende. Das Essen steht auf dem Tisch. Es schellt an der Haustür. Frau Stegmann öffnet. Draußen zwei Menschen. Ein Koffer steht neben ihnen. Die beiden schauen verlegen. Sie haben Angst. Es sind Asylanten. Ein Roma-Ehepaar aus Polen. Die Gemeinde hat die beiden bei den Stegmanns eingewiesen – zwangsweise. Der erste Fall in Deutschland. Welche Rechte Sie haben, wenn Ihre Wohnung beschlagnahmt wird: Seite ...

Von Wohnwagen bis Zweitwohnung

Was kann der Staat mir für Asylanten wegnehmen?

Betroffene Gesichter im Wohnzimmer: Maik (19), Tina (18), Mutter Marianne (37), Anja (18) und Vater Karl.

Von ROLF BIER

„DIE WOHNUNG IST UNVERLETZLICH."
Artikel 13 Grundgesetz.

● **Dürfen Behörden meine Wohnung beschlagnahmen?** Laut Grundgesetz dürfen „Eingriffe ... nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot ... vorgenommen werden." Die Gemeinde Wiernsheim bei Pforzheim im Amtsblatt 50/89: „Sollte kein Raum vorhanden sein, muß von der Polizei evtl. ein Raum beschlagnahmt werden."

● **Was ist mit Zweitwohnung oder Einliegerwohnung?** Beschlagnahme möglich, wenn sie leerstehen und wenn die Gemeinde kein anderes Quartier (Hotelzimmer, Container, Turnhallen) findet.

● **Und bei Ferienwohnungen, Ferienhäusern?** Sind grundsätzlich geschützt, wenn sie genutzt werden. Auch gelegentliche Übernachtung am Wochenende gilt als Nutzung. Wenn nicht: Einweisung von Asylanten möglich.

● **Dürfen Behörden in meine normal bewohnte Wohnung Asylanten einquartieren?** Die Rechtsabteilung des Städte- und Gemeindebundes: „Nein. Ausnahme: Man lebt in einer Notunterkunft ohne Mietvertrag, z. B. Obdachlosenasyl."

● **Dürfen Asylanten meine Küche mitbenutzen?** In diesem Fall ja.

● **Wie lange muß ich Asylanten aufnehmen?** Bis Gemeinde Ersatzquartier findet.

● **Wieviel Miete kriege ich?** Die ortsübliche Miete.

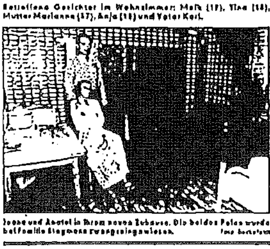
● **Wenn ich nein sage?** Hilft nichts. Gegen Zwangseinweisung Widerspruch bei Behörde oder Klage beim Verwaltungsgericht.

● **Gartenlauben?** Gelten nicht als Wohnraum, werden bislang (noch) nicht mit Asylanten belegt.

● **Können in meinem Garten Zelte aufgebaut werden?** Nein.

● **Dürfen die Asylanten meinen Wohnwagen benutzen?** Nein.

Zwangseinweisung: Man sagt sich „Guten Tag" und „Guten Abend"



Joanna und Anatol in ihrem neuen Zuhause. Die beiden Polen wurden bei Familie Stegmann zwangseingewiesen. Foto: ...

Fortsetzung von Seite 1

Lemförde bei Diepholz (nahe Bremen). Ein zweistöckiges Vierfamilienhaus, weiß getüncht.

Eine Glastür in die Parterrewohnung. Vier Zimmer, WC/Dusche, 80,07 m², 578 Mark Miete. Hier lebten die Stegmanns – bis vorige Woche allein.

Vater Karl Stegmann (43) arbeitet als Maurer (3500 Mark netto). Mutter Marianne (37) ist Hausfrau, Sohn Maik (19) arbeitet als Landwirt auf einem Bauernhof, Tochter Anja (18) lernt Friseuse, ihre Zwillingsschwester Tina ist Verkäuferin.

Die Geschichte mit der Zwangseinweisung begann vor anderthalb Jahren.

Die Stegmanns mußten damals aus ihrer Wohnung in Marl bei Bremen – der Vermieter hatte Eigenbedarf angemeldet. Die Gemeinde wies den Obdachlosen eine neue Wohnung zu. Stegmanns sind glücklich.

Dann der 2. Dezember 1991. Ein Schreiben des Gemeinde-Direktors: „Durch die Ihnen sicherlich bekannte Situation bei der Unterbringung von Asylbewerbern bin ich gezwungen, die Zuweisung von Wohnräumen auf das Mindestmaß zu beschränken."

Das Mindestmaß wird mitgeteilt: 5 m² pro Person. Dazu der Satz: „Der Raum vorne links steht zur Unterbringung weiterer Personen zur Verfügung." Kleintext: für Asylbewerber, Unterschrift, Aktenzeichen 31 74.01.

Der neue Alltag der fünf Stegmanns und der beiden Roma:

Vor dem Bad warten morgens 8 Personen

Im engen Flur stehen Pappkartons. Vor dem Bad warten morgens sechs Personen. Drei Geschwister schlafen in ihrem Zimmer auf dem Boden – kein Platz für Betten. Ihre Mutter: „Es sind doch erwachsene Menschen!" Die Asylanten aus Polen heizen mit einer zweiflammigen Kochplatte. Man sagt sich „Guten Tag" und „Guten Abend". Die Roma sprechen kaum deutsch.

Die Familie hat Widerspruch eingelegt – auch wegen drohender Feuergefahr. Gemeinde-Direktor Petering: „Die Polen bleiben drin." Die Stegmanns zahlen jetzt 374 Mark Miete.

Auf dem Hof einer Grundschule bei Hamburg werden heute Container für 130 Asylanten aufgestellt – trotz empörter Eltern-Proteste.

Die deutschnationale „Bild"-Demagogie nach dem Rostocker Pogrom:

„Die Deutschen" als Prügelknaben des „Auslands"

Ausland schimpft Ihr Deutschen seid Nazis

Von SVEN GÖSMANN

Jetzt prügeln sie auf uns rum: „Nazis". „Krisstollnacht", „Ausländerfeinde". Unsere europäischen Nachbarn beschimpfen uns alle nach den Rostocker Krawallen als *die* „Häßlichen Deutschen". Wie sie schimpften, und wie sie es selbst mit den Asylanten halten – Seite 2.

Freitag, 28. August 1992

Das Ausland prügelt wieder auf die Deutschen ein

England

„Zeit, daß jemand den Deutschen beibringt, daß wir sie satthaben."
(„Daily Star", London)

So machen Sie's mit den Asylanten: 45 000 Asylbewerber, nur Jeder zehnte wurde anerkannt. Abgeschoben wird rücksichtslos. Die Queen erließ 1992 ein neues Asyl-Gesetz: Noch mehr Soldaten in die Häfen und Flughäfen, um Asylbewerber sofort zurückschicken zu können. Ausländerhaß: Die Skinheads der „National Front" machen Jagd auf Farbige, Pakistani und Inder; drei Tote/1991.

Österreich

„Ein bißchen Nazigewalt gibt es nicht. Auch keinen kleinen Hitler, sondern immer nur das volle Programm."
(„Kurier", Wien)

So machen Sie's mit den Asylanten: Eines der schärfsten Asylgesetze weltweit. Mit „Niederlassungsquote" (25 000 Einwanderer/Jahr) und Auswei-sung innerhalb 14 Tagen nach abgelehntem Asylantrag. Nur 200 DM Sozialhilfe/Monat, die Suppenküchen für Asylbewerber wurden geschlossen. Fremdenfeindlichkeit: Haiden rechte FPÖ Regierchen bei 25 %.

Italien

„Es ist schwierig, die Welle von Ekel zu unterdrücken, die beim Lesen von den rassistischen Tumulten in Rostock in einem hochsteigt."
(„Corriere della Sera", Holland)

So machen Sie's mit den Asylanten: Innenminister Scotti stoli über die Flüchtlingsschiffe von Bari: „In 5 Tagen haben wir 17 466 Albaner zurückgeschickt." Dabei leben nur 963 000 Ausländer (Deutschland: 5 Mio.) in Italien. Einwanderungsgesetz. Seit 1990 Grenzen „zu" für Nicht-EG-Bürger ohne Visum. 1991 zehn Bombenangeln Asylheime.

Frankreich

„Die Deutschen machen die Ausländer zum Sündenbock."
(„Le Nouvel Observateur / Frankreich)

So machen Sie's mit den Asylanten: 47 000 Asylbewerber 1991, 80 % abgewiesen. 15 387 mit Polizeigewalt abgeschoben (Deutschland: 2467 mal). Asylkontrolle schon am Flughafen. Asylbewerber werden anerkennungsdienstlich behandelt, nur 15 DM/Tag, keine Sozialleistungen. Ausländerhaß. Jean-Marie Le Pens rechte „Front National" bekam z. B. in Marseille 33 % wg. Asyl.

Holland

„Deutschland zeigt sein häßliches Gesicht. Wann wird das nächste Heim angegriffen?"
(„Telegraaf", Amsterdam)

So machen Sie's mit den Asylanten: 21 615 Asylbewerber/1991. Seit Januar Asylrecht verschärft: Nur 1000 Asylanten anerkannt, 4004 abgeschoben. Die ersten 30 Tage in umzäunte Sammellager mit Wächtern und Meldepflicht. 1113 DM für Asylbewerber, die freiwillig wieder gehen (bis Mai '92: 142). Lt. Volksmund: „Verpiß-Dich-Prämie." Ausländerhaß: 20 Neonazi-schläge auf Asylheime.

Schweiz

„Leider läßt die rasche Umquartierung der Asylbewerber den Eindruck entstehen, die deutschen Behörden geben dem Druck der Straße nach."
(„Basler Zeitung")

So machen Sie's mit den Asylanten: 41 700 Menschen baten 1991 in der Schweiz um Asyl. Nur 5 % anerkannt. Es gibt eine „Sichere-Länder-Liste" (z. B. Rumänien, Polen werden nicht als Verfolgte anerkannt). 25 810 Asylbewerber abgeschoben, meist nach Deutschland. Neue Umfragen. Nur 40 % der Schweizer mögen Ausländer.

Dänemark

„Nein, nein und noch mal nein. So denken Menschen außerhalb Deutschlands beim Anblick der Fernsehbilder aus Rostock, wo der neofaschistische Pöbel Asylbewerber angriff."
(„Det lit Aftueh", Kopenhagen)

So machen Sie's mit den Asylanten: Asylbewerber in werden Fingerabdrücke abgenommen von ihnen werden Fotos gemacht. Ehepaare verboten aus Sri Lanka. Mittlerweile nur noch 2000 Asylanten/Jahr anerkannt.

„Bild"-Schlagzeilen: die tägliche Hetzkampagne

Dienstag, 1. September 1992 60 Pf

Bild

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

FRANKFURT

Laser-Telefon 069/29 20 41

Asylanten jetzt auf Schulhöfe

Neue Welle! Und bis Weihnachten kommen noch 400 000

Wohin mit den Asylbewerbern? Nirgendwo ist mehr Platz. Die Städte haben schon die meisten Pensionen angemietet, Turnhallen beschlagnahmt, selbst neue Reihenhäuser werden belegt. Jetzt entstehen die ersten Wohncontainer auch auf Schulhöfen, z. B. in Hamburg. Eltern und Kinder protestieren mit Schulstreik. „Bis Weihnachten werden weitere 400 000 bis 500 000 Asylbewerber kommen", schätzt der CSU-Abgeordnete Klaus Rose. Die Gemeinden sind ratlos, sie haben weder Platz noch Geld. Seite [illegible]

Freitag, 11. September 1992 Nr. 213/37 C 5545 A 60 Pf

Bild

GESUCHT & GEFUNDEN HEUTE PRIVAT-KLEINANZEIGEN

UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH

FRANKFURT

Leser-Telefon 069/29 20 41

Empörung im Taunus

Asylanten-Dorf im Hessenpark

Die Flut der Asylbewerber steigt unaufhörlich, die Unterbringung wird immer schwieriger. Jetzt muß sogar das Freilichtmuseum „Hessenpark" im Taunus dran glauben. Für 500 Asylanten baut Ministerin Iris Blaul (Grüne) dort ein Zelt-Dorf. Die Empörung ist groß. Was Betroffene sagen – Seite 7.

Notstand!

Asylanten-Zeltdorf im Hessenpark

Von [illegible]

Neu Anspach – Besuchen Sie doch dies Wochenende schnell nochmal den „Hessenpark"! Unser berühmtes Freilicht-Museum im Hochtaunus: Historische Fachwerkhäuser, Schmieden, Ställe. Und am „Ziegentag" frische Milch, frischer Käse jede Menge. Die Eile ist not, denn bald kommt was völlig Neues dazu: Ein Asylanten-Zeltdorf für 500 Menschen!

Neuester Geniestreich von Staatsministerin Iris Blaul (Grüne). [illegible]

[illegible]

Die „Bild"-Zeitung mobilisierte systematisch für die Beseitigung des Rechts auf Asyl – verbunden mit der Androhung von Pogromen:

„Sonst wird die Straße zum Tatort"!

Asylrecht-Änderung: Später, später

Vielleicht im nächsten Jahr

Von ULRICH ROSENBAUM

15 Stunden stritten die 40 Vorstandsmitglieder der SPD am Wochenende im Maritim-Hotel Bad Soltau. Dann hatte Parteichef Björn Engholm – vorläufig – gewonnen: 31 Vorstandler stimmen für seinen Schwenk in der Asylpolitik, nur 9 dagegen. Allerdings, Endgültig entschieden wird erst auf dem Sonderparteitag in Bonn (14./15. November). Bis dahin passiert nichts. Keine Verhandlungen mit der Bonner Regierung über eine Änderung des Asylrechts, im Klartext: frühestens im nächsten Jahr wird der Asylmißbrauch gestoppt werden können.

Bericht auf Seite 2

BILD-Kommentare

Rostocker Krawalle

Darum sind wir so wütend

Von PETER BOENISCH

Nicht nur zornig, sondern wütend sind viele Menschen in Rostock. Die Chaoten nützen das aus.

Die Randale beklatschen, sind keine Neonazis – manche von ihnen nicht einmal Ausländerfeinde.

Sie verstehen die Sprüche und Widersprüche unserer Politiker nicht. Wie soll auch ein Kranführer verstehen, daß bei 1,1 Mio. Arbeitslosen in den neuen Ländern in seiner Schicht von vier Kränen drei von Rumänen gesteuert werden – für Dumpinglöhne.

Drei Deutsche gehen stempeln und drei Rumänen arbeiten bei uns für ein Butterbrot.

So wird Ausländerfeindlichkeit nicht bekämpft, sondern gezüchtet.

BILD • Frankfurt, 27. August 1992

BILD-Kommentare

Asyl

Es dauert alles viel zu lange

Von PETER BOENISCH

So geht es nicht weiter. Die Probleme werden immer drängender, die Politiker immer langsamer. Die SPD-Bürgermeister wissen nicht, wohin mit den Asylanten. Trotzdem Sonderparteitag erst im November. Lösung also im nächsten Jahr.

Diese Behäbigkeit ist unverantwortlich.

Aber nicht nur die Opposition, auch die Regierung kann und darf nicht im alten Trott den Dingen hinterherlaufen.

Die Entscheidungsprozesse müssen verkürzt werden. Der Kanzler muß seine Politik sichtbar machen.

Regierungsentscheidungen – auch in Sachen Asyl – sind auch gegen die Opposition möglich.

Die Wartezeit für Bonn ist um. Es ist Tatzeit.

Sonst wird die Straße zum Tatort.

BILD • Frankfurt, 14. September 1992

BILD-Kommentare

Asyl-Mißbrauch

Jetzt schieben wir ab

Von Innenminister RUDOLF SEITERS (CDU)

Gestern habe ich in Bukarest ein Abkommen unterzeichnet, das eine schnelle und unbürokratische Abschiebung von Rumänen ermöglicht. Ich strebe entsprechende Abkommen mit anderen Hauptherkunftsländern an. Mit der Tschechoslowakei sind die Verhandlungen bereits im Gang. Gespräche mit Bulgarien, das an dritter Stelle der Problemländer mit Null-Anerkennungsquote liegt, werden folgen.

Eins ist ganz klar: Auf Dauer kann der massenweise Mißbrauch unseres Asylrechts nur mit einer Änderung des Grundgesetzes gestoppt werden. Ich appelliere an die SPD, keine wertvolle Zeit mehr zu verlieren und mit uns unverzüglich – noch vor dem SPD-Parteitag im November – konkrete Gespräche darüber aufzunehmen.

BILD 24. 9. 92

Asyl – der größte Irrsinn!

Behörden müssen sogar Anträge von Schweizern, Engländern, Italienern und Amerikanern bearbeiten

BamS 20. 9. 92

Das „Neue Deutschland" – eine weitere Stimme im rassistischen Chor

Hauptschlagzeile eines Artikels im *Neuen Deutschland: „Bonner Asylpolitik gescheitert"*. In einem anderen Artikel läßt das *ND* einen „Arbeiter" zu Wort kommen: *„die Politiker haben versagt, die hätten verhindern müssen, daß so viele Fremde herkommen"* Auch hier erhält eine rassistische „Stimme des Volkes" unkritisiert Zugang zu den Spalten des *ND*, an exponierter Stelle auf Seite 1. Kommentarlos wird rassistische Hetze zum Besten gegeben: *„uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner."* Mit dieser Methode unterscheidet sich das *ND* in nichts von anderen bürgerlichen Blättern, auch wenn die *Bild*-Zeitung diese zur Perfektion entwickelt hat.

Aber auch das *ND* hat durchaus ähnliche demagogische Qualitäten: *„Live dabei" – eine heiße Nacht – spannender als SAT 1"* – das ist der Titel des widerlichen Aufmachers des *ND* am 26.9.1992 über das Pogrom von Rostock.

ND-Reporter erfuhr am Morgen danach auf dem Schlachtfeld von Rostock-Lichtenhagen:

Eine heiße Nacht, „spannender als SAT 1"

An der verrußten Eingangstür steht am Morgen noch ein Postsack (mit Hakenkreuz!) voller Bierbüchsen. Die Meute hatte demnach noch viel vor. Aber dann war ja doch noch – gleichsam pünktlich zu spät – die Polizei gekommen.

Der Regen schraffiert die Tristesse in den Neubaublöcken zwischen Rostock und Warnemünde. Grau, grauer, grausig: „Nun haben auch wir unser L.A.", sagt Polizei-Einsatzleiter Göhrke, „Lichtenhagener Ausschreitungen!" In kleinen Grüppchen patrouillieren Polizei und Bundesgrenzschutz um die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber. Die Steine vorm Haus sind weggeräumt, aber Gardinen hängen schwarz wie Trauerflore hinter scheibenlosen Fenstern. Drinnen knietief Löschwasser. Keine Zuschauer mehr vorm Haus in der Mecklenburger Allee 19. Die kommen wohl immer erst nachts. Viele, sagt kopfschüttelnd Feuerwehrmann Klaus Berger, sogar mit Fotoapparat. Ein Polizist berichtet, am Wochenende hätten sich die ersten Schaulustigen bereits um 15 Uhr auf den höchsten Punkten des Geländes versammelt.

In Brand gesteckt worden war in der Nacht zum Dienstag das Haus neben jenem Asylbewerberheim, das der Senat am Vortag, nach den Übergriffen vom Wochenende, hatte räumen lassen. Bis zur 6. Etage ist es ein Gewerbehaus, darüber wohnen Vietnamesen. Monika Möller von der Physiotherapeutischen Praxis im Hause: „Ich weiß nicht, was die Randale gegen die Vietnamesen sollte. Mit denen sind wir immer gut ausgekommen. Uns stören ja nicht die Asylanten an sich, aber diese Zigeuner... Unsere schöne Rasenfläche haben die zu einer Müllkippe gemacht, frech sind sie auch, und die Patienten beschwerten sich; monatelang fürchteten wir um unsere Kundschaft. Gemeinsam mit Dr. Kovacz, dem Zahnarzt über uns, machten wir Eingabe über Eingabe. Und nun?"

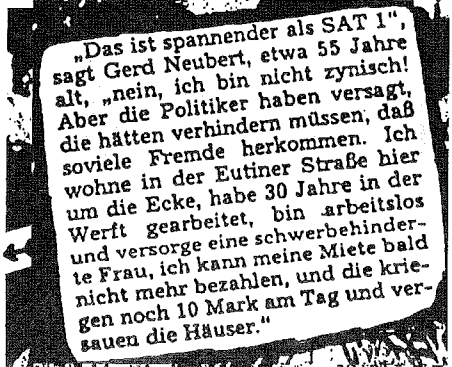
Bürgerkrieg statt Papierkrieg. Im Grunde wiegeln sich die Hilflosen gegenseitig auf. Vorn die Söhne mit den Brandflaschen, hinten die Väter mit den Brandreden. Und am Morgen danach feiern die einen irgendwo ihren Sieg und basteln neue Molotow-Cocktails, die anderen liegen mit Rauchvergiftungen im Krankenhaus, und besagte Zuschauer gehen trotz nächtlichem Spektakel – deutsch ist schließlich deutsch – pünktlich zur Arbeit. Wenn sie welche haben.

„Das ist spannender als SAT 1", sagt Gerd Neubert, etwa 55 Jahre alt, „nein, ich bin nicht zynisch! Aber die Politiker haben versagt, die hätten verhindern müssen, daß soviele Fremde herkommen. Ich wohne in der Eutiner Straße hier um die Ecke, habe 30 Jahre in der Werft gearbeitet, bin arbeitslos und versorge eine schwerbehinderte Frau, ich kann meine Miete bald nicht mehr bezahlen, und die kriegen noch 10 Mark am Tag und versauen die Häuser."

Hans-Jürgen Ratzow (47), er arbeitet als Repräsentant eines Werkes: „Das ist das Ergebnis von politischer Strategie und Konzeptionslosigkeit. Das ist schon Krieg, der sich aber gegen die Falschen richtet. Der Hauptfehler war, ein Asylbewerberheim mitten in einem Wohngebiet zu errichten."

Fritz Guttmann (44), Telekom-Mitarbeiter: „Ich habe an Handen und Füßen gezittert. Schlimm, die Gewalt vor der Haustür zu haben. Der Protest sollte sich nicht gegen die Heimbewohner, sondern gegen die Politiker richten."

Aber der „Protest" richtete sich nicht gegen die Politiker, sondern eben gegen etwa 100 Vietnamesen. Gemeinsam mit einem Fernsehteam, das zu Interviews im Haus war, brachen sie unterm Dach einen Notausgang mit Brechstangen auf, um sich vor Qualm und Flammen zu retten. Kinder schrien. Die draußen schrien lauter.



Live dabei am Montag in Rostock-Lichtenhagen Foto:dpa

In der Einsatzzentrale Lüttenklein zeigt auch Innenminister Kupfer seine kleinen, übernächtigten Augen: „Ich lehne einen Rücktritt ab." Siegfried Kordus, Chef der Rostocker Polizeidirektion: „Unsere Einsatzkräfte hatten wir gesplittet, ein Teil bewegte sich in Richtung Groß-Klein, wo sich ein Schotterstein-Lager befand. Zudem mußten wir zwei Hamburger Hundertschaften, die seit zwei Tagen im Einsatz waren, auswechseln. In diese Lücke stießen die Randalierer und Straftäter." Zudem sei der Mob von den Zuschauern kaum zu unterscheiden gewesen. „Dadurch konnten wir keine Leute festnehmen. Während sich die Beamten nach vorne gegen die Angreifer verteidigten, Brandsätzen auswichen, wurde von hinten durchgehend an irgendeine ‚deutsche Haltung' appelliert. Gleichzeitig kamen von dort immer wieder Aufforderungen wie ‚Macht die Bullen fertig!'" Rostocks Bürgermeister: „Ich bin ratlos. Wir werden weiter nach Ursachen forschen müssen." Und Innensenator Magdanz: „Ich bin nur Informationsempfänger." – Früher nannte man das Befehlsempfänger.

Fazit: Der schwarze Peter ist auf Wanderschaft. Das ist das, was Fachleute noch immer Politik nennen. Wolfgang Richter, Auslandsbeauftragter des Rostocker Senats: „Beschämend!"

Mecklenburg-Vorpommern hat 2,76 Prozent der Gesamtzahl der nach Deutschland einreisenden Asylbewerber aufzunehmen. Das sind schätzungsweise in diesem Jahr 14 000. Gegenwärtig leben im Land 11 400 Asylbewerber in 100 Heimen. 5200 davon, meist Sinti und Roma, kommen aus Rumänien, etwa 1000 aus Jugoslawien.

Den älteren Mann, der vor der Kaufhalle in Lichtenhagen die „Hansa-Revue" für den gestrigen Oberligakampf der Rostocker gegen Eintracht Braunschweig verteilt, interessiert das alles nicht.

HANS-DIETER SCHÜTT

Im Hintergrund:
Die ungebrochene Tradition des Rassismus gegen Sinti und Roma

Die systematische Völkermordpolitik der deutschen Imperialisten während der Nazi-Zeit hat über 500.000 Sinti und Roma das Leben gekostet. Bereits vor der Nazi-Diktatur hatten Diskriminierung, Hetze und Pogrome gegen Sinti und Roma eine jahrhundertealte Tradition in Deutschland, die auch nach dem 8. Mai 1945 ungebrochen fortgesetzt wurde.

Die Roma aus Rumänien, die angesichts der dortigen pogromartigen Verfolgungen nach Deutschland fliehen mußten, sind nicht nur Zielscheibe von Behörden-Schikane, Polizei-Abschiebung und Medien-Hetze, sondern auch Opfer der nazistischen Mordbanden und der beifallklatschenden deutschen Bevölkerung geworden.

Die Politiker und Schreiberlinge des deutschen Imperialismus haben sich in ihrer allgemeinen Hetzkampagne gegen Asylsuchende und Menschen aus anderen Ländern vor allem auf Roma aus Rumänien und anderen osteuropäischen Ländern „eingeschossen". Dabei konnten sie, damals wie heute, auf die primitivsten Lügen und plumpsten Vorurteile aus dem Arsenal des tiefverwurzelten deutschen Chauvinismus und Rassismus zurückgreifen.

Natürlich gab und gibt es im Spektrum dieser Hetze die verschiedensten Nuancen: von der offenen Nazi-Hetze der *National-Zeitung („Zigeunerinvasion – Deutschland in großer Gefahr")* bis zur intellektuell bemäntelten Hetze des *Spiegel („nonkonformistisches, schwer integrierbares Nomadenvolk" mit „archaisch anmutenden Verhaltensweisen")*, von der im Nazi-Jargon vorgetragenen Hetze des damaligen CDU-Fraktionsvizechefs Rehberg *(„zu deutsch Zigeuner")* zur „Feststellung" des seinerzeitigen SPD-Sozialministers Heinemann, daß die Roma die Pogrome durch *„Fehlverhalten"* selbst provoziert hätten!

Aber die folgende Auswahl zeigt einmal mehr: Ob bürgerliche Politiker, ob *Spiegel, Welt am Sonntag, Süddeutsche Zeitung* – es ist im Kern immer dieselbe rassistische Hetze gegen Sinti und Roma!

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats deutscher Sinti und Roma prangert an:

Am vergangenen Freitag erklärten Politiker im Schweriner Landtag ihr „Verständnis" für die seit 1945 nicht mehr dagewesene Menschenverachtung, Gewalt und Brandstiftung. Mit Pauschal-Diffamierungen bezeichneten sie die rumänischen Asylbewerber als „kriminelle Zigeuner, die in Rostock auf der Wiese kampiert und das Umfeld verunreinigt" hätten. Damit wollten sie den rechtsradikalen Mob in absurder Weise rechtfertigen und lassen so einen Flächenbrand von Pogromen entstehen.

„Frankfurter Rundschau", 3.9.92

Die Hetze in den bürgerlichen Zeitungen gegen Sinti und Roma

Welt am Sonntag: "Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an"

„Jeden Tag kriminelle Akte, Belästigungen und Bedrohungen"

Berichte Rostocker Bürger lassen erkennen, weshalb manche von ihnen zunächst mit Radikalen sympathisierten.

Zustände wie in Rostock herrschen vielerorts in Deutschland

Von HANS-JOACHIM HÖH

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

Zigeuner griffen deutsche Nachbarn an

30.8.92

FAZ: "Es sind Kriminelle"

Etwa 60 Prozent der Asylbewerber in Sachsen sind Rumänen, die zum großen Teil über die Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik kommen. Ein Teil von ihnen „benimmt sich nicht, wie man das von Bewerbern um politisches Asyl erwarten sollte", sagt Eggert. Es sind Kriminelle; meist sind es Vermögensdelikte, die sie begehen, auch Vergewaltigungen sind vorgekommen. Solches nimmt die Bevölkerung pauschal gegen Asylbewerber und andere Ausländer ein.

27.8.92

"Neues Deutschland"-(Leserbrief): ***"den kleinen Mann der PDS"***

. Glaubt Ihr, daß Deutschland diese alle aufnehmen kann? Genauso unsinnig, wie gute Deutsche und böse Ausländer ist die Umkehrung dieser „Schwarz-Weiß-Malerei"! Fragt doch mal den kleinen Mann der PDS, welche Erfahrungen er mit „Roma und Sinti" in Glauchau gemacht hat, die neben ihren Wohnwagen Mercedes und Volvo stehen hatten? Ist das Armut?

Kurzum, die unbegrenzte Einwanderung wird von der Mehrheit der Bevölkerung nicht mitgetragen. Eine derartige Politik wird die PDS isolieren und, was viel schlimmer ist, die Menschen in die Arme der Rechtsradikalen und konservativen Parteien treiben.

ND 22.9.92

Süddeutsche Zeitung: "Diebstähle ...zugenommen"

Und tausendfach dieselbe Klage: Seit ein paar Monaten, seitdem in die Asylaufnahmestelle überwiegend Roma aus Rumänien kommen, herrschen um das Heim chaotische Zustände. Roma lagerten wochenlang – Männer, Frauen und Kinder – im Freien auf dem Rasen oder auf herbeigeholten Matratzen, verrichteten im Freien ihre Notdurft, lehnten die Bereitstellung von Zelten ab. Einzelne Bürger berichten von Erlebnissen etwa der Art, daß sie einen der Männer im Supermarkt beobachtet hätten, wie er in ein Warenregal uriniert habe, oder daß Frauen vom Roma belästigt worden seien. Diebstähle im Supermarkt haben zugenommen, auch anderswo wurde geklaut, ein ganzes Viertel ist in heller Wut – und keiner, der da Widerrede führte.

25.8.92

Spiegel: "zigeunerten"– nonkonformistisches Nomadenvolk

Roma und Sinti, meist aus Rumänien, sind in Deutschland die zur Zeit meistgehaßten Ausländer. Wohin sie auch kommen, flackert Antiziganismus auf, klagen Bürger über Diebstähle, Belästigung, Radau, Bettelei und Chaos.

Um die Roma herum zigeunerten ständig deutsche Jugendliche, die, so Frank Häßler, Chef der Jugendpsychiatrie in der Rostocker Nervenklinik, seit langem unter der „gähnenden Leere" in ihrem Viertel litten.

36/92

Keine andere Zuwanderergruppe provoziert zugleich so viel Widerwillen in der Bevölkerung, von offener Ablehnung bis zu blankem Haß, wie die „Tigan", wie sie in Teilen Rumäniens heißen. Ausgerechnet dieses nonkonformistische Nomadenvolk, die wohl am schwersten integrierbare aller Zuwanderergruppen, stellt mittlerweile das größte Kontingent in der ohnehin angefeindeten Notgemeinschaft der zu Tausenden anreisenden Asylbewerber.

Das teilweise noch archaisch anmutende Verhalten der Einwanderer kollidiert allerorten mit dem Normenkodex deutscher Normalbürger.

37/92

Politiker des deutschen Imperialismus hetzen gegen die Roma

Innenminister Kupfer:

"provokatives und kriminelles Verhalten"

Die Widerstände gegen das Heim, zu denen „das zum Teil provokative und kriminelle Verhalten besonders der rumänischen Asylbewerber" beigetragen hätten, „konnten beim besten Willen von niemandem vorhergesehen werden". Die Presse müsse sich fragen, ob sie „Rostock nicht mit ein Stück herbeigeschrieben" habe.

SZ 29. 8. 92

CDU-Generalsekretär Reul:
"Vergiftung des öffentlichen Lebens durch Roma"

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär Herbert Reul mokierte sich vorige Woche öffentlich, wer die Vergiftung des öffentlichen Klimas durch Roma und Sinti nicht wahrhaben wolle, lebe offenbar „auf einem anderen Stern".

Spiegel 37/92

Sozialminister Heinemann:
"Klima vergiften"

In Düsseldorf hieb der sozialdemokratische Sozialminister Hermann Heinemann auf die Zuwanderer vom Balkan: Der Aufruhr gegen die Asylbewerber sei „eindeutig durch das Fehlverhalten bestimmter Einwanderungsgruppen verursacht worden, die das Klima vergiftet haben".

Spiegel 37/92

CDU-Fraktions-Vizechef Rehberg:
"zu deutsch Zigeuner"

Noch rassistischer als der Innenminister argumentierte CDU-Fraktionschef Eckhardt Rehberg, der von seinen Parteifreunden viel Applaus erntete. „Daß die Ausländer unsere Sitten und Gebräuche nicht kennen und vielleicht gar nicht kennen wollen, stört die Befindlichkeit unserer Bürger." Insbesondere den Sinti und Roma — „zu deutsch Zigeuner" — unterstellt er kriminelle Energie, die sein Parteifreund Reinhard Thomas später konkretisiert: ständige Angriffe auf Frauen und Mädchen, Diebstähle, und „nachts wird der Parkplatz zum Umschlagplatz für Hehlerware". Für ihn steht fest: „Wer unlösbare Integrationsprobleme ignoriert, schafft ein nicht mehr kontrollierbares Konfliktpotential, das Links- und Rechtsextremen den Weg ebnet."

TAZ 29.8.92

SPD-Abgeordneter Eppler:
"die sind bewaffnet"

Zwischen den Uniformierten und den Vermummten läuft ein Mann in schwarzer Lederweste: Erwin Eppler, SPD-Abgeordneter in der Rostocker Bürgerschaft, der in Lichtenhagen wohnt. „Das hat sich seit Jahren so entwickelt", sagt er, „und jetzt bricht der Haß aus." Schon als in demselben Haus DDR-Vertragsarbeiter gewohnt hätten, wäre es den Deutschen nicht recht gewesen. „Und jetzt sind die Anwohner hier seit Monaten mit den Zigeunern konfrontiert. Das sind doch keine Asylbewerber. Die kommen mit Schleppern hierher." Ganz im Sinne der übrigen Lichtenhagener erzählt er, daß sich sogar Diebesgut in dem Flüchtlingswohnheim befinde. „Aber niemand wagt sich da rein, denn die sind bewaffnet."

TAZ 25.8.92

Die 7 Geheimnisse der Sinti & Roma

Von SVEN GOSMANN

Vorachtet, verfolgt – und voller Geheimnisse: Sinti und Roma, früher Zigeuner genannt.

Scheinbar ziellos zogen sie bisher mit ihren Wohnwagen durch Europa. 6 Millionen gibt es, 10tausende treffen sich einmal im Jahr in Saint-Marie-de-la-Mer (Südfrankreich) in einer Kapelle der Schwarzen Madonna.

Jetzt haben wir ein ger romantisches Bil 30 000 Sinti und Roma ten 1992 vom Balkan Deutschland, weil sie verfolgt werden. A werber. Alte Vorurteilchen wieder auf.

7 FRAC

Woher star die Zigeu

Aus dem Norden ca. 1000 Jahren \ durch arabische Hunger. Flucht nc

Was bedeutet R was Zigeu

Roma von „Rom (aus Roma-Sprache Romani). Sinti: von Sint – fruher das Land Pakistan. Zigeuner: vom byzantinischen „atsinganoi" – „der Unberührbare". Zigeunersprache Romani wird nur gesproc

Haben sie Geheimni

Ja. Z. B.: In der Kirch Charires (Frankreich) ren sie einen Fleck au Baden, weil da nur ein Jahr zu einer bestimmt nute ein Sonnenstrat auffällt. Sie haben Ge zeichen, z. B.: 3 Kreise = Lagerplatz.

Sind Zigeuner besonders kriminell?

Sie sind selbstverständlich genauso wenig kriminell wie andere Menschen. Historisches Bild ft. „Spiegel": „Mundraub und Bettelei gehörten zu ihrer Überlebens-

Richtig ist, daß heute viele Sinti und Roma in Westeuropa betteln, falsch ist, daß sie öfter straffällig werden.

Warum werden sie nicht seßhaft?

Flucht seit 1000 Jahren. Aus Not wurde Weltanschauung: Im Winter im Süden, im Sommer im Norden (andere Hygienebegriffe: weder Duschen noch Toiletten).

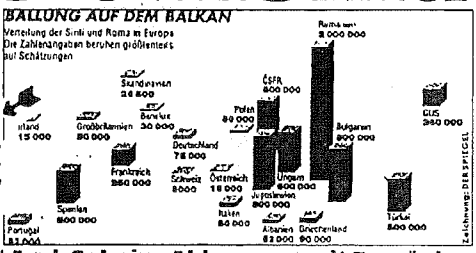
kommunistischen Staaten auf dem Balkan nicht beachtet. Mit dem Aufkommen des Nationalismus werden sie jetzt wieder verfolgt, oft sehr grausam. In Rumänien

Gibt es den Zigeuner-König?

Ja. Ian Cioba (57) aus Herrmannstadt (Rumänien), Roma-Vertreter in der UNO. Analphabet. Häuser, 3 Mercedes, 6-Kilo-Goldkrone.

BALLUNG AUF DEM BALKAN

Verteilung der Sinti und Roma in Europa
Die Zahlenangaben beruhen größtenteils auf Schätzungen



Asyl: Geheim-Abkommen mit Rumänien

Bonn schiebt 43 000 ab

Von RICHARD VOELKEL

Die Bundesregierung macht Ernst im Kampf gegen den Asyl-Mißbrauch: 13 000 illegale rumänische Asylanten sollen ab November in ihr Heimatland abgeschoben werden. Die bisher größte Abschiebe-Aktion hat Innenminister Seiters (CDU) nach monatelangen vertraulichen Verhandlungen mit Rumänien vereinbart.

Auch die SPD-Opposition stimmte schen für eine schärfere Einschränkung des Asylrechts. Gestern forderte SPD-Vize Oskar Lafontaine: „Das individuelle Recht eines jeden Erdenbürgers auf Asyl in Deutschland können wir praktisch nicht mehr garantieren." Man müsse sich zu einer Entscheidung durchringen, das es Länder gebe, wo einfach keine politische Verfolgung mehr stattfinde. Damit ist Lafontaine als erster führender Sozialdemokrat für die Abschaffung des individuellen Asylanspruchs.

Allein bis Ende August beantragten in der Bundesrepublik über 43 000 Rumänen (vor allem Sinti und Roma) Asyl – nicht mal 0,2 % wurden anerkannt.

Das Problem: Viele haben ihre Ausweise verloren, weggeworfen. Sie können nicht abgeschoben werden, weil Rumänien – wie die meisten anderen Länder – Rückkehrer nur aufnimmt, wenn ihre Staatsangehörigkeit zweifelsfrei erklärt ist.

Das soll jetzt anders werden.

Heute in einer Woche unterschreibt Minister Seiters in Bukarest das Abschiebe-Abkommen. Es tritt am 1. November in Kraft. Rumänien verpflichtet sich, alle rumänischen Staatsangehörigen, die sich illegal bei uns aufhalten, wieder aufzunehmen – sogar dann, wenn sie keine gültigen Ausweise besitzen. Minister Seiters zu BILD: „Der Vertrag ist ein wichtiger Erfolg in meinen Bemühungen, abgelehnte Asylbewerber rasch zurückzuführen. Unsere bisherigen Verhandlungen haben sich gelohnt. Abgelehnte rumänische Asylbewerber müssen künftig mit einer schnelleren Abschiebung rechnen. Ich erwarte, daß die neue Regelung zur Schleuser- und Geschleuste abschreckende Wirkung zeigt." Ein Asylexperte: „Wer nicht bewußt zurück will, wird mit Bahn, Bus oder Flugzeug abgeschoben."

Kleine Roma-Kinder spielen auf kaltem Pflaster im Hamburger Hauptbahnhof, sitzen teilnahmslos auf einer Campinglege. Ihre Mutter hat Hab und Gut in einer Plastiktüte verstaut. Asyl-Szene, Deutschland 1992.

Eine zentrale Demagogie: Infame Gleichsetzung von gerechtem antinazistischen Kampf mit nazistischen Pogromen

Natürlich gibt es innerhalb der Hetze gegen den antifaschistischen Kampf Abstufungen – aber das Ziel ist dasselbe: die Diffamierung und Schwächung des militanten antifaschistischen Kampfes.

Plumpe Hetze nach dem bewährten antikommunistischen Motto „Rot gleich Braun" ist in der *FAZ* keine Überraschung. Diesen Muster folgte auch ihre Propaganda gegen antinazistische Aktivitäten in Rostock. Und so hetzte die *FAZ* gegen „Autonome", *„die ihren gewalttätigen Antifaschismus ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den Faschisten gegen die Staatsgewalt richten werden"*. Hier wird der antifaschistische Kampf mit den Nazi-Pogromen nicht nur gleichgestellt, sondern die infame Lüge eines „gemeinsamen Kampfes" von Nazis und Antifaschisten aufgetischt.

Ins gleiche Horn bläst die *Frankfurter Rundschau* mit ihrem eher „liberalen Image": *„Alle sind sie wieder da ... Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern." (FR, 25.8.92)*

Und auch das *Neue Deutschland* reiht sich in die Hetzkampagne der deutschen Medienarmee ein. Unter dem Titel *„Krawalle in mehreren Städten"* werden faschistische und antifaschistische Aktionen in einen Topf geworfen. Die erfolgreiche Verhinderung der Teilnahme des Nazi-Führers Christian Worch an einer SAT-1-Sendung, wodurch unterbunden wurde, daß er seinen nazifaschistischen Dreck vor einer breiten Öffentlichkeit loswerden konnte, wird vom *ND* faktisch gleichgesetzt mit den Naziangriffen auf Flüchtlingsheime.

Ob *FAZ, FR, taz, ND* oder andere, gemeinsam ist ihnen, daß bei der Beurteilung der Anwendung von Gewalt zwischen gerechter antifaschistischer Gewalt und den reaktionären und verbrecherischen Gewalttaten der Nazis nicht unterschieden wird, um den gerechten antifaschistischen Kampf zu diffamieren.

Die bürgerliche Medien-Hetze gegen den militanten antifaschistischen Kampf

FAZ:
"Seite an Seite"

; das ruft unvermeidlich auch die „Autonomen" der linksradikalen Szene auf den Plan, die ihren gewalttätigen „Antifaschismus" ebenso unvermeidlich Seite an Seite mit den „Faschisten" gegen die Staatsgewalt richten werden. Neben den rechtsradikalen Parolen „Deutschland den Deutschen" oder „Ausländer raus" war in Rostock auch schon der Ruf „Deutsche Polizisten, Mörder und Faschisten" zu hören, der zum linksradikalen Kulturgut gehört.

30.8.92

In Rostock randalieren nun die „Autonomen"

27.8.92

Frankfurter Rundschau:
"Alle...Randalierer"

Alle sind sie wieder da, am Sonntagabend, angereist aus Güstrow, Lübeck, Schwerin, Hamburg und Berlin. Ein paar Skinheads. Ein paar Autonome. Ein paar Hooligans. Mit den Einheimischen zusammen ergeben sie eine geschätzte Zahl von etwa 500 Randalierern. Ganz gut haben die Rostocker Taxi-Unternehmen an diesem Abend verdient, die die Randalierer aus der Stadt und dem Umland in den nördlich gelegenen Vorort brachten. „Überregional" sei das wohl geplant worden, mutmaßt der Leiter des Landeskriminalamtes, Siegfried Kordus.

25.8.92

Neues Deutschland:
Alles "Krawalle"

Krawalle in mehreren Städten

Berlin (AFP/Reuter/ND). Während es nach fünf Krawallnächten in Rostock-Lichtenhagen in der Nacht zu Freitag erstmals wieder relativ ruhig geblieben war, deutete sich in anderen ostdeutschen Städten die für das Wochenende befürchtete Welle von Krawallen an. In Berlin wurden Teilnehmer einer Fernsehdiskussion aus Rostock, die über die Ausschreitungen in der Ostseestadt debattierten, am Donnerstag abend tätlich angegriffen, teilte die Polizei mit. 80 bis 100 Personen hätten den Bus aus Rostock bei An- und Abreise mit Flaschen und Steinen beworfen. Zwei Täter seien wegen Landfriedensbruchs festgenommen worden. Obwohl die Randalierer in den Innenbereich des Geländes eindrangen, sei die SAT-1-Sendung „Einspruch" ohne Störungen abgelaufen.

Unterdessen randalierten in Stendal (Sachsen-Anhalt) rund 40 junge Männer, die mit eisenbesetzten Holzknüppeln und Schlagkeulen ausgerüstet waren, vor einem Asylbewerberheim. Die Störer, darunter mehrere Skinheads, hatten sich am Donnerstag gegen 22.00 Uhr vor der Unterkunft versammelt und wollten in das Flüchtlingsheim eindringen. Die Polizei habe sofort eingegriffen. In Oschersleben (ebenfalls Sachsen-Anhalt) verübten in der selben Nacht Unbekannte einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim. Zu Straßenschlachten zwischen rechts- und linksgerichteten Jugendlichen kam es in Potsdam und in Frankfurt/Oder (Brandenburg). Die Polizei nahm mehrere Personen vorläufig fest und beschlagnahmte Messer, Schreckschußpistolen und Baseballschläger.

Nach Rostock, wo nach wie vor starke Polizeikräfte zusammengezogen sind, traf auch das Land Brandenburg Vorkehrungen gegen Krawalle und bietet zusätzliche Sicherheitskräfte auf. Potsdams Innenminister Ziel (SPD) räumte aber ein, daß eine Wiederholung der Rostocker Vorfälle in seinem Land nicht ausgeschlossen werden könne. In Brandenburg gebe es mehr als 1000 Skinheads, „von denen mehr als die Hälfte eindeutig gewaltbereit ist".

(Betrachtung Seite 2)

29.8.92

„Die Traumsituation jeder militanten Avantgarde"

Dany Cohn-Bendit, grüner Multikulturdezernent der Stadt Frankfurt/Main, zu den Krawallen in Rostock und zur SPD-Wende von Petersberg

25.8.92

Das widerliche Hirngespinst der taz:
Pogrome = Traumsituation

SOLINGEN

Zu offensichtlich war der Zusammenhang zwischen dieser erneuten Welle von Anschlägen, Brandstiftungen und Überfällen am letzten Maiwochenende 1993 und der Streichung des bisherigen Asylartikels (Art. 16 GG) in der Woche zuvor. Die Politiker in Bonn hatten mit ihrem sogenannten „Asylkompromiß" dazu den Startschuß gegeben, nachdem sie zuvor durch ihre rassistische Hetze gegen alles „Fremde" mehrere Jahre den Boden bereitet und als Stichwortgeber für die im ganzen Land organisierten Nazibanden gewirkt hatten.

Dieser Zusammenhang sollte dann auch nach Kräften vertuscht und verschleiert werden. Zunächst wurde eifrig an der „Einzeltäter"-Version gebastelt. Als diese sich nicht mehr halten ließ, wurden ein zerrüttetes Elternhaus ins Spiel gebracht und die Sprüche vom „alkoholisierten Zustand" hervorgeholt. Natürlich bestand wie immer kein Zusammenhang mit nazifaschistischen Organisationen. Das bei einem der Verhafteten gefundene Mitgliedsbuch der DVU war diesem wohl „ganz zufällig" in die Tasche gefallen.

Im folgenden soll einen Überblick geben werden, wie die Presse Hand in Hand mit der Bundesanwaltschaft an der Vertuschung der Hintergründe des Nazi-Anschlags gearbeitet hat.

Erste Juni-Woche 1993: Wie Polizei, Bundesanwaltschaft und die bürgerlichen Medien an der Vertuschung und Verharmlosung des Nazi-Anschlags von Solingen arbeiteten

1. Juni 1993: Die Bundesanwaltschaft zog die Ermittlungen im Fall Solingen sofort an sich. Zunächst beeilte sich ein Sprecher der Bundesanwaltschaft, die Öffentlichkeit darüber „aufzuklären", daß es in Solingen angeblich zuvor keine Anhaltspunkte für eine besondere „Gefährdungssituation aus der rechtsradikalen Szene gegeben" habe. Damit sollte vertuscht werden, daß es in Solingen bekanntermaßen in den vergangenen Monaten mehrere nazifaschistische Anschläge auf Wohnungen oder Einrichtungen von Menschen aus der Türkei gegeben hatte, zum Beispiel auf einen Lebensmittelladen und auf eine Moschee, die dadurch zerstört wurde. Viele Menschen aus der Türkei wurden regelmäßig mit Drohungen traktiert. In Solingen lebten zum damaligen Zeitpunkt über 20.000 Menschen aus anderen Ländern (10%), davon kamen rund 8.000 aus der Türkei.

Der Solinger Bürgermeister Bernd Krebs leugnete die seit langem bekannte Tatsache, daß in Solingen bereits seit Jahren ein harter Kern aktiver Nazis seinen Sitz hat, von denen zwei zum damaligen Zeitpunkt überregional namentlich bekannt sind. Einer von ihnen ist der Nazi Bernd Schmitt. Er ist Mitglied der „Deutschen Liga" und leitet seit langem eine Nazi-Saalschutz-Gruppe. Darüber hinaus besitzt er eine „Kampfsportschule", treffender gesagt eine „Wehrsportgruppe", in Solingen, die im Bärenloch hinter dem Haus der Familie Genç paramilitärische Übungen abhält und die Reichskriegsflagge schwingt. Der zweite ist Bernd Koch, der Geschäftsführer des erst am 23.3.1993 gegründeten „Arbeitskreises Deutscher

Interessen". Dieser „Arbeitskreis" setzt sich für die „Wahrung der regionalen und nationalen Identität" ein. Er versucht durch moderate Formulierungen seine nazifaschistischen Ziele zu verschleiern. Stellvertretender Geschäftsführer und Pressesprecher ist der Vorsitzende der „Republikaner" in Solingen. Aber Solingen hat darüber hinaus noch einen zumindest stadtbekannten und von Oberstadtdirektor Ingolf Deubel allzeit geschätzten Nazi zu bieten: den Bauunternehmer Günter Kissel. Der Ex-Nazi-Offizier ist Mitglied der nazifaschistischen „Gesellschaft für Publizistik". Neben anderen nazifaschistischen Aktivitäten hat er zum Beispiel 1989 eine Veranstaltung mit dem Geschichtsfälscher David Irving organisiert. Bürgermeister Krebs versuchte Glauben zumachen, daß in Solingen noch niemals Nazis in Erscheinung getreten seien. Auf diese Weise versuchte er davon abzulenken, daß er dem Mordanschlag der Nazis praktisch tatenlos zugesehen hat. Schon seit langem müssen ihm die oben genannten Tatsachen bekannt gewesen sein. Es war auch kein Geheimnis, daß nazifaschistische Skinhead-Gruppen aus Solingen, Remscheid, Wuppertal und anderen Orten Nordrhein-Westfalens seit Jahren zusammenarbeiten.
(SZ, FR, taz, 1.6.93; tat(W)ort, autonome Zeitung aus Solingen, November 1993)

Einen Tag nach den Morden nahm die Polizei einen 16jährigen Jugendlichen fest, gegen den am nächsten Tag Haftbefehl erteilt wurde wegen des Verdachts fünffachen Mordes, mehrfachen Mordversuchs und besonders schwerer Brandstiftung. Er hatte wenige Tage zuvor zwei Freunden gegenüber angekündigt, dieses Haus anzuzünden. Diese Jugendlichen brachten die Polizei nach dem Anschlag auf die Spur des 16jährigen, der direkt gegenüber dem Tatort wohnte. Zynischerweise erinnerte die *SZ* daran, daß das BKA in Wiesbaden nazifaschistische Jugendliche als „Babyskins" bezeichnet. *(SZ, 1.6.93)*

2. Juni 1993: Die Bundesanwaltschaft zog am Abend des 1. Juni einen im Laufe des Tages verbreiteten Fahndungsaufruf nach vier Nazis überraschend zurück, weil die von dem 16jährigen Tatverdächtigen gemachten Beschreibungen von Mittätern möglicherweise falsch seien. Der sofortige Widerruf der Fahndung diente dem Schutz der gesuchten Nazis. Die neue These lautete nun völlig logisch, daß der Jugendliche die Tat unter Alkoholeinfluß allein begangen habe.

3. Juni 1993: Die Bundesanwaltschaft und die bürgerliche Presse tischten nun eine Geschichte auf, um die Einzeltäter-These glaubhaft zu machen: Der Hauptschüler sei mehrfach in Schlägereien mit Türken verwickelt gewesen und gelte als „aggressiver Typ". Er habe in Erziehungsheimen gelebt und sei selbst kein Skinhead. Allerdings habe er als „Fußballfan" Kontakt zur Skinhead-Szene bekommen und dabei auch die Personen kennengelernt, auf die er die Tat abzuwälzen versuchte. *(FR, 3.6.93)* Damit verfolgte die Bundesanwaltschaft das Ziel, den Täter zum bedauernswerten „Sozialfall" zu machen. Kontakte zur Nazi-Szene konnten zwar nicht ganz verschwiegen werden, wurden aber verharmlosend als unpolitisch dargestellt. Nazi-Skinheads wurden als zu Unrecht Beschuldigte in Schutz genommen. Nun beeilte sich auch der Verfassungsschutz, in den Chor der Verharmloser und Vertuscher einzustimmen. Um die wahren Hintergründe des Pogroms in Solingen zu vertuschen, ließ der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz bereits in einem Interview am 2. Juni verlauten, daß Nazis nicht überregional organisiert seien, sondern lediglich lose Personenzusammenschlüsse wären, „Saufkumpane", die „spontan ihre schrecklichen Taten begehen". Es treffe nicht zu, „daß diese schwachköpfigen, unterbelichteten Skinheads von außen oder von neonazistischen Organisationen gesteuert werden". *(FR, 3.6.93)*

4. Juni 1993: Die Bundesanwaltschaft gab bekannt, daß die Morde offenbar doch nicht die Tat eines Einzelgängers waren. Es wurden drei weitere Verdächtige im Alter von 23, 19 und 16 Jahren festgenommen. Trotz der von der Bundesanwaltschaft verhängten Nachrichtensper-

re wurden Einzelheiten bekannt. Der 23jährige Nazi hatte die Mittäterschaft gestanden. Alle drei gehören zur nazifaschistischen Szene von Solingen. Auch der schon vorher festgenommene 16jährige ist in der nazifaschistischen „Kampfsportgruppe" des Bernd Schmitt („Mitglied der deutschen Liga") in Solingen aktiv. Durch das ZDF sickerte die Information durch, daß einer der vier Festgenommenen Mitglied der DVU ist.

5. Juni 1993: Über dpa verbreitete die Bundesanwaltschaft eine neue verharmlosende Fassung. Auslöser der Tat sei ein simpler Kneipenrausschmiß gewesen: Die drei neuen Verdächtigen seien am Abend vor der Tat bei einer Familienfeier in einer Gaststätte gewesen. Der Wirt und zwei Gäste aus der Türkei hätten sie im angetrunkenen Zustand aus der Gaststätte geworfen. Auf der Straße hätten sie – rein zufällig – den schon seit Tagen inhaftierten 16jährigen getroffen. Sie hätten schon längere Zeit „etwas" vorgehabt, hieß es schwammig. In dem Haus der Familie Genç hätten die vier dann aus Wut über den Rausschmiß mit Benzin und Zeitungspapier das Feuer entfacht. Im Dezember 1993 ist dann bekanntgeworden, daß die Mörder von Solingen einen Brandbeschleuniger benutzt haben, der nur im Chemikalienfachhandel erhältlich ist. Die mörderische Tat war also keineswegs „spontan". Bundesanwalt von Stahl betonte, die Täter seien alkoholisiert gewesen und gehörten zum „rechtsextremen Spektrum". Organisationspolitische Zusammenhänge seien jedoch nicht bekannt. Dem DVU-Ausweis mißt Stahl offensichtlich keinerlei Bedeutung bei. Alle vier hielten sich regelmäßig bei den Treffen an dem oben erwähnten „Bärenloch" auf. *(FR, FAZ, 5.6.93 und ND, 6.12.93)*

7. Juni 1993: Am 5. Juni sah die Bundesanwaltschaft den Solinger Mordfall als aufgeklärt an: der 23jährige Markus G., der 20jährige Christian B. und die zwei Jugendlichen im Alter von 16 Jahren, von denen einer Christian Reher heißt, haben die Brandstiftung begangen. Die vollständigen Namen der beiden erwachsenen Nazis wurden nicht genannt, um deren Familien zu schützen. Angeblich kannten sich die vier teilweise nur flüchtig, waren nicht vorbestraft und gehörten keiner nazifaschistischen Organisation an. Am Rande erfuhr man, daß die beiden Gäste, die sie aus dem Lokal geworfen hatten, gar nicht aus der Türkei waren, und die drei Nazis waren auch keine Gäste der Familienfeier. Von Stahls Fazit lautete: ein „organisierter rechtsextremistischer Hintergrund" ist nicht bekannt. Bei einem Haftprüfungstermin im Dezember 1993 stellte sich dann heraus, daß die Bundesanwaltschaft tatsächlich überaus schlampig und nachlässig ermittelt hat. Der verwendete Brandbeschleuniger war nicht mehr nachweisbar, da die Bundesanwaltschaft „vergessen" hat die Beweise zu sichern, bevor das abgebrannte Haus der Familie Genç abgerissen worden ist. Antinazistische Gruppen in Solingen haben im September ermittelt, daß die Bundesanwaltschaft die Observierung der nazifaschistischen „Kampfsportgruppe" teilweise wieder eingestellt hat, so daß diese die Möglichkeit hatte, Spuren zu verwischen und Beweise verschwinden zu lassen. Auch dort konnten dann keine Hinweise auf die Herkunft des Brandbeschleunigers gefunden werden. *(FR, taz, 7.6.93, ND, 28.9. und 6.12.93)*

8. Juni 1993: Erst am 7. Juni gab die Bundesanwaltschaft zu, daß in der Wohnung des 23jährigen Nazi-Mörders von Solingen ein DVU-Mitgliedsausweis gefunden wurde. Obwohl der DVU-Ausweis bereits am 3. Juni sichergestellt worden war, behauptete von Stahl noch am 5. Juni, es gäbe keine Anhaltspunkte für eine DVU-Mitgliedschaft. Trotzdem wurde ein „organisatorischer rechtsextremistischer Hintergrund" bestritten. Der Sprecher der Bundesanwaltschaft begründete dies mit dem hanebüchenen Argument, daß die vier Beschuldigten keine Organisation gebildet hätten. Und auch im Hintergrund wäre natürlich keine für den Mordanschlag verantwortliche Organisation erkennbar. *(FR und SZ, 8.6.93)*

Wie der Verfassungsschutz in Solingen drei der vier Nazimörder ausgebildet hat

Ein weiteres Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Nazis ist die Enttarnung des Nazis und VS-Mitarbeiters Bernd Schmitt, der drei der vier Solinger Nazimörder ausgebildet hat. In seiner „Karnpfsportschule", die als eine der bedeutendsten Nazikaderschmieden in Ost und Westdeutschland galt, verkehrten prominente Nazis wie Otto Ernst Remer, Generalmajor der Wehrmacht, Mitglieder der Naziband Störkraft und der Führer der verbotenen Nationalen Front, Schönborn.

Natürlich hat der Verfassungsschutz versucht, seine Drahtzieherfunktion in diesem „Fall" zu vertuschen. Erst sechs Monate nach den Nazimorden wurde das – inzwischen schon gesäuberte – noch 55.000 Blatt umfassende Archiv beschlagnahmt. Aber auch aus diesem Material ist ersichtlich, in welche Richtung die Ausbildung des Verfassungsschutzmitarbeiters betrieben wurde. Gefunden wurden Lageskizzen von Wohnungen von Menschen aus anderen Ländern und Bauanleitungen für Brandsätze.

* * *

Hier sind einige Stichpunkte und Bemerkungen zu Zielen des deutschen Imperialismus beim Aufbau und der Förderung von Nazi-Organisationen durch den VS angebracht. Grob gesagt lassen sich dabei folgende Ziele unterscheiden:

– Zur Durchsetzung seiner chauvinistischen und rassistischen Linie reicht dem deutschen Imperialismus der staatliche Terror teilweise nicht aus, er fährt zweigleisig, fördert und benutzt immer häufiger den Nazi-Terror als Reserve.

– Lenkung und Kontrolle der Nazi-Szene und deren Aktivitäten. Wichtig ist dem Verfassungsschutz, die Naziszene zu kontrollieren und bei Bedarf gezielt einzusetzen. Doch das gelingt nicht immer und in jedem Fall, gelegentlich verüben Nazis Angriffe oder Anschläge, die dem deutschen Imperialismus nicht ins Konzept passen.

Ein weiterer nützlicher Effekt ist das Ablenken vom Hauptfeind, dem deutschen Imperialismus. Eine ganze Reihe fortschrittlicher Gruppen beschränken sich nach der Bedrohung durch die Nazis allein auf Anti-Nazi-Arbeit und Aktionen, und „vergessen" den Kampf gegen die braune Pest, die vom Staat ausgeht.

Warum klappt die Zusammenarbeit zwischen Nazis und VS im großen und ganzen so gut und reibungslos? Wesentliche Gründe dafür sind:

– Historische Traditionen. Die „Sicherheitsexperten" des Nazifaschismus, Gestapo-Schergen usw. bauten den VS – wie auch andere staatliche Behörden – auf. Das zentrale ideologische Bindeglied von VS und Nazis ist der Antikommunismus.

Die Opfer des Staatsterrors sind nicht nur zufällig auch Opfer des Naziterrors. Dahinter steht das gemeinsame „Feindbild" von VS und Nazis, die dem VS die Möglichkeit bietet, „unliebsam Personen" gezielt angreifen zu lassen, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. In der Zeitschrift *Cilip* (Nr. 17, 1984, S. 61) wird über einen Angriff auf ein Antifa-Jugendtreff folgendes geschildert: *„Sie fragten uns: Was habt ihr vor? Wir haben geantwortet: Wir gehen gucken, was unsere roten Freunde machen. Da haben die Polizisten gesagt: Ihr habt genau zwei Stunden Zeit. Wir unternehmen nichts."(aus einem Gespräch zwischen Polizisten und Nazis, u. a. Kühnen)* Nach einem Überfall auf Antifaschisten trafen sich die Nazis wieder mit den Polizisten im „Wienerwald" zu einer gemeinsamen Feier. Nazis und Naziorganisationen profitieren auch von der „Arbeit" für den Verfassungsschutz, denn er

bietet Schutz (z. B. bei Veranstaltungen) und finanzielle Zuwendungen für den Aufbau der Organisationen.

– Personelle Verflechtung. Unter den „Sicherheitsexperten" die im Staatsapparat arbeiten, sind eine nicht unbeträchtliche Anzahl Mitglieder in Naziorganisationen oder sympathisieren mit ihnen. Bei den REPs zum Beispiel sind fast die Hälfte der Mitglieder in bewaffneten Verbänden des deutschen Imperialismus (Bundeswehr, BGS, Polizei) beschäftigt. Schon allein daran zeigt sich, wie die Nazifaschisten in Positionen des Staatsapparates herangezüchtet werden. Mitte der 80er Jahre war die NPD vom Verfassungsschutz in West-Berlin so durchsetzt, daß sie per Abstimmungsbeschluß den Landesverband hätten auflösen können. Bei der personellen Verflechtung gibt es viele Schnittstellen und Überschneidungen, diese Doppelagenten nützen dem Verfassungsschutz und den Nazis.

Nazis haben oft keine Probleme, mit dem Verfassungsschutz zusammenzuarbeiten. Vor ca. 15 Jahren schon sagte der „Naziaussteiger" W. Pohl: *„Der Versuch mit rechten Gruppen zu kooperieren, deckte einen Abgrund von Unterwanderung auf. Diese rechten Gruppen waren durchsetzt vom Verfassungsschutz. Das bis in die Spitzen..." („Bürgerrechte & Polizei", Cilip, Nr. 17, 1984)* Trotzdem werden gelegentlich VS-Mitarbeiter in der Naziszene enttarnt. Wieso? Ein Grund dafür kann sein, daß der Verfassungsschutzmitarbeiter den Nazis mehr schadet als er nützt. Eine zweite Möglichkeit ist es, dadurch den politischen Widersacher bei Fraktionskämpfen zu diffamieren und isolieren. Außerdem wird versucht, durch die Enttarnung weniger Verfassungsschutzmitarbeiter in der Naziszene, die gute Zusammenarbeit zu verschleiern.

Die Opfer werden zu Tätern gemacht !

Hannoversche Allgemeine, 16.9.93

Hannover. (AP) In einer Wohnanlage für Asylbewerber in Hannover-Kirchrode sind in der Nacht zum Mittwoch 14 von 56 Wohncontainern ausgebrannt, zehn weitere wurden wegen der starken Hitze beschädigt. Ein Wachmann erlitt eine Rauchvergiftung. Hinweise auf eine fremdenfeindliche Brandursache lagen nach Angaben der Polizei bis zum Mittag nicht vor.

In Hannover sind in
woch 14 Wohncontainer
abgebrannt. Dabei entstan
ben. Polizei ein Sachsc
FR, 16.9.93 000 Mark. Ein Wachman
leichte Rauchvergiftung. Die zu
Bewohner konnten sich unverletzt retten.

Die Polizei untersucht, ob das Feuer durch einen technischen Defekt oder Brandstiftung entstanden ist. Die für 105

Bei einem Brandanschlag in einem 13stöckigen Hochhaus in Kempten im Allgäu sind am Sonntag zwölf Personen zum Teil schwer verletzt worden. Wie die Polizei mitteilte, drangen vermutlich mehrere Täter am frühen Morgen in die offen zugängliche Tiefgarage des Wohnkomplexes ein und zerstachen die Reifen von 15 Fahrzeugen. Danach zapften sie an über 15 Fahrzeugen Benzin ab und legten Feuer. Insgesamt zwölf Ausländer, unter ihnen sechs Ausländer, wurden durch den aufsteigenden Rauch leichte Rauchvergiftungen. Ein Bewohner des Hauses erlitt beim Sturz im Treppenhaus auf der Flucht vor dem Rauch schwere Verletzungen.

Die Polizei schloß einen ausländerfeindlichen Hintergrund mit absoluter Sicherheit aus. Die gefundenen Spuren deuteten vielmehr auf einen Polizeisprecher. Das Haus [illegible] hauptsächlich von [illegible] sch[illegible]wohnt. Die Polizei [illegible]

FR, 17.9.93

(dpa). Ein afghanischer Lebensmittelhändler in Nabollenbach bei Idar-Oberstein ist in der Nacht zum Montag nicht Opfer eines Brandanschlags geworden, sondern hat das Feuer offenbar selbst gelegt. Wie der Leitende [illegible] Kreuznacher

FR, 4.9.93

Frau starb / Polizei in Biberach schließt Ans[illegible]ag weitgehend aus

FR, 3.9.93

BIBERACH/GRAFRATH. [illegible] Sty[illegible] einem (dpa/AP). Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Biberach an der Riß in Oberschwaben sind am Donnerstag morgen eine Frau getötet und sieben Menschen, darunter zwei Kinder, schwer verletzt worden. Nach bisherigen Erkenntnissen wird vorsätzliche Brandstiftung, etwa aus ausländerfeindlichen Motiven, nicht ausgeschlossen, wie die Polizei mitteilte. Bei der Toten handelt es sich um eine 21jährige Serbin. Die Frau, die mit ihrem Mann und zwei [illegible] sam im Fenster im zweiten Stock des Gebäudes eingeschlossen war, hat die Tat offenbar selbst inszeniert. Indiz für die Eigeninitiative des vermeintlichen Opfers ist ein Fingerabdruck des Türken auf einem nach der Tat verfaßten Bekennerschreiben, teilte die Staatsanwaltschaft Münster am Dienstag mit. Der Brief weise „in Schriftbild, Diktion und Orthographie" deutliche Ähnlichkeiten zu einer Schreibprobe des Türken auf. Gegen den 25jährigen wird wegen Vortäuschens einer Straftat ermittelt. Wahrscheinlich haben weitere Personen bei der Verwüstung der Wohnung und bei Hakenkreuzschmierereien geholfen. Das Motiv des Türken ist schleierhaft.

Hausbewohner begonnen. Etwa 15 Personen hatten sich auf's Dach des Hauses geflüchtet, wo sie von der Feuerwehr mit Drehleitern gerettet wurden. Vier Personen erlitten schwere Rauchvergiftungen, zahlreiche weitere Heimbewohner wurden wegen Verdachts auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht.

Eine Sondermittlungsgruppe der Polizei ging davon aus, daß der Brand im Zimmer einer Frau im ersten Stock ausgebrochen war. Die Frau habe plötzlich einen hellen Feuerschein unter ihrem Fernseher bemerkt. Den Angaben zufolge war noch offen, ob das Feuer durch eine Zigarette ausgelöst wurde oder ob eine technische Brandursache vorlag.

Ein von etwa 40 Ausländern bewohntes Mehrfamilienhaus im oberbayerischen Grafrath (Landkreis Fürstenfeldbruck) brannte am frühen Donnerstag morgen aus bisher ungeklärter Ursache teilweise nieder. Niemand wurde verletzt. Nach ersten Ermittlungen hatte die Polizei auch in diesem Fall keine Hinweise auf einen politisch motivierten Anschlag.

FR, 3.9.93

Asylbewerber zündete sein Heim an

Ein Asylbewerber (31) aus Sri Lanka zündete nachts das Asylbewerber-Heim in Scheeßel, in dem er selbst untergebracht ist, an. Ein Anbau brannte nieder, 50 000 Mark Schaden. Die Kripo: „Der betrunkene Brandstifter hatte sich über Mitbewohner geärgert."

Bild, 17.9.93

Sachschaden bei Feuer in Asylbewerberheim

WALDKIRCH (lsw) – Sac[illegible] von nach ersten Schät[illegible] 100 000 Mark richte[illegible]tag abend ein Brand in [illegible] Asylbewerberheim in Waldkirch im Kreis Emmendingen an. Als Brandursache schließt die Polizei einen Anschlag aus. Eine sechsköpfige Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien habe sich rechtzeitig aus dem Gebäude in Sicherheit bringen können.

Stuttgarter Nachrichten, 6.9.93

■ Neonazi-Überfall wahrsch[illegible] vom Opfer selbst inszeniert

TAZ, 1.9.93

Die bürgerliche Presse hetzt gegen die heftigen Proteste in den ersten Tagen nach dem Solinger Anschlag:

Gleichsetzung von nazifaschistischem Terror und antifaschistischem Widerstand:

Augsburg – Fast durchwegs gewaltfrei verliefen Demonstrationen in Bayern, mit denen Türken und Deutsche in Augsburg und Aschaffenburg auf den Brandanschlag in Solingen reagierten. Krawalle gab es dort, wo deutsche Autonome oder Rechtsradikale auftraten. Die Trauermärsche und Autokonvois von rund 500 Türken in Augsburg seien gewaltfrei verlaufen, sagte Polizeisprecher Werner Pribbenow. Eine zerbrochene Fensterscheibe an einer Gaststätte in der Innenstadt sei einziger Schaden der sechstündigen Trauerkundgebung.

SZ, 2.6.93

Die Empörung über die Morde wird verhöhnt:

Die in Solingen aufgebotenen Spezialisten von der GSG 9 machen es nicht viel besser. Zeitweise ist die hin- und herwogende Menge Herr der Adenauer-Straße. Die anfängliche Wut wandelt sich in Lust an der Zerstörung. Jede eingeworfene Scheibe wird mit Jubelrufen quittiert. Die roten türkischen Fahnen mit dem Halbmond werden geschwenkt, „Türkei, Türkei" wird gerufen, gejauchzt. Fahnengeschmückte Autos rasen in halsbrecherischem Tempo durch die Menge. In diesen Minuten genießen die jungen Leute sichtlich das Gefühl der Macht und der Mehrheit.

FR, 2.6.93:

Die Protestaktionen werden sogar direkt mit dem nazifaschistischen Mordanschlag gleichgesetzt:

[Nach dem Attentat eine weitere Nacht der Gewalt] !

SOLINGEN, 31. Mai. „Das ist nicht das Ende, das ist der Anfang." Die Solinger Bürger sind entsetzt. Nach dem Brandanschlag auf ein türkisches Mehrfamilienhaus in den Morgenstunden des Pfingstsamstag kommt es in der Nacht auf den Pfingstmontag wieder zu Gewalt. Rund 400 meist türkische Jugendliche ziehen randalierend durch die Innenstadt und holen zum Gegenschlag aus.

FAZ, 1.6.93

Boykott-Aufruf des DGB zur antifaschistischen Großdemonstration in Solingen

Im Mittelpunkt der Großdemonstration in Solingen steht nach Angaben der Organisatoren die Forderung nach einer Wende in der deutschen Flüchtlings- und Ausländerpolitik. In ihrem Aufruf fordern die Veranstalter „klare Zeichen und Taten für einen grundlegenden Klimawechsel in Politik und Gesellschaft". Dazu gehöre, daß „endlich gegen rechtsradikale, gewalttätige Organisationen vorgegangen und ihre Strukturen zerschlagen werden". Der Bundespräsident soll seine Unterschrift unter den geänderten Asylrechtsartikel im Grundgesetz verweigern. Der Appell wird von der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, Bündnis 90/Grüne und verschiedenen Einzelgewerkschaften unterstützt.

Dagegen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einem schon am Mittwoch per Telefax an alle Gewerkschaftsvorstände geschickten interen Schreiben dazu aufgefordert, die Großdemonstration in Solingen zu boykottieren. Wörtlich heißt es in dem trotz der versuchten Geheimhaltung an die Öffentlichkeit gelangten Text: „Nach uns vorliegenden Informationen schadet eine Beteiligung an der oben genannten Demonstration (...) Wir raten dazu, zu der Veranstaltung auf keinen Fall aufzurufen." Das WDR-Mittagsmagazin berichtete am Freitag, der DGB-Vorstand begründe seinen Boykott-Aufruf damit, daß der Textaufruf die begründete Gefahr von Gewalttätigkeiten nahelege.

(aus FR 5.6.94)

MAGDEBURG

Polizei und Staatsanwaltschaft lassen Nazis freie Hand

Wir haben im Teil I aufgezeigt: Das Pogrom in Magdeburg im Mai 1994 war geplant, die Polizei wußte Bescheid und traf keine Vorkehrungen, und die Verantwortlichen versuchten zu vertuschen.

Schon kurz nach dem Pogrom kursierte in Journalistenkreisen das Gerücht, daß dem Verfassungsschutz konkrete Hinweise für nazifaschistische Aktivitäten zum „Vatertag" am 12.5.94 vorlagen. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Christoph Bergner (CDU) leugnete dies zunächst und sagte im ZDF, es habe keine Hinweise darauf gegeben, daß sich Nazis zusammenrotten würden. Am 16.5.94 kam dann die offizielle Bestätigung, daß am Vorabend des „Vatertags" das Landesamt für Verfassungsschutz Informationen an die Magdeburger Polizeibehörde weitergegeben hatte. Nach diesen plante eine Gruppe von 25 Nazis am „Vatertag" Treffpunkte von Antifaschisten aufzusuchen und zu überfallen. Das Innenministerium redete sich am 16.5.94 damit heraus, die Hinweise seien nicht konkret genug gewesen, um am Ort der Auseinandersetzung anwesend zu sein. Aus dem Polizeibericht vom 17.5.94 geht jedoch hervor, daß die Informationen konkret von geplanten Nazi-Angriffen am Alten Markt ausgingen. Also genau dem Ort, der am 12.5.94 Brennpunkt der Überfälle war. Nun überboten sich die Verantwortlichen in dummdreisten Ausflüchten. Auf das Ignorieren der Warnung durch den Verfassungsschutz angesprochen, meinte Magdeburgs Polizeipräsident Stockmann, „daß das nach unserer Einschätzung nicht so sein konnte". Sachsen-Anhalts Innenminister Remmers behauptete „Es gab keine Veranlassung dafür, den Vermutungen des Verfassungsschutzes zu glauben." Matthias Schuppe vom Innenministerium konnte „keinen originären Zusammenhang" zwischen Hinweis und Tatverlauf erkennen. Der Präsident des Verfassungsschutzes von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Heidelberg, mußte jedoch zugeben, daß es sich bei den Tätern um dieselben Leute handelte, die der Hinweis am Vorabend betraf, daß die Aktion geplant war, und daß es sich bei den Tätern im wesentlichen um Magdeburger handelt, die der Polizei gut bekannt waren.

Auch für die Opfer war der Angriff keine völlige Überraschung. Eine 16jährige hatte die Flüchtlinge aus der Asylunterkunft einen Tag zuvor gewarnt, daß Nazis sie am „Vatertag" am „Zentralen Platz" angreifen wollen. Ein Mitglied der Magdeburger Antifa-Gruppe „Bandiera Rossa" berichtete, sie hätten bereits drei Tage vor dem 12.5.94 die Information gehabt, daß Nazis in der Innenstadt etwas vorhätten. Die Innenstadt ist Treffpunkt nicht nur für Menschen anderer Länder, sondern auch für Punks, und denen wurde schon vorher gedroht, daß sie am „Vatertag" „plattgemacht" würden. Abgesehen von Hinweisen des Verfassungsschutzes gab es noch genügend andere Gründe, auf Gewaltaktionen von Nazis gefaßt zu sein. Der „Vatertag" ist ein beliebtes Datum für Nazi-Übergriffe. Das Jahr zuvor überfielen Nazis in Magdeburg einen Algerier. Die Brüder Ali und Haydar Bastumer, Pächter der Marietta-Bar, berichteten, daß ihr Lokal seit vier Jahren an jedem „Vatertag" von Nazis angegriffen wird. Es war allgemein bekannt, daß circa 100 Nazis vor dem 12.5.94 am Rande von Magdeburg, am Barleber See, ein Zeltlager errichtet hatten. Trotz all dieser Fakten gab das Lage- und Führungszentrum der Polizei von Magdeburg keinen besonderen Einsatzauftrag.

(FR und Junge Welt, 14.5.94; taz, 14.5.94 und 16.5.94; Sächsische Zeitung und Magdeburger Volksstimme, 17.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94 und 18.5.94; FAZ, 19.5.94; Stern Nr. 21/1994; PB, Nr. 10/1994; u. a.)

Polizei und Staatsanwaltschaft verweigerten systematisch jede Maßnahme gegen Nazis – offensichtliche Unterlassungen wurden mit Ausreden gerechtfertigt. Am Tag des Pogroms ließ die Polizei die meisten Täter laufen. Die wenigen, welche festgenommen worden waren, wurden nach wenigen Stunden wieder freigelassen. Die Polizei aktivierte während ihres gesamten Einsatzes keinen Video- und Dokumentationstrupp, der ansonsten bei der kleinsten Antifa-Demo unverzüglich tätig wird. Polizeipräsident Stockmann mußte einräumen, daß „in der Hektik vielleicht der eine oder andere falsche Mann" festgenommen worden sei. Die sofortige Freilassung von festgenommenen Nazis wurde verteidigt mit der Ausrede, die Polizei könne keine unzulässige Freiheitsberaubung begehen, wenn kein Haftgrund vorliege. Laut Polizeirecht des Landes Sachsen-Anhalt hätten sie aber bis zum Ablauf des nächsten Tages festgehalten werden können. Polizeipräsident Stockmann versuchte es am 15.5.94 zunächst mit der Erklärung an die Presse: Die 49 Personen seien lediglich in Verhinderungsgewahrsam genommen worden, um prophylaktisch Schlägereien zu vermeiden. Von den Nazi-Angreifern sei keiner mehr vor Ort gewesen. Die Täter seien sofort in eine Straßenbahn geflüchtet. Eine Zivilstreife habe die Gruppe zwar verfolgt, dann aber aus den Augen verloren. Später rechtfertigte er sich wie folgt: „Wir hatten keine schlagkräftigen Beweise" und: „Die Video-Truppe hätte wohl aktiviert werden müssen." Generalstaatsanwalt Jürgen Hoßfeld behauptete, die Freilassung der vorläufig Festgenommenen sei angeblich eine eigenmächtige Entscheidung der Polizei-Einsatzleitung gewesen. „Die Staatsanwaltschaft ist vorher nicht gefragt worden." Der Innenminister und Justizminister von Sachsen-Anhalt, Walter Remmers, sah „keinen Grund, die Polizei für das prinzipielle Verfahren zu kritisieren". Einziger Kritikpunkt war für ihn die Freilassung der 49 Verhafteten noch am gleichen Tag ohne Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft. Ansonsten lobte er die Polizei, die „eine Leistung vollbracht hat, die für mich beeindruckend ist". Die Polizei habe immerhin 49 Gewalttäter verhaften können.

Am 13.5.94 gaben Polizei und Staatsanwaltschaft bekannt, daß keine Haftbefehle gegen die Täter beantragt werden, da die Chancen, beim Haftrichter mit dem Antrag durchzukommen, zu gering seien. Laut Stockmann hätte keine Möglichkeit bestanden, gegen die Nazis Anklage zu erheben, denn: „Es ist kaum möglich, einzelnen Tätern bestimmte Straftaten zuzuordnen." Die Ermittlungen seien durch den fehlenden Einsatz des Video- und Dokumentationstrupp erschwert worden. Auch das von der Staatsanwaltschaft am 13.5.94 beschlagnahmte Filmmaterial des Mitteldeutschen Rundfunks vom Tag des Pogroms lieferte angeblich nichts Beweiskräftiges. Das Fehlen der Beweissicherung entschuldigte Remmers mit der Ausrede „Wer weiß denn bei einer von zig Alarmierungen am Tag, was auf ihn zukommt, ein Familienstreit oder ein Desaster ?"

(taz, 14.5. u. 16.5.94; FR, 14.5. u. 18.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5. u. 18.5.94; Magdeburger Volksstimme, 16.5.94; Bild, 18.5.94; Stern Nr. 21/1994; u. a.)

Wie die Polizei in Magdeburg Menschen anderer Hautfarbe diskriminiert und mißhandelt hat (Berichte von Opfern)

Die Magdeburger Bürgerrechtsgruppe „Nachbarschaftliches Cracau-Prester" veröffentlichte Gesprächsprotokolle aus etlichen Interviews, die sie mit den Opfern des Pogroms führte.

Die Einzelaussagen dokumentieren nochmals die gezielte polizeiliche Festnahme von Nichtdeutschen, die sich gegen Nazis zur Wehr setzen, sowie das offensichtliche Einverständnis zwischen Polizei und Nazis. Darüber hinaus wird deutlich, welchen Qualen Nichtdeutsche ausgesetzt waren, sobald sie in Polizeihände gerieten, ob auf der Straße oder im Polizeirevier. Die Palette an Diskriminierungen und Mißhandlungen reicht von verbalen Beschimpfungen, teilweise 12stündiger Haft ohne Essen, Trinken und Decken, Verweigerung ärztlicher Hilfe für Verletzte, bis zu erzwungener Entkleidung und brutaler körperlicher Gewalt. Die Protokolle sind in der „Frankfurter Rundschau" vom 9.6.94 dokumentiert, der wir die nachfolgenden Auszüge entnehmen. (Siehe auch taz, 10.6.94)

„Ich stand dann bis 15.30 Uhr etwa am verabredeten Treffpunkt, das war im Eingang zum McDonald's direkt zum Breiten Weg mit dem Rücken zur Tür. Der Lärm wurde immer mehr. Ich sah Leute schnell weglaufen. Plötzlich bekam ich einen Fußtritt von hinten. Das war ein Deutscher. Ich rannte sofort weg, aber ich hatte große Schmerzen. Ich konnte gar nicht verstehen, was plötzlich los war... Da waren Nazis, und sie riefen: ‚Ausländer raus!' Ich rannte in Richtung Strombrücke, wollte mich schnell ins Asylheim in Sicherheit bringen. Als ich die Straße bei der Ampel in Höhe Johanniskirche überquerte, war da ein Polizeimann. Der hielt mich fest, riß mich am Hemd. Ich fragte: Warum?! Dann hat mich der Polizeimann niedergestoßen. Ich lag am Boden, und er hielt mich nieder. Ich mußte etwa fünf Minuten so liegen, dann kam ein Polizeiauto, ich mußte einsteigen und wurde zur Polizeistation gebracht, wo auch die Ausländerbehörde ist, das ist am Breiten Weg, rechts, Richtung Hasselbachplatz. Hier wurde ich von ca. 16.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr in eine Zelle gesperrt. Ich mußte mich völlig ausziehen, nur den Slip durfte ich anbehalten...

Auf Nachfrage: Ja, ich mußte mich völlig entkleiden und zwei Stunden warten, bis ich mich wieder ankleiden durfte und mit einem Wagen in ein anderes Polizeigebäude gefahren wurde. Das war nach 18.00 Uhr.

Auf Nachfrage: Es war die Polizeidirektion am Buckauer-Tor, wohin ich nun gebracht wurde. Dort wurde ich in einen Raum gebracht, wo noch andere Asylbewerber eingesperrt waren. In einen zweiten Raum brachten die Polizisten die Nazis.

Wir wurden nun einzeln von der Polizei vernommen. Das erfolgte bei mir in deutscher Sprache. Ich konnte ein wenig deutsch antworten auf die Fragen der Polizisten.

Ich hatte Schmerzen von dem Fußtritt, den ich bekommen hatte vor Stunden. Ich bat um einen Arzt. Die Polizei sagte mir, ein Arzt würde kommen, aber es kam keiner. Dann bat ich ein zweites Mal um einen Arzt, das war viel später, und ein Beamter sagte zu mir: ‚Geh doch selbst zum Arzt!' So haben sie mich gedemütigt... Bei der Vernehmung habe ich alles gesagt, was ich gesehen hatte, und auch, daß ich gar nichts getan habe, und daß ich eigentlich nach Hause laufen wollte. Aber sie haben mich dabehalten, wir mußten alle in diesem Raum bleiben, ohne Decken, die ganze Nacht. Ich habe versucht, auf dem Fußboden zu schlafen. Am nächsten Morgen wurden wir vor 5.00 Uhr entlassen

Wir kamen an die Haltestelle der Straßenbahnen in Richtung Karstadt. Wir setzten uns in die Grünanlage gegenüber der Haltestelle, und einige Augenblicke später kam ein arabischer Asylbewerber zu uns, der uns sagte, daß Rechtsradikale die Ausländer angegriffen hatten, daß

die Polizei gekommen war, daß sie jedoch die Ausländer festnahm, vor allem die Afrikaner. Bei den anderen Ausländern schrieb sie den Namen auf, ließ sie jedoch laufen.

Wir hatten sofort große Angst und wollten zurück zu unserem Heim. Wir wollten zu Karstadt, um dort die Straßenbahn Nr. 4 nach Cracau zu nehmen. Von weitem sahen wir eine kleine Gruppe Schwarzer und gingen direkt zu ihnen, um genauere Informationen zu bekommen. Sie standen an der Fahrkartenverkaufsstelle bei Karstadt, gegenüber McDonald's. Von dort sahen wir die Rechtsradikalen im Café Flair sitzen. Zwei junge Schwarze, die wohl von den Vorfällen nichts wußten und gerade aus McDonald's herauskamen, wurden sofort von den Rechtsradikalen angegriffen, und alle Leute, die im Café Flair saßen, mischten sich in das Gewühl ein.

Plötzlich waren wir auch von Rechtsradikalen umgeben, vor den Augen der Polizei. Wir begriffen die wahre Gefahr, als wir sahen, daß die Polizei die Schwarzen verhaftete. Wir sahen auch mit eigenen Augen, wie ein Polizist uns den Mittelfinger (das „Fuckzeichen", Red.) zeigte, und wir merkten vor allem, daß die Polizei, die zwischen uns und den Rechtsradikalen stand, sie durchgehen ließ, so daß sie uns hinter der Polizeilinie angreifen konnten. Wir flohen in Richtung Grünanlagen auf den zentralen Platz, was auch falsch war, denn es sah wohl so aus, als wären an diesem Tag alle Einwohner Magdeburgs Rechtsradikale. Wir wurden an diesem Tag von zwei Gruppen verfolgt, den Rechtsradikalen und der Polizei. Wir wurden von einem Rechtsradikalen mit nacktem Oberkörper und seinen Freunden verfolgt, bis es uns gelang, an der Haltestelle Reuterallee/Otto-von-Guericke-Straße in die Straßenbahn Nr. 4 zu steigen.

Wir haben dann unsere Verfolger daran gehindert, in die Straßenbahn zu steigen, indem wir die Türen mit unseren Füßen blockiert haben. Die Rechtsradikalen waren wütend, und es gelang ihnen sogar, die Scheiben der Straßenbahn, in der wir uns befanden, zu zerschlagen und uns mit Steinen zu bewerfen. Mein Freund wurde durch einen Stein am Kopf getroffen. Ein anderer Afrikaner wurde durch eine Flasche an der Hand ernsthaft verletzt.

Am Nachmittag wurde im Asylheim das Gerücht bekannt, daß Nazis in der Stadt Farbige verprügeln. Wir hörten auch, daß ein paar Kollegen von uns von der Polizei verhaftet worden sind. Wir waren sehr aufgeregt. Wir beschlossen, zur Polizei zu gehen, damit unsere Kollegen freigelassen würden. Wann wir aufbrachen, weiß ich nicht mehr genau, es war am frühen Abend. Wir stiegen, 15 bis 20 Leute, in die Straßenbahn Nr. 4 und fuhren bis zur Haltestelle am Breiten Weg. Als wir dort ankamen, sahen wir links, beim großen Parkplatz, viele Polizisten. Es waren sehr viele Polizisten. Von der Haltestelle gingen wir an den Polizisten vorbei in Richtung Polizeistation am Breiten Weg. 5 Polizeibeamte folgten uns.

Wir erreichten unbehelligt die Polizeistation und gingen alle (?) hinein. Dort wurden wir deutsch angesprochen, was wir hier wollten. Wir forderten, daß die Polizei jemanden schickt, der englisch dolmetschen kann. Dann kam eine Frau, die englisch sprach. Wir fragten: ‚Wo sind unsere Kollegen!' Es war ein großes Durcheinander. Wir wurden aufgefordert, das Gebäude zu verlassen. Zwei Sprecher verhandelten für uns mit der Polizei. Ich ging mit nach draußen. Dann kamen unsere zwei Sprecher. Es gab kein Ergebnis. Die Polizei konnte uns nicht sagen, wo unsere Kollegen sind. Darum beschlossen wir spontan einen Sitzstreik vor dem Polizeigebäude. Als wir da saßen, kamen etliche Polizeibeamte aus dem Gebäude und gingen zu ihren privaten Autos, die davor geparkt waren, und sie fuhren ihre Autos durch das Tor in das Gebäude. Wir schlossen daraus, daß es hier auf eine Konfrontation hinauslaufen würde, die Polizisten wollten vorher ihr Eigentum in Sicherheit bringen, bevor man uns vielleicht gewaltsam wegbringen wollte... so dachten wir, und wir gingen gegen 21.00 Uhr weg.

Zusammenfassung der Berichte der Afrikaner auf der Veranstaltung des Vereins „Nachbarschaftliches Cracau-Prester" am 18. Mai in der Briccius-Gemeinde in Cracau.

Diese Berichte wurden übereinstimmend von unterschiedlichen Menschen gegeben. Auch Asylbewerber aus dem ehemaligen Jugoslawien, die das Geschehen vom Rande aus verfolgten (weil sie nicht als Ausländer erkannt wurden), bestätigten diesen Ablauf. Ein Kosovo-Albaner, der aus der Telefonzelle die Ereignisse am Zentralen Platz verfolgte, zog den Schluß: „Die Polizei hatte die Nazis ermuntert"

Zeit: ca. 14.30 Uhr

Zu diesem Zeitpunkt waren auf dem Parkgelände (Springbrunnen/Zentraler Platz) viele Personen unterschiedlicher Nationalitäten versammelt. Zu Beginn herrschte ein ruhige Atmosphäre. Die Polizei war mit mehreren Beamten und Einsatzwagen anwesend. Langsam heizte sich die Atmosphäre auf. Betrunkene Deutsche begannen, die Ausländer zu beleidigen und ausländerfeindliche Parolen zu rufen. Die Polizei schritt nicht ein. („Hätte die Polizei nur einmal laut geschrien, so wären die Deutschen in dieser Situation eingeschüchtert gewesen und hätten sich zurückgezogen", meinte ein Afrikaner). Dann liefen mit Eisenstangen, Stuhlteilen, Flaschen und Baseballschlägern bewaffnete Jugendliche aus nördlicher Richtung auf den Park zu und fingen an auf die dort Anwesenden – Ausländer und Deutsche – brutal einzuschlagen.

Die bedrohten Menschen flüchteten in alle Richtungen.

Die Afrikaner wurden von den schlagenden Jugendlichen verfolgt.

Es wurden auch Steine geworfen.

Zeit: ca. 15.30 Uhr

Es waren viele Polizisten und Schaulustige in der Umgebung von McDonald's. Die bedrohten Leute aus dem Park haben versucht, die Polizei um Schutz zu bitten. Aber die Polizei zog sich zurück. Ein Polizist hat dabei den Ausländern aus dem Auto heraus den Fuck-Finger gezeigt. Die Nazis überfielen und schlugen die Leute. Durch das Fingerzeichen der Polizei, das sie auch wahrnahmen, waren sie sich sicher, daß sie von Seiten der Polizei nichts zu befürchten hatten.

Es fanden auch Überfälle vor McDonald's statt. Ein Afrikaner, der sich gegen fünf Jugendliche wehrte und dabei ein Messer zog, wurde von der Polizei in Handschellen abgeführt. Die Jugendlichen ließ man laufen. Immer, wenn Ausländer versuchten, sich zu verteidigen, wurden sie festgenommen.

Es wurden auch Nazis verhaftet, aber nur die, die Polizisten angriffen. Von den Afrikanern wird darauf verwiesen, daß vor Beginn der Überfälle Polizei in Streifenwagen und auch Polizisten zu Fuß unterwegs waren.

Die Vorkommnisse vor Karstadt, die mit der Flucht von fünf Afrikanern in die Marietta-Bar endeten, wurden wie folgt beschrieben: Gegen 15.30 Uhr unterhielten sich fünf afrikanische Asylbewerber mit einer Gruppe Mädchen, als drei junge Leute auf die Gruppe zukamen. Ein Afrikaner wollte sie begrüßen, als Erwiderung wurden sie aufgefordert, abzuhauen.

Es kamen immer mehr Jugendliche auf die Gruppe der Afrikaner zu, es entstand Gerangel, Schläge fielen, die Afrikaner wurden von mehreren Seiten angegriffen und flüchteten voller Angst in die Marietta-Bar.

Abends

Es kommt an vielen Orten zu Übergriffen. Mehrere Schwarzafrikaner, die sich auf dem Präsidium nach dem Schicksal ihrer verhafteten Leute erkundigt hatten, befinden sich auf dem Breiten Weg, Höhe Post/Kugelblitze, als aus einer Straßenbahn eine Gruppe von jungen Leuten kam. Sie bewaffneten sich mit Steinen aus dem Fahrbahnbett der Straße und machten Jagd auf die Ausländer. Die Polizei war dabei. Sie schritt erst ein, als Steine auf sie geworfen wurden.

Sonstiges

Mehrere Asylbewerber berichteten auf der Veranstaltung, daß bei Angriffen in der Vergangenheit die Polizei Hinweise und Anzeigen der Asylbewerber nicht ernst genommen hat, bzw. bei Überfällen die Opfer – also die Ausländer – und nicht die Täter mitgenommen wurden.

Ein Sudanese berichtete von einem Vorfall in der Disco Space, etwa Februar 1994. Er war von Deutschen zusammengeschlagen worden. Die alarmierte Polizei nahm nicht die Täter mit, sondern ihn, der blutüberströmt war. Zwei Stunden wurde er verhört, dann „setzten sie mich vor die Tür, obwohl ich sehr verletzt war." Erst in der Asylbewerberunterkunft alarmierte ein Zimmergenosse den Krankenwagen. Der brachte ihn ins Krankenhaus, wo er ärztlich behandelt wurde. Zwei Wochen war er in ärztlicher Behandlung. In diesem Fall liegt inzwischen eine Anzeige des betroffenen Asylbewerbers gegen die Polizei vor.

Ausnahmsweise berichtete auch eine bürgerliche Zeitschrift über den Polizeiterror in Magdeburg: Yusuf Barzan aus dem Irak wurde beim Verlassen des McDonald's-Restaurants von Nazis mit Baseballschlägern geprügelt. Die Polizei war in der Nähe und nahm ihn fest. Ein Beamter trat ihm in den Unterleib. In der Polizeiwache mußte er sich bis auf die Unterhose ausziehen und wurde vier Stunden in eine Zelle gesperrt. *(Stern Nr. 21/1994)*

* * *

In Magdeburg hat die Polizei das Pogrom ermöglicht und ist selbst gegen Flüchtlinge, gegen Menschen schwarzer Hautfarbe vorgegangen und hat diese auf den Polizeistationen schikaniert und mißhandelt. Der Polizeiterror gegen Menschen anderer Hautfarbe in Magdeburg ist vor allem durch die Opfer öffentlich gemacht worden. Dieser Terror ist aber in Deutschland keine Ausnahme: In den Fängen der Polizei – ob auf der Straße, im Polizeiwagen oder auf der Polizeistation – sind Flüchtlinge, Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern, Sinti und Roma Zielscheibe des Polizeiterrors. Sie werden diskriminiert, verhöhnt, wie selbstverständlich als Tatverdächtige, als Kriminelle festgehalten, durchsucht, verhört, dabei geprügelt, zusammengeschlagen und mißhandelt bis hin zu Methoden der Folter. Dies ist ein Teil des alltäglichen Rassismus, der vom Staatsapparat und seinen Organen auch immer offener praktiziert wird. Bekannt ist dies schon lange. In Hamburg und Berlin zum Beispiel mußten Polizisten in den letzten Jahren wenigstens zeitweise vom Dienst suspendiert werden, wenn es auch in kaum einem Fall zu einer Verurteilung kam. Beweiskräftig dokumentiert ist ein Bruchteil dieses alltäglichen rassistischen Terrors in einem ausführlichen Bericht von amnesty international vom Mai 1994.

Staatsanwaltschaft und Gericht vertuschen die rassistischen Taten der Polizei

Bereits einige Tage nach dem Pogrom bestätigte Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers, daß eine private Strafanzeige gegen einen Polizisten eingegangen ist, der einen Ausländer festhielt, während Nazis auf ihn einprügelten. Ermittlungen wurden aber nicht eingeleitet. Erst Wochen später nach Bekanntwerden zahlreicher Übergriffe von Polizisten gegen Nichtdeutsche während des Pogroms am 12. Mai sah sich die Staatsanwaltschaft veranlaßt, die längst fälligen Ermittlungen aufzunehmen. Die direkt verantwortlichen Polizeieinsatzleiter Johann Lottmann, Polizeipräsident Antonius Stockmann und Innenminister Walter Remmers schwiegen beharrlich zu diesem Thema. *(SZ, 18.5.94; taz, 10.6.94)*

Die Staatsanwaltschaft sah sich aufgrund des öffentlichen Protestes gegen den Polizeiterror und der Unterstützung der Nazis gezwungen, letztlich gegen 15 Beamte Ermittlungen einzuleiten, schaffte es aber, daß nur ein Verfahren zur Anklage kam und 14 Ermittlungsverfahren schon vorher eingestellt wurden. Die Zeugenaussagen, die die Magdeburger Bürgerrechtsgruppe „Nachbarschaftliches Cracau-Prester" u. a. in der *FR* und der *taz* (9. u. 10.6.94) veröffentlichte, zählen für die deutsche Justiz – da es ja keine deutschen Staatsbürger sind – nun mal nur ein Bruchteil dessen, was demgegenüber von deutschen Beamten erklärt und ge(mein)eidet wird. Am 29. Juni 1995 wurde der einzige angeklagte Polizist vom Gericht „mangels Beweisen"(!) freigesprochen. Die Aussagen des Opfers, eines kurdischen Flüchtling aus dem Irak, sowie die anderer Flüchtlinge haben offenbar nicht das nötige Gewicht vor einem bürgerlichen Gericht in Deutschland. Von daher heißt es im Urteil lapidar: „Die Schuld des Beamten stehe nicht zweifelsfrei fest." Bis Ende August mußten zwei Beamte wegen ihres Verhaltens während des Pogroms vom Dienst suspendiert werden. Im September erhob die Staatsanwaltschaft die erste Anklage gegen einen 30jährigen Beamten wegen Körperverletzung an einem Mann aus dem Irak. *(FR, 23.7.94; SZ, 18.8.94, 31.8.94 und 14.9.94)* Monate später, nach dem Regierungswechsel in Sachsen-Anhalt, wurde Magdeburgs Polizeipräsident Antonius Stockmann vom SPD-Innenminister der Öffentlichkeit als alleiniger Sündenbock serviert und in den einstweiligen Ruhestand versetzt. *(SZ, 31.8.94)*

Polizei und Justiz nehmen die Ermittlungen nach den Tätern erst aufgrund massiver öffentlicher Kritik auf

Ali Bastumer kannte einige der Nazis, die bei der Menschenjagd beteiligt waren, denn sie kauften fast täglich einen Döner bei ihm. Nach dem Überfall hat er Polizisten in das benachbarte Lokal „Flair" geführt und ihnen drei der Schläger gezeigt. Die Afrikaner haben einen Tag später auch einige der Täter in der Straßenbahnlinie 4 wiedererkannt, die von der Siedlung Olvenstedt in die Innenstadt führt. Doch die Polizei interessierte sich dafür nicht. Vier Tage nach dem Vorfall war noch immer kein Beamter im Flüchtlingslager Cracau gewesen, um Augenzeugen zu vernehmen. Die Polizei bat die Bevölkerung um Hinweise, befragte aber nicht die Betroffenen. *(Stern, Nr. 21/1994)*

Da die rassistische Menschenjagd in Magdeburg weltweit Empörung auslöste, sah sich der als Bundespräsident abdankende Weizsäcker veranlaßt, Polizei und Staatsanwaltschaft von Magdeburg wegen ihres skandalösen Vorgehens öffentlich zu kritisieren. Daraufhin wurde am 16.5.94 der 19jährige Stefan W. aus Magdeburg-Olvenstedt als Rädelsführer per Haftbefehl inhaftiert. Ein Zeuge hatte den Nazi identifiziert, gab der Leitende Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers an. Bisher hatte sich auch Jaspers darauf beschränkt, das Fehlen von Beweisen

zu beklagen. Der Nazi Stefan W. hatte sich unter den 49 Festgenommenen vom 12.5.94 befunden. Erst Tage nach dem Pogrom werden Polizeibeamte zu ihren Beobachtungen vernommen, weil sie zuvor – so der ermittelnde Staatsanwalt – „nicht greifbar waren". Auch zahlreiche Zeugen und Beschuldigte werden jetzt endlich vernommen, das Filmmaterial des MDR wurde ausgewertet, von dem es vorher noch hieß, es gebe nichts her.

Im Zeitraum vom 16.5.94 bis 19.5.94 stellt die Staatsanwaltschaft nach und nach Haftanträge gegen einzelne Nazis, die alle zu Haftbefehlen führen. Bis zum 19.5.94 sind insgesamt sieben Nazis inhaftiert worden. Alle sieben haben „uns nicht unbekannte Namen", sagte Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers. Nach Polizeiaussagen waren viele der Täter „prominente" Magdeburger Nazis: Zwei Tatverdächtige waren bereits vorbestraft. Einer war wegen eines Gewaltdelikts zu anderthalb Jahren Bewährung verurteilt worden. Der andere war im Elbetrassenprozeß 1993 wegen Beteiligung an der Ermordung von Torsten Lamprecht zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Er wurde am 18.5.94 wieder auf freien Fuß gesetzt, da laut Haftrichter kein dringender Tatverdacht bestehe. Am 19.5.94 wurde ein weiterer Haftbefehl wieder aufgehoben, da der Tatverdächtige laut Oberstaatsanwalt Rudolf Jaspers geständig sei, eine Arbeitsstelle und einen festen Wohnsitz habe. 30 Nazis waren laut Staatsanwaltschaft bis zu diesem Zeitpunkt als Tatverdächtige ermittelt worden.
(taz, 16.5, 19.5.94 und 20.5.94; Neue Zeit, 18.5.94; FR, 19.5.94; Sächsische Zeitung, 17.5.94; Mitteldeutsche Zeitung, 17.5.94; Magdeburger Volksstimme, 17.5.94 und 18.5.94)

„Unzulässige Notwehr"?
Ermittlung gegen einen Nazigegner aus der Türkei

Das einzige Ermittlungsverfahren, daß zunächst von der Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde, richtete sich gegen einen der türkischen Kellner der Marietta-Bar, um zu prüfen, „ob der Rahmen der Nothilfe nicht womöglich unzulässig überschritten worden" sei, sagte Polizeipräsident Stockmann am 13.5. Generalstaatsanwalt Jürgen Hoßfeld dementierte diese Information später.
(taz, 14.5 u. 16.5.94)

Die Justiz schont die Täter des Pogroms

Nur wenige Nazis wurden vor Gericht angeklagt, viele blieben auf freien Fuß oder erhielten nur geringe Haftstrafen. Bis Mitte August 1994 waren insgesamt 70 Nazi-Täter ermittelt, von denen nur 17 angeklagt wurden. 53 namentlich bekannte Rassisten und Nazis hatten nicht einmal ein Gerichtsverfahren zu befürchten. *(SZ, 18.8.94)* Angesichts dessen, daß es sich um ein Pogrom handelte – das Gericht selbst sprach von „kriegsähnlichen Zuständen" –, daß solche rassistischen und nazistischen Schlägertrupps oft genug bewiesen haben, daß sie über Leichen gehen – am 27. September starb Farid Boukhit an den Spätfolgen des Nazi-Terrors –, läßt sich als erstes festhalten: Das Gros der bekannten Täter kam völlig ungestraft davon. Die zurückhaltenden Anklagen der Staatsanwaltschaft – sie lauteten auf Landfriedensbruch, Körperverletzung, aber kein einziges Mal auf versuchten Totschlag oder auf versuchten Mord – führten schließlich zu milden Urteilen der Richter. Diese Urteile unterstrichen, daß die angeklagten Nazis geschont und nicht wirklich zur Verantwortung gezogen werden.

Im ersten Prozeß gegen die Magdeburger Nazis am 22.7.94 hat das Amtsgericht Magdeburg drei Jugendstrafen verhängt. Der 20jährige Steve A. erhielt dreieinhalb Jahre, der 19jährige Stefan W. drei Jahre und der 20jährige Marco D. zwei Jahre Haft ohne Bewährung. Das Gericht hat *„unter schweren Bedenken auf Jugendstrafe erkannt"* und somit den Weg für eine Urteilsbegrenzung gebahnt, denn nach eigenen Aussagen wäre *„auch eine Verurteilung*

als Erwachsene in Betracht gekommen" (Stuttgarter Zeitung 23.7.94). Geradezu grotesk muß die Aussage der Richterin erscheinen, die Haftstrafen könnten bei guter Führung in Bewährungsstrafen umgewandelt werden, angesichts der Tatsache, daß Marco D. und Stefan W., die zwischenzeitlich wieder auf freien Fuß gesetzt worden waren, ihre Freiheit gleich dazu nutzten, am Wochenende des 16./17. Juli 94 auf einem Zeltplatz einen Mann mit Schlägen und Tritten schwer zu verletzen, so daß die außer Vollzug gesetzten Haftbefehle kurz vor Prozeßende wieder vollstreckt werden mußten *(FR, 23.7.94; ND, 19.7.94).* Viel mehr läßt diese Auffassung der Richterin die dahinterstehende Grundhaltung erkennen: In diesem ersten Prozeß kurz nach dem Pogrom mußte noch Rücksicht auf die große Aufmerksamkeit der demokratischen Öffentlichkeit im In- und Ausland genommen werden. Aus diesem Grund sollte erst mal eine relativ strenge Strafe ausgesprochen werden, auch zur Verbesserung des „deutschen Images" im Ausland. Doch wenn „die öffentliche Aufregung" und die kritische Aufmerksamkeit erst mal abgeklungen ist, dann kann großzügig mit dem Urteilsspruch verfahren werden.

Am 30.8.94, im zweiten Prozeß zum Pogrom am „Herrentag" in Magdeburg, verurteilte das Landgericht Magdeburg drei weitere Nazis. Das Gericht verhängte gegen den 21jährigen Heiko Kahle drei Jahre, gegen den 23jährigen Steffen Schütte zweieinhalb Jahre und gegen den 23jährigen Carlo Felgenträger zwei Jahre und drei Monate Haft. In der Urteilsbegründung wurde die nazistische Orientierung der Täter ausdrücklich verneint: „Die Angeklagten sind weder rechtsradikale Skinheads noch Neonazis." Statt dessen mußte eine fadenscheinige Begründung herhalten, um ein Tatmotiv zu finden. Angeblich hätten sich die rassistischen Gewalttäter lediglich revanchieren wollen wegen eines von der Polizei verhinderten Angriffs auf Nichtdeutsche bei einem Fußballspiel zwei Wochen zuvor, bei dem Nichtdeutsche sie angeblich provoziert hätten. *(SZ, 31.8.94)*

Am 14.12.94 sprach das Amtsgericht weitere Urteile: einen Freispruch, eine Bewährungsstrafe von 14 Monaten, und Christian B., der als einziger dieser drei Angeklagten als Haupttäter eingestuft wurde, kam für die Menschenjagd und den rassistischen Terror mit einer zweijährigen Haftstrafe davon *(FR 15.12.94).* Im Juni 95 kam es, wie sich das bereits in den ersten Prozessen ankündigte, erst gar nicht mehr zu Haftstrafen; die Täter blieben auf freien Fuß: drei Angeklagte erhielten lediglich Bewährungsstrafen von 12 bis 15 Monaten und einer wurde gar nur zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilt. *(FR 17.6.95)*

Wie bürgerliche Politiker und staatliche Behörden das Nazi-Pogrom vertuschen und rechtfertigen

Die Tatsache des Pogroms wurde vertuscht oder systematisch heruntergespielt. Laut Aussage des Magdeburger Polizeipräsidenten Antonius Stockmann begann die Menschenjagd auf Flüchtlinge mit schwarzer Hautfarbe *„spontan und ausgelöst durch Alkohol und Sonnenschein"*. Der Chef des Ordnungsamtes, Peter Thomaser, sprach von einer *„besseren Wirtshausschlägerei"* und erklärte die rassistischen Gewalttaten zu *„Randerscheinungen"*. Oberbürgermeister Willi Polte analysierte, die Gewalt sei überwiegend von Hooligans ausgegangen, und die seien *„Rowdies schlechthin"*, aber keine ausgesprochene Rassisten. Er beklagte ein *„unglückliches Zusammentreffen verschiedener Faktoren"*. Das Justizministerium wiegelte ab mit Sprüchen wie *„Am Vatertag haben da einige über den Durst getrunken"* oder von einem *„organisierten Schlag der Rechten"* könne *„keine Rede sein"* und sprach den Krawallen einen zielgerichteten politischen Hintergrund ab. *(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94, SZ, 14.5.94; Stern, Nr. 21/1994, taz, 14.5.95)* Frank Frenkel, Mitarbeiter des Magdeburger Innenministeriums, zeigte unverhüllte Sympathie mit dem Vorgehen der Nazis, als er kaltschnäuzig formulierte: Die Nazis *„kamen sich veralbert vor"*, als die Afrikaner „die Aufforderung" aus deutschem Munde ignorierten, den Zentralen Platz zu räumen. Im Bundestag hetzte der Abgeordnete Rolf Olderog (CDU). *„Es gibt Grenzen dessen, was ein Volk an Belastung ertragen kann. Diese Grenzen sind und waren überschritten."* Ein führender CDU-Politiker erklärte laut *Süddeutscher Zeitung* vom 16.5.94 kurz nach Himmelfahrt die „Ausländerkriminalität" zur Ursache für die Vorfälle in Magdeburg. Diese Propaganda wurde zwar von allen bürgerlichen Parteien in den vorangegangenen Jahren permanent betrieben. Es paßte aber zum Image der bürgerlichen Demokratie in Deutschland angesichts des rassistischen Pogroms nicht, nun gerade derart primitive Entlastungsangriffe zu betreiben. So ist denn auch zu verstehen, warum der angeblich „liberale" Heiner Geißler erklärte: *„Es handelt sich hier um amtlicherseits verbreitete statistische Lügen, die Agitationsfutter für die Rechtsradikalen sind"* – wobei er unbewußt ein Stück Wahrheit über die bürgerliche Medienpropaganda und staatliche Hetze ausplauderte.
(Mitteldeutsche Zeitung, 13.5.94; Junge Welt, 19.5.94; Die Woche, 19.5.94; Politische Berichte, Nr. 10/1994)

Das Pogrom wird zum „Normalfall":
„... das, was passiert ist, ist nicht außergewöhnlich."

Der Magdeburger Polizeipräsident Stockmann wies daraufhin, daß inzwischen in jeder deutschen Stadt mit Übergriffen auf Ausländer gerechnet werden müsse. Der Chef des Magdeburger Ordnungsamtes (Peter Thomaser) sagte: „Ich will nicht das schlimme Wort normal verwenden, aber das, was passiert ist, ist nicht außergewöhnlich."
(taz, 14.5.94, Stern Nr. 21/1994)

Wie im Polizeibericht die Ereignisse verfälscht werden und Stimmung gegen die sich wehrenden Opfer aus anderen Ländern gemacht wird

Am 17.5.94, fünf Tage nach dem Pogrom, veröffentlichte die Magdeburger Polizeidirektion auf Veranlassung von Innenminister Walter Remmers eine 13seitige „vorläufige Sachdarstellung". Normalerweise liegt ein solcher Einsatzbericht innerhalb von 48 Stunden vor. Die Vorläufigkeit des Berichts wird in der Vorbemerkung deutlich betont, um sich für nachträgliche Korrekturen den Rücken freizuhalten. Außergewöhnlich ist, daß ein solcher Bericht überhaupt veröffentlicht wird und dann noch in einem Stadium, als die Ermittlungsarbeiten gerade erst aufgenommen wurden. Wer den Bericht genauer liest, wird schnell feststellen, warum die Polizeibehörden diesen Bericht veröffentlicht haben und warum ihn die Medien größtenteils unkommentiert und ohne Kritik abdruckten oder Auszüge wiedergegeben haben. Die polizeiliche Darstellung verfälscht und verzerrt bewußt den tatsächlichen Verlauf. Remmers kommentierte die Widersprüche zu Beobachtungen von Augenzeugen mit dem Satz: *„Ich bin mit dem jetzigen Bericht auch noch nicht zufrieden."* Der Bericht suggeriert, die Polizei hätte immer schnell und entschlossen eingegriffen, allerdings hauptsächlich dann, wenn es gegen die Opfer des Naziterrors ging. Die Nazis werden systematisch aus der Schußlinie genommen. Die sich wehrenden Opfer und ihre Unterstützer sollten als Täter erscheinen.

Die Ereignisse am Zentralen Platz und bei der Marietta-Bar werden folgendermaßen verfälscht: Hooligans betrinken sich und fahren dann mit der Straßenbahn in die Innenstadt. *„Mit dem Schlachtruf ‚Hooligan – Hooligan' laufen sie sodann in die Grünanlagen des Zentralen Platzes und danach in Richtung Karstadt auf den Breiten Weg."* Was ihr Ziel auf dem Zentralen Platz war und was dort geschah, wird nicht erwähnt. Rassistische und nazistische Parolen werden ausgeklammert. Die sogenannten „Hooligans" treffen angeblich ganz zufällig *„auf eine fünfköpfige Gruppe Schwarzafrikaner und pöbeln sie an. Bedrängt durch die Hooligans flüchten die Afrikaner in die nahe gelegene Marietta-Bar."* Die für die Flüchtlinge lebensbedrohliche Situation wird heruntergespielt. Die Bewaffnung der „Hooligans" mit Baseballschlägern etc. wird nicht erwähnt. Das einzige ernsthafte Delikt der Nazis wird darin gesehen, daß sie durch das Zertrümmern der Fensterfront der Marietta-Bar und des Döner-Kebab-Imbisses einen größeren Sachschaden verursachten. Eine Stunde nach der Hetzjagd auf die Flüchtlinge waren es angeblich wieder die Verfolgten, die provozierten hätten und gewalttätig geworden seien: *„Einige Schwarzafrikaner zogen ihre Hosen herunter und zeigten das nackte Gesäß in die Richtung der deutschen Gruppierung. Dabei gestikulierten und riefen sie ‚Komm doch herüber'".* Die Polizei stellte fest, daß die verfolgten Flüchtlinge *„mit Stöcken und Steinen bewaffnet*

waren". Was die mindestens 60 Nazis grölten, androhten und taten, wird verschwiegen. Statt dessen erfolgt an dieser Stelle der Hinweis, daß am Café Flair ein durch einen Messerstich verletzter Deutscher gefunden wurde. Der Terror der Nazis gegen die Gruppe Flüchtlinge aus afrikanischen Staaten wird dann verharmlosend so beschrieben: „*Inzwischen nahmen die Gewalttätigkeiten zwischen beiden Gruppierungen zu. Es wurden Steine, Stühle und Tische geworfen.*"
Aus: „Morgengrauen – antirassistische Zeitung"

Antinazistische Gegenwehr wird mit dem Nazi-Terror gleichgesetzt

Magdeburger Volksstimme 14.5.95

Der Lokalanzeiger hörte sich am Tag nach den Krawallen im Stadtzentrum um:

Wut und Entsetzen über die sinnlose Gewalt und Zerstörung

Überfall und Schlägerei auch in der Straßenbahn

Während wir mit den beiden sprechen, werden wir von anderen Magdeburgern umringt, die ebenfalls ihrer Wut Luft machen wollen. „Die sollten doch erst mal arbeiten lernen, damit sie wissen, was das alles kostet", ruft jemand in die Runde. „Sinnlose Pelzerei", meint ein anderer, „dafür kann niemand Verständnis haben." Selten war bei einer Meinungsumfrage des Lokalanzeigers soviel Einhelligkeit bei den Magdeburgern zu spüren.

Weiteren Augenzeugen zufolge habe es im Laufe des Nachmittages bis in die Abendstunden hinein zahlreiche Schlägereien zwischen Jugendlichen unterschiedlicher politischer Gruppierungen Dabei seien auch Unbeteiligte angegriffen worden.

So stürmten Punks am Uniplatz einen Straßenbahnwagen, in dem sie einen rechten Jugendlichen vermutet hatten. „Mein Freund gehört jedoch keiner Szene an. Er hat lediglich kurze Haare", erzählte der Student Peter M. (Name liegt der Redaktion vor): „Doch weder von den Passagieren noch vom Straßenbahnfahrer kam Hilfe, als die Punks den jungen Mann zusammenschlugen. Der Fahrer hielt es nicht mal für nötig, auf unsere Bitte hin über Funk Beistand anzufordern."

9. Die Opfer werden zu Tätern gemacht

LÜBECK

Warum Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien das Nazi-Massaker vertuschen

Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, beispiellos ist auch die Kumpanei zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft, bürgerlichen Medien und Nazis: In polizeistaatlicher Art und Weise wurden Zeugenaussagen und Indizien vertuscht, Beweise fabriziert, Lügen verbreitet und von Polizisten den anfänglich drei bzw. vier verhafteten Nazis ein Alibi geliefert. Die Staatsanwaltschaft forderte die bürgerlichen Medien nachdrücklich zur „Zurückhaltung" bei der journalistischen Recherche auf. Als die „Ungereimtheiten" unübersehbar wurden, kam die Nachrichtensperre. Und es funktionierte: Selbst die sich als „kritisch" und „links" verstehenden Medien in Deutschland gingen rasch zur offiziell verordneten Darstellung über oder schwiegen.

Es gibt drei Gründe für den direkten Schutz der verhafteten Nazis, für die Vertuschung der Nazi-Morde:

Da ist zum einen die – oft unterschätzte – klammheimliche oder offen gezeigte nationalistische und nazistische Gesinnung bis hin zur Mitgliedschaft in Naziorganisationen in den Reihen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdiensten. Erinnert sei hier nur an die Tatsache, daß ein V-Mann des deutschen Geheimdienstes erwiesenermaßen in der Solinger Nazi-Szene organisiert war und die Solinger Nazi-Mörder in seiner als „Kampfsportschule" getarnten Nazi-Kaderschmiede ausgebildet wurden. Zum anderen gelang es durch die Verschleierungsmanöver, Proteste antinazistischer Kräfte zu paralysieren. Noch entscheidender ist jedoch, daß Polizei und Staatsanwaltschaft im Einklang mit den hochoffiziellen Repräsentanten des deutschen Imperialismus sehr an der Wahrung des „Ansehens Deutschlands in der Welt" gelegen ist.

Ähnlich wie im großen geschichtlichen Maßstab Auschwitz „bedauert" wird – genau genommen nicht wegen der Ermordeten, sondern weil es dem „Ruhm Deutschlands" geschadet hat –, überschlugen sich die Pressekommentare nach dem Motto „Wieder einmal hat es uns getroffen", und mit „uns" waren die „armen Lübecker" oder „die Deutschen" gemeint, die so erneut in „Verruf" geraten seien. Nicht wegen der ermordeten afrikanischen Frauen und Kinder sind diese Heuchler vom Dienst beunruhigt: Nein, das „Ansehen der Stadt" bereitete ihnen Sorge. Und auch davon konnten sie befreit werden durch die Verhaftung eines libanesischen Hausbewohners. Eine Welle der Erleichterung schwappte durch die deutschen Spießerhaushalte. Die „Betroffenheit" kurz nach der Brandnacht war schnell verfolgen. Dann folgte die Gegenoffensive. Von „Vorverurteilungen", sogar „Vorurteilen gegen Nazis" war da die Rede, und eine Flut übelster rassistischer und deutsch-chauvinistischer Klischees wurde in der Presse ausgebreitet, insbesondere gegen Menschen mit dunkler Hautfarbe.

Zweifel an den absurden Beschuldigungen tauchten zwar auf, wurden aber massiv beiseite geschoben. Fünf Tage nach dem Brandanschlag brachten Staatsanwaltschaft und Polizei schließlich eine Erklärung in Umlauf, mit der den Medien nach einer „gewissen Zurückhaltung" abgefordert wurde. Momentan, so hieß es, würden noch Zeugen vernommen, und der Wert ihrer Aussagen könnte durch zuvor gewährte Interviews verringert werden. *(Die Welt, 24.1.96)* Als der eine oder andere Journalist sich dann doch nicht der staatlich auferlegten

„freiwilligen Zensur" beugen wollte, kam auch prompt die polizeistaatliche Nachrichtensperre.

Eine aufmerksame Lektüre der Presseberichte und eine Zusammenstellung der Medien-Berichterstattung genügt bereits, um einige der zentralen Lügenmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien aufzudecken.

Die infame Lüge „Keine Ausländerfeinde"

Die Festnahme zuerst von drei, später von vier Nazis war allem Anschein nach eine „Panne". Doch die in die „großen Überlegungen" des deutschen Imperialismus nicht eingeweihten kleinen Lübecker Beamten bekamen schnell Anweisung von oben: die Unschuld der Verhafteten sei erwiesen. Auf die Frage, weshalb es dann überhaupt zu einer Festnahme gekommen sei, wenn die Polizei doch von der „Unschuld" der Verhafteten durch polizeiliche Beobachtung wußte, lautete die Antwort, es habe sich *„um andere Kräfte der Polizei" (Medien- und Verlagswerkstatt Querblick)* gehandelt. Nun habe die Polizei jedoch ein Alibi festgestellt, es sei nur um Autodiebstahl gegangen und die Festgenommenen hätten deshalb rasch auf freien Fuß gesetzt werden können. Der zuständige Staatsanwalt Michael Böckenhauer wurde nicht müde bei der Wiederholung seiner Behauptung, keiner der Festgenommenen sei dem Verfassungsschutz bekannt. *(taz, 19.1.96)* Und der Lübecker Polizeidirektor Tabarelli verbreitete die Lüge, als *„Ausländerfeinde sind sie bisher nicht aufgefallen" (Hamburger Morgenpost, 20.1.96).* Unbekannt, so mußte der Grevesmühlener Polizeisprecher dann doch zugeben, seien die drei Nazis der dortigen Polizei nicht, doch: *„Es war aber eher das Übliche." (FAZ 19.1.96)*

Die Tatsache, daß der 26jährige René B., der 17jährige Maik W. und der 22jährige Heiko Patynowski in unmittelbarer Nähe des Brandorts aufgegriffen worden waren, wurde als bloße „Neugier" gedeutet, um „mal zuzuschauen, wie so ein Haus abbrennt", hieß es. Auch die Tatsache, daß sich am 18. Januar, dem „125. Jahrestag der Reichsgründung", im nahe gelegenen Hamburg in der Brandnacht Nazis zu einer „Gedenkveranstaltung" versammelt hatten, wurde sorgsam unter den Tisch gekehrt.

In den Hintergrund gerückt wurde auch die Tatsache, daß Nazi-Aktivitäten und -Anschläge in Lübeck nicht zu leugnen waren: Da war der antisemitische Brandanschlag auf die Lübecker Synagoge am 25. März 1994, ein wiederholter Brandanschlag ein Jahr später am 7. Mai 1995, da war die Briefbombe vom 13. Juni 1995 gegen einen Stadtrat, der sich über den Nazi-Brandanschlag auf die Synagoge empört hatte, da war eine Bombendrohung gegen die nach einem jüdischen Geschwisterpaar benannte Geschwister-Prenski-Schule, da gab es Drohungen gegen Lübecker Antifaschisten und Antirassisten, da waren Brandanschläge auf eine im Bau befindliche Unterkunft von Flüchtlingen, da war der knapp einen Monat zurückliegende versuchte Brandanschlag Dezember 1995 auf das Flüchtlingsheim in der Hafenstraße *(Junge Welt, 24.1.96)*, da berichteten Bewohnerinnen und Bewohner des zweiten Lübecker Heimes für Flüchtlinge „St. Gertrud", daß sie mit Drohbriefen belästigt und mit explodierenden Feuerwerkskörpern vor dem Haus in Todesangst versetzt worden waren *(Lübecker Nachrichten 20.1.96).*

Es war eine dreckige Lüge, daß es sich bei den drei bzw. vier zunächst Verhafteten um „keine Ausländerfeinde" handelt: Einer von ihnen bekannte sich zumindest mit Glatze, Bomberjacke und Springerstiefeln auch äußerlich zur Nazi-Ideologie; ein weiterer, Maik W., hatte im Juli 1995 wegen Nazi-Schmierereien bereits zwei Monate in Untersuchungshaft abzusitzen *(Spiegel, 4/96).* Zur bis heute geheim gehaltene Identität des vierten Nazis haben Lübecker Antifas den konkreten Verdacht, daß es sich um einen ihnen namentlich bekannten Kader

der Nazi-Organisation „Nationalistische Front" handelt. Verhaftungen und Hausdurchsuchungen im Umfeld der aus Grevesmühlen, Zarnewenz und Boizenburg stammenden Nazis wurden erst gar nicht durchgeführt. Bei der Befragung nach Nazis und Nazi-Aktivitäten vor Ort erfuhren Fernsehreporter von grinsenden „Kameraden", so etwas gebe es hier nicht und – weiter grinsend – ihre Freunde hätten bestimmt nichts mit dem Brandanschlag zu tun. Der Presse gegenüber konnte der Chef des Grevesmühlener Jugendzentrums zwar *„Pöbeleien gegen Ausländer"* nicht leugnen, das sei für ihn aber *„nicht unbedingt rechts". „Wir diskutieren darüber"*, so der O-Ton, *„und dann ist das gut" (Junge Welt, 22.1.96).* Nazis aus Grevesmühlen waren schon 1992 bei den Nazi-Pogromen im nahe gelegenen Rostock beteiligt gewesen. Damals erklärten sie in einem von der ARD produzierten Dokumentarfilm: *„Es war einfach ein gutes Feeling..."* Ein Nazi: *„Aber irgendwie müssen die doch raus, die Ausländer."* Seine Mutter: *„Aber doch so nicht."* Nazi: *„Wieso nicht?"* Seine Mutter: *„Na, nicht mit Häuser anstecken. Die Häuser sind ja für niemanden mehr zu gebrauchen, weder für Deutsche, noch für Ausländer jetzt." (HR-3-Sendung vom 23.1.1996 „Das starke Stück der Woche", zitiert in einem Flugblatt der Gruppe „Café Morgenland")*

Ob die vier Verhafteten „nur" Schmiere standen, den Nazi-Brandanschlag selbst verübt oder sich vorher informiert das „Schauspiel nicht entgehen lassen wollten" – es liegt auf der Hand, daß die grinsenden Kameraden mehr wissen, als sie sagen, daß sie lügen, und das nicht ohne Grund.

Die dreiste Lüge: „Das hätten die nicht schaffen können..."

Immer wieder wiesen die Ermittlungsbehörden darauf hin, daß die Unschuld der drei bzw. vier Nazis nicht nur durch deren eigene Aussagen, sondern auch durch „objektive Beweise" zweifelsfrei feststünde. Polizisten lieferten ihnen ihr „Alibi": Um *„3.20 Uhr"* hätten sie an einer *„weit" (Lübecker Nachrichten, 20.1.96), „relativ weit" (FR, 20.1.96)* bzw. *„entfernt gelegenen" (taz, 20.1.96)* Tankstelle getankt, dies würde durch Zeugenaussagen belegt, das Auto sei von der Polizei beobachtet worden *(Lübecker Nachrichten, 20.1.96).* Deshalb, so der Lübecker Polizeidirektor, hätten sie die Fahrt von der Tankstelle bis zur Hafenstraße in der verbleibenden Zeit nicht schaffen können *(Junge Welt, 20.1.96).*

Auch das ist eine Lüge. Tatsache ist, daß, so erklärte einer der vier verhafteten Nazis, Heiko Patynowski, in einem Interview, die Tankstelle 15 Kilometer vom Brandort entfernt lag *(Spiegel 4/96).* Das Feuer ist dort gegen 3.40 Uhr ausgebrochen *(taz und FR, 19.1.96)* und wer behauptet, daß 15 Kilometer mit dem Auto durch eine Kleinstadt mitten in der Nacht in 20 Minuten nicht zu schaffen sind, der lügt. Nicht umsonst war in der Presse zu lesen, daß drei der Verhafteten einer Polizeistreife wenige Minuten nach Ausbruch des Feuers hundert Meter vom Brandort entfernt aufgefallen seien, als sie in ein Auto stiegen *(FR, Badische Neueste Nachrichten, Junge Welt, 19.1.96).*

Das Drecksmanöver mit dem von „innen gelegten Brand"

Hieß es in den noch weitgehend ungefilterten und nicht „koordinierten" Erklärungen am Tage nach dem Brandanschlag bei der Staatsanwaltschaft, daß das Feuer an mehreren Stellen gleichzeitig ausgebrochen sei *(taz, Badische neueste Nachrichten, 19.1.96)* und deckten sich diese Angaben auch mit den Beobachtungen von Feuerwehrleuten, die bei ihrer Ankunft mit den Löschwagen drei Brandherde beobachtet hatten *(FAZ, 20.1.96),* so behauptete die Polizei, noch bevor die Brandschutzexperten überhaupt so weit vordringen konnten *(Hamburger Morgenpost, Junge Welt, 20.1.96),* die Ursache sei ein einziger Brandherd, den sie *„im 1. Stock"* vermutete *(taz, 19.1.96).* Ein Verwirrungsspiel begann, der Lübecker Polizeidirektor

verkündete: *„Wir reden zur Zeit nicht mehr von einem Brandanschlag"*, und es werde *„in alle Richtungen ermittelt" (Hamburger Morgenpost, 20.1.96).* Von technischem Defekt, brennenden Zigaretten oder einem Bügeleisen war nun die Rede *(Spiegel, 4/96).* Tatsache ist jedoch, daß Bewohnerinnen und Bewohner des Flüchtlingsheimes berichteten, in der Brandnacht Vermummte mit Molotowcocktails hantieren gesehen zu haben *(taz, 19.1.96).* Eine Heimbewohnerin erklärt: *„Ich habe zuerst Glas klirren hören ..." (Lübecker Nachrichten, 20.1.96)* Auch der Vater von Safoan Eid gab an, daß er in der Brandnacht ein Gartentor auf- und zugehen hörte. Danach habe es im Haus eine Explosion gegeben, außerdem habe er eine Chemikalie gerochen. *(Bild am Sonntag, 21.1.96)* Als „Beweis" dafür, daß „Fremde" das Feuer angeblich nicht haben legen können, präsentierte die Polizei dann eine verschlossene Haustür *(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 21.1.96),* eine Aluminiumtür, deren Milchglasscheibe, die zwei Drittel der Höhe der Tür maß *(Lübecker Bündnis gegen Rassismus, 2/96),* schon lange kaputt war, wie Bewohner des Heimes berichteten, so daß sich Fremde leicht haben Einlaß verschaffen können!

Zur organisierten Nazi-Szene in Lübeck und Grevesmühlen

Im Flugblatt des *Lübecker Bündnisses gegen Rassismus* zur Demonstration in Lübeck am 20.1.1996 heißt es über die organisierte Nazi-Szene der Region:

„...In Grevesmühlen gibt es umfangreiche Aktivitäten von diversen Nazi-Organisationen, z. B. der Nationalistischen Front, dem Jungsturm und der NPD. In Lübeck gibt es ebenfalls NPD- und NF-Leute.

Vorsitzender der **NPD** Lübeck ist **Wolfgang Schimmel** (wohnhaft in Bad Oldesloe), als **Mitglied der NF** ist uns **Dirk-Oliver Bollman** (als Aktivist des sogenannten Nationalen Einsatzkommandos) aus Scharbeutz bekannt. Eine gründliche Untersuchung des Brandes, ohne diese Personen zu durchleuchten, ist unglaubwürdig!..."

In einem offenen Brief an die Bewohner von Grevesmühlen schreibt das Lübecker Bündnis außerdem:

„...Die Behauptung verschiedenster Persönlichkeiten der Stadt Grevesmühlen, in ihrer Stadt gebe es keine rechte Szene, ist vollkommen aus der Luft gegriffen. Uns liegen dazu detaillierte Informationen vor, die wir Ihnen an dieser Stelle gern zugänglich machen. Nach der uns vorliegenden Mitgliederliste der verbotenen Nationalistischen Front haben mindestens folgende Personen aus Grevesmühlen Kontakt zu dieser militanten Neonazi-Organisation:

Ahlgrimm, Daniel, *Grüner Ring 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,*
Dröse, Marcus, *Am Langen Stein 21, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,*
Eggers o. Eckers, Daniel, *Kastanienallee 9, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt,*
Mex, Alexander, *E.-Thälmann-Str. 136, Grevesmühlen, in der NF-Datenbank geführt."*

Dokument:
Interview mit Mohammed Eid, dem Bruder von Safwan Eid

Wie geht es den Bewohnerinnen und Bewohnern jetzt nach dem Brand? Wie viele sind noch im Krankenhaus, wie viele sind noch schwer verletzt?

Meine Mutter und mein Bruder sind noch schwer verletzt. Eine Frau aus Liberia, sie hat zwei Kinder, liegt auch immer noch im Krankenhaus und ist schwer verletzt. Die Familie Omari ist auch schwer verletzt. Auch die anderen Bewohner vom Haus sind zwar schon aus dem Krankenhaus entlassen, aber sie sind immer noch verletzt. Ein Mann hat einen Schock, seit dem Brand hat er fast kein Wort geredet, es geht ihm sehr schlecht, er kann seine Hände und Füße nicht richtig bewegen. Bei dem Brand ist er aus dem Fenster gesprungen und hat seine Frau getragen.

Wir finden es großartig und sehr mutig, daß die Bewohnerinnen und Bewohner sich trotz ihrer schwierigen Lage nicht haben spalten lassen von der Polizei und der Justiz. Wir haben gehört, daß der deutsche Staat nun versucht, die Bewohnerinnen und Bewohner die ja mit Safwan solidarisch sind, mundtot zu machen, indem sie sie abschieben. Wie ist die Situation von den Bewohnerinnen und Bewohnern der Hafenstraße heute? Ist jemand von Abschiebung bedroht? Gibt es schon Abschiebebescheide oder sogar Inhaftierungen in Abschiebehaft?

Wir alle, alle Bewohner sind immer noch von Abschiebehaft und Abschiebung bedroht. Wir haben immer noch kein gesichertes Aufenthaltsrecht hier in Deutschland. Im Moment ist noch ein Mann aus Afrika, er heißt Victor Atey, in Abschiebehaft. Er war zwar nicht in der neuen Hafenstraße gemeldet, aber er war in der Nacht des Brandanschlags dort, mußte aus dem Fenster springen und hat sich verletzt. Die Behörden sagen nach wie vor, meine Familie ist ausreisepflichtig und der Brandanschlag hat damit nichts zu tun. Die Behörden haben auch einen Brief an die libanesische Botschaft geschrieben, in dem sie schreiben, daß dieser Libanese wissen muß, daß er ganz schnell abgeschoben wird.

Wir denken, daß der deutsche Staat das Naziverbrechen mit allen Mitteln vertuscht. In der Presse konnten wir lesen, daß die Polizei und Staatsanwaltschaft die Bewohner bei den Verhören als Zeugen massiv unter Druck gesetzt hat. Gleich nach dem Brandanschlag sei auf ihre Verletzungen und Belastungen keine Rücksicht genommen worden, und später gab es stundenlange Verhöre mitten in der Nacht? Können sie dazu etwas sagen?

Wir wurden schlimmen Verhörmethoden unterzogen. Wenn einer der Bewohner bei den Verhören z. B. ausgesagt hat, daß er vor dem Brand einen Knall gehört hat, dann kam von der Polizei gleich: Nein, das war kein Knall, die Brandursache kam nicht von außerhalb, der Brand wurde im Haus gelegt.

Also hat die Polizei immer versucht, die Aussagen der Bewohner in eine bestimmte Richtung zu lenken?

Ja. Und dann haben sie immer gleich gefragt, mit wem hast du dich nicht gut verstanden, mit wem hast du Streit gehabt. Sie haben gefragt, wo wir uns normalerweise aufgehalten haben, wohin wir gegangen sind, also Dinge aus dem Privatleben. Ich wurde z. B. nachts zum Verhör abgeholt, ein Verhör von 24.00 Uhr bis 3.00 Uhr nachts. Sie haben uns direkt aus dem Krankenhaus zum Verhör abgeholt. Auch Kinder wurden verhört wie Erwachsene.

Wir denken, daß die bürgerlichen Medien den Nazi-Hintergrund massiv geleugnet und vertuscht haben und nicht das geringste Interesse besitzen, daß die Wahrheit ans Licht kommt. Wie wurden die Bewohnerinnen und Bewohner von den bürgerlichen Medien behandelt?

Wir sind von den Zeitungen oft um Interviews gebeten worden. Aber was wir tatsächlich gesagt haben, wird in den Zeitungen oder im Fernsehen nicht gebracht. Sie bringen dann Dinge, die wir gar nicht gesagt haben. Alles, was wir gesagt haben, sieht dann in der Presse plötzlich ganz anders aus und wird gegen uns gedreht, damit die Wahrheit nicht herauskommt.

Das ist also wie jetzt der Versuch von den „Lübecker Nachrichten". Die haben ja gerade behauptet, daß Herr Makudila, dessen ganze Familie bei dem Brand ermordet worden ist, gegen ihren Bruder als Nebenkläger auftreten will.

Ich weiß nicht, worum es da geht. Aber ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß Herr Makudila nicht gegen uns gesprochen hat, überhaupt nicht. Dies hat nur die Zeitung so berichtet. Die haben das dann als kleine Randnotiz in ihrem Artikel gebracht. Nur ein, zwei kurze Sätze. Wenn Herr Makudila wirklich etwas gegen uns gesagt hätte, dann hätte die Zeitung eine riesige Schlagzeile daraus gemacht. Das war sofort mein erster Eindruck. Tatsächlich sagt Herr Makudila, er vertraut der Polizei bei dem, was sie macht – ich für meinen Teil habe eine andere Meinung – und er will als Nebenkläger auftreten. Ich werde natürlich auch Nebenkläger sein im Prozeß gegen die wirklichen Verbrecher, weil ich sicher weiß, daß mein Bruder das nicht gemacht hat.

Die Medien versuchen also, die Bewohnerinnen und Bewohner gegeneinander auszuspielen und einen Keil zwischen sie zu treiben?

Die Presse versucht, uns gegeneinander aufzubringen, aber zum Glück werden sie das nicht schaffen, denn die Bewohner werden nicht vergessen, wie wir tatsächlich miteinander gelebt haben. Sie werden es nicht schaffen, daß alle vergessen, wie das Miteinander, die Freundschaft unter den Bewohnern war. Wir konnten unsere Probleme zusammen reden, die Kinder haben zusammen gespielt, die Erwachsenen haben zusammen Fußball gespielt.

Der Staatsanwalt hat einen Zeugen präsentiert, der für seine Aussage möglicherweise 50.000 DM erhalten wird. Diese Aussage ist der einzige angebliche Beweis gegen Safwan. Wer ist eigentlich in der Brandnacht im Krankentransporter noch gesessen, in dem auch der Zeuge, der Sanitäter, war, der Safwan heute belastet.

Mehrere Verletzte waren vorn gesessen, ich auch und mein Bruder. Nach zwei, drei Kilometern hat Safwan vom Krankenwagen aus einen Verwandten auf der Straße gesehen und ihm gewunken. Mein Bruder ist dann nach hinten in den Krankenwagen gegangen, um ihm zu winken. Dann ist er hinten im Wagen gesessen. Dann ist mein anderer Bruder Gasban nach hinten gesessen zu meinem Bruder. Dann ist der Sanitäter zu meinem Bruder und hat ihn am Ohr behandelt. Nachdem der Sanitäter meinen Bruder so eine Minute am Ohr behandelt hat, dann hat eine Frau geschrien, daß sie keine Luft mehr bekommt. Dann ist der Sanitäter dort hin, er war immer beschäftigt und ging hin und her. Mein Bruder hat mir erzählt, daß sie sich mit dem Sanitäter gar nicht unterhalten haben. Safwan und mein anderer Bruder haben sich unterhalten, ob unsere Unterkunft und wir nun auch Opfer von einem Nazi-Anschlag geworden sind. Dabei fielen die Worte „Wer war es?" „Wer kann so etwas tun?" „Ja sie waren es!". Außerdem war auch ein Polizist im Krankenwagen. Wenn mein Bruder wirklich gesagt hätte „Wir waren es", warum haben sie ihn dann nicht gleich festgenommen? Aber was der Sanitäter sagt, das stimmt nicht. Mein Bruder hat gesagt „Die waren es" und nicht „wir waren es".

(Aus: Flugblatt von „Gegen die Strömung", März 1996)

Wie „taz“ und „Junge Welt“ im wahrsten Sinne des Wortes die Wahrheit vertuschen!

Erklärung von „Gegen die Strömung“

Angesichts der staatlich verordneten Nachrichtensperre und der Vertuschungsmanöver von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien zum Nazi-Brandanschlag in Lübeck am 18.1.96 hatten wir versucht, in der sich als „kritisch“ verstehenden Presse eine Anzeige zur Widerlegung der entscheidenden Lügen und Manöver um das Nazi-Massaker zu schalten, damit dort, wenn schon nicht aus eigenem journalistischen Antrieb und Kritikverständnis, so doch zumindest für Geld die Wahrheit ans Licht kommt.

Doch weit gefehlt. Wurde der Abdruck unserer Anzeige in der offiziell staatsloyalen Presse wie „Frankfurter Rundschau“ ohne große Umschweife abgelehnt, so lehnten sowohl die „taz“ als auch die „Junge Welt“ unter dem Vorwand möglicher juristischer Konsequenzen ab. Nach zähen Verhandlungen – auch die Vorlage des Ausweises des presserechtlich Verantwortlichen wurde verlangt! – gelang es dann, „taz“ und „Junge Welt“ zum Abdruck einer durch Einschwärzungen bestimmter Wörter zensierten Anzeige zu bewegen. Das war wohl ein in der Geschichte der Presse der BRD einmaliger Vorfall, aber wir müssen zugeben, es hat uns doch ein bißchen amüsiert, als wir dann morgens am 9.3.96 die Zeitung aufgeschlagen haben, denn: Deutlicher kann man nicht vertuschen!

Wir halten es für bezeichnend, daß diese Anzeige im Original in keiner deutschen Tageszeitung abgedruckt werden konnte, sei es durch offene Weigerung der reaktionären Presse, sei es durch die „Schere im Kopf“ der sich als „kritisch“ verstehenden Zeitungen. Es hat sich wieder einmal gezeigt: Ob für das „Ansehen Deutschlands“ oder aus Angst vor Repression – letztlich lügen, betrügen und vertuschen sie alle!

Vertraut nicht den Lügen der bürgerlichen Medien!
Schafft eine breite, unzensierte Gegenöffentlichkeit!

Im Original heißt es hier: „vertuscht"

Nazi-Massaker in Lübeck von Polizei, Staatsanwaltschaft und Medien [redacted]!

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Entlastung der Nazis:

1. Um die drei zunächst verhafteten Nazis freizulassen, präsentierte die Polizei ein Alibi und behauptete, die Wegstrecke von der Tankstelle (wo sie gesehen worden sein sollen) zum Brandort sei nicht zu schaffen! Das ist eine dreiste Lüge. Wahr ist, daß 15 Kilometer innerhalb von 20 Minuten nachts mit dem Auto sehr wohl zu schaffen sind. Und: schließlich sind Minuten nach dem Ausbruch des Feuers die Personalien der Nazis dort kontrolliert worden.
2. Um „Druck zu nehmen" wurde behauptet, daß die am Tatort verhafteten Nazis „keine Ausländerfeinde" seien. Das ist eine infame Lüge. Wahr ist, daß einer der vier – Maik. W. – im Juli 1995 bereits wegen Nazi-Schmierereien zwei Monate in U-Haft gesessen war und alle zur Nazi-Szene in Grevesmühlen gehören.
3. Um die Nazis zu entlasten und die Opfer zu beschuldigen, wurde behauptet, der Brand sei von „innen", also angeblich von einem der Hausbewohner selbst gelegt worden. Das ist ein Drecksmanöver. Wahr ist, daß die Glasscheibe der Aluminiumtür kaputt war und sich jeder ins Flüchtlingsheim Eintritt verschaffen konnte!

Im Original heißt es hier: „Lügen"

Die zentralen [redacted] und Manöver zur Beschuldigung des Heimbewohners Safwan Eid:

1. Der angebliche „Streit zwischen Afrikanern und Arabern" ist eine Erfindung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Wahr ist, daß es im Flüchtlingsheim keinen solchen Streit gab, wie die afrikanischen Heimbewohner einmütig bezeugen.
2. Nach der Aussetzung von 50.000 DM Belohnung meldete sich – nach eineinhalb Tagen!!! – ein freiwilliger Sanitäter und beschuldigte Safwan Eid des Mordes und Mordversuches an der eigenen Familie. Wahr ist, daß Safwan Eid nicht „Wir waren es", sondern „Sie waren es" gesagt hat.
3. Ein weiterer Beweis dafür, daß Safwan Eid unschuldig im Gefängnis sitzt, ist die Tatsache, daß er in der Brandnacht nach Ausbruch des Feueralarms von anderen Hausbewohnern aus dem Schlaf geweckt wurde.

Im Original heißt es hier: „staatliche"

Die zentralen Gründe für die Vertuschungsaktion des deutschen Imperialismus:

1. Proteste antinazistischer Kräfte sollen schon im Keim erstickt werden.
2. Bei Polizei, Staatsanwaltschaft, Geheimdiensten und Medien gibt es klammheimliche und auch offene Sympathie für nationalistische und nazistische Gesinnung. Die [redacted] Unterstützung von Nazi-Aktivitäten ist seit dem Auffliegen des Nazi-V-Mannes bei den Solinger Nazi-Morden eine erwiesene Tatsache.
3. Und vor allem soll das „Ansehen Deutschlands in der Welt" nicht in „Verruf" geraten.

Kein Vertrauen in Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerliche Medien! Die Nazi-Pest überall bekämpfen! Solidarität mit allen vom Nazi-Terror Verfolgten!

Sofortige Freilassung von Safwan Eid

(Aus: Flugblatt von „Gegen die Strömung", März 1996)

Lübeck 1996, Hattingen 1993 und Stuttgart 1994 zeigen die Systematik, wie Nazis mit polizeistaatlichen Methoden geschützt werden

Stuttgart 1994: die gleichen polizeistaatlichen Methoden wie in Lübeck 1996

Systematisch werden Nazi-Überfälle und Nazi-Anschläge von Polizei und Staatsanwaltschaft mit Hilfe der bürgerlichen Medien „entpolitisiert", verharmlost, vertuscht und wegretuschiert. Dabei wird ein ganzes Arsenal von Verschleierungs- und Betrugsmanövern aufgefahren.

Wenn durch die Aufmerksamkeit oder den Widerstand von Hausbewohnern Nazi-Anschläge bemerkt oder verhindert werden konnten und „es keine Toten gab", dann sind die zum Alltag gewordenen Nazi-Verbrechen sowieso nur noch einen Fünfzeiler in der Tagespresse wert. Lapidar und immer gleich heißt es dann: „Die Polizei schließt einen fremdenfeindlichen Hintergrund aus", so geschehen beim Brand in einem Flüchtlingswohnheim in Burgwedel-Wettmar am 18.1.1996 oder in Auerbach am 28.1.1996 und in unzähligen weiteren Fällen.

Kommt es dann doch einmal zu einer Verhaftung, waren es „Einzeltäter", „Pyromanen", „alkoholisierte Jugendliche", aber auf jeden Fall „sicher keine Nazis". Neben der Lüge vom angeblichen „technischen Defekt" werden von Polizei und Staatsanwaltschaft die Opfer von Nazi-Anschlägen nicht selten als Täter ausgegeben und zu Verbrechern gemacht, wie anfänglich in Stuttgart am 16.3.1994 oder in Detmold am 9. November (!) 1995, oder es werden Verleumdungen lanciert wie bei den Nazi-Morden von Mölln vom 23.11.1992, als es zeitweilig hieß, es handele sich um einen Racheakt aus dem „Rotlicht"-Milieu.

Die Vertuschungsmanöver beim Nazi-Brandanschlag in Lübeck 1996 zeigen deutliche Parallelen zum Nazi-Brandanschlag in Stuttgart vom 16. März 1994. Sieben Menschen aus anderen Ländern verbrannten damals bei lebendigem Leib in der Stuttgarter Geißstraße, 16 weitere Bewohner wurden schwer verletzt. Zuerst war auch in Stuttgart die Empörung groß, weil ein Nazi-Brandanschlag sofort auf der Hand lag. Von Polizei und Medien wurde aber mit Schlagzeilen wie „Brandkatastrophe" oder „Inferno in Stuttgart" der politische Zusammenhang zu Nazi-Aktivitäten sorgsam wegretuschiert. Ähnlich wie beim Lübecker Nazi-Brandanschlag *(Überschrift der FAZ vom 22.1.96: „Als könnten sie es nicht erwarten")* wurde auch in Stuttgart die internationale Presse wegen ihrer angeblichen „Greuelpropaganda", wie es „früher" hieß und heute wohlweislich mit „internationale Spekulationen" umschrieben wird, in Goebbelsscher Manier beschimpft.

Schon einen Tag nach dem Stuttgarter Nazi-Brandanschlag war vom *„Hantieren mit brennenden Kerzen durch Drogenabhängige"* und von *„brennenden Zigaretten"* die Rede, von *„täglichen Streitereien"* und *„Müllkartons auf dem Flur"* wurde berichtet. In „alle Richtungen" werde ermittelt, hieß es, doch eines war von Anfang an klar: Anzeichen für ein „ausländerfeindliches Motiv" gab es nicht *(Die Welt, 19.3.94)*. Und diese Manöver zeigten Wirkung: Protestaktionen blieben so gut wie aus, und selbst die wenigen demokratischen und antifaschistischen Kräfte, die sich zu einer Spontandemonstration vor Ort versammelt hatten, waren spürbar in die Defensive gedrängt.

Nach kapp zwei Wochen hieß es von Seiten der Behörden, mit *„hoher Sicherheit"* sei kein Brandbeschleuniger verwendet worden *(Stuttgarter Zeitung, 24.3.94)*, und die Aufmerksamkeit wurde von nun an geschickt auf die Bewohner selbst gelenkt, der Unterpächter stand

unter der Anklage der fahrlässigen Tötung wegen unsachgemäß durchgeführter Umbauarbeiten und die Hausbesitzer unter dem Verdacht des Mietwuchers.

Auch Stuttgarts Bürgermeister Rommel blieb nicht untätig: Er startete eine Aufklärungskampagne zum Thema „Brandschutz", machte die Opfer verantwortlich für den Brand und verbreitete gleichzeitig eine rassistische Hetze übelster Art. Er sei, so berichtete die *Stuttgarter Zeitung* am 23.3.1994, erschüttert über den im Treppenhaus abgestellten Schutt, der das *„Inferno verursacht"* habe. Um solche Katastrophen zu vermeiden, sei jedem Hausbewohner zu raten, sein Treppenhaus freizuhalten. Im übrigen sei die Überbelegung von Wohnraum die Folge der *„Flüchtlingswelle"*. Von nun an ließ man „Gras" über den Nazi-Brandanschlag wachsen.

Doch ein Jahr später, am 30. Juni 1995, wurde ein 25jähriger Nazi verhaftet, als er gerade in einem von ihm in Brand gesteckten Haus Flugblätter mit Nazi-Parolen auslegte *(taz, 19.7.95)*. Aus „Haß auf Ausländer" hatte er 17 Häuser in der Region – in Eßlingen, Rottweil, Villingen-Schwenningen und Stuttgart – in Brand gesteckt und dabei zum Teil auch Nazi-Flugblätter hinterlassen. Dennoch erdreistete sich der ermittelnde Staatsanwalt Dieter Jung, die unverschämte Lüge vom angeblich nicht politisch motivierten Brandanschlag aufrechtzuerhalten. Der Nazi sei ein Einzelgänger mit „psychischen Problemen", weniger mit „einer gefestigten politischen Einstellung". Da der Nazi nicht von Anfang an in den von ihm angezündeten Häusern Nazi-Flugblätter auslegte, kam der Staatsanwalt zu der Schlußfolgerung, daß *„die Brandstiftungen davor eindeutig keine politische Motivation"* hatten. *(Stuttgarter Nachrichten, 19.7.95)*

Hattingen 1993: die gleichen Vertuschungsmanöver wie in Lübeck 1996

In der Nacht vom 4. auf den 5. Juni 1993, eine Woche nach den Nazi-Morden in Solingen, brannte das Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen vollständig aus. Die Mutter mit ihren fünf Kindern konnte sich aus dem Haus retten. Zunächst begann die Fahndung nach mehreren Männern, die ein Nachbar zur Tatzeit weglaufen sah; nach wenigen Tagen wurde die Fahndung bereits wieder eingestellt.

Dann lief ab, was sich in Lübeck 1996 wiederholen sollte: Das Opfer, Frau Ünver, wurde von der Staatsanwaltschaft, von Polizei und bürgerlichen Medien als „Täterin" präsentiert. Das konstruierte, völlig absurde „Motiv" lautete: Sie hätte das Geld kassieren wollen, das aufgrund des Brandes als Spende von der Bevölkerung zu erwarten gewesen sei. Eindeutige Einbruchspuren am Haus, die Zeugenaussage von Frau Ünver, sie habe einen Mann vor dem Brand im Haus gesehen, die mit der Aussage des Nachbarn übereinstimmte, all dies wurde für unglaubwürdig oder unwichtig erklärt. Die Personenbeschreibung des Nachbarn erbrachte ein markantes Merkmal eines der beobachteten Täter: ein im Hinterkopf einrasierter Winkel. Als sich aufgrund der in der Presse veröffentlichten Beschreibung ein Frau meldete, sie habe einen Mann in einer Kneipe gesehen, auf den die Beschreibung paßt, mußte auch die Polizei der Sache nachgehen. Das Ergebnis: Die Kneipe ist polizeilich als Treffpunkt der nazistischen REPs bekannt. Der Wirt gibt sich als REP-Mitglied zu erkennen und beteuert – wie auch der REP-Chef des Kreises Hattingen –, daß es bei ihnen niemand gäbe, auf den die Beschreibung passe. Die Polizei gab sich damit zufrieden und stellte weitere Ermittlungen in diese Richtung ein. Durch einen weiteren Hinweis wurde die Polizei auf drei Männer gestoßen, von denen einer offen zugibt, er habe sich am Tag nach der Brandnacht die Haare geschnitten! Kein Nachfragen der Polizei, Ermittlungen beendet! Begleitet wurden dieses polizeilichen Vertuschungsversuche von einer Berichterstattung der bürgerlichen Medien, die Frau Ünver als „Täterin" präsentierten und nicht einmal davor zurückschreckten, einen FAP-

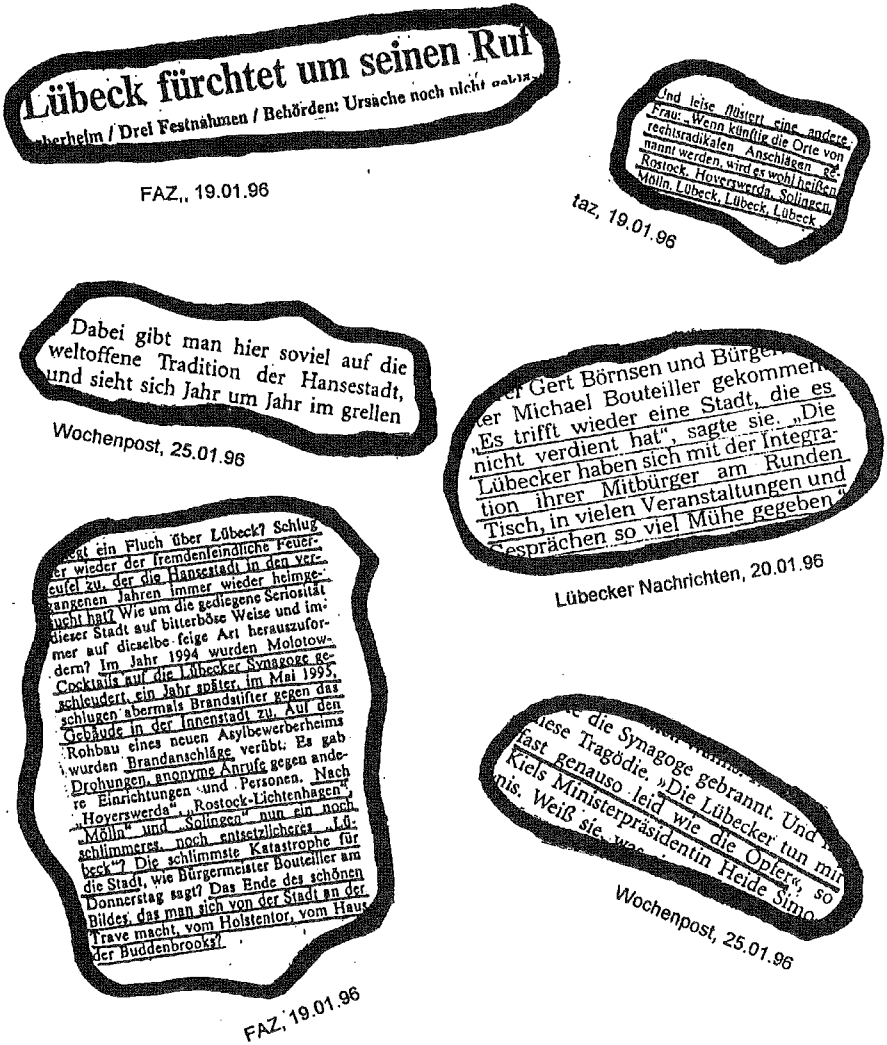
Nazi zu Wort kommen zu lassen, der „bezeugt", daß es in Hattingen keine Nazi-Aktivitäten gäbe, denn er würde seine Aktivitäten woanders durchführen! *(Wochenpost, 26.6.1993; Broschüre der Prozeßgruppe zum Fall Hattingen)*

Am 20.2.1996 begann schließlich der Prozeß gegen Frau Ünver. Die Staatsanwaltschaft forderte zweieinhalb Jahre auf Bewährung. Aufgrund der doch zu fadenscheinigen, zu offensichtlichen Lügen und Verdrehungen der staatsanwaltlichen Anklage mußte das Gericht Frau Ünver am 19.3.1996 freisprechen. Außerdem befleißigte sich das Gericht eine Erklärung abzugeben , daß die Ermittlungen der Polizei in Richtung Nazi-Szene nicht nachlässig gewesen wären. *(FR, 20.3.96)* Das war ein Freibrief dafür, daß es auch in Zukunft keinerlei Ermittlungen in Richtung Nazi-Anschlag geben wird, daß die nazistischen Täter weiter frei herumlaufen werden.

* * *

Eine wesentliche Lehre und dringende praktische Schlußfolgerung aus den Erfahrungen mit Hattingen 1993, Stuttgart 1994 und Lübeck 1996 muß sein: Es ist eine unerläßliche Aufgabe aller antinazistischen Kräfte, systematisch und eigenständig zu recherchieren, vorhandene Recherche-Ergebnisse zusammenzufassen und auszuwerten, um die Lügen von Polizei, Staatsanwaltschaft und bürgerlichen Medien zur Vertuschung von Nazi-Anschlägen zu entlarven.

Die erste Reaktion auf den Anschlag ist die Sorge um das Ansehen der Stadt



(Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien)

Die berechtigte Empörung der internationalen Öffentlichkeit...

„Das Entsetzen über fremdenfeindliche Anschläge, wie sie seit fünf Jahren Deutschland und inzwischen auch Österreich heimsuchen, sollte alle Kräfte der Gesellschaft mobilisieren. Stattdessen bleibt man vor Entsetzen starr."
Standard, Wien

„Selbst wenn die Mörder von Lübeck gefaßt werden, wird ihre Strafe das Rechtsgefühl nicht befriedigen können. Ihr Verbrechen kann nicht ungeschehen gemacht werden. Ein Gefühl der Machtlosigkeit bleibt."
Algemeen Dagblad, Rotterdam

„Ein so niederträchtiges Verbrechen erweckt Abscheu, egal wo es geschieht. Aber wenn es in Deutschland geschieht, hinterläßt es unvermeidlich einen sehr düsteren und bedrohlichen Eindruck."
El País, Madrid

„Die schrecklichen Details, die Aussagen deren, die ihre Mutter oder ihren Bruder ins Leere stürzen sahen, haben genügt, um die Gewalttaten in Erinnerung zu rufen, die seit der Wiedervereinigung Deutschland mit Blut befleckt haben."
La Stampa, Rom

„Der Brand in Lübeck ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Deutschen ihre Vergangenheit noch nicht ganz bewältigt haben."
Zycie Warszawy, Warschau

„Deutschland hat wie alle anderen entwickelten demokratischen Staaten die Verpflichtung, Einwanderer und Asylbewerber vor der Barbarei der Neonazis zu schützen."
El Mundo, Madrid

...und ihre Verleumdung und Diffamierung durch deutsche Medien

...und bei „Le Monde" (Paris) boshafterweise Lübeck sogar die ganze Titelseite.

Hamburger Morgenpost, 20.01.96

Krank vor Haß

Daß die einer krankhaften antideutschen Phantasie entsprungene Haßpropaganda der „deutschen" Massenmedien im Ausland weiterschwelt und das Klima gegenüber unserem Vaterland vergiftet, kann nicht anders sein. Das israelische Massenblatt „Maariv" machte mit der Schlagzeile auf: „Rassismus in Deutschland – 10 Tote bei Skinhead-Angriff auf Flüchtlingsheim". Die israelische Tageszeitung „Haaretz" schreibt unter Bezugnahme auch auf den Lübecker „Synagogen-Anschlag" vom Mai 1995: „Die Tatsache, daß diese Akte das Schrecken immer wieder passieren, ist ein Zeichen der Gefahr." „Guardian", London: „10 Tote bei Nazi-Attacke." „France-Soir", Paris: „Haß rassistischer Akteuren..."

Deutsche Nationalzeitung, 26.01.96

Vor allem der Blick ins Ausland spiegelte den Bundesbürgern ein düsteres Bild zurück. Kommentatoren in London, Paris oder Tel Aviv sahen in Lübeck einen „rassistischen Alptraum" (*France-Soir*), der liberale britische *Guardian* titelte forsch: „Zehn Tote bei Nazi-Attacke in Deutschland". Das israelische Massenblatt *Maariv* schrieb in großen Lettern von „Rassismus in Deutschland" und verbreitete die Gewißheit, es habe sich um einen „Skin-head-Angriff" gehandelt.

Spiegel 4/1996

Nazi-Keule

»Sollte sich erweisen, daß den Brand in Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat, wären die bisher verübten Mordtaten rechtsextremistischer Deutscher an Ausländern um nichts leichter zu nehmen, dürften Bemühungen, solche Untaten zu verhüten, um nichts nachlassen. Doch alle, die verantwortungslos, ohne Rücksicht auf Wirklichkeit und Wahrheit mit der Nazi-Keule auf Deutschland zu schlagen gewohnt sind, würden es dann etwas schwerer haben.«

FAZ, 22.01.96

Spiegel und „Deutsche National Zeitung" fast wortgleich...

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

Schulterschluß von bürgerlicher und Nazi – Presse

Der Mörder kam nicht von draußen

Drei Tage nach der Lübecker Brandkatastrophe verhaftete die Polizei einen 20jährigen Libanesen. Der Bewohner des Flüchtlingsheims soll sich schon am Donnerstag selbst belastet haben. Politiker warnen vor Erleichterung

»Ich fühle mich erleichtert, daß kein Deutscher die schreckliche Tat von Lübeck begangen hat. Die unzähligen Vorverurteilungen von Politikern und Demonstranten, von deutschen und [illegible] ausländischen Medien ha[illegible] schon genug Schaden [illegible]tet, Kollektivschul[illegible] [illegible] chen und K[illegible] verlangt.«

([illegible] von [illegible] [illegible] Markwort unter der Schlagzeile [illegible] fühle mich erleichtert« in *Focus*, 29. Januar 1996)

»Und für noch gefährlicher halte ich die linken Populisten von der PDS.«

(Alfred Grosser im Interview zum Brandanschlag in Lübeck, unter der Überschrift »Brand war gefundenes Fressen« in *Focus*, 29. Januar 1996)

»Was die freundlichen Nachbarn zur Lübecker Brandk[illegible] [illegible]uns auskübeln, [illegible] [illegible] [illegible]«

([illegible] Moder[illegible] [illegible]: *Hamburger Morgenpost*, 29. Januar 1996)

»Wir unterließen es [illegible] [illegible] Medien auch nur die Möglichkeit zu erwägen, daß der Anschlag [illegible] Auseinandersetzung zwischen Gruppen von Asylsuchenden sein könnte. ... Sicher drückt sich in dieser Einseitigkeit der Berichterstattung noch etwas vom Mythos des ›guten Ausländers‹ aus...«

(Christian Semler, *tageszeitung* 23. Januar 1996)

»...[illegible] Leute des öffentlichen [illegible] in Deutschland wie draußen [illegible] Beschützer des Rechtsstaates [illegible]ben, lassen [illegible] wenn ihnen etwas als eine Gelegenheit vorkommt, Deutschland den Nazi-Vorwurf anzukleben.«

(*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 1996)

»Schmerz und Trauer sind für die Betrof-

fenen plötzlich noch schwerer auszuhalten als zuvor. Sie fühlen sich um [illegible] betrogen, um ih[illegible] gebracht [illegible] den [illegible] Druck [illegible] rassis[illegible]deutsche [illegible]ieren.«

(*Der Spiegel*, 29. Januar 1996)

»[illegible] wurde lediglich aufgrund vorläufiger Festnahmen fast au-

[illegible] Die Mörder hatten mit ihren Opfern unter einem Dach gewohnt.«

(*Südwest-Presse*, 22. Januar 1996)

»Auch ohne völlige Aufklärung über die Abläufe und Hintergründe ist es bedrückend genug, einen Vorgang zu bewerten, der in den vergangenen Tagen zugleich einen vorauseilenden Journalismus gezeigt hat, bei dem noch

[illegible]tigkeiten zwischen Ausländern ausgebrochen ist, wäre es [illegible] selbstgefällig zurückzulehnen. Das Problem an [illegible] nicht damit gelöst, daß es diesmal keine [illegible] waren.

(*Presseplan Bonn*, *Deutscher Zeitungsdienst*, 22. Januar 1996)

»Einer Vielzahl politischer und publizistischer Stimmungsmacher hierzulande sind mit den Flammen im Asylwohnheim offenbar rechtsstaatliche Gepflo-

Hurra – der war's!

Die verfolgende Unschuld: Nach der Verhaftung Safwan Eids hatte sich die Presse von *FAZ* bis *taz* in Freisprüchen für den deutschen Mob geübt – und in Anklagen gegen ausländische Kritiker

tomatisch das Bild des häßlichen Deutschen beschworen, gar in den Flammen eine neonazistische Antwort auf die zu Herzen gehende Rede von Israels Präsident Ezer Weizman im Bundes[illegible]

([illegible], 22. Januar 1996)

»Eine alte Regel hat sich in Lübeck bestätigt: Vorschneller Verdacht [illegible] unter einem Pawlowschen Reflex [illegible] Hysterie. Wut taugt nicht ohne Wissen. Bereits das verzweifelte Mädchen von Halle, das sich ihr Hakenkreuz selbst einritzte, oder die Potsdameria, die von ›rechten‹ Jugendlichen aus der Straßenbahn geworfen worden sein wollte, hatten Medien, Politik und Öffentlichkeit daran erinnert, wohin Reflexe ohne Re[illegible] können.«

(*Neues Deutschland*, 22. Januar 1996)

»Die [illegible] der Feuerhölle von Lübeck [illegible] einem erneuten Schock. Es war doch kein fremdenfeindlicher

mitten in der Recherche abschließende Wertungen gewagt wurden – unter leichtfertiger Mißachtung des Gebots der Vorsicht.«

([illegible], 22. Januar 1996)

»Dürfen wir nun erleichtert sein, weil es kein deutscher Brandstifter war, sondern [illegible] Ausländer, ein Mitbewohner gar? Ja und nein. Ja, weil sich der [illegible] gegen vier junge Männer nicht erhärtet hat, weil kein blinder Ausländerhaß Ursache der Katastrophe war. Weil Deutschland nicht ein weiteres Mal am Pranger steht.

(*Aachener Volkszeitung*, 22. Januar 1996)

»[illegible] herausstellt, daß der Brand [illegible] Anschlag, sondern [illegible]

genheiten abhanden gekommen. Nicht nur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen wurde der Brand, der so viele [illegible] Leben kostete, [illegible] und [illegible] neonazistischer Exzess hingestellt und kommentiert. Wo blieb die journalistische Sorgfaltspflicht [illegible] Distanz? Schlimmer trieben es lediglich jene Polit-Agitatoren [illegible] für das rassistische und faschistische Massaker‹ verantwortlich machten. Bestürzend auch, wenn Lübecks Bürgermeister gar zu zivilem Ungehorsam gegen die Abschiebung sämtlicher Asylbewerber aufrief.«

(*Rhein-Zeitung*, 22. Januar 1996)

»Eine solche Tat läßt sich nicht erklären, weder mit Streß noch [illegible]ländischer Hitzigkeit. [illegible] die Sache politisch macht: Der [illegible] dem deutschen Ansehen [illegible] Ausland [illegible]«

(*Schweriner Volkszeitung*, 22. Januar 1996)

»Viele Bundesbuerger fühlen sich erleichtert, daß nicht deutsche Extremisten den Brandanschlag von Lübeck verübt haben.«

(*Münchner Merkur*, 22. Januar 1996)

»Es gibt keinen Anlaß, sich erleichtert zurückzulehnen oder jetzt gar aufzutrumpfen, daß der Täter vermutlich selbst ein Ausländer war. Denn noch übersteigen die verbliebenen Fragen zum Geständnis und zum angeblichen Tathergang menschliches Vorstellungsvermögen. Warum hat der Libanese erst den Brand gelegt, sich dann vom Dach retten lassen und selbst noch lange bei der [illegible] Bergung seiner Mitbewohner [illegible], um [illegible] Sanitäter zu gestehen: ›Wir waren es‹?«

(*Hannoversche Allgemeine Zeitung*, 22. Januar 1996)

»...immer das gleiche: der nächtliche Lärm, die ungeputzte Gemeinschaftsküche und die verdreckten Klos. Regelmäßig gab es kleinere Reibereien. Zwischen Kulturen, zwischen den Etagen, zwischen den Familien und zwischen den Generationen. Des öfteren wurden die Sozialarbeiter zu Schlichtern, zum Beispiel bei handfesten Krächen afrikanischer Ehepaare oder dem Gezänk der Kinder um die Schaukel.«

(*Die Zeit*, 26. Januar 1996)

»Tagelang lasen sich die *taz*-Reportagen aus Lübeck und die Kommentare zu den Ereignissen [illegible] abgekoppelt von der Nachrichtenlage. Statt einer Reportage über die Differenzen unter den Heimbewohnern (Geht es da um Eifersucht, um Rassismus, um religiöse Differenzen zwischen Muslimen und Anhängern animistischer Religionen?) hieß unser Thema ›Wir sind alle Lübecker‹ und beschäftigte sich mit der Frage, wie in Zukunft Brandanschläge verhindert werden können – obwohl doch längst widerlegt war, daß es sich um einen externen Anschlag gehandelt hat.

(...) Hängt es, wie Konrad Adam in der *FAZ* vermutet, noch immer damit zusammen, daß wir ›ein Volk der Täter sind‹, das es nicht erwarten könne, ›noch einmal getreten zu werden?‹

(...) Oder wie sonst ist es zu erklären, daß ein Bürgermeister sagen kann: ›Ich will diesen Staat nicht‹. Diesen Staat, der [illegible] wohl nicht gezündelt hat [illegible] gewesen wären), sondern [illegible] Unterkünfte zur Verfügung stellte, der nun fieberhaft nach neuen Lösungen sucht und von dem Herr Bouteiller übrigens doch wohl ein Teil ist.«

(Mariam Niroumand in der *tageszeitung*, 24. Januar 1996)

Lübeck: Antideutsche Hysterie

Der gute Deutsche schwelgt in selbstanklägerischen Exzessen

Anschlag aus dem Innern

»Ein Schock, sollte es einer von uns sein«

Brand war gefundenes Fressen

junge Welt

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

„Vor allem der Blick ins Ausland spiegelte den Bundesbürgern ein düsteres Bild zurück. Kommentatoren in London, Paris oder Tel Aviv sahen in Lübeck einen „rassistischen Alptraum" *(France-Soir)*, der liberale britische *Guardian* titelte forsch: „Zehn Tote bei ‚Nazi'-Attacke in Deutschland". Das israelische Massenblatt *Maariv* schrieb in großen Lettern von „Rassismus in Deutschland" und verbreitete die Gewißheit, es habe sich um einen „Skinhead-Angriff" gehandelt.

Spiegel 4 / 1996

Spiegel und „Deutsche National Zeitung" fast wortgleich....

Krank vor Haß

Daß die einer krankhaften antideutschen Phantasie entsprungene Haßpropaganda der „deutschen" Massenmedien im Ausland weiterschwelt und das Klima gegenüber unserem Vaterland vergiftet, kann nicht anders sein. Das israelische Massenblatt „Maariv" machte mit der Schlagzeile auf: „Rassismus in Deutschland – 10 Tote bei Skinhead-Angriff auf Flüchtlingsheim". Die israelische Tageszeitung „Haaretz" schreibt unter Bezugnahme auch auf den Lübecker „Synagogen-Anschlag" vom Mai 1995: „Die Tatsache, daß diese Akte des Schreckens immer wieder passieren, ist ein Zeichen der Gefahr." „Guardian", London: „10 Tote bei Nazi-Attacke." „France-Soir", Paris: „Rassistischer Alptraum."

„Deutsche National Zeitung", 26.01.96

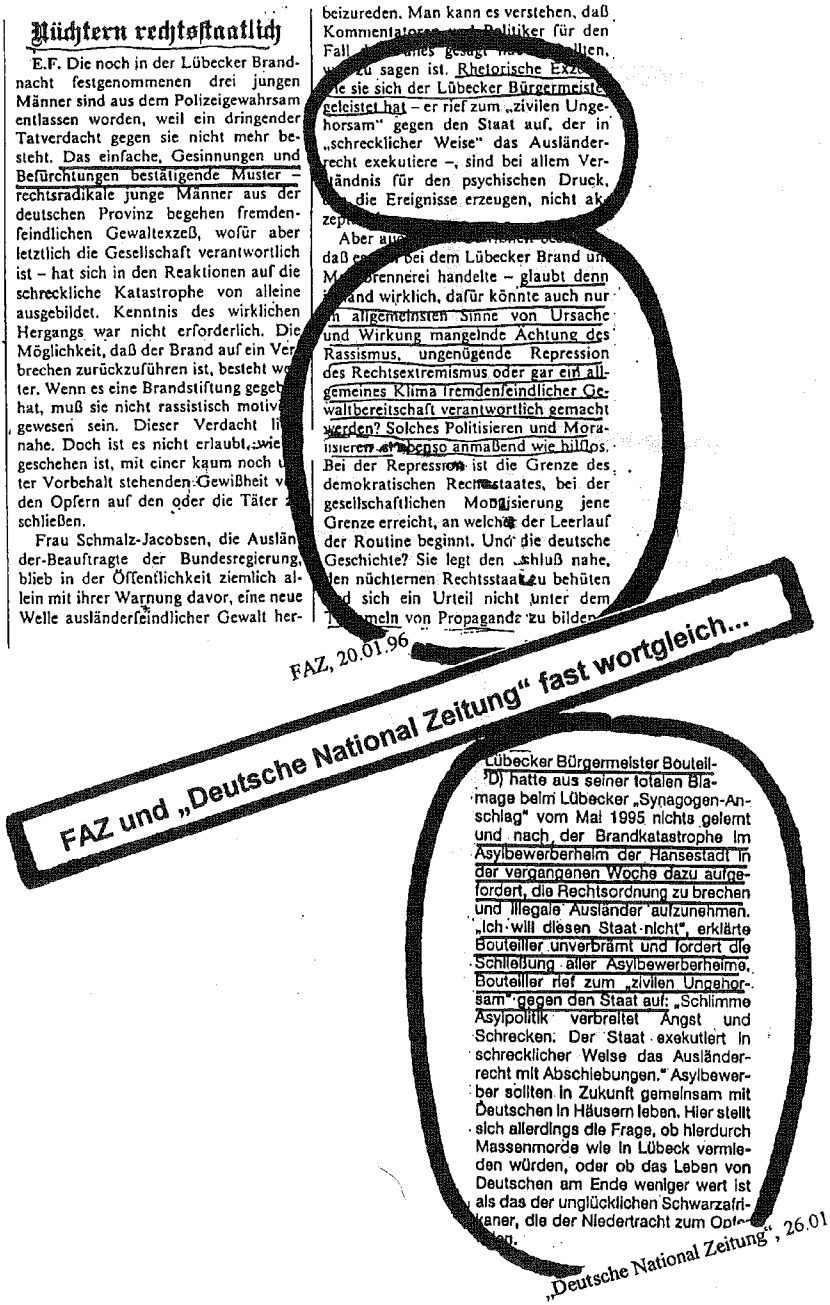
Nazi-Keule

»Sollte sich erweisen, daß den Brand in Lübeck nicht ein Deutscher gelegt hat, wären die bisher verübten Mordtaten rechtsextremistischer Deutscher an Ausländern um nichts leichter zu nehmen, dürften Bemühungen, solche Untaten zu verhüten, um nichts nachlassen. Doch alle, die verantwortungslos, ohne Rücksicht auf Wirklichkeit und Wahrheit mit der Nazi-Keule auf Deutschland zu schlagen gewohnt sind, würden es dann etwas schwerer haben.«

FAZ, 22.01.96

Die "FAZ" verdeutlicht die Empörung der internationalen Öffentlichkeit und lechzt nach Entlastung der Täter...

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien



Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

FAZ, 26.01.96

Lübeck als geistige Lebensform

Das Volk der Täter sucht nach Tätern

Der getretene Wurm krümmt sich. Er tut das, sagt man, um sich klein zu machen und zu vermeiden, zum zweiten- oder drittenmal getreten zu werden. Offenbar rät ihm sein Instinkt, daß er auf diese Art am besten überleben kann. Aber die Deutschen sind über die Instinkte hinaus, sie sind ein Kulturvolk und machen es anders als der Wurm. Wenn sie getreten worden sind, dann strecken und dehnen sie sich, als ob sie es nicht erwarten könnten, noch einmal getreten zu werden. Sie haben den Instinkt durch die historische Erfahrung ersetzt, daß man auch so überleben kann. Und so

Die schnellen Urteile, die nach Lübecker Brandnacht über die deutsche und die rechten Täter abgegeben wurden, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie ziemlich genau das verkündet haben, was die meisten Deutschen hören wollten. Auf das Donnerwort: Ihr wart es! antworten sie am liebsten: Ja, wir waren es! Und wissen sich dabei vor Stolz auf ihre Demut kaum zu halten. Denn in Wahrheit bedeutet ihr Eingeständnis ja nur, daß es „einer von uns" gewesen sein muß. Und dieser eine ist natürlich immer ein anderer.

Einer von uns, das ist die neue Floskel, mit der die Deutschen beides haben, die Täterschaft und die reinen Hände. Man ist schuldig und unschuldig, gut und böse, Pharisäer und Zöllner in einer Person. Weil man sich etwas schlechter stellt als die anderen, darf man sich besser fühlen als sie. So groß Thomas Gottschalk, Peter Wickert, Steffi Graf haben das vorgemacht. Die gewaltigen von P... ten. Der ... nen ... sein w...

Die Deutschl... ... bedeutet, daß ... und Weise interpretiert ... worden ist. Die Deutsch... ...nt bloß Täter unter anderen sei... ...uern Täter überhaupt, *nicht ein Täter*volk, sondern *das* Tätervolk. Daß auch andere Menschen Tätereigenschaft besitzen oder doch besitzen könnten, macht ... ärgerlich: d... ...

Natürlich. Endgültiges weiß man nicht. Aber wo man ohnehin schon Bescheid weiß, braucht man auf das Endgültige ja auch gar nicht zu warten. Rostock, Hoyerswerda, Magdeburg und Mölln: das Schema war doch klar. Wie gern hatte man sich die Glatzen ... Schlitzaugen und Benehmen der Schlitzer ... zu passend zusammen. Alle Merkmale waren beisammen, sie waren jung, kamen aus dem Osten und trugen Springerstiefel. So etwas wiegt heute fast genauso schwer wie die fliehende Stirn, die gespaltenen Schneidezähne und die angewachsenen Ohrläppchen von damals, es kennzeichnet den geborenen Übeltäter. Über das Weitere belehrt der alte sozialistische Gassenhauer: „Vor mir steht ein Skin, ich tret' ihn unters Kinn: Glatze ... ich hau' dir in die Fratze!" Das ... Störkraft oder die *Bösen Onkelz* von sich gegeben haben, aber es klingt nach Antifa. Und Antifa ist immer gut.

... darf sich nur nicht irremachen lassen. Denn nur dadurch, daß alle Einwände überhört und alle Blamagen ... werden, läßt sich beweisen, daß ... sitzt, daß die Dressur ... und die Deutschen ... mun sind. Wenn ... sind, ergibt ... und ...

... um ... anten zu... ... ihre Betroffenheit ...orteten das *Schon wieder!* ...iger mit ihrem eingeschen ein ungeklärter Rest bleibt, ... sich im Wege der Motivsuche beträchtigen. Da ist man Herr des Verfahrens, denn als Motiv kommt ja immer nur das in Betracht, was sich die gläubige Seele vorstellen kann, was sie für möglich oder denkbar hält. Da ... die Deutschen gut vorgebildet, ... gut, ... zwischen ... Früchten ihrer Arbeit ... können. Begriffe wie Ausländerhaß und Rassismus, die ursprünglich dazu bestimmt waren, ein ziemlich unklares Phänomen irgendwie in den Griff zu bekommen, treten jetzt plötzlich als Motive auf, als veritable *Ursachen*, die alles erklären, ohne ihrerseits der Erklärung bedürftig zu sein. Die Deutschen ziehen ihre Lehren aus der Geschichte, indem sie die Kriminalistik durch eine Schuldmythologie ersetzen.

Dann wird die Schuld zur Sünde, zur *culpa minor*, aus dem man durch eigene ... nicht mehr freikommt. ... Betreuungsangebote nicht ... haben und alle Kommunikationsstrategien gescheitert sind, daß die Hausordnung, das heiligste Gut der Deutschen, in Lübeck nicht eingehalten worden ist und selbst die Hausaufgabenhilfe nicht recht anschlug, kann danach eigentlich nicht mehr verwundern. Es zeigt ja nur, was für den Protestanten ohnehin schon feststeht: daß man aus eigenem Verdienst nicht in den Himmel kommt. Die guten Deutschen, die in der EKD und in der Redaktion der „Zeit" den Ton angeben, dürfen auch weiterhin das tun und schreiben, was sie schon immer getan und geschrieben haben, und alle Beiträge in die Frage auslaufen lassen, ob es am Ende nicht die deutsche ... Flüchtlinge in ... zum Äußersten ...

Die endlose Geschichte vom ...volk hat einen vagabundierenden Schuldwahn entstehen lassen, der immer wieder neue Bestätigung verlangt. Sie brachte ein ... *ma hervor, in dem der rechtsstaatliche* ...botene Gang, der bei der Tat beginnt und ... der Schuld endet, gewissermaßen ... wurde. Wie eine Gewitterfront, die ständig ... hängt ein unbefriedigtes Schuldverlangen über dem Land und sucht nun seinerseits nach Tätern. Das macht den ... und den großen Hilfspolizisten ... der Suche mit anzupacken ... zu markieren: *Right or* ... einem Tätervolk ... unter allen U...

...chdenk... ...mpfahl, war... ...einen ...at... ...ch ge... ...doch selbst ...ie oft sich die ...dung der Wahrheit ...uen. Der bedingte Reflex, ... Reiz nur gewartet zu haben ..., verrät in der Tat eine ganze Men... ..., allerdings kaum etwas über die Natur, sondern immer nur über die Konditionierung der Versuchstiere.

„Es wäre ein Schock, wenn es einer von uns gewesen wäre", wird ein Sprecher der Ausländer in Lübeck zitiert. Das erinnert an die Reaktionen in Israel; wo nach dem Attentat auf Rabin ähnliche Stimmen laut wurden. Einer von uns: das berührt eben härter und verletzt tiefer als die Nachricht, daß hinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen. Zumindest scheint es *anderswo so zu sein*. Denn *im postnationalen* Deutschland bewirkt dieser Schrei etwas Neues und Eigentümliches, Betroffenheit nämlich. Und diese Betroffenheit ist ein durchaus angenehmes Gefühl. Sie setzt sich zusammen aus lauthals geäußerter Zufriedenheit darüber, daß sich die alte Regel wieder einmal bestätigt hat, und stiller Erleichterung darüber, daß man selbst zu den Ausnahmen gehört.

Die Geschichte hat es den Deutschen leichtgemacht, ihre Gefühle auf diese Art zu spalten und die widerstreitenden Bedürfnisse nach Identifikation und Distanzierung gleichzeitig zu stillen. In ihrem geteilten und wiedervereinigten Land gibt es genug Unterschiede, die genau das bieten, was den Deutschen offenbar Herzenssache ist, den Wunsch nach Ausschluß im Einschluß, nach *Ihr* im *Wir*. Für jemanden aus dem Westen stellt ein Ostdeutscher beides vor, einen von uns und einen von drüben. Man darf ihn in die Arme schließen und im nächsten Augenblick wieder von sich stoßen: das ist es, was die Deutschen lieben. Sie haben aus der Geschichte gelernt. Jetzt wissen sie, wie man sich die Hände so wäscht, daß nur die eine dabei sauber wird. Die andere muß dreckig bleiben, man braucht sie als Kontrast zur linken.

KONRAD ADAM

Ein FAZ - Artikel, der von der „Deutschen Nationalzeitung" vom 2.2.96 zustimmend zitiert wird....

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

Hetze gegen berechtigte Empörung

Vorschnelles Urteil – Schüler halten auf der Trauerkundgebung Plakate hoch: »Nazi-Massaker durch Brandanschlag«

Ar[illegible]ngerührt zu bleiben

Verleumdung von SchülerInnen-Protesten und berechtigter Empörung!

LÜBECK Ein[illegible]hn Menschen sterben. Die Stadt reagiert hysterisch. Zu schnell ist von einem[illegible]de

Wochenpost Nr. 5, 25.01.1996

VON ROBERT MISIK

Ein Haus ist in Flammen aufgegangen. Keine zehn Stunden nach der verheerenden Feuersbrunst ist der alte, hanseatische Fachwerksba[illegible] schon Mahnmal, Wallfahrtsort, An[illegible] für Versprechungen, ein rußiges S[illegible]nungetüm des Anstoßes für entschi[illegible]ene Wortmeldungen.

Donnerstag, spätnachts. Die Sch[illegible]nwerfer von Polizei und Feuerwehr [illegible]chen die Ruine in grelles Licht. Ne[illegible] zieht über das Skelett. Wie ein langsam zur Ruhe kommender Vulkan stößt das Dachgeschoß noch bis in die Morgenstunden Rauchschwaden aus. Feuerwehrleute hämmern die Reste d[illegible] Dachstuhles vom Kragen des Ha[illegible]s. Wo vor wenigen Stunden noch F[illegible]ster waren, klaffen nun dunkle, rußt[illegible]randete Löcher.

In kleinen Gruppen prozessi[illegible]n die Lübecker zum Todeshaus. Am Za[illegible] des Nachbargrundstücks stellen sie [illegible]zen auf den Asphalt, stecken Blumen in [illegible]n Zaun. Nelken und ein üppiger Strau[illegible] roter Rosen. Über eine kleine Anhöhe, der Innenstadt entgegen, erhebt sich ein

Villenv[illegible] durchsetzt v[illegible] Zeichen hanseatisch[illegible]

Ma[illegible] waren verbrannt oder [illegible]en Tod gesprungen. Eine ganze S[illegible] reagierte, als ob es sich um einen Anschlag handelte. Man nahm, trotz oder wegen der Ungewißheit, das Schlimmste als gewiß.

Dies ist der paradoxe Umschlag jenes rassistischen Wahns, der deutsche Nationalgeschichte in Auschwitz münden ließ, des fremdenfeindlichen Irrsinns, der die Pogrome vom Hoyerswerda und Ro[illegible]ck, die Mordbrennereien von Hünx[illegible]

Die De[illegible] trauen sich alles zu

Mölln und Solingen möglich machte. Die Deutschen trauen sich alles zu. Man traut ihnen alles zu. Dies gebiert aber wiederum Hysterie: den Reflex der Selbstanklage, wo zuallererst Trauer angebracht wäre.

Es ist Freitag früh. »Ich komme mi[illegible] wie ein Pilger«, sagt eine ältere [illegible]me, die [illegible]ntel

[illegible]ewickelt hatte. Vom Holstentor ist [illegible] zwei Kilometer in den Hafen [illegible] ist eine Schande«, meint [illegible]ß die Kids vom [illegible] beschrän[illegible] die[illegible]

»Wir s[illegible] Transparent ge[illegible] Mittags lädt Bürg[illegible] Bouteiller zur Bürgerversa[illegible] [illegible]thaus. Ein paar hundert Lü[illegible]cker [illegible]d gekommen. Junge und ältere Deut[illegible]he, türkische Jugendliche, vor allem Schwarzafrikaner. In dem Haus hatten ja vor allem Asylbewerber aus Zaire, aus Togo, aber auch aus dem Libanon und aus Syrien gelebt. Bouteiller will, daß die Tragödie Konsequenzen hat. Plädiert für »zivilen Ungehorsam« gegen die Asylgesetzgebung des Bundes, die den Kommunen kaum eine andere Möglichkeit läßt, als die Flüchtlinge zu kasernieren. »Ich kann doch nicht der Bürgermeister sein«, sagt Bouteiller, »der durch alle Fernsehkanäle geistert und immer den Tränen nahe ist.«

Dabei gibt man hier soviel auf die weltoffene Tradition der Hansestadt, und sieht sich Jahr um Jahr im grellen

FOTO: [illegible]

Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien

10. Antisemitismus

LÜBECK

Der antisemitische Hintergrund des Nazi-Anschlags auf die Synagoge im März 1994 wird durch Polizei und Staatsanwaltschaft vertuscht und verharmlost

Obwohl im März auf einen ZDF-Übertragungswagen eine Woche vor dem Brandanschlag rassistische Drohungen der Nazis geschmiert wurden: *„Mölln kommt wieder"*, und obwohl das Passahfest der Jüdischen Gemeinde vor der Tür stand, wurden die Drohungen, genau wie ein Jahr später bei dem zweiten Anschlag, nicht ernst genommen. Es war und ist der deutschen Polizei bekannt, daß in den Lübecker Stadtteilen Moisling und Buntekuh die Nazi-Szene stark verbreitet ist. Zum Beispiel bekam die DVU bei der Landtagswahl 1992 19% der Wählerstimmen. In diesen Stadtteilen findet man vermehrt Nazi-Parolen an den Hauswänden. Es wurden seitens der Polizei keine wirksamen Vorkehrungen gegen einen Anschlag getroffen. Es wundert daher nicht, daß die Kriminalpolizei nach dem Anschlag meldete: „keine Hinweise auf die Täter". Laut Ermittlungsleiter Werner Schlisio wurden alle Spuren gesichert, aber „die weiteren Ermittlungen liegen jetzt bei der Staatsanwaltschaft Lübeck". *(taz, 26.3. und Die Welt, 4.5.1994).*

Auch die Stimmenzunahme für die Nazi-Organisationen der „Republikaner" und der NPD bei den letzten Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein veranlaßten die Polizei nicht, die Täter sofort in der Nazi-Szene zu suchen. „Täter nicht bekannt" oder „militante Palästinenser", so lauteten zunächst die Versuche, von den wahren Tätern abzulenken. Die Polizei, die nach „eigenen Angaben" durch ihre infiltrierten Spitzel genau über die Nazi-Szene in Norddeutschland informiert ist und angeblich die Synagoge „Tag und Nacht bewacht hat", sah nichts, hörte nichts und wußte nichts.

Die Brandstifter kamen aus der Nazi-Szene u. a. aus den obengenannten Stadtteilen. Sie wurden am 2. Mai verhaftet. Aber die Bundesanwaltschaft hüllt sich nach der Verhaftung in Schweigen. Obwohl die vier jungen Nazis selbst bei ihrer Verhaftung zugaben, den Brandanschlag aus „Haß gegen Ausländer und Juden" verübt zu haben, bestätigt die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe nicht, daß die vier bereits gestanden haben. Erst Ende September, mehr als 4 Monate nach der Festnahme, erhob die Bundesanwaltschaft Anklage: „versuchter fünffacher Mord und gemeinschaftliche schwere Brandstiftung". Aber gleichzeitig werden eifrig Entlastungsgründe gesucht, wie etwa der Alkoholeinfluß der Nazis, um diese Täter vor gar zu harten Strafen zu schützen. *(u. a. FR, 3.5., 24.9., SZ, 24./25.9.94)*

Ergebnis einer Untersuchung von Polizeiberichten:

Schändungen von jüdischen Friedhöfen als *„unpolitische Taten"* eingestuft

Julius H. Schoeps, Professor für Neuere Deutsche Geschichte an der Universität Potsdam, untersuchte vor einigen Jahren die Polizeiberichte nach Schändungen von jüdischen Friedhöfen. Er fand heraus, daß die Polizeibehörden solche Schändungen oft als „unpolitische Taten" einstuften. Nur in Fällen, in denen „ein eindeutiger rechtsradikaler Hintergrund nachweisbar war", wurden sie „dann als antisemitisch bezeichnet". *(taz, 26.3.94)*

So war es im März 1994 zunächst auch in Lübeck.

Milde Urteile für die Brandstifter

Am 13.4.95 urteilte der Zweite Senat des Oberlandesgerichts Schleswig über den ersten Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck vom 13. März 1994 . Obwohl zur Tatzeit Menschen über den Gebetsräumen schliefen, wurde die Mordanklage für die Nazi-Täter fallengelassen. Der 25 Jahre alte Stephan W. erhielt lediglich eine Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren. Bei den anderen beiden Nazis, Nico T. und Boris H., wurde sogar nur das Jugendstrafgesetz angewandt, obwohl sie schon 20 Jahre alt waren. Sie bekamen drei Jahre und neun Monate. Auch der 22 Jahre alte Dirk B., der trotz Beweisen seine Mithilfe an diesem Verbrechen abstritt, erhielt wegen Beihilfe zur Brandstiftung auch nur eine Jugendstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Der Vorsitzende Richter Erich nahm die nazistischen Brandstifter wie folgt in Schutz: Die drei Haupttäter hätten *„zwar nicht gewußt, daß sie ein jüdisches Gotteshaus in Brand setzten"*, aber es war ihnen bekannt, *„daß das Gebäude etwas mit Juden zu tun hat, und sie wußten um die Judenverfolgung während der Naziherrschaft"*. Von Antisemitismus war in der Urteilsbegründung nicht die Rede. Obwohl die Nazi-Täter sich mehrmals widersprachen, einmal hielten sie das Gebäude für unbewohnt, ein anderes Mal für ein ganz normales Haus, gab es angeblich für eine Verurteilung wegen versuchten Mordes keine sichere Grundlage. *(FAZ, 15.4.1995)* Nur knapp vier Wochen nach diesem Urteil legten Nazis an der Lübecker Synagoge erneut Feuer.

Wie die Polizei den Nazis bei ihrem für den 8. Mai 1995 angekündigten Brandanschlag auf die Synagoge freien Lauf ließ

Sofort nach dem Anschlag beteuerten die Polizei und das schleswig-holsteinische Innenministerium, daß von ihrer Seite genügend Schutzmaßnahmen vorhanden waren. Der Ministeriumssprecher (Thomas Giebeler) lehnte es sogar ab, *„darüber zu spekulieren, ob das alte Sicherheitskonzept möglicherweise nicht ausreichend war" (LN. 9.5.1995).* Unbestreitbarer Fakt war jedoch, daß die Schutzmaßnahmen in der Zeit vor dem Anschlag erheblich nachgelassen hatten. Nach dem ersten Brandanschlag vom 25. März 1994 wurde zunächst die Synagoge rund um die Uhr bewacht. Später wurde die Bewachung immer lockerer. Zuletzt patrouillierte die Polizei nur noch ab und zu. Abends fuhr dann eine Streife lediglich stündlich vorbei. Der Frage, warum die Synagoge nicht auch grundsätzlich 24 Stunden bewacht werde wie die Synagoge in Berlin, wich das Innenministerium aus. Ein Sprecher der Polizei behauptete, die Synagoge sei „intensiv bestreift" worden. *(Hamburger Abendblatt, 9.5.1995)* Obwohl es laut Aussagen des Chefs des Kieler Verfassungsschutzes, Michael Wolf, Hinweise und Indizien gab, daß Nazi-Banden für den 8. Mai spektakuläre Aktionen planten, wurden die geringen Schutzmaßnahmen beibehalten *(siehe Focus, 20/1995: „Vor dem Synagogenanschlag berichteten V-Leute von geplanten spektakulären Aktionen").* Polizei und Verfassungsschutz waren also gut durch ihre eigene V-Leute in der Nazi-Szene informiert. Aber trotz dieser Informationen und trotz des Datums 8. Mai behauptet der Leiter der Lübecker Polizeidirektion Süd, Winfried Tabarelli: *„Es gab keine konkreten Hinweise auf konkrete Gefährdungen." (taz, 9.5.1995)* Die Nazis haben versäumt, der Polizei den genauen Ort, Datum und Uhrzeit für ihren Anschlag anzugeben, so könnte man schlußfolgern.

Wieder einmal zeigte sich, daß Polizei und Innenbehörden – gerade angesichts des 8. Mai 1995, des 50. Jahrestages der Befreiung vom Nazifaschismus – den besonderen Schutz der Überlebenden des Holocaust und ihrer Nachkommen keineswegs vor Augen haben und diese Aufgabe auch nicht präventiv wahrnehmen wollen. Anträge für die erforderliche Genehmigung auf Erhöhung der Außenmauern, die bereits im Oktober 1994 gestellt worden waren,

wurden monatelang verschleppt. Die Stadt Lübeck stimmte erst Mitte März 1995 zu. Und am 22. März lagen erst die öffentlich-rechtlichen Voraussetzungen für den Beginn der Schutzbaumaßnahmen für die Synagoge vor. Um diese Schlamperei, sei es aus antisemitischen Gründen oder aufgrund des „normalen" Bürokratismus, zu verdecken, wurde eine Ablenkungsdiskussion entfacht: Die Genehmigung wäre schon im Februar rausgegangen, behauptet das Landesbauamt von Lübeck. Es sei ein Fehler der Post gewesen, und außerdem sei Ende des Jahres die Genehmigung schon mündlich erteilt worden. Das alles waren nur Ausreden. Denn wenn es der Stadt um einen wirklichen Schutz gegangen wäre, hätte sie sofort nach dem letzten Anschlag im März 1994 die Sicherheitsmaßnahmen für die Synagoge verstärkt.

In etlichen Presseberichten wurde suggeriert, daß Mitglieder der Jüdischen Gemeinde selbst keine stärkere Bewachung wollten. Wenn Dov-Levy Barislay, der schleswig-holsteinische Landesrabbiner, sagte: *„Wir wollen nicht, daß unsere Gottesdienste unter dem Schutz von Maschinenpistolen abgehalten werden" (Focus, 20/1995),* heißt das noch lange nicht, daß die Schutzmaßnahmen verringert werden sollten. Das Gerücht um die angeblich geforderte Lokkerung der Schutzmaßnahmen widerlegte der Geschäftsführer der Jüdischen Gemeinde, Heinz Jaeckel, sofort: Er erklärte am 8. Mai: *„Wir haben die Polizisten nicht weggeschickt. Natürlich würden wir lieber ohne Bewachung leben, ohne Stacheldraht. Aber offenbar geht es nicht anders." (taz, 9.5.1995)*

Ermittlungen der Polizei: „in alle Richtungen"

Angeblich nur wenige Stunden nach dem Nazi-Anschlag übernahmen Klaus Pflieger von der Bundesanwaltschaft und Kay Nehm, Generalbundesanwalt, die Ermittlungen auf. Obwohl klar war, aus welcher Richtung der Mord- und Brandanschlag kam, sagt Pflieger, ermittelt werde „in alle Richtungen". Aber sie sahen sich veranlaßt zugeben, daß sie vermehrt in der Naziszene suchen müßten. Trotz Hinweisen aus der Bevölkerung und dem Einsatz einer Sonderkommission gab es angeblich, „keine heiße Spur". 100.000 Mark Belohnung wurden ausgesetzt. *(FR, taz, Hamburger Abendblatt u. a., 8.5.95)*

Die Sorge um den „guten Ruf Deutschlands"

Am liebsten hätten die Politiker des deutschen Imperialismus diese Tat vertuscht, denn so offen antisemitisch sollte sich das „vereinigte Deutschland" doch nicht präsentieren. Daher bekundete fast jeder Politiker, der entsprechend befragt wurde, die Nazi-Organisationen müßten verboten werden. Aber es bleibt oft nur bei diesen medienwirksam dargestellten Rufen nach dem Verbot. Auch wenn tatsächlich einmal eine Nazi-Organisation verboten wird, ändert das nichts an der weiterhin verbreiteten rassistischen und nationalistischen Hetze in Deutschland. Die Nazis können den Antisemitismus weiterhin offen betreiben und machen dies auch.

Wenn überhaupt von staatlich-offizieller Seite auf das unübersehbare Erstarken von Rassismus und Antisemitismus reagiert wird, dann steht in der Regel die Sorge um das „Image Deutschlands" oder das Ansehen der jeweilige Städte im Mittelpunkt, in denen nazistische Anschläge oder Pogrome verübt wurden.

Bundespräsident Herzog sah den Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck in erster Linie als *„einen Anschlag auf den Staat"*, so die Schlagzeit in den *Lübecker Nachrichten* nach dem Besuch von Herzog. *(LN, 12.5.95)* Nicht die Opfer, sondern das Ansehen des deutschen Staates stehen im Vordergrund. Ähnlich äußerste sich Bundesaußenminister Klaus Kinkel bereits nach dem Brandanschlag 1994: Er verwies warnend auf den *„schweren Schaden, der*

dem Ansehen Deutschlands" durch den Brandanschlag zugefügt worden sei. Bundeskanzler Kohl hielt es wie bei den Morden in Solingen und beim Anschlag auf die Synagoge im Vorjahr für unangebracht, selbst zu erscheinen. Durch seinen Staatssekretär ließ er einen sogenannten „Beileidsbrief" übermitteln – nicht etwa an die Jüdische Gemeinde in Lübeck, sondern an die Stadt Lübeck. Darin bekundete Kohl, das „deutsch-jüdische Verhältnis" sei ihm „ein Herzensanliegen". Nicht nur durch die falsche Wahl des Adressaten, auch inhaltlich grenzte Kohl mit dieser Äußerung die jüdische Bevölkerung in antisemitischer Tradition aus dem „deutschen Staatsvolk" aus. Lübecks Bürgermeister Bouteiller (SPD) zeigte sich beim Brandanschlag ein Jahr zuvor entsetzt, daß die damals Verhafteten aus der Hansestadt stammten: *„Es ist das Schlimmste eingetreten, das offenbar Jugendliche aus Lübeck diese schreckliche Tat begangen haben"*. Nicht für die Verurteilung des antisemitisch motivierten Anschlags fand Bouteiller die kräftigsten Worte, sondern „das Schlimmste" war für ihn, daß die Täter aus „seiner" Stadt stammten. *(NDP, 4.5., Welt, 4.5.94)*

All diesen Äußerungen von Repräsentanten dieses Staats ist gemein, daß diejenigen, die Opfer oder Zielscheibe rassistischer und nazistischer Anschläge sind, wenn überhaupt, dann erst in zweiter Linie Erwähnung finden. Dem deutschen Nationalisten und Chauvinisten geht es immer zuerst und vor allem um die „deutschen Interessen" und den „deutschen Staat".

Im Hintergrund:
Wie die Leugnung des Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas und die damit verbundene antisemitische Hetze immer mehr salonfähig gemacht werden

Seit Jahrzehnten sind die Nazis die Vorreiter der Verbreitung der „Auschwitz-Lüge": Dutzende von publizistischen Machwerken erschienen bisher, in der *National-Zeitung* erscheint fast in jeder Ausgabe ein Leitartikel über die angeblichen „Greuelmärchen des Holocaust". Verknüpft werden damit zwei Ziele: Erstens geht es dabei darum, den Nazifaschismus von seinem größten Verbrechen reinzuwaschen, um ihn wieder gesellschaftsfähig zu machen. Die Nazis formulieren diese Zielsetzung ganz offen: Ohne Beseitigung dieses Makels kann es keine neue NS-Massenbewegung wie direkt vor 1933 geben. Und zweitens ist damit die Verbreitung des Antisemitismus untrennbar verknüpft. Denn bei jeder Variante der „Auschwitz-Lüge" wird immer die Lüge verbreitet, daß der industriellen durchgeführte Völkermord an den europäischen Juden eine Erfindung des „internationalen Judentums" und des „Zionismus" sei. Zwischen beiden Zielen besteht eine enge Wechselwirkung: Die Verbreitung von Antisemitismus fördert die Bereitschaft, an die „Auschwitz-Lüge", ja an die „saubere Weste" des Nazifaschismus insgesamt zu glauben. Die Propagierung der „Auschwitz-Lüge", mit pseudowissenschaftlichen „Argumenten" garniert, knüpft an die in der deutschen Bevölkerung tief sitzende Verharmlosung der Nazi-Zeit an und dient der Schürung eines in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus.

Die Nazis betreiben mit großem materiellen und publizistischen Aufwand ihre Propaganda verbreitet, oft genug ganz legal. Sie finden aber auch Mittel und Wege, nazifaschistische und antisemitische Publikationen aus anderen Ländern nach Deutschland zu bringen – ohne befürchten zu müssen, daß der bürgerliche Staat die „legale" und die illegale Verbreitung der Nazi-Propaganda systematisch und konsequent unterbindet. Sicherlich gibt es ab und an mal ein Verbot einer Broschüre oder eines Buches. Es wird auf den Index gesetzt, und das war's. Es wird auch mal der eine oder andere Nazi wegen Volksverhetzung verurteilt – aber meist nur zu geringen Strafen, wenn überhaupt.

Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) vom März 1994 zur „Auschwitz-Lüge":

Das Urteil vom 15. März 1994 hob nicht nur vorübergehend die Verurteilung des Nazis Deckert wegen Volksverhetzung auf, sondern hatte eine viel weitergehende Bedeutung. Der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisierte dieses Urteil zu Recht sehr scharf, denn es *„erweckt den Eindruck einer Gebrauchsanweisung, wie man der Bestrafung wegen Verbreitung der Auschwitz-Lüge entgehen kann ... und ist wie Öl auf das Feuer der Neonazis, die sich ermutigt fühlen werden, die Auschwitz-Lüge weiter zu verbreiten." (zitiert nach: Junge Welt, 21.3.94)*

Die entscheidende Passage aus dem Urteil lautet: *„Daraus ergibt sich zugleich, daß das bloße Bestreiten der Gaskammermorde den Tatbestand der Volksverhetzung nicht erfüllt..." (Spiegel, Dokument 3, Mai 1994, S. 12)*

Im Klartext heißt das: Wenn die Nazis sich darauf beschränken, die Giftgasmorde im Vernichtungslager Auschwitz scheinbar ganz „sachlich" zu leugnen, dann dürfen sie nicht nach dem Volksverhetzungsparagraphen (§ 130 StGB) verurteilt werden – was bisher noch möglich war –, sondern haben höchstens eine Beleidigungsklage zu erwarten!

§ 130 StGB (Volksverhetzung):
„Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er
1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt
2. zu Gewalt – oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert, oder
3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,
wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu 5 Jahren bestraft."

Am 21.9.94 beschloß der Bundestag den folgenden Passus als Ergänzung:
(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in §220a Absatz 1 StGB (Völkermord, die Red.) bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost."

Das Fazit ist eindeutig: Das Urteil ist ganz und gar im Sinne der Nazis und stellt einen weiteren Schritt bei der Legalisierung der Leugnung des nazistischen Völkermords an der jüdischen Bevölkerung dar.

Nachdem sich auch international Protest gegen dieses Urteil vom März 94 regte, wurde schnell eine neue Gesetzesvorlage zur „Auschwitz-Lüge" aus dem Ärmel geschüttelt und im September 1994 vom Bundestag verabschiedet. Erstens diente dies als Ablenkung von dem nazifreundlichen Grundsatzurteil. Zweitens, und dies ist gravierender, brachte dieses Gesetz eine Verringerung der juristisch möglichen Höchststrafe für diese Form der nazistischen Propaganda von 5 auf 3 Jahre Gefängnis; neu eingeführt wurde, daß auch lediglich eine Geldstrafe ausgesprochen werden kann. Darüber hinaus wird eine Bestrafung eng an die Voraussetzung geknüpft, ob die Propagierung der „Auschwitz-Lüge" geeignet war, „den öffentlichen Frieden zu stören". Dies bedeutet, daß eine Verurteilung soll nur dann in Frage kommen, wenn die Angelegenheit in der demokratischen Öffentlichkeit Aufsehen erregt und größere Proteste abzusehen sind.

Urteil und Begründung des Landgerichts Mannheim zur „Auschwitz-Lüge" vom Juni 1994

Das Landgericht Mannheim verhandelte aufgrund des BGH-Urteils nochmals „in Sachen Deckert". Es kam am 22. Juni 1994 zu einem in der bundesrepublikanischen Geschichte gängigen Urteil: Der bewährte Nazi und Vorsitzende der NPD erhält lediglich eine Bewährungsstrafe (1 Jahr). Die Begründung des Urteils hat allerdings – und das zu Recht – viele Proteste ausgelöst. Der BGH sah sich im Dezember 1994 gezwungen, der allzu nazifreundlichen Begründung in einigen Punkten in der Revision zu widersprechen, ohne aber das Urteil zu revidieren. *(Siehe FR, 16.12.94)* Die Einwände des BGH beschränkten sich aber vor allem auf die „guten Charaktereigenschaften" des beinahe zum Ehrenmann gekürten Nazis Deckert, so daß – und das ist wesentlich – entscheidende Punkte des Antisemitismus und der Geschichtsrevision unwidersprochen blieben. Das BGH hob das eigene Grundsatzurteil zur „Auschwitz-Lüge! vom März 1994 nicht auf. Deckert befand sich weiter auf freiem Fuß.

Im Frühjahr 1995 wurde dann vom Mannheimer Landgericht der Fall neu verhandelt. Deckert erhielt erneut lediglich eine Strafe auf Bewährung. Die Mannheimer Richter hatten dem NPD-Vorsitzenden in ihrem Urteil bescheinigt, daß er „kein Antisemit im Sinne der NS-Rassenideologie" sei. Und schließlich behaupteten die Mannheimer Richter, der Vorsitzende der nazistischen NPD stehe mit rassistischen Anschlägen in keinem Zusammenhang.

Bundesgerichtshof zur „Auschwitz-Lüge"

Ein Angriff auf die Menschenwürde ist, soweit es sich um Äußerungen handelt, die die jüdische Bevölkerung berühren, insbesondere dann gegeben, wenn der Täter sich mit der nationalsozialistischen Rassenideologie identifiziert oder seine Äußerungen sonst damit in Zusammenhang stehen (BGH NStZ 1981, 258; vgl. auch Senatsbeschluß vom 16. November 1993 — 1 StR 193/93 — NStZ 1994, 140). Er steht gleichfalls nicht in Frage, wenn der Täter die Tatsache der systematischen Morde an Juden als Lügengeschichte darstellt, absichtlich erfunden zur Knebelung und Ausbeutung Deutschlands zugunsten der Juden.

Aber auch aus vielfachen weiteren Umständen kann im Einzelfall ein Angriff auf die Menschenwürde entnommen werden. Daraus ergibt sich zugleich, daß das bloße Bestreiten der Gaskammermorde den Tatbestand der Volksverhetzung nicht erfüllt. Dies steht im Einklang mit der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes ...

Auch der Gesetzgeber ist bei der Neuregelung des Absatzes 1 Satz 1—5 und des Absatzes 2 Satz 2—4 des § 194 StGB durch das 21. Strafrechtsänderungsgesetz, die dem Leugnen des unter der Herrschaft des Nationalsozialismus oder einer anderen Gewalt- oder Willkürherrschaft begangenen Unrechts strafrechtlich begegnen soll (BT-Drucks. 10/3242 S. 8), davon ausgegangen, daß das bloße Bestreiten der systematischen Tötung von Juden nicht den Tatbestand des § 130 erfüllt (vgl. die zusammenfassende Darstellung bei Lenckner aaO § 194 Rdn. 1).

Frankfurter Rundschau, 27.4.94

III.

Aktionen gegen die Nazis

11. Widerstand der Opfer, Solidarität, Entlarvung

Vorbemerkung

1.

In den vergangenen 10 Jahren gab es einige wichtige Einschnitte in der Entwicklung des antinazistischen Protests und Widerstands und Veränderungen bei antifaschistischen und antirassistischen Aktionen. Sie sollen hier – sicher nicht vollständig – knapp skizziert werden, um sie grob einzuschätzen und die wichtigsten Erfahrungen festzuhalten.

Während zum Beispiel die ersten Reaktionen auf die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock 1991/92 eher von den Betroffenen selbst kamen, von den Flüchtlingen, die sich mit Barrikaden und Knüppeln zur Wehr setzten, und die deutschen Antifaschisten und Antirassisten erst nach mehreren Tagen mit größeren Demonstrationen reagierten, gab es andererseits vor allem nach Mölln im November 1992 bundesweit oft tagelang Demonstrationen in Dutzenden von Städten Deutschlands. Vor allem nach den Morden in Solingen waren es Türkinnen und Türken, Kurdinnen und Kurden und andere Nationalitäten aus der Türkei, die in Solingen selbst und in anderen Städten tagelang auf die Straßen gingen. Heute muß, in einer Situation des alltäglichen Nazi-Terrors, an diese vielfältigen Erfahrungen angeknüpft werden, um daraus positive Zielsetzungen und Schlußfolgerungen für die Zukunft zu ziehen.

Eine Grundlage für eine grobe Einschätzung dieser Aktionen gegen die Nazis sind die vorliegenden Berichte, die insgesamt wohl einen zutreffenden Eindruck über Ausmaß und Zielrichtung dieser Proteste vermitteln. Eine weitere Grundlage für eine derartige Auswertung, auf die eigentlich näher eingegangen werden müßte, (was aber hier nicht geleistet werden konnte) ist die allgemeine gesellschaftliche Atmosphäre, in der die unterschiedlichen Aktionen gegen die Nazis stattfanden: Nicht nur die massive Verfolgung durch die Polizei spielt dabei eine zentrale Rolle. Es erschwert erheblich den Kampf, wenn Dutzende, teilweise sogar Hunderte Nazi-Gegner festgehalten oder sogar festgenommen und inhaftiert werden, während gleichzeitig die Nazis frech aufmarschieren können. Denn dadurch werden nicht nur die Nazis von der Polizei unmittelbar geschützt, sondern darüber hinaus wird damit versucht, in der Öffentlichkeit Aktionen gegen Nazis zu kriminalisieren und den Kampf gegen die Nazis zu isolieren.

Die Erfahrung der antinazistischen Aktionen, ihrer Erfolge und Mißerfolge, müssen aber auch vor dem Hintergrund einer streckenweise wüsten Pressehetze und einer chauvinistisch aufgehetzten Stimmung gesehen werden, in der *Spiegel* und *Bild* gleichermaßen das sprichwörtliche „volle Boot" mit rassistischen Karikaturen auf ihre Titelseiten abbildeten. Dies unterstreicht, daß antifaschistischer und antirassistischer Widerstand es nicht nur mit den Nazis selbst zu tun hat. Man kann es als eine Schwäche der Aktionen gegen die Nazis ansehen, daß nur einem Teil klar ist, daß die heuchlerischen Politiker praktisch aller parlamentarischer Parteien entlarvt und bekämpft werden müssen. Nur einem Teil der antifaschistischen Kräfte ist bewußt, wie eng der Zusammenhang zwischen der erstarkenden Nazi-Bewegung in den letzten Jahren und der „deutschen Einheit" ist und welche ungeheure Gefahr vom deutschen Imperialismus ausgeht. Nicht nur im Landesinneren bedeutet der deutsche Imperialismus Reaktion auf der ganzen Linie. Der Kosovokrieg hat verdeutlicht, daß auch die von ihm ausgehende Kriegsgefahr ebenfalls verdammt aktuell geworden ist. Und hier eine gemeinsame Front etwa der Kriegs- und der Nazigegnerinnen und -gegner zu schaffen, das ist noch nicht gelungen.

2.

Was gilt es zum Schlußkapitel an Positivem festzuhalten? Einige doch bemerkenswert erfolgreiche Aktionen gegen die Nazis. Da wäre zunächst einmal die entschiedene Verteidigung des Flüchtlingsheimes in Mannheim-Schönau im Mai 1992 zu nennen. Gegen immer massivere Polizeieinsätze, die sich zum Schluß zu einem über die ganze Stadt verhängten Demonstrationsverbot steigerten, verstanden es die Anti-Nazi-Kräfte vor Ort mit großer Unterstützung von außerhalb, immer wieder alle Polizeiblockaden, Massenfestnahmen etc. zu durchbrechen, und das über 14 Tage hinweg. Dazu bedurfte es des Muts, der nötigen Ausdauer und Flexibilität, aber auch das Wissen darum, daß es nicht nur gilt, dem rassistisch-faschistischen Mob auf der Straße Paroli zu bieten, sondern auch derjenigen Nazi-Kräfte gewahr zu sein, die auch in Mannheim-Schönau bald in der Maske der Biedermänner auftauchten, und nötig war dafür Klarheit über den Charakter von bürgerlichen Medien, Politikern und Polizei.

Als zweites müssen die wochen-, ja monatelangen Anstrengungen zur Freilassung von Safoan Eid und der Kampf zur Aufklärung des Nazi-Massakers in Lübeck genannt werden. Nicht nur Durchhaltevermögen und klare Kenntnis der staatlich-polizeilichen Vertuschungsmethoden und justiziellen Absichten waren hier erforderlich. Als beispielhaft ist die konkrete Enthüllungs- und Ermittlungsarbeit hervorzuheben, die ein relativ kleiner, aber aktiver Kreis geleistet hat, der zwar zwischendurch auch breitere, insgesamt aber eine zahlenmäßig zu schwache Unterstützung durch die antifaschistischen Kräfte erhalten hat. Dennoch war die Arbeit erfolgreich. Nicht zuletzt ist es auch gelungen, die faktische Zensur der bürgerlichen Medien zu durchbrechen.

3.

Am Schluß sind die Aktionen gegen Nazis aus den Jahren 1998/99 aufgelistet. Sie sind zusammengestellt und gruppiert nach der zahlenmäßigen Beteiligung. Die zahlenmäßige Stärke sagt noch nichts aus über die Qualität dieser Aktionen: Waren bürgerliche, ja vielleicht reaktionäre Kräfte beteiligt? Welches Ausmaß hatte diese Beteiligung?

Diese Frage wurde besonders im Jahre 1992 sehr kontrovers diskutiert, als es zahlreiche Aufrufe zu Lichterketten gab mit einer teilweise sehr großen Teilnahme von bürgerlichen Kräften, die bis hinein ins Regierungslager reichten. Die Absicht war klar: Den konsequent antinazistischen Kräften sollte die tragende Rolle im Kampf gegen die Nazis aus der Hand genommen werden, um dem entschiedenen antifaschistischen Kampf die Spitze abzubrechen.

Festzustellen bleibt, daß vor allem die Elemente der Solidarität gestärkt werden müssen. Gerade wenn Nazi-Gegner aus verschiedenen Zusammenhängen kämpften, etwa nach dem Brandabschlag in Solingen Türkinnen und Türken, Kurdinnen und Kurden, wenn Jüdische Gemeinden sich gegen die Nazis einsetzten, wenn die Flüchtlinge selbst aktiv wurden, dann galt und dann gilt es, alle Bemühungen eines stärkeren Zusammenarbeit im Sinne einer gegenseitigen Solidarität zu unterstützen.

HOYERSWERDA

Die Opfer des Pogroms leisten Widerstand gegen die Nazis und gegen die behördliche Zwangsverteilung

Während des Pogroms in Hoyerswerda leisteten die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie die Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern spontan Widerstand gegen die massiven Nazi-Angriffe und nutzten jede Möglichkeit, sich selbst zu verteidigen – angesichts des rassistischen örtlichen Umfeldes waren ihre Möglichkeiten allerdings sehr einschränkt.

Im folgenden eine Chronologie der Ereignisse, soweit die Aktionen bekanntgeworden sind:

Dienstag, 17. September 1991: Die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter leisteten spontan Widerstand. Sie gingen auf die Straße, um sich zu wehren. Es wurden Straßenblockaden aus Müllcontainern usw. errichtet. Die Nazis griffen unter anderem mit Baseballschlägern, Flaschen, Ketten die Arbeiter an. Die Arbeiter wehrten sich und schlagen zurück. Ein Nazi-Angreifer und ein Polizist werden verletzt.

Mittwoch, 18. September 1991: Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam verstärkten ihre Selbstverteidigung. Ein Vietnamese, der den Auftakt zum Pogrom am Vortag miterlebt hatte, erklärte schon am Vormittag gegenüber der Lokalpresse: *„Die wollen heute nochmals kommen, aber dann werden wir kämpfen und uns wehren, wenn die Polizei wieder so lange zuschaut und nichts unternimmt." (Sächsische Zeitung, 19.9.91)* Um das Eindringen der Nazis in ihr Wohnheim zu verhindern, verbarrikadierten die Arbeiter mit Müllcontainern ihren Hauseingang. Sie bewachten in Gruppen ihr Wohngebäude, und einige stiegen aufs Dach des zehngeschossigen Gebäudes. Als die Nazis dann am frühen Abend mit Stangen und Latten bewaffnet gegen die Mülltonnen-Barrikaden stürmten, wehrten sich die Arbeiter. Zur Selbstverteidigung warfen sie Flaschen, Dosen, Regalbretter und Schranktüren vom Dach, um die Nazis zu vertreiben.

Donnerstag, 19.9.1991: Die Bewohner des Arbeiterwohnheims wehrten sich weiter; sie gingen wieder aufs Dach und verteidigen sich, indem sie Flaschen und andere Gegenstände auf die Nazis warfen. Gegen die massiven Angriffe der Nazis und ihrer reaktionären Helfer leisteten die Bewohner Widerstand. Doch die Unterstützung der Nazis durch die deutsche Bevölkerung war zu groß, deshalb war es allein durch Gegenwehr nicht möglich, sie in die Flucht zu schlagen.

Demonstration in Neumünster

Samstag, 21.9.1991: Die Arbeiter aus Mosambik und Vietnam versperrten zuerst mit Mülltonnen ihre Straße, bevor die ersten Nazis kamen. Sie wollten keinen Nazi-Deutschen mehr passieren lassen. Sie vertrauten nicht auf die Polizei. Als die ersten Nazis anrückten, versuchte ein Teil, sich mit

Knüppeln und Stangen zu verteidigen. Einige brachen den Bürgersteig auf, um sich mit Steinen zu bewaffnen. Als die Nazis und ihre Anhänger stark bewaffnet auftraten, konnten sie nur noch in ihre Häuser flüchten.

Die Flüchtlinge wehren sich gegen die Zwangsverteilung in Sachsen und stellen öffentlich ihre berechtigten Forderungen. Nach dem Abtransport aus Hoyerswerda, der menschenunwürdigen Behandlung und Zwangsverteilung in Sachsen durch die Behörden, waren einige der Asylsuchenden nicht mehr bereit, sich dem passiv auszusetzen. Sie griffen zur Selbsthilfe durch Flucht auf eigene Faust nach Berlin, Hannover und Hessen Durch verschiedene Aktionen machten sie die Öffentlichkeit auf ihre bedrohte Lage aufmerksam und es gelang ihnen teilweise, ihr Bleiberecht an den von ihnen gewählten Orten durchzusetzen.

25.9.91, Berlin: Flüchtlinge gingen mit einer Presseerklärung an die Öffentlichkeit. Ca. 50 aus Hoyerswerda nach Berlin geflohene Asylsuchende versuchten einige Wochen lang mit Unterstützung von Berliner Antifaschisten in Berlin einen legalen Asylstatus zu erlangen und Sozialleistungen durchzusetzen. Auf einer Pressekonferenz gingen Sprecher von angolanischen Flüchtlingen aus Hoyerswerda trotz ihres illegalen Status in Berlin das erste Mal an die Öffentlichkeit. An das Abgeordnetenhaus von Berlin wurden folgende Forderungen gestellt:

* Sofortige Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!
* Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich derzeit aufhalten!
* Freie Wahl ihres Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!
* Bleiberecht für alle Flüchtlinge, Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten!
* Keine Abschiebungen!

Einem Teil dieser Gruppe gelang es, ihr Bleiberecht in Berlin als anerkannte Asylsuchende zu erkämpfen.*(ZAG Nr. 1, November 1991)*

19.11.91, Schwalbach: In der „Hessischen Gemeinschaftsunterkunft" in Schwalbach begannen 70 Asylsuchende, die vor den Naziangriffen geflohen waren, einen Hungerstreik, um ihr Bleiberecht in Hessen zu erkämpfen. 40 Asylsuchenden wurde das Bleiberecht in Hessen daraufhin zugesagt. Die übrigen 30 sollten in die Ex-DDR zurücktransportiert werden, weil sie nicht nachweisen konnten, z. B. durch Verletzungen, daß sie von Nazis angegriffen wurden. Sie setzten ihren Hungerstreik fort. *(FR und taz, 22.11.91)*

Die direkte antifaschistische Unterstützung und Solidarität mit den Opfern erst sechs Tage nach Beginn der Pogrome in Hoyerswerda kam zu spät

22.9.91, Hoyerswerda: Autokonvoi von Berlin aus – Demonstration am Ort des Pogroms. Am sechsten Pogromtag erfolgte in Berlin ein Aufruf zu einem Autokonvoi nach Hoyerswerda von verschiedenen autonomen, Antifa-, Frauen- und Lesbengruppen. An dem antirassistischen Autokonvoi am 22.9.91 mit etwa 80 Autos von Berlin nach Hoyerswerda beteiligten sich 300–400 Nazi-Gegner, u. a. Vertreter einer jüdischen Gruppe und SOS-Racisme. Dort angekommen, ließ die Polizei, inzwischen durch BGS verstärkt, die Berliner Antifaschisten nicht zu den Flüchtlingswohnheimen durch (die mosambikanischen und vietnamesischen Arbeiter waren größtenteils bereits am Tag zuvor aus Hoyerswerda weggebracht worden). An der daraufhin veranstalteten Kundgebung vor den Wohnheimen für Asylsuchende in der Thomas-Müntzer-Straße (vor den Polizeiketten) sowie der anschließenden Demonstration durch das umliegende Wohngebiet nahmen nur wenige Bürgerinnen und Bürger von Hoyerswerda teil. Erst nach langen Verhandlungen mit der Polizei und der Heimleitung ge-

lang es einer kleinen Delegation der Demonstrierenden, mit den Flüchtlingen im Wohnheim Kontakt aufzunehmen. Die Delegation konnte somit direkt ihre Solidarität übermitteln sowie weitere Unterstützung zusagen.

24.9.: Erste praktische Hilfe für die nach Berlin geflohenen Asylsuchenden. In der Nacht vom 24. auf den 25.9.91 trafen die ersten der ca. 50 Asylsuchenden mit dem Zug in Berlin ein. Die Flüchtlingskoordination organisierte kurzfristig private Unterkünfte und nahm Kontakte zu Kirchengemeinden sowie der Leitung der evangelischen Kirche in Berlin auf.

1.10.: Ca. 30 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Flüchtlingskoordination besetzen eine Kirche und fordern Bleiberecht für die Geflohenen. Die Flüchtlingskoordination besetzte die Passionskirche am Marheineckeplatz in Kreuzberg, um zu erreichen, daß die Asylsuchenden in Berlin bleiben können. Mit dieser Aktion sollte verhindert werden, daß sich die Flüchtlinge aus Hoyerswerda vereinzelt in Kirchengemeinden verstecken, um einer drohenden Zwangsunterbringung in ostdeutschen Flüchtlingsunterkünften zu entgehen. Statt dessen wurde ein öffentliches Kirchenasyl gefordert. Die Kirchenleitung sagte daraufhin zu, die Asylsuchenden aus verschiedensten Ländern gemeinsam in Kirchenräumen unterzubringen und gleichzeitig mit dem Berliner Innensenator Verhandlungen über ihr Bleiberecht zu beginnen.

9.10.: Einberufung einer Pressekonferenz als Druckmittel gegen den Berliner Senat

17.10.: Antifaschisten besetzen Büro der Ausländerbeauftragten John. Ca. 30 Menschen aus dem Kreis der autonomen Flüchtlingskoordination besetzten das Büro der Ausländerbeauftragten John, um in der Öffentlichkeit noch einmal deutlich zu machen, daß es weiterhin darum geht, das Bleiberecht für alle Flüchtlinge aus Hoyerswerda durchzusetzen und die Zwangsverteilung in andere Bundesländer zu stoppen.

Erster Erfolg dieser Aktionen: Etwa die Hälfte der ca. 50 Flüchtlinge bekam das Bleiberecht zugestanden. Sie wurden nach Nationalitäten getrennt in den jeweiligen Wohnheimen in Berlin aufgenommen. *(Berliner Zeitung, 10.10.91; ZAG, Nr. 1, November 1991; antifa-info Nr. 16, Winter 91)*

Größere Protest- und Solidaritätsaktionen in anderen Städten Deutschlands – 10 Tage nach Beginn der Pogrome in Hoyerswerda

7.9.91, Neustadt: Über **1.000** Asylsuchende und Deutsche protestierten gegen die Asylpraxis, die „vom Prinzip der Abschreckung gekennzeichnet" ist. *(FR, 28.9.91)*

29.9.91, Dresden: Rund **1.000** Menschen demonstrierten gegen den wachsenden Rassismus. Sie bekundeten ihre Solidarität mit den Opfern des Rassismus auf ihrem Protestzug durch die Stadt zu jener Stelle, wo vor einem halben Jahr der mosambikanische Arbeiter Jorge João Gomondai von Nazis tödlich mißhandelt wurde. Eine größere Gruppe von Nazis, die sich in der Nähe der Demonstration aufhielt, wurde erfolgreich vertrieben. *(taz, 1.10.91)*

29.9.91, Bremen: Unter der Losung: „Die Verantwortlichen für Hoyerswerda sitzen in Bonn" fanden zwei Demonstrationen gegen die Einschränkung des Asylrechts statt, an denen sich ca. **1.200** Menschen beteiligten. Eine davon war von Schülerinnen und Schülern initiiert.*(taz-Bremen, 9.10.91: Leserbrief zum taz-Bremen-Artikel vom 30.9.91)*

29.9.91, Berlin: Etwa **600** Menschen demonstrierten unter anderem mit der Losung: „Stoppt die Pogrome und ihre Hintermänner ...". *(Berliner Zeitung, 30.9.91)*

2.10.91, Frankfurt: Auf dem Römerberg nahmen ca. **6.000** Menschen an einer Kundgebung teil. Zuvor waren schon 300 Schülerinnen und Schüler protestierend durch die Stadt

gezogen und hatten vor dem Büro der *Bild*-Zeitung eine Rede gegen deren Hetzkampagne abgehalten. Auf der Kundgebung wurde der Redebeitrag des Grünen-Vertreters, Daniel Cohn-Bendit, von Teilnehmern massiv behindert. Nach der Kundgebung formierte sich spontan ein Demonstrationszug von 600 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Sie zogen vor das *Rundschau*-Haus und das Büro der *Bild*-Zeitung, um dort ebenfalls gegen die rassistische Berichterstattung und Hetze zu protestieren. *(FR, 4.10.91)*

3.10.91, Berlin: Fast **10.000** Menschen demonstrierten gegen Rassismus. Am Abend ging die Polizei mit Wasserwerfern und Tränengas in Kreuzberg gegen 500 Demonstranten vor. *(SZ, 4.10.91)*

3.10.91, Hamburg: Etwa **4.500** Menschen protestierten unter dem Motto: „Hurra Deutschland – nein danke" gegen Rassismus und gegen die in Hamburg stattfindende zentrale Feier zum „Tag der Deutschen Einheit". *(SZ, 4.10.91)*

Die Polizei greift die Demonstration in Berlin an

3.10.91, Bremen: Rund **1.000** vor allem junge Menschen demonstrierten auf Initiative der Schülerinnen und Schüler des Schulzentrums Hamburger Straße gegen die rassistischen Angriffe in Hoyerswerda. Da in der Nacht zuvor Nazis einen Brandanschlag auf ein Wohnheim für Asylsuchende in der Schwachhauser Heerstraße verübt hatten, wurde der Demonstrationszug spontan dorthin verlängert. *(taz-Bremen, 4.10.91)*

3.10.91, Leipzig: Ca. **1.500** Menschen gingen auf die Straße gegen Rassismus und „nationalen Größenwahn". Auf Transparenten war zu lesen „Wir haben den Faschismus satt – Nazis raus aus unserer Stadt". *(SZ und FR, 4.10.91)*

5.10.91, München: Ca. **3.500** Menschen protestierten gegen die Nazi-Angriffe und die bayerische Asylpolitik. Auf der Kundgebung am Odeonsplatz zerschlugen Antifaschisten einen Büchertisch der REPs. Während des Demonstrationszuges wurde ein Stand der „Patrioten für Deutschland" attackiert. *(SZ, 7.10.91)*

Auch in Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Göttingen und anderen Städten demonstrierten in der ersten Oktoberwoche mehrere Tausende Menschen gegen den Nazi-Terror und die staatliche Asylpolitik. *(FR, 4.10.91; SZ, 7.10.91)*

Ende September 1991: Antifaschisten beschützen bedrohte Asylunterkünfte. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen hatten dazu aufgerufen, zum Schutz der Bewohner von bedrohten Asylunterkünften Wachen aufzustellen. *(FR, 25.9.91)*

September 1991, NRW: Widerstandsaktionen gegen die „Bild"-Hetzkampagne. In Nordrhein-Westfalen wurden Plakatwände zerstört, auf denen die *Bild*-Hetze gegen die Asylsuchenden: „Asylanten: Wer soll das bezahlen?" abgebildet ist. SOS-Rassismus hatte dazu aufgerufen, die Hetzplakate zu überkleben. *(taz, 25.9.91)*

DOKUMENT:

Gemeinsame Erklärung von Flüchtlingen aus Berlin, Norderstedt, Schwalbach und anderen Städten (Auszug)

Berlin, den 8.12. 1991

Diese Erklärung ist von einer Gruppe Flüchtlinge aus Hoyerswerda, Sachsen und Schwalbach, Hessen, geschrieben worden, von den Flüchtlingen, die zur Zeit die Technische Universität Berlin besetzt halten und die, die sich in der Schalomgemeinde in Norderstedt aufhalten.

Wir kamen zusammen, um die Probleme zu besprechen, die alle Flüchtlinge in Deutschland zur Zeit betreffen. Wir vertreten Flüchtlinge aus vielen verschiedenen Teilen Deutschlands. Das Recht auf Asyl ist in Artikel 16 GG festgehalten. Es ist jedoch über die Jahre hinweg systematisch ausgehöhlt worden. Immer weitere Einschränkungen werden eingeführt, die es für die meisten Flüchtlinge praktisch unmöglich machen, in diesem Land politisches Asyl zu erhalten, obwohl viele trotzdem unter den Begriff „Flüchtling", wie in der Genfer Konvention definiert, fallen.

Wir haben den Eindruck, daß diese Untergrabung des Rechts auf Asyl mit einer wachsenden Welle von Faschismus in Deutschland einhergeht, eine Welle, die besonders in der Ex-DDR spürbar ist. Das faschistische Potential ist wohlorganisiert und kann innerhalb einer kurzen Zeitspanne mobilisiert werden. Dies gilt sowohl für große als auch für kleine Städte, und ebenso für die ländlichen Gebiete. Wir wissen, daß dies so ist, weil viele von uns diese Erfahrung selbst gemacht haben, während wir in der Ex-DDR lebten.

Die Politiker in diesem Land haben mit der „Asyldebatte" Öl in das schon brennende rassistische Feuer gegessen. Dies ist einer der Gründe, warum rassistische Angriffe brutaler und häufiger werden. [...]

Der pogromartige Angriff auf Ausländerinnen in Hoyerswerda, der von weiten Teilen der Bevölkerung unterstützt wurde, könnte so fast überall in der Ex-DDR passieren.

Die Flüchtlinge aus Hoyerswerda berichteten, daß diese Angriffe mehrere Tage anhielten, und daß die Polizei nicht dazu fähig war, sie zu schützen. Am Ende mußten die Flüchtlinge von den Behörden evakuiert werden. Sonst wäre es zu einem Massaker gekommen.

Die Flüchtlinge, die 45 Tage eine Kirche in Neumünster besetzt hatten und damit verhindern wollten, in die Ex-DDR geschickt zu werden, hatten eine ähnliche Erfahrung wie die Flüchtlinge in Hoyerswerda, Leipzig, Dresden und Meißen.

Am Ende unterwarfen sie sich dem Druck der Kirche und der Regierung und erklärten sich widerwillig damit einverstanden, nach Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern, zu gehen. Sechs Tage später wurden sie dort von einem Mob, bestehend aus ungefähr 200 Rassisten, angegriffen, die Steine schmissen, aus Gaspistolen und mit Leuchtspurmunition auf sie schossen und mit Eisenstangen, Ketten und Knüppeln bewaffnet waren. Besonders die Kinder leiden immer noch unter dieser Erfahrung. Ein Kind fragte seinen Vater: „Wollen sie uns umbringen?" [...]

Den Flüchtlingen in der Schalomgemeinde in Norderstedt (denselben Flüchtlingen, die die Kirche in Neumünster besetzt hatten) wurde gesagt, daß sie nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren sollten.

Die Gesetze für AusländerInnen – das neue Ausländergesetz und die, die das Asylverfahren betreffen, sollen Menschen isolieren. Aufgrund des Mangels an Wohnraum, selbst für Deutsche, haben Flüchtlinge keine Möglichkeit in Wohnungen zu leben. Die Regierungspolitik,

seit Jahren keine adäquaten Unterbringungen zu bauen, zeigt ihren Effekt in der Situation von Ausländerinnen. Flüchtlinge müssen in Flüchtlingslagern leben, die mit Gefängnissen vergleichbar sind. Einige haben Gitterstäbe vor den Fenstern und sind von Mauern umgeben. Durch diese Art von Unterbringung sind sie von der deutschen Bevölkerung isoliert und sie sind leicht Ziel faschistischer Angriffe.

Alle Unterbringungen für Asylsuchende, ob klein oder groß, zentral oder dezentral gelegen, sind von der deutschen Bevölkerung isoliert. Diese Situation fördert rassistische Ideologie.

Eine weitere Regierungspraxis sind regelmäßige und schnelle Abschiebungen in die Heimatländer, wo Verfolgung, Folter und selbst der Tod auf die abgeschobene Person warten. [...]

Die Zukunft von Flüchtlingen in diesem Land ist noch trüber. Einige Politiker schlagen vor, Flüchtlinge in von Mauern umgebenen Unterbringungen zu halten, die die Flüchtlinge nicht verlassen dürfen und die niemand betreten darf, so daß es eine Unmöglichkeit ist, rechtlichen Rat zu bekommen. Nachdem die Entscheidung über das Asylverfahren gefallen ist, sollen die Flüchtlinge direkt in ihr Heimatland abgeschoben werden.

Wir appellieren an alle Flüchtlinge und an alle demokratisch denkenden Menschen, sich an unserem Kampf gegen das faschistische Potential, sowie für unsere Menschenrechte und Anerkennung als Flüchtlinge zu beteiligen.

Wir Flüchtlinge sind das schwächste Glied in dieser Gesellschaft. Trotzdem glauben wir, ein Recht darauf zu haben, als gleichwertige Menschen behandelt zu werden. In der Zukunft wird die Behandlung von Flüchtlingen und Minderheiten in Deutschland ein Test für diese Gesellschaft sein, ob sie aus ihrer Geschichte gelernt hat oder nicht.

Sofortige Aufnahmegarantie für alle Flüchtlinge, die vor rassistischen Angriffen geflohen sind!

Freie Wahl des Aufenthaltsorts!

Keine Zwangsverteilungen in die Ex-DDR!

Keine Abschiebungen!

Wir fordern alle Flüchtlinge und andere Menschen dazu auf, sich unserem Kampf gegen die rassistische Asylpolitik anzuschließen

DOKUMENT:

Stop der Zwangsverteilungen von Flüchtlingen aus Berlin
Aufenthaltsgarantie in Berlin für alle vor rassistischen Angriffen geflohenen Flüchtlinge

Waterloo-Ufer, Ausländerpolizei Berlin, Anfang Oktober 1991: 50 Flüchtlinge warten auf die Busse, die sie in eine ehemalige NVA-Einrichtung nach Eisenhüttenstadt, dem zentralen Sammellager für 600–800 Flüchtlinge in Brandenburg bringen sollen. Einige Flüchtlinge verweigern ihre Zwangsverteilung aus Angst vor rassistischen und faschistischen Angriffen und aufgrund fehlender Infrastruktur in den neuen Bundesländern. Sie werden mit Handschellen in eine nahe gelegene Polizeiwache abtransportiert. Nach einem Tag Gefangenschaft werden sie nach Eisenhüttenstadt verschleppt.

Dies ist nur ein Beispiel für die alltägliche staatliche Willkür und Repression, mit der Flüchtlinge in Deutschland konfrontiert sind. Für die meisten Menschen mit einem deutschen Paß und weißer Hautfarbe bleibt die tägliche Erniedrigung und Entrechtung der Flüchtlinge genauso unsichtbar, wie Ihre Bedürfnisse, ihre Forderungen und ihr Widerstand.

Widerstand von Flüchtlingen gegen Zwangsverteilungen

Seit Anfang Dezember 1990, als die Zwangsverteilung von Flüchtlingen laut Einigungsvertrag auch in die neuen Bundesländer begann, hat der Widerstand der Flüchtlinge gegen diese Praxis massiv zugenommen.

Frankfurter Rundschau, 21.12.90: *„105 von 150 Afrikanern und Indern hatten nach einem dreitägigen Aufenthalt in einer ehemaligen russischen Kaserne bei Halberstadt in Sachsen-Anhalt wegen der dort herrschenden, aus ihrer Sicht unhaltbaren Zustände, auf eigene Faust den Zug bestiegen, und waren zurück zur hessischen Gemeinschaftsunterkunft nach Schwalbach (bei Frankfurt) gefahren."*

Seitdem wehren sich Flüchtlinge in Schwalbach, u. a. mit Hungerstreiks und Sitzblockaden, gegen ihre Zwangsverteilung in die neuen Bundesländer. Täglich stehen 60–70 Flüchtlinge, die aus Heimen und Lagern in den neuen Bundesländern geflohen sind, vor dem Lager.

In Neumünster kämpft eine Gruppe von 70 Flüchtlingen seit dem 13.9.91 gegen ihre Zwangsverteilung. Nach einer sechswöchigen Kirchenbesetzung wurden die Flüchtlinge gezwungen, ihrer Zwangsverteilung nach Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zuzustimmen. Dort wurden sie nach nur einer Woche von ca. 200 Faschisten angegriffen. Die Flüchtlinge begannen daraufhin geschlossen ihre zweite Flucht nach Neumünster, wo sie weiterhin gegen eine erneute Zwangsverteilung Widerstand leisten.

Ebenso wie sich Flüchtlinge jetzt gegen ihre Zwangsverteilungen in die neuen Bundesländer wehren, haben sich Flüchtlinge seit Anfang der 80er Jahre immer gegen die Zwangsverteilungen sowie gegen ihre Kasernierung in westdeutschen Lagern und die Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit gewehrt. Diese rassistischen Maßnahmen wurden von der CDU/CSU-Regierung Anfang der 80er Jahre zur Repression und Abschreckung von Flüchtlingen eingeführt.

So weigerten sich schon vor dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes viele Flüchtlinge, aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen in den alten Bundesländern in bezug auf Unterbringung, Auslegung der Asylgesetzgebung und unterschiedliche Erlasse über Abschiebestops z. B. nach Bayern und Baden-Württemberg zwangsverteilt zu werden.

Flugblatt des Antirassistischen Zentrums Berlin

MANNHEIM-SCHÖNAU

Trotz scharfem Polizeiterror werden wirkungsvolle Solidaritätsdemonstrationen durchgeführt

Sofort nach der massiven Bedrohung der Asylunterkunft durch Nazis und rassistisch verhetzte Anwohner wurden Solidaritätsdemonstrationen von Antifaschistinnen und Antifaschisten vor der Asylunterkunft in Schönau durchgeführt:

Am **29.5.92** demonstrierten 40, am **30.5.92** ca. 100 Antifaschistinnen und Antifaschisten. Die Polizei beschränkte sich zunächst noch darauf, eine Mauer zwischen den Antifaschisten und den Rassisten zu bilden. Ein dreizehnjähriger Junge aus der Türkei wurde festgenommen und bis 3 Uhr morgens im Polizeipräsidium festgehalten.

Am **1.6.92** besuchten Antifaschistinnen und Antifaschisten die Flüchtlinge im Lager.

Am **2.6.92** versuchten 50 Antifaschistinnen und Antifaschisten, eine Mahnwache zum Schutz der Asylsuchenden vor der Asylunterkunft einzurichten. Sie wurden sofort von den Anwohnern bedroht. Die Polizei knüppelte die 50 Demonstrantinnen und Demonstranten auseinander. Ein Demonstrant wurde schwer verletzt, mehrere wurden festgenommen. Währenddessen grölten Anwohner weiterhin unbehelligt rassistische Parolen.

Am **3.6.92** demonstrierten 150 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Schönau. Auch diese Demonstration wurde von der Polizei angegriffen und behindert. Die Polizei verhinderte erneut, daß eine Mahnwache errichtet wurde.

Am **5.6.92** wurden 18 Antifaschistinnen und Antifaschisten festgenommen, die die Asylunterkunft in Schönau schützen wollten. Der Oberbürgermeister Widder von Mannheim hatte ein Versammlungsverbot verhängt.

Am **6.6.92** demonstrierten ca. 300–400 Antifaschistinnen und Antifaschisten in Mannheim gegen die pogromartige Belagerung der Asylunterkunft in Mannheim-Schönau. In ganz Mannheim galt ein Demonstrationsverbot. Die Polizei knüppelte diese Demonstration brutal auseinander. 142 Demonstrantinnen und Demonstranten wurden festgenommen. (offizielle Zahlen aus *Mannheimer Morgen* vom 9.6.92). Einige verletzte Demonstranten flüchteten in das nahe gelegene Jugendzentrum. Einem herbeigerufenen Notarzt wurde von der Polizei der Zutritt verwehrt. Statt dessen stürmte die Polizei das Jugendzentrum und knüppelte auch dort anwesende unbeteiligte Besucher auseinander.

Für den **13.6.92** wurde zu einer bundesweiten Demonstration aufgerufen, die vom Oberbürgermeister und dem Verwaltungsgerichtshof verboten wurde. Durchgesetzt werden sollte das Verbot durch einen bürgerkriegsähnlichen Aufmarsch der Polizei. Über 1.000 Polizisten hatten – mit Unterstützung von mit Hubschraubern ausgerüsteten

Sondereinsatzkommandos – alle Zufahrtsstraßen nach Mannheim großräumig abgesperrt. Zum Teil wurden Demonstrantinnen und Demonstranten bereits in ihren Abfahrtorten zurückgehalten, so z. B. 200 in Karlsruhe. Über 80 Pkws aus dem Rhein-Main-Gebiet wurden stundenlang im „Mannheimer Kessel" festgehalten. 189 Demonstrantinnen und Demonstranten wurden festgenommen.

Der Stadtteil Schönau wurde von der Polizei fast vollständig abgesperrt. Nur wer in Schönau wohnte oder einen Passierschein hatte, durfte die Sperren passieren. Dennoch gelang es ca. 50 Demonstrantinnen und Demonstranten, bis vor die Asylunterkunft zu gelangen. Sie demonstrierten dort mit Anwohnern aus der Türkei gegen die rassistischen Angriffe auf die Asylsuchenden und ihre Unterkunft. Trotz allem Polizeiterror fanden mehrere Solidaritätsdemonstrationen statt! Über 2.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten gelang es, das Demonstrationsverbot zu durchbrechen und gegen die rassistischen Überfälle und ihre Unterstützung durch die westdeutsche Polizei zu demonstrieren.
(Informationen über die Solidaritätsdemonstrationen aus Flugblättern: Antirassistisches/Antifaschistisches Notruftelefon Rhein/Main; Antirassistisches Plenum Rhein/Main und nicht unterzeichnete Flugblätter aus Mannheim)

ROSTOCK

Aktionen von Antifaschisten während und nach den Pogromen

– DOKUMENTE -

Aktion von Antifaschisten gegen einen Nazi-Treff in Rostock

Wir haben am 23.8. während des Pogroms in Rostock den von Rechtsradikalen genutzten Jugendclub "MAX" in Rostock-Lichtenhagen abgefackelt.
Der Club befand sich 200 m neben dem ehemaligen AusländerInnenwohnheim entfernt. Trotz der Anwesenheit von Hunderten von Neofaschisten, des rassistischen Mobs und etlicher Bullen war die Durchführung der Aktion problemlos, da wir in dem Gewühl nicht auffielen.
Wir verfolgten damit folgende Ziele: 1. Vergeltung zu nehmen für die Pogrome, 2. den Faschisten einen ihrer Treffs zu nehmen, 3. allen AntifaschistInnen aufzuzeigen, daß sie auch dannn handeln können, wenn die Kräfte von Faschos, Mob und Bullen stärker sind als die unsrigen. Die Aktion war nur ein kleines Mosaiksteinchen dessen, was notwendig ist. Wir sehen weder für uns noch für alle anderen AntifaschistInnen einen Grund, sich deshalb auf die eigenen Schultern zu klopfen.
Kommando für Amadeu Antonio.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206

Samstag den 29.8.1992 in Rostock - Lichtenhagen:
Seit Stunden warten wir auf die Ankunft unserer GenossInnen und FreundInnen. Wir schauen uns ein wenig um , um vielleicht das ein oder andere bekannte Gesicht zu entdecken. Entdecken (?) tun wir dabei auch 4 junge Männer, die sich anscheinend recht gut amüsieren. Zufällig schnappen wir einige Gesprächsfetzen ihres "lustigen" Gesprächs auf: so z.B. über "linke Zecken", das Aussehen von ausländischen Demo-TeilnhmerInnen etc.
Stutzig geworden, fragen wir einige RostockerInnen, ob sie die Typen vielleicht kennen. Und sie da, sie kannten: Unsere 4 jungen Männer waren allesamt stadtbekannt Faschos. Wie Guner Reuter, der in der Mitgliedsliste der DA vom April '91 (s. INTERIM nr.178) an Stelle 260 aufgeführt ist!
Inzwischen kamen auch die berliner Busse an und es entstand ein wenig Hektik, die sich unsere 'Freunde' zu nutzen machen wollten, in dem sie unter die Demo - TeilnehmerInnen tauchten.
Da wir die Anwesenheit von Faschos als Provokation empfinden, halfen wir Ihnen beim Verlassen tatkräftig nach : DREI von ihnen wurden von uns VERPRÜGELT , darunter auch G.R..
Einige 'linke Zecken' und lustig-aussehende AusländerInnen.

zitiert nach: "Interim" Nr. 206

Die Antwort von Antifaschisten auf die Schürung der Pogrome durch die Medien

Gestern überfielen Vermummte die Redaktion der Norddeutschen Neuesten Nachrichten in Rostock, verwüsteten Redaktionsräume, zerstörten Computer und versprühten Feuerlöscher. Personen wurden nicht verletzt. Fotos: Arppe, Graf

Live-Sendung von Sat. 1 fand ohne Neonazi statt

Demonstranten verhinderten Auftritt des Hamburger Neonazis Worch / Er gilt als einer der Hintermänner von Rostock

MÖLLN

Massenaktionen nach den Nazi-Morden in vielen Städten Deutschlands

Demonstration von Schülerinnen und Schülern in Frankfurt/Main am 23.12.92 gegen die nazifaschistischen Morde in Wuppertal, Westberlin und Mölln

22.11.92: Am Abend demonstrierten ca. 200 Leute in Frankfurt/Main gegen die Morde der Nazis. Es wurden antifaschistische Parolen gesprüht und zwei Polizeiautos angegriffen und erfolgreich demoliert. *(FR, 24.11.92)*

23.11.92: Etwa 1.000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am Mittag in der Innenstadt von Frankfurt/Main. Sie trugen Transparente mit der Aufschrift „Kampf dem Faschismus" und riefen Parolen wie „Wut und Trauer wegen dem Mord, Kampf dem Faschismus an jedem Ort". Die Demonstration endete beim Jüdischen Museum. Danach setzten ca. 30 der Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Demonstration fort zum NPD-Büro, wo sie die Eingangstür demolierten und eine Scheibe einwarfen. Am Abend hielten mehrere hundert Leute eine Mahnwache in der Innenstadt ab. Ebenfalls am Abend fand eine Demonstration durch die Innenstadt mit ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. *(FR, 24.11.92; SZ, 24.11.92)*

Mehr als 10.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten am **23.11.** in Westdeutschland, u. a. in Mölln 6.500, Marburg 600, Göttingen 1.000, Hamburg 4.000. *(FR, 24.11.92)*

24.11.92: 2.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten in der Innenstadt von Frankfurt/Main. *(FR, 25.11.92)*

Am **24.11.** demonstrierten Tausende Schülerinnen und Schüler, v. a. in Schleswig-Holstein. gegen die nazistischen Brandanschläge in Mölln. 1.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten demonstrierten in Hannover, 300 in München, Tausende in Mölln. *(FR, taz 25.11.92)*

Aus Protest gegen die nazifaschistischen Anschläge besetzten ca. 40 Antifaschistinnen und Antifaschisten aus der Türkei am **24.11.** das Büro der CDU-Stadtratsfraktion in Hannover. *(taz, 25.11.92)*

Am **25.11.** fanden Demonstrationen mit insgesamt über 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt, u. a. in Mölln, Lüneburg, Frankfurt/Main, Bremen, Nürnberg. In Frankfurt/Main demonstrierten 4.000. *(FR, 26.11.92)*

Bei einer Demonstration gegen Rassismus mit ca. 4.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am **26.11.** in Bremen griffen Antinazistinnen und Antinazisten Polizeibeamte mit Reizgas, Farbbeuteln und Steinen an. *(FR, 27.11.92)*

In Dortmund nahmen am **27.11.** 20.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten an einer Kundgebung gegen die nazistischen Pogrome teil. *(FAZ, 28./29.11.92)*

Streiks von Arbeiterinnen und Arbeitern gegen Nazi-Pogrome am 27. 11. 92:

Etwa 150 Beschäftigte des Druck- und Verlagshauses Frankfurt in Neu-Isenburg legten für eine halbe Stunde ihre Arbeit nieder und demonstrierten auf dem Betriebsgelände gegen den zunehmenden Rassismus unter dem Motto „Nie wieder Faschismus". *(FR. 28.11.92)*

Ca. 200.000 Beschäftigte der Metallindustrie von Rostock (Ex-DDR) bis Emden legten vorübergehend die Arbeit nieder, um gegen Rassismus und nazifaschistische Pogrome zu demonstrieren. *(FAZ, 28./29.11.92)*

Demonstrationen am Wochenende 28./29. 11.

In Hamburg nahmen über 10.000 Menschen an der offiziellen Trauerfeier für die drei von Nazis in Mölln ermordeten Frauen und Mädchen aus der Türkei teil. *(FAZ, 28./29.11.92)*

Insgesamt über 50.000 demonstrierten am 28.11., u. a. in Kiel 15.000, Mölln 12.000, Lübeck 6.000, Heidelberg 5.000, Heilbronn 4.000, Wilhelmshaven 4.000; in Duisburg demonstrierten 2.500 Türkinnen und Türken; in Tübingen waren es 1.500, in Singen 1.500, in Homburg (Saarland) 1.000, Wiesbaden 1.000. Weitere Demonstrationen fanden statt in Groß-Gerau, Stuttgart, Frankfurt/Main, Trier, Dortmund, Neumünster, Flensburg, Rendsburg, Reinbek bei Hamburg. *(FAZ, 28./29.11.92 und 30.11.92; taz, 30.11.92; FR 30.11.92)*

Am 30.11.93 demonstrierten 600 Schülerinnen und Schülern in der Innenstadt von Frankfurt/Main gegen Rassismus. Es wurden Parolen gerufen wie „Unser Staat legt die Saat für Faschisten aller Art". Die Demo-Route führte am NPD-Büro vorbei zur Hauptwache, wo eine einstündige Sitzblockade gemacht wurde. *(FR, 1.12.92)*

SOLINGEN

Mächtige Protestaktionen – Kurdische und türkische Antifaschistinnen und Antifaschisten spielen eine tragende Rolle

Noch am Tag des Mordanschlags und in der ganzen darauffolgenden Woche fanden allerorten jeden Tag und oft auch bis in die Nacht hinein Protestaktionen statt, bei denen mehrere Zehntausende beteiligt waren. Oft berichtete die Presse gar nicht mehr von den eigentlichen Demonstrationen, sondern nur noch von Vorfällen, bei denen es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei oder Sachbeschädigungen kam. Es ist daher schwer abzuschätzen, wie hoch die Beteiligung an Demonstrationen an einzelnen Orten oder insgesamt war. Die Zahlen von Polizei und Veranstaltern klaffen weit auseinander. Die Polizei meldete allein in NRW insgesamt 275 Demonstrationen mit mindestens 150.000 Teilnehmern in der Woche nach den Morden. *(SZ, 8.6.93)*

Politiker werden als Heuchler und Verantwortliche entlarvt

„Du Heuchler! Du Brandstifter! Mörder!" mit diesen Protestrufen wurde am **29.5.** Bundesinnenminister Seiters (CDU) von Demonstrantinnen und Demonstranten empfangen. Auch Ministerpräsident Rau (SPD), Innenminister Schnoor (SPD), Bundestagspräsidentin Süssmuth (CDU) und Arbeitsminister Blüm (CDU) wurden während ihrer Reden von wütenden Demonstranten als Heuchler entlarvt und beschimpft. „Professionelle Beileidsbekunder stehen Schlange" schallte es aus einem Lautsprecher der Demo. *(SZ und FR, 1.6.93)* Bundeskanzler Kohl vermied es konsequent, in Solingen zu erscheinen. Auf die Trauerfeier in Köln schickte er die drei Bundesminister Kinkel, Seiters und Blüm. Nach eigenen Angaben wollte er keine Gelegenheit geben, sich auspfeifen zu lassen. *(FR, 4.6.93)* Doch auch er blieb von den berechtigten Protesten schließlich nicht verschont. Ca. 600 Antinazisten und Antinazistinnen versauten ihm seinen feierlichen Auftritt bei der Wiedereröffnung des Berliner Doms, indem sie ihn lautstark mit den Rufen „Heuchler" und „Mörder" empfingen. *(FR, 7.6.93).* Die antirassistischen Demonstrantinnen und Demonstranten wollten sich nicht vor den Karren der heuchelnden Politiker spannen lassen. In dem Aufruf zur Großdemonstration in Solingen am 5.6. hieß es: „Die politischen Brandstifter sitzen in Bonn. Unsere Demonstrationen verstehen sich nicht als Schützenhilfe für Kohl & Co., um das Image Deutschlands im Ausland zu reparieren, sondern als Protest gegen die Politik von Regierung und Parteien."

Viele Demonstranten und Demonstrantinnen gegen die Morde von Solingen haben erkannt, daß jedes Vertrauen auf die Politiker und Staatsorgane eine gefährliche Illusion ist. Nicht nur, daß Polizei, Staatsanwälte und Gerichte nicht wirklich gegen die Nazis vorgehen und auf dem „rechten Auge blind sind". Es gab und gibt genügend Beispiele für direkte Unterstützung und Koordination staatlichen Vorgehens mit Nazi-Aktionen. Oft genug wurden die Nazis vom der Polizei geschützt. So ließen sich Teile der Demonstrantinnen und Demonstranten am 5.6. auch nicht mehr von dem Geschwätz eines Cohn-Bendit (Grüne) beirren, dessen Kommentar zu Solingen lautete: „Jede Handlung von Selbstverteidigung ist unnötig". Sie forderten, eigene Schutztrupps gegen Nazis aufzustellen sowie Menschen aus anderen Ländern vor dem staatlichen Terror zu schützen. *(FAZ, 30.5.93; FR, taz und SZ, 7.6.93)*

Was steckte in Wirklichkeit hinter den „Auseinandersetzungen" zwischen verschiedenen Teilnehmern auf den Demonstrationen gegen die Morde von Solingen? In Wahrheit war dies der Kampf von Antifaschistinnen und Antifaschisten verschiedener Nationalitäten, darunter

insbesondere kurdischer und türkischer Nationalität, die nicht nur gegen den Nazi-Terror in West/Deutschland Widerstand leisteten, sondern auch gegen türkische Nationalisten und Faschisten (Graue Wölfe), die die Demonstrationen benutzen wollten, um ihre reaktionäre und faschistische Propaganda zu betreiben. Dies zu verhindern gelang zum Beispiel auf der Demonstration in Frankfurt/Main, wo die türkischen Faschisten von Antifaschisten verjagt wurden. Auf der bundesweiten Demonstration in Solingen wurden den türkischen Faschisten von entschlossenen Antifaschisten die türkischen Fahnen entrissen. Auch hier wurden die Faschisten aus der Protestdemonstration verjagt.

Widerstandsaktionen vom 29.5. bis zum 7.6. im Überblick

Am Pfingstwochenende, 29. – 31.5: In der Nacht zum 31.5. gingen ca. 500 Demonstrantinnen und Demonstranten überwiegend aus der Türkei in Solingen auf die Straße. Dabei gingen Fensterscheiben von Geschäften zu Bruch. An mehreren Straßenkreuzungen wurden Blockaden aus Sperrmüll errichtet und angezündet. „Nazis, wir finden euch alle" und „Wir räuchern euch aus" waren die Parolen der Demonstration. Die Polizei reagierte mit massivem Schlagstockeinsatz, 17 Antinazisten und Antinazistinnen wurden festgenommen, darunter 9 aus der Türkei. Tagsüber demonstrierten in Solingen ca. 5.000 Antinazisten und Antinazistinnen. Teilnehmer aus der Türkei trugen ein Transparent mit der Aufschrift: „Aus Wut wird Widerstand". Am Abend des 31.5. blockierten ca. 3.000 Demonstrantinnen und Demonstranten eine Straßenkreuzung in der Solinger Innenstadt. Die Polizei griff sich einzelne Antinazisten heraus und knüppelte sie zusammen. Zur gleichen Zeit fand ein Autokorso durch die Innenstadt statt. Der öffentliche Nahverkehr mußte eingestellt werden. In der Nacht zum 31.5. blockierten mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten die Köln-Wuppertaler Autobahn sowie den Autobahnzubringer zum Flughafen Köln/Bonn in der Nähe von Solingen. In Hamburg blockierten am Nachmittag mehrere hundert Antinazisten und Antinazistinnen zwei Hamburger Autobahnauffahrten. *(FAZ, SZ und FR, 1.6.93 und SZ vom 2.6.93)*

In zahlreichen Städten fanden am Pfingstwochenende spontane Demonstrationen gegen Rassismus statt. Beispiele: In Berlin demonstrierten am 29.5. rund 4.500 Menschen, in Hamburg etwa 1.500 und in Bremen rund 1.000 Menschen. *(FR und taz, 1.6.93)*

Am 30.5. nahmen in Frankfurt knapp 300 Menschen an einer Trauerkundgebung und einer Demonstration teil, die Hälfte der Teilnehmer waren aus anderen Ländern. *(FAZ, 1.6.93)* In Fulda demonstrierten am 29.5. und 30.5. über 600 Leute, darunter viele Jugendliche. *(FR, 1.6.93).*

In Augsburg demonstrierten am **31.5.** rund 500 Menschen aus der Türkei, in Aschaffenburg rund 500 Menschen. *(SZ, 2.6.93)*

Am 1.6.93: Mehrere tausend Menschen demonstrierten am 1.6. Allein in Solingen beteiligten sich rund 4.000 an Demonstrationen. Auf Transparenten war zu lesen: „Die Brandstifter sitzen in Bonn", „Erste Früchte des Bonner Asylkompromisses: Solingen". Bereits in der Nacht zum 1.6. zogen mehrere tausend Demonstranten, zumeist aus der Türkei, durch die Innenstadt, 62 Demonstranten wurden festgenommen. In Kassel demonstrierten über 2.000 Menschen. In Fulda beteiligten sich 500 Menschen aus der Türkei an einem Protestmarsch. Aus dem geplanten „Schweigemarsch" wurde ein „Schreimarsch" mit Parolen wie „Nazis raus!". *(FR und FAZ, 2.6.93)* In München versammelten sich am 31.5./1.6. etwa 600 Demonstranten und Demonstrantinnen in der Innenstadt und machten in ihren Reden „Regierung und Parteien für die neue rassistische Terrorwelle verantwortlich". „Mit der Abschaffung des Asylrechts" haben sie der Nazi-Bewegung „neuen Auftrieb gegeben" *(SZ, 2.6.93).* Am Abend

des 1.6. demonstrierten etwa 600 Menschen in Flensburg. *(SZ, 3.6.93)*

Am 2.6.93: In der Nacht zum 2.6. demonstrierten fast 8.000 in Nordrhein-Westfalen. In Solingen gab es bis in den frühen Morgen Auseinandersetzungen mit der Polizei (im Einsatz: 1.500) und 27 Festnahmen *(SZ und FAZ, 3.6.93)*. Am 2.6. hielten in Frankfurt 500 Menschen eine Trauerkundgebung ab. Bereits am Vormittag hatten rund 600 Schüler demonstriert. *(FR, 3.6.93)*. In Hamburg hielten am 2.6. mehr als die Hälfte aller türkischen Geschäfte ihre Läden aus Protest geschlossen. Viele türkische Eltern schickten ihre Kinder nicht zur Schule oder in den Kindergarten. Rund 5.500 Menschen demonstrierten in der Innenstadt. 45 Demonstranten wurden bei Straßenschlachten festgenommen, bei denen die Polizei Knüppel und Wasserwerfer einsetzte. *(SZ, 3.6.93 und 4.6.93)*

Antinazistische Demonstration am 1.6. 93

Am 3.6.93: Über 7.000 Menschen beteiligten sich am 3.6. an einer Trauerfeier in Solingen. In Berlin kamen 2.000 Menschen zu einer Trauerkundgebung zusammen. In fast allen Berliner Bezirken wurden kurzzeitig Straßen blockiert. In zahlreichen Betrieben wurde bundesweit für Minuten die Arbeit niedergelegt. Die zentrale Trauerfeier fand in einer Moschee in Köln statt. Weizsäcker, Kinkel und Seiters wurden bei ihrer Ankunft von Demonstranten ausgepfiffen. In Frankfurt gedachten Schüler in vielfältigen Aktionen der Mordopfer. 900 Schüler der Bettina-Schule demonstrierten. *(Handelsblatt, FR und taz, 4.6.93)*

Am 4.6.93: In Frankfurt machten 500 Schüler und Lehrer der Paul-Hindemith-Schule am 4.6. einen Trauermarsch. In vielen anderen Städten wurde ebenfalls demonstriert. *(FR, 5.6.93)*

Am 5.6.93: In Langen drangen am gleichen Tag etwa 40 Antinazisten und Antinazistinnen aus der Türkei nach einem Protestzug durch die Innenstadt in die Wohnung eines stadtbekannten Nazis ein, warfen Nazi-Symbole und eine Reichskriegsflagge auf die Straße und verbrannten sie. *(FR, 7.6.93)*. Am Tag der Trauerfeier in Solingen demonstrierten bundesweit über 50.000 Menschen in den Großstädten. Allein in Bayern wurden in acht Städten Demonstrationen veranstaltet. Einige offizielle Angaben zu einzelnen Städten: In Augsburg 6.000, in München 6.000, in Nürnberg 4.000, in Kiel 5.000, in Hannover 4.000, in Hamburg 4.000, in Frankfurt 4.000, in Stuttgart 1.000, in Berlin 1.000. Zur zentralen Kundgebung in Solingen kamen 15.000. *(FR, taz und SZ, 7.6.93)*.

DOKUMENT: „Wir werden nicht mehr wegsehen, sondern eingreifen..."

Erklärung von Gefangenen aus Schwalmstadt

Hiermit erklären wir einen auf eine Woche befristeten Hungerstreik, der am 02.06.1993 beginnt.

Wir, die unterzeichnenden Gefangenen der Justizvollzugsanstalt Schwalmstadt schweigen nicht länger zu den rassistischen und faschistischen Angriffen gegen ausländische Mitbürger in diesem Land. Wir schweigen nicht länger zu den Angriffen faschistischer Mordbanden, zu Fremdenfeindlichkeit und Gleichgültigkeit.

Hünxe, Hoyerswerda, Rostock, Mölln... und zuletzt die Morde von Solingen sind nicht nur Ausdruck der begleitenden und von der Regierung in Gang gesetzten Propagandahetze gegen unsere ausländischen Mitmenschen im Rahmen der Diskussion um ein neues Asylgesetz, der Umgang damit ist ein Zurückweichen vor dem faschistischen Mob.

Rassismus greift offen um sich und wird billigend beklatscht oder schweigend toleriert. Engagement dagegen – sofern es sich nicht in organisierten Lichterketten erschöpft – wird gewaltsam zusammengeknüppelt. Das verlogene Daherbeten von „Trauer und Scham" der Offiziellen ist eine Verhöhnung der Toten. Am Tag der Trauerfeier für die ermordeten türkischen Mitbürger in Mölln sitzen deutsche Politiker in Bonn zusammen und feiern „den großen gemeinsamen Fortschritt in der Diskussion um ein neues Asylrecht". Dies zeigt ihr wahres Gesicht.

Wir trauern um die in Solingen ermordeten Mitbürger. Durch den auf eine Woche befristeten Hungerstreik wollen wir unserer Betroffenheit Ausdruck verleihen, ein Zeichen setzen, daß wir diesem Zustand in der Gesellschaft nicht gleichgültig gegenüberstehen.

Wir werden nicht mehr wegsehen, sondern eingreifen, denn die rassistischen Angriffe gegen ausländische Mitgefangene gehören mittlerweile auch schon zum Alltag im Knast. „Kanake, Rußtüte..." sind schon fester Bestandteil des Vokabulars der Rassisten unter uns. Das werden wir in Zukunft nicht mehr reaktionslos hinnehmen.

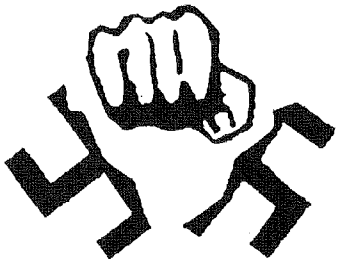
Schwalmstadt, 01.06.93

Wehrt Euch, laßt Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln!

"Wir Überlebenden des Holocaust und unsere Angehörigen, wir werden unseren Todfeinden nie wieder wehrlos gegenüberstehen - niemals! Und der Schwur bleibt, solange der Todfeind bleibt. ...

Wehrt Euch, laßt Euch von deutschen Verbrechern nicht abfackeln, duldet nicht, daß sie Eure Mütter, Eure Väter, Brüder, Schwestern, Söhne und Töchter töten! Seid vorbereitet, wenn sie kommen, erwartet, daß sie kommen könnten - heute Nacht, morgen Nacht und lange noch! Empfangt sie, wie diese Nachtschatten es verdient haben, und entlarvt sie durch Eure Gegenwehr als das, was sie sind: laufschnelle Feiglinge, denen nichts wichtiger ist als die Unversehrtheit des eigenen Leibes, Kreaturen einer anonymen Finsternis, der Ihr sie zu entreißen habt. ...

Deshalb: bewacht Eure Heimstätten selbst und fordert Deutsche auf, mit Euch zu wachen - es werden sich ihrer, da bin ich sicher, genug anfinden. Zeigt den Brandstiftern die Zähne, wenn sie kommen, und wenn sie Euch angreifen, dann verteidigt Euch und schlagt sie in die Flucht - denn Ihr handelt in Notwehr.



Es ist Euer verdammtes Recht, Euren Schutz selbst zu besorgen, wenn der Staat Euch nicht schützen kann. Kein Gehör den Klugscheißern, die selbst unbedroht sind, aber weise Ratschläge erteilen wollen. Kein Gehör nach Solingen mehr denen, die uns weismachen wollen, im 'Rechtsstaat' habe man sich lieber von seinen Todfeinden abschlachten zu lassen, ehe man Überlegungen des Selbstschutzes anstellen darf. Nicht diese Überlegungen sind das Delikt - das Delikt sind jene Zustände, die solche Gedanken hervorgerufen haben."

(Aus dem Aufruf des Schriftstellers Ralph Giordano: "Es ist an uns zu handeln","TAZ", 1.6.93, S. 5)

Plakat, zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr. 4, 60327 Frankfurt/Main

MAGDEBURG

Wenige kleine Demonstrationen

Am **13.5.94** hielten in Magdeburg eine Handvoll Punks, einige afrikanische Flüchtlinge, einige Aktivisten von der Bakunin-Aktionsfront und Mitglieder der Antifa-Gruppe „Bandiera Rossa" eine Mahnwache vor der verwüsteten Marietta-Bar. *(taz, 16.5.94)*

Am Nachmittag des **14.5.94** demonstrierten in Magdeburg rund 450 Menschen durch die Stadt. Sie kamen vor allem aus Göttingen, Hamburg und Berlin und waren von einer Magdeburger Antifa-Gruppe mobilisiert worden. Es beteiligten sich kaum Magdeburger Bürger. Zum Abschluß blockierten sie eine Kreuzung. Die Polizei löste Großalarm aus und war massiv präsent. Diesmal hatten sie auch die Videokameras dabei. *(Stern Nr. 21/1994; taz, 16.5.94)*

Am **14.5.94** marschierten über 250 Antifaschisten und Antifaschistinnen in Berlin durch die Innenstadt, um gegen die nazistischen Überfälle von Magdeburg zu protestieren. Die Demo führte zum Brandenburger Tor, wo Antifa-Gruppen eine Mahnwache hielten. *(Junge Welt, 16.5.94)*

Am Wochenende des **14./15.5.94** versammelte sich in Magdeburg die Antifaschistische Aktion an einem Döner-Stand. Einige Dutzend Jugendliche protestierten mit roten Fahnen und Mao-Porträts gegen die Nazis. *(Stuttgarter Nachrichten, 17.5.94)*

Demonstration am Montag, 16. Mai, in Magdeburg

Etwa 600 bis 800 hauptsächlich junge Nazi-Gegnerinnen und Nazi-Gegner demonstrierten am Abend des **16.5.94** durch die Innenstadt von Magdeburg, darunter viele Menschen aus anderen Ländern. Am Ende der Demonstration blockierten sie die Hauptverkehrskreuzung in der Innenstadt. Die Demonstration war von der antifaschistischen „Gruppe Bandiera Rossa" organisiert. *(Sächsische Zeitung und Magdeburger Volksstimme, 17.5.94)*

Am **17.5.94** wurde in Magdeburg von einigen wenigen eine Mahnwache auf dem Zentralen Platz abgehalten, dem Ort, an dem das Pogrom begann. Als die Veranstalter sich vorübergehend entfernten, räumte die Stadtverwaltung sofort die Transparente und Kerzen ab. Aufgrund von Protesten gegen diese Behandlung einer genehmigten Mahnwache mußte die Stadtverwaltung dann alles wieder aufbauen. Es wurde von einem Mißverständnis gesprochen. *(Magdeburger Volksstimme, 18.5.94)*

LÜBECK

Überblick über Proteste und Aktionen

18. Januar: Spontane Demonstration wegen der Lübecker Brandmorde von 500 Studentinnen in Hamburg, Protestkundgebung von mehreren hundert Menschen vor der Brandruine in Lübeck, Mahnwache von 100 Afrikanerinnen.

19. Januar: Kundgebung in Lübeck mit 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Demonstration in Kiel.

20. Januar: Demonstration in Lübeck mit ca. 2000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

21. Januar: Protest- und Mahnkundgebung des „Münchener Bündnis gegen Rassismus" in München mit etwa 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

23. Januar: Trauerkundgebung des „Antifaschistischen Plenum Wolfsburg" in Wolfsburg.

25. Januar: Besetzung des Rathausportals in Hamburg durch die „Gruppe gegen Nationalismus und Rassismus", Redebeitrag der „Antirassistischen Initiative Berlin" auf einer Demonstration gegen Sozialkürzung und Ausgrenzung.

2. – 4. Februar: Auf dem Tribunal „Hamburg angeklagt – die Flüchtlingspolitik der freien Hansestadt Hamburg" wird eine Resolution verabschiedet, die eine Internationale Untersuchungskommission fordert.

3. Februar: Demonstration in Karlsruhe mit etwa 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

6. Februar: Kirchliche und politische Trauerfeier für die Opfer des rassistischen Brandanschlags mit ca. 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Veranstaltung in Hamburg von „SOKONI e.V." mit Flüchtlingen aus Lübeck

18. Februar: Veranstaltung von Migrantinnen und Migranten und „Café Morgenland" im „Haus für Alle", Hamburg.

24. Februar: Veranstaltung von „ak kassiber" in Berlin: „Spurensicherung von Rostock über Bad Kleinen und Grevesmühlen nach Lübeck"

9. März: Kundgebung vor der JVA in Lübeck für die Freilassung von Safwan Eid, Veranstaltung in Karlsruhe.

14. März: Veranstaltung in Lübeck mit „SOKONI e.V.", „Flüchtlings – AG", „Komitee der Brandopfer", „Lübecker Bündnis gegen Rassismus" und der „AG zu rassistischen Ermittlungen beim antirassistischen Telefon Hamburg".

21. März: Kundgebung in Berlin von „Antirassistische Initiative Berlin" und afrikanischen Gruppen.

23. März: Demo in Lübeck mit mehr als 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

30. März: Demonstration in Karlsruhe mit etwa 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern von antinazistischen Gruppen aus Heilbronn, Karlsruhe und Saarbrücken.

19. April: Solidaritätskonzert von „SOKONI e.V." in Hamburg mit überlebenden Opfern des Brandanschlags in Lübeck.

22. April: Veranstaltung in der „Zeche Karl" in Essen des „Antifaschistischen Forum" und „Forum für internationale Friedensarbeit"

5. Juni: Protestkundgebung in Trier mit etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

20. Juli: Bundesweiter Aktionstag für Safwan Eid, Kundgebung in Lübeck des „Lübecker Bündnis gegen Rassismus" und der „Flüchtlings-AG".

Ein erster Erfolg der unabhängigen Recherchen und Proteste: „Freiheit für Safwan Eid!"

Safwan E. ist frei

Lübecker Nachrichten, 03.07.1996

„Die Richtigen bestrafen"

Die Internationale Unabhängige Kommission fordert: Jetzt müssen die Ermittlungen gegen die Verdächtigen aus Grevesmühlen sofort wieder aufgenommen werden.

Die IUK wiederholt in diesem Zusammenhang ihre Empfehlungen, die sie bereits am 23.6.96 abgegeben hat:

- Wir empfehlen, daß allen Betroffenen verbindlich zugesagt wird, daß ihr Aufenthalt in der BRD gesichert ist, und zwar in jedem Fall so lange bis alle denkbaren Ermittlungen und Beweiserhebungen, die sich aus dem Brand ergeben, abgeschlossen sind.
- Wir empfehlen, daß alles unternommen wird, sicherzustellen, daß das Brandhaus so lange erhalten wird, bis alle Ermittlungen und Beweiserhebungen abgeschlossen sind.
- Vor allem aber: Wir empfehlen dringend, daß die Ermittlungen gegen die Verdächtigen aus Grevesmühlen wieder aufgenommen werden.

(Aus: Materialien zum rassistischen Brandanschlag in Lübeck, zusammengestellt von der Projektgruppe Antinazismus der IG Medien)

Überblick über antifaschistische Aktionen und Demonstrationen im Zeitraum April 1998 bis Juli 1999

— Eine unvollständige Aufzählung —

Mit einer Beteiligung von unter 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (oder unbekannter Anzahl)

5.4.98 – Cloppenburg: 70 Antifaschisten versuchen, einen Aufmarsch von 80 Nazis militant anzugreifen. Festnahmeversuche der Polizei mißlingen.

18./19.4.98 – Aachen: 40 Antifaschisten blockieren erfolgreich eine Veranstaltung der Burschenschaft „Libertatis" zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht".

9.5.98 – Weilheim: 50 Antifaschisten greifen militant eine REP-Veranstaltung an.

6.6.98 – Lübeck: Blockadeversuch durch Antifaschisten zur Verhinderung einer Wahlkundgebung des nazistischen „Bündnis Rechts für Lübeck".

13.6.98 – Gießen: 70 Antifaschisten belagern einen NPD-Stand und verhindern damit die Verbreitung der Nazipropaganda.

20.6.98 – Berlin: Unter der Losung „Kein Fußbreit den Faschisten" versuchten Antifaschisten einen Nazi-Aufmarsch in Berlin-Hohenschönhausen zu verhindern.

28.7.98 – Erfurt: Antifaschisten greifen militant einen Wahlkampfstand der REPs an und verhindern deren Nazipropaganda.

8.8.98 – Strausberg: 60 Antifaschisten behindern zum Teil militant eine Wahlkampfaktion der NPD (40 Nazis unter Polizeischutz).

29.8.98 – Dresden: 15 Antifaschisten stören militant eine Wahlkampfveranstaltung des BFB.

12.9.98 – Nauheim: 15 Antifaschisten greifen einen Infostand des BFB an und vertreiben deren Verteiler.

10.1.99: 60 Demonstranten protestierten gegen eine Wahlkampf-Veranstaltung der REPs. Aufgerufen hatten SPD und DGB.

27.2.99 – Magdeburg und Angermünde: Gegen Naziaufmärsche in Magdeburg und Angermünde (zusammen 1.200 Nazis) gab es mehrere Gegendemonstrationen.

Mit einer Beteiligung von 100–500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

4.4.98 – Bad Hersfeld: 120 Antifaschisten demonstrieren gegen NPD-Vormarsch.

4.4.98 – Klötzle (Sachsen-Anhalt): 100 Antifaschisten demonstrieren gegen 250 Nazis des Bündnisses „Nationaler Widerstand".

18.4.98 – Offenbach: „Kampagne gegen rechten Sounddreck": 200 Antifaschisten demonstrieren vor dem Nazi-Laden „CD-Rom".

25.4.98 – Bad Hersfeld: 200 Antifaschisten demonstrieren gegen NPD-Vormarsch. Es kommt zu 16 Festnahmen wegen Vermummung.

9.5.98 – Salzwedel (Sachsen-Anhalt): 500 Leute demonstrieren „Gegen rechte Gewalt".

21.5.98 – Berlin-Lichtenberg: 500 Antifaschisten demonstrieren gegen Nazi-Treff „Café Germania".

30.5.98 – Solingen: Mehrere hundert Antifaschisten demonstrieren unter der Losung „Gegen Nazi-Terror und Rassismus" anläßlich des 5. Jahrestags des Brandanschlages 1993.

6./7.6.98 – Eisenach: 100 Leute nehmen an einer Kundgebung gegen Treffen von Burschenschaften teil. Aufgerufen hatte der DGB.

13.6.98 – Bad Segeberg: 150 Antifaschisten demonstrieren gegen den Sitz des Nazi-„Thule-Netz".

13.6.98 – Anklam (Mecklenburg-Vorpommern): 200 demonstrieren gegen Aufmarsch der NPD. PDS, Gewerkschaft, Antifaschisten. Im Anschluß kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Nazis.

13.6.98 – Bitterfeld: 150 Antifaschisten demonstrieren gegen den Vorsitzenden der DVU. Aufgerufen hatte die „Antifa-Gruppe Sachsen-Anhalt".

27.6.98 – Potsdam: 500 Antifaschisten demonstrieren unter der Losung „Den rechten Konsens durchbrechen – Gegen akzeptierende Sozialarbeit". Trotz Polizei werden immer wieder Nazigruppen am Rande der Demo angegriffen. Aufgerufen hatten „Potsdamer Antifa-Gruppen".

11.7.98 – Villingen: 350 demonstrieren gegen „rechte Entwicklung". Aufgerufen hatte ein regionales Aktionsbündnis unter Einschluß bürgerlicher Kräfte.

18.7.98 – Jena: 500 Antifaschisten behindern massiv eine REP-Kundgebung durch Lärm und Losungen.

8.8.98 – Aumühle (bei Hamburg): 150 Antifaschisten versuchen militant einen Aufmarsch der JN am Bismarckdenkmal zu verhindern. Die Polizei setzt den Aufmarsch durch.

8.8.98 – Neubrandenburg: 120 Antifaschisten stören durch Lärm und Losungen massiv eine NPD-Kundgebung unter Polizeischutz.

1.10.98 – Berlin: 200 Antifaschisten demonstrierten gegen einen Aufmarsch von 20 Nazis, der unter Polizeischutz durchgeführt wird.

2.10.98 – Neu-Ulm/Nürnberg: 300 Antifaschisten demonstrierten gegen ein Treffen des revanchistischen Wittikobundes, der daraufhin versuchte, sein Treffen in Nürnberg abzuhalten. Nach weiteren Aktionen von Antifaschisten in Nürnberg wurde das Treffen ganz abgesagt. Aufgerufen hatte die AA Nürnberg und das antifaschistische Regionalplenum Oberbayern/Schwaben.

7.11.98 – Bruchsal: 500 demonstrieren in zwei Demonstrationen gegen einen geplanten Fackelzug der NPD.

28.11.98 – Wurzen: Antifaschistischer Protest gegen einen NPD-Landesparteitag wurde durch einen „Unterbindungsgewahrsam" von 150 Antifaschisten durch die Polizei schon im Ansatz verhindert.

5.12.98 – Berlin: 300 demonstrieren gegen einen JN-Aufmarsch unter Polizeischutz in Berlin-Tegel. Aufgerufen hatte ein „Bündnis gegen Rechts", PDS und Grüne.

30.1.99 – Neunkirchen/Saar: 200 Antifaschisten demonstrieren anläßlich des Jahrestages des Machtantritts der Nazifaschisten unter der Losung „Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus". Aufgerufen hatten neben der AA Neunkirchen, der Antifa Saar auch DGB, VVN, Jusos und DKP.

30.1.99 – Eschweiler: 200 Antifaschisten demonstrieren anläßlich des Jahrestages der Errichtung des Nazifaschismus 1933 vor den Wohnungen und Treffpunkten ortsbekannter Nazis. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus Antifa-Gruppen, SAV, Grünen und VVN.

7.2.99 – Magdeburg: 200 Antifaschisten beteiligen sich an einer Kundgebung zum Gedenken an den 1997 von Nazis ermordeten Frank Böttcher. Aufgerufen hatten Antifa-Gruppen.

Mit einer Beteiligung von bis zu 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

3.5.98 – Berlin: 800 demonstrieren gegen staatlichen Rassismus. Dabei kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und 50 Festnahmen.

6.6.98 – Kassel: 1.000 Antifaschisten demonstrieren gegen REP-Kundgebung. Die Polizei verhindert einen Angriff durch die massive Präsenz von einigen Hundertschaften und Wasserwerfern.

5.9.98 – Göppingen: 1.000 Antifaschisten versuchen einen Aufmarsch der NPD, zum Teil auch militant, zu verhindern. Durch Straßenblockaden kann der NPD-Aufmarsch erst nach einer zweistündigen Verspätung unter Polizeischutz beginnen. Aufgerufen hatten neben Antifa-Gruppen auch die IGM und 37 weitere Parteien und Organisationen.

12.9.98 – Münster: 1.000 Antifaschisten demonstrieren zum Teil auch militant mit Straßenblockaden gegen eine NPD-Kundgebung gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". 221 Antifaschisten werden festgenommen.

17.10.98 – Königs Wusterhausen: 700 Antifaschisten demonstrieren „gegen faschistischen Strukturen" in der Stadt. Dabei kommt es während der Abschlußkundgebung zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Aufgerufen hatten Antifa-Gruppen aus Berlin und Brandenburg. Die PDS verweigerte ihre „Unterstützung" wegen angeblichem „Aufruf zur Gewalt" durch die Antifaschisten.

31.10.98 – Augsburg: 600 Antifaschisten demonstrieren gegen ein geplantes NPD-Zentrum. Nach Ende der Demonstration wurden vereinzelt Nazis angegriffen. Aufgerufen hatte das „Antifaschistische Aktionsbündnis".

23.1.99 – Mulda: 700 Antifaschisten demonstrieren unter massivem Polizeiterror gegen den Bundesparteitag der NPD.

Mit einer Beteiligung von über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern

1.5.98 – Leipzig: 5.000–6.000 demonstrieren militant gegen den Naziaufmarsch.

30.5.98 – Saarbrücken: 4.000 demonstrieren gegen eine „Anti-Euro-Demo" von REPs (Deutschland), FN (Frankreich) und Vlaams Blok (Belgien). 2.000 Antifaschisten versuchen militant die Nazi-Demo zu verhindern. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei und den Nazis.

11.7.98 – Chemnitz: 6.000 demonstrieren gegen einen NPD-Aufmarsch (aufgerufen hatten neben Antifaschistischen Gruppen auch SPD und CDU). Im Vorfeld gab es massive Hetze gegen militante Antifaschisten durch die bürgerlichen Parteien. 300 Antifaschisten werden festgenommen. Trotzdem versuchen 1.000 Antifaschisten, den NPD-Aufmarsch militant zu verhindern. Die NPD kann nur eine Kundgebung abhalten.

19.9.98 – Rostock: 10.000 demonstrieren in verschiedenen Demonstrationszügen gegen einen Aufmarsch von 3.000 Nazis. Neben Antifa-Gruppen hatten auch bürgerliche Parteien wie SPD dazu aufgerufen. 127 Antifaschisten wurden festgenommen.

26.9.98 – Passau: Mehr als 1.000 Antifaschisten versuchen durch Blockaden die jährliche DVU-Veranstaltung zu verhindern.

24.10.98 – Bonn: 1.000 Antifaschisten versuchen einen Aufmarsch der NPD gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" zu verhindern. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei, die den Naziaufmarsch durchsetzte.

21.11.98 – Berlin: 2.500 Antifaschisten demonstrieren unter der Losung „Der rechten Kultur entgegentreten: Weg mit dem Café Germania".

19.12.98 – Hannover: 3.000 demonstrieren gegen einen NPD-Aufmarsch. Aufgerufen hatte ein Bündnis aus Gewerkschaften, VVN, Grüne und Hochschulgruppen. Nach der Demonstration kommt es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. 200 Antifaschisten werden festgenommen.

19.2.99 – Saarbrücken: 1.300 demonstrieren gegen einen unter Schutz der Polizei stattfindenden Aufmarsch der JN gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". Es werden über 100 Antifaschisten festgenommen. Aufgerufen hatte ein Bündnis von SPD-Landesvorstand, Grüne, PDS bis zur Antifa-Saar.

30.1.99 – Kiel: 2.500 Antifaschisten demonstrieren zum Teil militant gegen einen NPD-Aufmarsch. Durch Straßenblockaden und direkte Angriffe gelingt es, den Nazi-Aufmarsch erheblich zu verkürzen. 60 Antifaschisten werden festgenommen. Aufgerufen hatten Antifa-Gruppen, DKP, PDS, Grüne bis zu einzelnen Ortsverbänden der SPD.

1.5.99 – Bremen: 5.000 Antifaschisten demonstrieren trotz Verbot gegen einen geplanten NPD-Aufmarsch. Aufgerufen hatten neben einzelnen fortschrittlichen Gewerkschaftsgruppen hauptsächlich Antifa-Gruppen.

22.5.99 – Köln: 1.500 Antifaschisten verhindern zum Teil auch militant einen Aufmarsch der NPD gegen die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht". Durch eine Straßenblockade muß der NPD-Aufmarsch nach 100 m stoppen. Die Antifaschistinnen und Antifaschisten bewerfen die Nazis mit Obst, Eiern und anderen Gegenständen, so daß diese mehrere Stunden lang keinen Meter vorankommen. Die Polizei kesselt etwa 500 Antifaschistinnen und Antifaschisten ein und nimmt immer wieder brutale Verhaftungen vor.

5.6.99–Hamburg: 4.000 Antifaschisten demonstrieren trotz Verbot und Polizeiterror gegen einen geplanten Aufmarsch von NHB und Nazigruppen. Aufgerufen hatte das „Bündnis gegen Rassismus und Faschismus".

10.7.99 – Hamburg/Bergedorf: Antifaschisten versuchen einen Aufmarsch der Nazis zu verhindern. 6.000 Polizisten setzen die Nazidemonstration (600) durch. Aufgerufen hatten Antifa-Gruppen und Gewerkschaften.

Eine notwendige Nachbemerkung: Warum der Kampf gegen den Nazi-Terror und der Kampf gegen den staatlichen Terror nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen

In den letzten Jahren hat es eine Fülle von teilweise auch militant geführten Demonstrationen und Kämpfen gegen öffentliche Nazi-Aufmärsche, -Veranstaltungen und -Parteitage gegeben. Die Bedeutung und die Wirkung dieser Demonstrationen der Anti-Nazi-Bewegung kann gegen Resignation und Demoralisierung, gegen die Gewöhnung an den alltäglichen Nazi-Terror, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Diese Demonstrationen richten sich zu Recht gegen den Nazi-Terror, der in den letzten Jahren enorm zugenommen hat. Ein Problem liegt aber in der Tatsache, daß bei dem in Deutschland heute gegen Flüchtlinge, Werktätige aus anderen Herkunftsländern, Menschen mit dunkler Hautfarbe, Sinti und Roma, gegen demokratische und revolutionäre Kräfte ausgeübten Terror dennoch **nicht** der Nazi-Terror die größte Dimension hat, sondern der Terror, der vom Staat des deutschen Imperialismus selbst ausgeübt wird. Und das in einer doppelten Weise:

Erstens. Es ist der sich faschisierende Staat selbst,

- der die Sondergesetze gegen „Ausländer" erlassen hat, durchführt und immer weiter verschärft, so daß „Ausländer" bereits aufgrund der „bloßen Anschuldigung", an einer verbotenen Demonstration teilgenommen zu haben, „ohne rechtskräftige Verurteilung" abgeschoben werden können, ja selbst anerkannte Flüchtlinge, wenn sie wegen irgendeiner Straftat zu mindestens drei Jahren Haft verurteilt wurden;
- der inzwischen mindestens 500000 „nichtdeutsche" Werktätige und vom Imperialismus verfolgte Flüchtlinge illegalisiert und kriminalisiert und damit völlig entrechtet;
- der besonders auch demokratische und revolutionäre Organisationen aus anderen Ländern verbietet und verfolgt, wie z. B. kurdische Organisationen, deren Kämpferinnen und Kämpfer massenhaft verhaftet, zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt und vielfach an die Henker in ihren Herkunftsländern ausgeliefert werden.
- der Flüchtlinge und andere „Ausländer" brutal mißhandelt bis hin zu Folter und Scheinhinrichtungen durch chauvinistisch verhetzte deutsche Polizisten und BGS-ler;
- der durch die Politik des Visumszwangs und der Grenzaufrüstung mit nahezu 10000 BGS-Truppen, welche vor allem die deutsche Grenze nach Polen und Tschechien gegen Arbeitssuchende und Flüchtlinge aus aller Welt „schützen", den Tod von zahlreichen Menschen verursacht, die in Transportwaggons ersticken, verhungern, verdursten oder in Flüssen ertrinken;
- der Tag für Tag seine mörderischen Abschiebepraktiken durchführt, ständig zirka 3000 Flüchtlinge in eigens dafür geschaffenen Abschiebegefängnissen gefangen hält und diese unter Anwendung von brutalem Zwang direkt an die Folterer und Henker in der Türkei und im Iran, in Nigeria und in Togo übergibt – und dabei selbst über Leichen geht wie im Fall des nigerianischen Flüchtlings Kola Bankole, der 1994 bei der Zwangsabschiebung von BGS-Schergen und einem Arzt gefesselt, geknebelt und mit Spritzen „zu Tode beruhigt" wurde.

Mit diesen mörderischen Praktiken, die in den letzten Jahren mit Sicherheit Hunderte von Todesopfern verursacht haben, stehen dieser Staat, seine Sachwalter und Büttel von Schily bis zum „befehldurchführenden" BGS-ler, moralisch auf dem Niveau der Nazi-Mörder!

Zweitens. Was wäre eigentlich, wenn die Nazis in den letzten Jahren, ja Jahrzehnten **nicht** systematisch von der deutschen Polizei und Justiz geschützt worden wären? Wir wollen die Gefährlichkeit der Nazi-Bewegung nicht unterschätzen. Aber wenn die antinazistischen Kräfte ihren Kampf direkt gegen die Nazis hätten entfalten können, so hätten sie der Nazi-Bewegung ohne Zweifel entscheidende Schläge versetzen können. Tatsächlich war es aber der bürgerliche Staatsapparat selbst, der nicht nur die Nazis systematisch geschützt hat, sondern vor allem auch systematisch gegen die antinazistischen Kräfte vorgegangen ist.

Eine immer und immer wieder im antinazistischen Kampf gemachte Erfahrung ist: Jeder konsequente Kampf gegen die Nazis stößt sofort auf diesen Staatsapparat, der sich den Nazi-Gegnern in den Weg stellt, sie einkesselt, verhaftet und terrorisiert bis hin zur Kriminalisierung ganzer Organisationen und Zusammenhänge des Widerstands gegen die Nazifaschisten (z. B. gegen die Antifa M. und Antifa Passau).

Es ist dieser umfassende und systematische Charakter des staatlichen Terrors, warum wir sagen, daß die staatliche Faschisierung heute die größte Dimension des reaktionären Terrors ausmacht. Aber was folgt daraus?

Ganz gewiß folgt daraus nicht, den Kampf gegen die Nazis als unwichtig oder „ablenkend" abzutun. Die Nazis betreiben ganz unmittelbar und offen ihre mörderischen Machenschaften. Wer noch nicht einmal bereit ist, mit aller Konsequenz und Härte dagegen zu kämpfen und sich damit abfindet, wird niemals bereit und fähig sein, den viel umfassenderen Kampf gegen den Staat des deutschen Imperialismus selbst zu führen.

Besonders wichtig ist es daher auch, daß demokratische Kräfte über den notwendigen Kampf gegen die Nazis hinaus das Augenmerk auf die staatliche Faschisierung lenken.

Anhang

Chronologie: 10 Jahre Nazi-Terror

CHRONOLOGIE
10 Jahre Nazi-Terror

Diese Liste ist sicher nicht vollständig, sie bringt nur die wichtigsten in der bürgerlichen Presse wiedergegebenen Verbrechen des Nazi-Terrors der letzten 10 Jahre. Die Quellenlage für diese Chronologie ist schwierig, da es unseres Wissens nach niemanden in Deutschland gibt, der systematisch über die Jahre hinweg die Nazi-Verbrechen erfaßt. In den bürgerlichen Medien sind Meldungen über Nazi-Terror im allgemeinen verstreut, nur zu oft unter „ferner liefen". Antirassistische und antinazistische Initiativen haben teilweise Zusammenstellungen über Aspekte des Nazi-Terrors veröffentlicht. Die nötige umfassende selbständige Recherche durch antinazistische Kräfte fehlt aber bisher.

Die antisemitischen Verbrechen der Nazis haben wir gesondert aufgelistet, da der mörderische Antisemitismus hervorstechendes Merkmal des Nazifaschismus ist.

1990

6.3.90: Der pakistanische Student Mahmud Azhar stirbt an seinen Versetzungen, nachdem er im Januar von einem rassistischen Deutschen in Berlin zusammengeschlagen wurde. („Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik", Buchladen Dimitroff, Frankfurt/M. September 2000, im weiteren als „Nazi-Morde 89–99" bezeichnet)

27.7. 90: Mord! Ein Obdachloser wird in Gelsenkirchen von zwei Nazis so schwer zusammengeschlagen, daß er kurze Zeit später stirbt. (Nazi-Morde 1989–1999)

17.11.90: Mord! Kempten (Allgäu): Ein Mann aus der Türkei stirbt nach einem Brandanschlag. (Nazi-Morde 1989–1999)

17.11.90: In Berlin wird ein Äthiopier wird erstochen aufgefunden. (Nazi-Morde 1989–1999)

24.11.90: Mord! Ca. 50 Nazis überfallen in Eberswalde-Finow eine Gruppe von Arbeitern aus Angola und Mocambique in einer Diskothek und töten Amadeu Antonio Kiowa aus Angola. (taz, 26.8.92)

28.12.90: Mord! In Hachenburg im Westerwald wird der 17jährige Nihat Yusufoglu auf offener Straße von einer Nazi-Gruppe erstochen. (Nazi-Morde 1989–1999)

1991

1.1.91: Mord! In Rosdorf bei Göttingen wird Alexander Selchow von zwei Nazis erstochen. (Nazi-Morde, 1989–1999)

23.2.91: Mord! Ein Mann aus Afghanistan stirbt nach einem Überfall auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sachsen wegen nicht erhaltener medizinischer Hilfe. (Nazi-Morde 1989–1999)

31.3.91:Mord! Der Arbeiter Jorge Joao Gomodai aus Mocambique wird in Dresden in der Straßenbahn zusammengeschlagen und aus der fahrenden Bahn geworfen. Er stirbt kurz darauf. (taz, 26.6.92)

8.5.91: Mord! Der 23jährige Mathias Knabe wird in Gifhorn von 20 Nazis angegriffen und vor ein fahrendes Auto gehetzt. Er stirbt am 4.3.1992 an seinen schweren Hirnverletzungen. (Nazi-Morde 1989–1999)

Mai 1991: Acht rassistische Jugendliche überfallen in Zittau ein Ferienheim, in dem strahlengeschädigte Kinder aus Tschernobyl untergebracht sind. Im brandenburgische Wittenberg stürmen 15 rassistische Jugendliche die Wohnungen von Namibiern. Vor Angst stürzen sich zwei junge Namibier vom Balkon des vierten Stockwerks. (taz, 26.8.92)

1.6.91: Mord! In Leipzig stößt ein Nazi einen 35jährigen Mann nach einem Streit aus der Straßenbahn. Der Mann stirbt wenige Tage später an seinen Verletzungen. (Nazi-Morde 1989–1999)

4.6.91: Mord! Helmut Lega wird von zwei Nazis in Kästorf (Niedersachsen) angegriffen und erstochen. (FR , 14.9.00)

16.6.91: Mord! In Friedrichshafen wird der 34jährige Angolaner Agostinho Comboio von einem DVU-Nazi erstochen. (Nazi-Morde, 1989–1999)

August 1991: Brandanschlag auf eine Unterkunft von Flüchtlingen aus Rumänien in Aschersleben bei Magdeburg. Erneuter Naziangriff auf die Asylunterkunft in Zittau. (taz, 26.8.91)

1.9.91: In Magdeburg überfallen 15–20 Nazis vier Menschen aus der Türkei und beschießen sie mit Leuchtpatronen. Ein Opfer liegt neun Tage im Koma. (taz, 18.5.94)

17.9.-22.9.1991: Ein Wohnheim für Menschen aus anderen Herkunftsländern und die Asylunterkunft von Hoyerswerda ist tagelang Ziel beispielloser rassistischer Angriffe. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

19.9.91: Mord!: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Saarlouis (Saarland) stirbt Samuel Kofi Yeboah aus Ghana. (Nazi-Morde, 1989–1999)

29.9.91: Mord! In München wird ein Mann aus Rumänien von zehn Nazis überfallen und brutal mißhandelt. Er stirbt am 10.12.1991. (Nazi-Morde, 1989–1999)

3.10.91: Mörderischer Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Hünxe: Drei Nazis werfen in der Nacht zum 3.Oktober 1991 einen Molotow-Cocktail gezielt durch das Schlafzimmerfenster eines Flüchtlingsheims. In dem Zimmer schlafen vier Kinder einer Familie aus dem Libanon. Die achtjährige Zeinab S. und ihre sechsjährige Schwester Mogades S. werden von dem Brandsatz getroffen und dabei lebensgefährlich verletzt. (taz, 5.10.91)

12.11.91: Mord! Nach Auseinandersetzungen mit rassistischen Deutschen stirbt in Berlin der 19jährige Mete Eksi an seinen Verletzungen. (Nazi-Morde 1989–1999)

November 1991 200 Nazis randalieren nach einem Fußballspiel in Greifswald und greifen ein Flüchtlingsheim an. 35 Menschen werden zum Teil schwer verletzt. Die Flüchtlinge fliehen nach Hamburg in eine Kirchengemeinde. Drei Jugendliche schießen in Weimar aus einer Wohnung heraus auf einen Mann aus Mocambique und verletzen ihn. In Leipzig werden zwei vietnamesische Familien in ihren Wohnungen überfallen und brutal mißhandelt. (taz, 26.8.92)

Zweimal im November 1991 überfallen 30–40 Nazis den Jugendklub „Der Laden" in der Hufelandstraße in Hoyerswerda. Die Nazis sprühen Tränengas, dreschen mit Baseballkeulen auf die Besucher ein und zertrümmern das Mobilar. Unter dem Vorwand, daß „nur zwei Einsatzwagen zur Verfügung standen", kommt die örtliche Polizei zu spät. Einige Jugendliche der „Antifa-Gruppe" werden Nachts auf der Straße von diesen Nazis überfallen. (taz, 6.12.91)

3.12.91: Mord! Der 30jährige Gerd Himmstädt stirbt an seinen Hirnblutungen. Sieben jugendliche Nazis hatten den Mann drei Tage zuvor in Hohenselchow (Brandenburg) mit Baseball-Schlägern geschlagen. (FR, 14.9.00)

14.12.91: Mord! In Meuro (Brandenburg) wird der 27jährige Timo Kählke von Nazis erschossen und in seinem Auto verbrannt. Die Nazis gehören der „I. Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg" an. (Nazi-Morde 1989–1999)

1991 werden nch offiziellen Angabe 1.483 rassistische Gewaltanschläge registriert, fünfeinhalbmal soviel wie 1990. (taz, 26.8.92)

1992

Januar 1992: In Haldensleben bei Magdeburg schießen Unbekannte in der Silvesternacht auf ein Flüchtlingsheim. In mehreren thüringischen Städten überfallen Nazis verschiedene Jugendklubs. (taz, 26.8.92)

5.1.92: Mord! In Augsburg stirbt ein Nigerianer nach einer Auseinandersetzung vor einer Diskothek (Nazi-Morde 1989–1999).

6.1.92: Auf eine Flüchtlingsunterkunft in Waldkirch im Breisgau wird in der Nacht zum Montag ein Brandanschlag verübt. Dabei erleidet nach Angaben der Polizei der 18jährige Libanese Manuel Avedikan lebensgefährliche Verbrennungen dritten Grades. 20 weitere Flüchtlinge müssen mit Rauchvergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. (taz, 7.1.92)

11.1.92: Mord! In Hannover wird ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft von einem Bundeswehrsoldaten so schwer mißhandelt, daß er am nächsten Tag stirbt. (Nazi-Morde 1989–1999)

17.1.92: Ein polnischer Tourist wird in Berlin überfallen. Drei Nazis haben ihn in ein Gebüsch gezerrt, ihm eine Betäubungsspritze gegeben und ein Stück Zunge abgeschnitten. (taz, 31.12.92)

20.1.92: Vier Nazis verüben einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Paetz bei Berlin. Bewohner verhindern ein Ausbreiten des Feuers. (taz, 31.12.92)

31.1.92: Mord! Eine dreiköpfige Familie aus Sri Lanka kommt bei einem rassistischen Brandanschlag auf ihre Flüchtlingsunterkunft in Lampertheim um. (Nazi-Morde 1989–1999)

6.3.92: **Mord!** In Reilingen bei Mannheim ermorden Nazis einen Mann aus der Türkei. (Nazi-Morde 1989–1999)

14.3.92: **Mord!** In Saal bei Rostock wird der 18jährige Dragomir Christinel aus Rumänien von 25–40 rassistischen Deutschen zu Tode geprügelt. (FR, 14.9.00)

18.3.92: Mord! Der 53jährige Gustav Schneeklaus wird in Buxtehude von zwei Nazis zusammengeschlagen, weil er Hitler einen Verbrecher genannt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen. (Nazi-Morde 1989–1999)

19.3.92: Mord! In Flensburg wird der 31jährige Obdachlose Ingo Finnern von einem Nazi zusammengeschlagen und ins Hafenbecken geworfen, wo er ertrinkt. (Nazi-Morde 1989–1999)

4.4.92: Mord! Nach einer Brandstiftung in einer Flüchtlingsunterkunft in Hörstel (NRW) stirbt der dort untergebrachte Erich Bosse. (Nazi-Morde 1989–1999)

24.4.92: Mord! In Berlin-Marzahn wird er 29jährige Vietnamese Nguyen Van Tu auf offener Straße von einem Nazi erstochen. (Nazi-Morde 1989–1999)

25.4.94: Mord! Peter K. aus Potsdam wird auf einem Fest von einem Mitglied der Nazigruppe „Wannseefront" totgeschlagen. (Nazi-Morde 1989–1999)

9.5.92: Mord! 60 Nazis überfallen ein Gartenlokal in Magdeburg. Der 23jährige Thorsten

Lambrecht stirbt zwei Tage später an den Folgen eines Schädelbruchs. (Nazi-Morde 1989–1999)

18.5.92: In Berlin greifen Nazis zwei Flüchtlinge aus Rumänien an und verletzen sie durch Messerstiche. (taz, 31.12.92)

21.5.92: In Berlin-Hellersdorf wird ein dunkelhäutiger Mann von zwei Nazis krankenhausreif geschlagen. (taz, 31.12.92)

Ende Mai 92: In Mannheim-Schönau wird ein Flüchtlingsheim von rassistisch aufgehetzten Anwohnern angegriffen *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

1.7.92: Mord! Der 50jährige Emil Wendtland wird am 1. Juli 1992 im Rosengarten in Neuruppin erstochen. Drei Nazis hatten sich zum „Penner klatschen" verabredet und waren auf den Obdachlosen gestoßen. Nachdem sie ihn zusammengeschlagen haben, sticht einer der Täter mit einem Messer auf den Wehrlosen ein. (FR, 14.9.00)

5.7.92: Mord! Zwei Jäger erschießen angeblich „irrtümlich" im Kreis Pasewalk zwei „illegal" einreisende Flüchtlinge in der Nähe der polnischen Grenze. (Nazi-Morde 1989–1999)

8.7.92: Mord! Der 56jährige Kosovo-Albaner Sadri Berisha wird am 8. Juli 1992 mit einem Baseballschläger erschlagen, nachdem sieben Nazis eine Unterkunft in Ostfildern-Kemnat bei Stuttgart gestürmt haben, in der Arbeiter aus anderen Herkunftsländern leben. (FR, 14.9.00)

31.7.92: Mord! Der 49jährige Obdachlose Dieter Klaus Klein wird im Park von Bad Breisig (Rheinland-Pfalz) von zwei Nazis zusammengetreten und danach mit einem Kampfmesser niedergestochen. (FR, 14.9.00)

3.8.92: Mord! Ireneusz Szyderski stirbt nach einem Besuch in einem Discozelt in Stotternheim (Thüringen): Als der 24jährige polnische Arbeiter mit Freunden das Gelände über einen Zaun verlassen will, treten und schlagen drei Nazi-Ordner auf ihn ein. (FR, 14.9.00)

24.8.92: Mord! Der 35jährige Obdachlose Frank Bönisch stirbt auf dem Zentralplatz in Koblenz, als der damals 23jährige Nazi Andy Johann H. (Szene-Name: „Der deutsche Andy") das ganze Magazin einer großkalibrigen „Smith & Wesson" auf eine Gruppe von Punks, Obdachlosen und Drogenabhängigen abfeuert. (FR, 14.9.00)

29.8.92: Mord! Der 58jährige Günter Schwannecke wird nachts auf einer Parkbank in Berlin-Charlottenburg von einem Nazi zusammengeschlagen und stirbt am 7. August 1992 an den Folgen des Überfalls. (FR, 14.9.00)

Ende August 92: Mehrere Tage hintereinander greifen Hunderte von Nazis mit Unterstützung von Tausenden rassistischer Anwohner ein Flüchtlingswohnheim in Rostock-Lichtenhagen an *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

Oktober 1992: Mord! Ein Nazi aus Hoyerswerda ermordet die Antifaschistin Waltraud Scheffler. Am 10.Oktober 1992 trifft sich der Nazi André aus Hoyerswerda mit ca. 15 anderen Nazis vor der Diskothek „Grubenlampe" in Geierswalde (in der Nähe von Hoyerswerda). Sie brüllen u. a. „Sieg Heil!", „Deutschland den Deutschen" und „Ausländer raus". Als die Discobesucher gegen die Naziparolen auftreten, greifen die Nazis an. Waltraud Scheffler will den lattenschwingenden Nazi André aufhalten, doch dieser schlägt auf sie ein. Am 23.10.92 stirbt Waltraud Scheffler an den Folgen dieser Verletzungen. (taz, 6.9.93)

November 92: Mord! In Königs Wusterhausen (Brandenburg) werden zwei Antifaschisten in der Nähe der S-Bahn tot aufgefunden, nachdem Drohbriefe von Nazis vorausgegangen waren. (Nazi-Morde 1989–1999)

7.11.92: Mord! Drei Nazis ermorden in Brandenburg den 52jährigen Obdachlosen Rolf Schulze. Nachdem sie ihn am Kolpingsee zunächst mißhandeln, übergießen sie ihn mit Benzin und zünden ihn an. (Nazi-Morde 1989–1999)

16.11.92: Drei Nazis zwingen einen 38jährigen in Hellersdorf, ihren Sieg-Heil-Gruß zu erwidern. Durch Schläge mit einer Pistole erleidet er eine Schädelfraktur. (taz, 31.12.92)

21.11.92: Mord! Nazis ermordeten den Antifaschisten Silvio Meier in Westberlin. (Nazi-Morde 1989–1999)

23.11.92: Morde! Yeliz Arslan, Ayse Yilmaz und Vahide Arslan werden bei einem Nazi-Anschlag in Mölln ermordet. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

6.12.92: Mord! Ein kroatischer Arbeiter stirbt bei einem Brandanschlag in Jänschwalde. (Nazi-Morde 1989–1999)

18.12.92: Mord! Hans-Jochen Lommatsch wird am 18. Dezember 1992 in Oranienburg von zwei Nazis erschlagen. (FR, 14.9.00)

27.12.92: Mord! In Neuss wird Sahin Calisir aus der Türkei von Nazis vor ein Auto getrieben. (Nazi-Morde 1989–1999)

1992 zählt das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt (Main) 41 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde. (Nazi-Morde 1989–1999)

1993

1.1.93: Morde! Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Bietigheim-Bissingen in Baden-Württemberg sterben ein 25jähriger Mann und eine 18jährige Frau aus Rumänien. Ein 24jähriger Mann wird schwer verletzt. (taz, 5.1.92 und konkret 2/93)

3.1.93: Vor einem Flüchtlingsheim in Berlin-Hohenschönhausen wird ein 29jähriger Mann aus Mocambique von sechs Deutschen mit Baseballschlägern angegriffen und schwer verletzt. (taz, 4.1.93 und konkret 2/93)

7.1.93: Mord! In Wetzlar tritt ein Nazi einen Obdachlosen tot. (Nazi-Morde, 1989–1999)

14.1.93: Bei einem Brandanschlag in Bad Schwalbach brennt der als Flüchtlingsunterkunft genutzte „Quellenhof" ab. Die 39 Bewohnerinnen und Bewohner können sich rechtzeitig ins Freie retten. (konkret 3/93)

15.1.93: Mord! In Erfurt verprügeln zwei Nazis einen Mann und stoßen ihn vor ein Auto, das ihn tödlich erfaßt. (Nazi-Morde 1989–1999)

18.1.93: Mord! Fünf rassistische Jugendliche zetteln im thüringischen Arnstadt einen Streit mit dem Parkwächter Karl Sidon an. Die der Nazi-Szene angehörenden Jugendlichen verprügeln den 45jährigen und schleifen ihn auf die Straße, wo ihn mehrere Autos überrollen. Im Krankenhaus stirbt er an den Verletzungen. (FR, 14.9.00)

22.1.93: Mord! In Freiburg ermorden Nazis die Antifaschistin Kerstin Winter durch eine Paketbombe. (Nazi-Morde 1989–1999)

23.1.93: Mord! In Schlotheim wird ein Punk von einem Nazi mit einem Messer erstochen. (Nazi-Morde 1989–1999)

26.1.93: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft werden in Duisburg von den 113 Bewohnern und Bewohnerinnen fünf Personen verletzt. (taz, 27.1.93)

3.2.93: Mord! Der Antifaschist Olaf H. wird erhängt in seiner Wohnung aufgefunden.

Freunde von Olaf bezweifeln auf Grund häufiger Nazi-Drohbriefe den Selbstmord. (Nazi-Morde 1989–1999)

14.2.93: 100 Nazis überfallen mit Baseballschlägern und Eisenstangen bewaffnet ein Tanzlokal in Calbe. Zwei Personen werden schwer verletzt. Ein Polizist des Magdeburger SEK wird als Anführer der Nazitruppe identifiziert. Zwei Polizeistreifen haben den Überfall tatenlos beobachtet. (Volksstimme, 20.2.93; Mitteldeutsche Zeitung, 22.2.93)

17.2.93: In Freiburg überfallen zwei Rassisten zwei algerische Flüchtlinge. Einer der Flüchtlinge bleibt mit schweren Verletzungen auf der Straße liegen. (taz, 19.2.93, konkret, 4/93)

19.2.93: Mord! Nazis ermorden in Hoyerswerda Mike Zerna, der an den Folgen eines Naziüberfalls auf einen ‚linken' Jugendclub stirbt. (taz, 1.3.93 und 15.4.94 und 9.7.94)

9.3.93: Mord! Mustafa Demiral aus der Türkei stirbt am 9. März 1993 in Mülheim/Ruhr an einem Herzinfarkt, nachdem ihm zwei REPs seine Hinrichtung vorgespielt haben. (Nazi-Morde 1989–1999)

17.4.93: Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im Münchner Stadtteil Obersending: Drei Männer, die in Panik aus dem Fenster springen, müssen mit Knochenbrüchen, acht weitere Personen mit Rauchgasvergiftung im Krankenhaus behandelt werden. (konkret 7/93)

24.4.93: Mord! Matthias Lüders erhält bei einem Überfall von 40 Nazis auf eine Diskothek in Obhausen, die hauptsächlich von Antifaschistinnen und Antifaschisten besucht wird, zwei Schläge auf den Kopf. Zwei Tage später stirbt der 23jährige. (Mitteldeutsche Zeitung, 26.4.93 und 27.4.93)

29.4.93: Mord! Mitglieder einer Nazi-Metal-Band ermorden in Thüringen **Sandro Beyer**. (Nazi-Morde 1989–1999)

20.5.93: Mord! In Coburg wird bei einem Brandanschlag auf ein Wohnheim ein Mensch getötet und vier weitere verletzt. (Nazi-Morde 1989–1999)

21.5.93: Mord! In Göttingen stirbt ein 20jähriger Mann an den Folgen seiner Verletzungen. Er war mit einem Bekannten aus der Türkei und einer bulgarischen Freundin auf einem Fest, das Nazis überfielen. (Nazi-Morde, 1989–1999)

26.5.93: Mord! Der Motorradfahrer Jeff Dominiak, deutsch-ägyptischer Hauptdarsteller im Defa-Film „Bockshorn", wird bei Waldeck von einem Nazi überfahren. (FR, 14.9.00)

29.5.93: Mordanschlag auf türkische Familie in Solingen! Auf das Haus der in Solingen lebenden Familie Genc wird am 29. Mai 1993 ein Brandanschlag verübt. Dabei sterben fünf Familienmitglieder: Gürsün Ince (27), Hatice Genc (18), Gülüstan Öztürk (12), Hülya Genc (9), Saime Genc (4). *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

30.5.93: Bei einem Brandanschlag in Berlin werden mehrere Menschen schwer verletzt. Zwei Kinder können am Tatort gerade noch wiederbelebt werden. (FAZ, 30.5, und FR, 1.6.93)

5.6.93: In Konstanz wird in der Nacht auf das türkische Restaurant „Eumel" ein Brandanschlag verübt. (konkret 1/94)

5.6.93: Brandanschlag in Hattingen: Im Haus der türkischen Familie Ünver in Hattingen-Welper legen Nazis Feuer. Beide Stockwerke brennen aus. Die anwesende Mutter kann sich und ihre Kinder gerade noch vor den Flammen retten. (konkret 1/94)

5.6.93: Mord! Zwei junge Nazis quälen am 5. Juni 1993 in Fürstenwalde (Brandenburg) den Obdachlosen Horst Hennersdorf zu Tode. Der 37jährige wird auf einem Anwesen stundenlang mißhandelt. Mehrere Zeugen beobachten die Tat, greifen aber nicht ein. (FR, 14.9.00)

6.6.93: In Bad Oldesloe wird in der Nacht ein Brandanschlag auf ein Haus verübt, in dem u. a. Menschen aus der Türkei wohnen. (FR und taz, 7.6.93)

7.6.93: In Soest und Bergisch-Gladbach (NRW) versuchen Nazis in der Nacht, die Wohnhäuser von Familien aus der Türkei und aus anderen Ländern anzuzünden.(FR, SZ und FAZ, 8.6.93)

10.6.93: Mord! In Dresden stirbt ein Arbeiter aus Mocambique bei einem Brandanschlag. (Nazi-Morde 1989–1999)

17.6.93: Mord! In Duelmen wird der 41jährige Kurde Abdi Atalan von zwei etwa 20jährigen rassistischen Deutschen erschossen. (Nazi-Morde 1989–1999)

27.6.93: Nazis schlagen in Berlin in der Nacht einen japanischen Touristen zu Boden und mißhandeln ihn mit Fußtritten.(taz, 29.6.93)

28.6.93: Mord! Der Erwerbslose Hans-Georg Jakobson wird bei Strausberg nachts von drei Nazis aus einer fahrenden S-Bahn gestoßen und stirbt. (FR, 14.9.00)

29.6.93: In Berlin überfallen zehn Nazis zwei Männer aus der Türkei. (FR, 1.7.93)

29.6.93: Mord! Ein Rassist tötet in Mühlhausen (Thüringen) einen 26jährigen Flüchtling aus Rumänien mit Messerstichen. (Nazi-Morde 1989–1999)

30.6.93: Im oberpfälzischen Erbendorf und im Kölner Stadtteil Mühlheim werden in der Nacht Wohnungen von Familien aus der Türkei durch Brandanschläge verwüstet. In Ludwigshafen erfolgt ein Brandanschlag auf einen Laden, dessen Besitzer aus der Türkei stammt. (FR, 1.7.93)

2.7.93: In Gütersloh legt ein Rassist im Keller eines Wohnhauses, in dem vorwiegend Familien aus der Türkei wohnen, ein Feuer. (Antifaschistische Zeitung, August-Oktober 93)

2.7.93: Nazis setzen in Göttingen den Anbau einer Asylunterkunft in Brand.(FR, 5.7.93)

6.7.93: Nazis überfallen in der brandenburgischen Grenzstadt Schwedt vier polnische Autos an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet. Mindestens ein Schuß aus einer Schreckschußwaffe wird dabei abgefeuert. Außerdem traktieren sie die Insassen mit Baseballschlägern und Fußtritten. (FR, 9.7.93)

9.7.93: In der Nacht zum 9.7. werden in Göttingen auf zwei Mehrfamilienhäuser, in denen Menschen aus anderen Ländern wohnen, Brandanschläge verübt. (FR und Neues Deutschland, 10.7.93)

10.7.93: Brandanschlag in Herzogenrath bei Aachen auf ein Haus, in dem eine libanesische Familie wohnt. (taz, 13.7.93)

11.7.93: In Warnemünde werden in der Nacht Touristen aus Norwegen überfallen. Ein Mann wird dabei durch Fußtritte schwer verletzt. (FR, 12.7.93)

11.7.93: Keine 14 Tage nach den brutalen Nazi-Morden brennt es in Solingen wieder an drei Stellen. Nazis zünden Müllcontainer vor dem „Ausländerzentrum" an. Vor der Asylunterkunft wird eine Abdeckplane angezündet und das Auto eines nichtdeutschen Arbeiters angesteckt. (FR, 12.7.93 und taz 13.7.93)

11.7.93: Im schwäbischen Kempten werden zwölf Personen durch einen Brandanschlag z.T. schwer verletzt. In dem Haus wohnen Familien verschiedener Nationalitäten. (taz 13.7. und FR, 12.7.93)

13.7.93: Mit Rufen wie „Nigger" berauben im brandenburgischen Strausberg zwei Nazis einen Mann aus Ghana und schlagen ihn nieder. (FR, 15.7.93)

18.7.93: Mit Schüssen aus einer Schreckschußpistole und mit Gegröle wie „Heil Hitler" und „Ausländer raus" bedrohen Nazifaschisten die Bewohner einer Asylunterkunft in Prenzlau in Brandenburg. (FR und taz, 29.7.93)

20.7.93: Im ostwestfälischen Bünde wird auf ein von Menschen aus anderen Ländern und Deutschen bewohntes Haus ein Brandanschlag verübt. (FR, 21.7.93)

21.7.93: Nazis setzen im bayerischen Lohr ein Haus in Brand und sprühen ein Hakenkreuz und den Spruch „Tod den Türken" an die Wand. In diesem Haus befindet sich u. a. eine Spielhalle, die hauptsächlich von Leuten aus der Türkei und Italien besucht wird. (FR, 24.7.93)

22.7.93: Nazis werfen in Berlin, Bezirk Weißensee eine Handgranate auf ein Wohnheim mit Flüchtlingen aus Bosnien. (FR, 23.7.93)

22.7.93: Mord! In Uelzen hat ein Nazi einen sechzehn Jahre alten Schüler aus Lüneburg niedergeschlagen und dann angezündet. (Nazi-Morde 1989–1999)

24.7.93: Mord! Weil er keine Hilfe bekommt, muß er sterben: Im Hamburger Viertel „St. Pauli" wird ein Mann aus Ghana brutal niedergestochen. Vergeblich hat er um Hilfe gesucht, bis er an seinen Blutungen stirbt. (FR, 26.7.93)

27.7.93: Nazis schlagen in Erlensee (Main-Kinzig-Kreis) zwei Jugendliche aus der Türkei brutal nieder. (FR, 28.7.93)

4.8.93: Mordversuch! Nazis werfen in Pulheim-Stommeln einen Brandsatz auf ein Haus, in dem eine Familie aus der Türkei wohnt. Es steht sofort in Flammen. Das Restaurant im Erdgeschoß brennt völlig aus. Nur mit Hilfe der Nachbarn kann die Familie gerettet werden. (ND, 5.8.93)

5.8.93: Zum dritten Mal zünden Nazifaschisten das Haus einer marokkanischen Familie im rheinischen Wegberg an. (FR, 6.8.93)

7.8.93: Mit Benzin zündet in Hardegsen (Landkreis Northeim) ein Nazi eine Unterkunft an, in der u. a. Flüchtlinge wohnen. (FR, 10.8.93)

11.8.93: In Hoyerswerda haben Nazifaschisten zehn Griechen mit Schlagwerkzeugen niedergeknüppelt und mindestens einem ihrer Opfer eine Schädelfraktur zugefügt. (FR, 13.8.93)

12.8.93: In Gera schlagen Rassisten einen 14jährigen Schweizer auf offener Straße zusammen. (FR, 14.8.93)

16.8.93: In Frankfurt/Oder wird ein Flüchtling aus Rumänien beraubt und mit einem Schuß aus einer Pistole bedroht. (FR, 20.8.93)

19.8.93: Eine Nazifaschistin legt in Metzingen bei Reutlingen im Hof einer Asylunterkunft an mehreren Stellen Feuer. (FR, 21.8.93)

23.8.93: Nazis verüben erneut einen Brandanschlag in Solingen auf ein von Familien aus der Türkei bewohntes Haus. Glücklicherweise sind die 11 Bewohner nicht zu Hause und kehren so rechtzeitig zurück, daß sie das Feuer löschen können, bevor es auf das Haus übergreift. (taz, 23.8.93)

Sieben Morde an Soldaten aus der ehemaligen Sowjetunion seit 1989: Ein Offizier aus der ehemaligen Sowjetunion berichtet von sieben Morden und ca. 200 Überfällen auf Soldaten aus der ehemaligen Sowjetunion und ihre Angehörigen. (FR, 25.8.93)

27.8.93: Nazis überfallen in der Nacht in Lotte (Kreis Steinfurt) einen Mann aus der Türkei, schlagen ihn bewußtlos und sprühen ihm ein schwarzes Hakenkreuz auf die Stirn. (Die Glokke, 28.8.93)

29.8.93: Nazis zerstören im rheinland-pfälzischen Idar-Oberstein durch ein Feuer ein Haus, in dem ein Mann aus Afghanistan ein Geschäft hatte. Das Haus ist mit Hakenkreuzen und dem rassistischen Spruch „Ausländer raus" besprüht worden. (Schwarzwälder Bote und taz, 31.8.93)

Anfang September 93: Mit Steinen und mehreren Schüssen verletzen am ersten Septemberwochenende im brandenburgischen Kyritz nazifaschistische Jugendliche drei Flüchtlinge aus Rumänien. (FR, 6.9.93)

14.9.93: In Hannover-Kirchrode brennen 14 von 56 „Wohncontainern" für Flüchtlinge durch einen nazifaschistischen Brandanschlag völlig aus. Zehn weitere werden beschädigt. (Hannoversche Allgemeine, 16.9.93)

14.9.93: In Groß-Karben überfallen maskierte Nazifaschisten eine junge Frau aus der Türkei und fügen ihr u. a. mit einer Rasierklinge Schnittverletzungen im Gesicht zu. (Frankfurter Neue Presse, 17.9.93)

Mitte September 93: Mordversuch! Nazis überfallen eine Asylunterkunft im sauerländischen Sundern. Sie schlagen einen albanischen Flüchtling fast tot und verletzen einen weiteren sehr schwer. (SZ, 19.9.1993)

Mitte September 93: Ein Nazi schießt in Arnsberg einem Flüchtling aus Algerien ins Gesicht. (SZ, 19.9.93)

19.9.93: Mord! In Werneuchen bei Bernau wird der 51jährige Horst T. von 5 rassistischen Jugendlichen zusammengeschlagen, in Brand gesetzt und in den Oder-Havel-Kanal geworfen. (Nazi-Morde 1989–1999)

25.9.93: Ein Mann aus Polen wird in Groß-Zimmern (Kreis Darmstadt-Dieburg) auf offener Straße von Nazis niedergestochen. (FR, 27.9.93)

28.9.93: Rassisten werfen zwei glimmende Rauchkapseln durch die Kellerfenster einer Asylunterkunft in Münster (Kreis Darmstadt-Dieburg). (FR, 30.9.93)

3.10.93: Am 3.10. wird in dem Intercity von Dresden nach Frankfurt am Main ein Mann aus Marokko von Nazis brutal mißhandelt und im Gesicht verletzt. Die Polizei in Fulda verweigert die Aufnahme der Strafanzeige mit der fadenscheinigen Begründung, die Verletzungen müßten erst durch einen Arzt bescheinigt werden. Die Nazis haben so die Möglichkeit zu entkommen. (konkret 12/93)

5.10.93: Mörderischer Brandanschlag! Am 5.10. wird ein Mehrfamilienhaus in Bad Wildungen in Brand gesetzt. In dem Rauch erstickt eine vierköpfige Familie, der Vater stammt aus Sri Lanka. Der später festgenommene Täter gibt an, angeblich lediglich ein Feuer zum aufwärmen im Keller des Hauses entfacht zu haben. (konkret 12/93)

6.10.93: Nazis feuern drei Schüsse auf eine Asylunterkunft in Hechingen (Baden-Württemberg) und werfen eine Brandflasche. (konkret 12/93)

8.10.93: Nazis überfallen einen Flüchtling aus Kambodscha in Magdeburg und verletzen ihn durch Schläge ins Gesicht. Anschließend verfolgen sie drei Flüchtlinge aus Algerien. (konkret 12/93)

10.10.93: Mord! Ein Obdachloser aus der Türkei wird in Düsseldorf von Nazis durch Messerstiche verletzt. Der Mann verblutet, bevor der Notarzt eintrifft. (konkret 12/93)

16.10.93: Nazis legen in Köln vor einer Bäckerei, deren Besitzer aus der Türkei stammt, ein Feuer. (konkret 12/93)

20.10.93: Mordversuch! Am 20.10. stechen drei Nazis in Dortmund einen 17jährigen Mann aus dem Iran mit einem Messer nieder. (konkret 12/93)

21.10.93: Drei Nazis überfallen einen Flüchtling in Kassel. Anschließend fahren sie mit dem Taxi und grölen nazifaschistische Parolen zum Fenster hinaus. Als der Taxifahrer versucht, dies zu unterbinden, beschädigen sie das Auto. (konkret 12/93)

24.10.93: Mordversuch! Ein Nazi schießt in Lüneburg (Niedersachsen) in eine Gruppe Flüchtlinge. Ein 26jähriger Mann aus dem Libanon wird lebensgefährlich verletzt. (konkret 12/93).

24.10.93: Nazis setzen die Asylunterkunft in Körle (Hessen) in Brand. (konkret 12/93)

25.10.93: Nazis verüben einen Brandanschlag auf eine Asylunterkunft in Artlenburg (Niedersachsen) und auf eine Imbißgaststätte in Berlin, deren Besitzer aus der Türkei stammt. (konkret 12/93)

25.10.93: Mordversuch! Vier Nazis schlagen einen Flüchtling aus China in Eisenhüttenstadt mit Baseballschlägern brutal zusammen. Der Mann wird schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. (konkret 12/93).

25.10.93: 12 Nazis überfallen in Frankfurt/Oder vor dem Grenzübergang einen 16jährigen Jugendlichen aus Finnland und drei polnische Studenten und schlagen sie zusammen. (konkret 12/93)

27.10.93: Mordversuch! Nazis entfachen in Klarenthal (Saarland) Feuer in den Kellerräumen von zwei Wohnhäusern, die überwiegend von Familien aus der Türkei bewohnt werden. Fünf Personen erleiden schwere Rauchvergiftungen. Die Bewohner sind teilweise schon von den Flammen eingeschlossen, die Feuerwehr kann ihr Leben noch retten. (konkret 12/93)

30.10.93: Nazis werfen einen Brandsatz gegen ein Fenster einer Asylunterkunft in Potsdam Nur durch Zufall kann der Brandsatz das Glas nicht durchdringen, so daß die neunköpfige Familie aus Ex-Jugoslawien mit dem Schrecken davon kommt. (konkret 12/93).

30.10.93: 15 Nazis überfallen in Oberhof (Ex-DDR) einen US-amerikanischen Sportler mit schwarzer Hautfarbe. Als sich sein weißer Begleiter schützend vor ihn stellt, wird er brutal zusammengeschlagen. (konkret 12/93)

30.10.93: Die Räume des „deutsch-türkischen Freundschaftsvereins" in Bremen werden von Nazis in Brand gesetzt. (konkret 12/93).

30.10.93: Nazis zünden ein von Auswanderern aus Osteuropa bzw. aus der Ex-Sowjetunion bewohntes Haus in Ainring (Bayern) an. (konkret 12/93)

4.11.93: In einem Haus in Wiesbaden legen Nazis Feuer. Das Haus wird von Menschen verschiedener Nationalität bewohnt. (konkret 1/94)

5.11.93: Nazis legen in Feital (Ex-DDR) vor einer Wohnung Feuer, die von einem Mann aus der Türkei bewohnt wird. (konkret 1/94)

5.11.93: Mordversuch! Nazis setzen eine Asylunterkunft in Bad Waldsee (Baden-Württemberg) in Brand. Mehrere Kinder aus dem ehemaligen Jugoslawien werden lebensgefährlich verletzt. (konkret 1/94)

7.11.93: Nazis setzen einen „Wohncontainer" in Küssaberg-Rheinheim (Baden-Württemberg) in Brand. Die 14 kurdischen Bewohner und Bewohnerinnen können sich glücklicherweise ins Freie retten, bevor der ganze Container ausbrennt. (konkret 1/94)

11.11.93: Vier Nazis überfallen einen Flüchtling aus Vietnam auf der Bundesstraße 115 in Brandenburg und rauben ihn aus. (konkret 1/94)

15.11.93: Zwei Nazis verletzen in Hamburg einen Jungen aus der Türkei lebensgefährlich. (konkret 1/94)

18.11.93: Nazis stecken eine Asylunterkunft in Friedersdorf (Ex-DDR) in Brand. (konkret 1/94)

18.11.93: Ein Nazi verübt auf dem Bahnhof in Münster einen lebensgefährlichen Anschlag auf einen Mann aus dem Libanon. Der Nazi schlägt den Mann brutal zusammen und schleudert ihn in eine Schaufensterscheibe. Der Nazi bleibt neben dem Schwerverletzten stehen und brüllt rassistische Parolen. (konkret 1/94)

24.11.93: Nazis zünden vor einer Asylunterkunft in Nürnberg Mülltonnen an. Die über hundert Bewohner können in Sicherheit gebracht werden. Ein Bewohner erleidet eine Rauchvergiftung. (konkret 1/94)

25.11.93: In Erlangen terrorisieren vier Nazis die Bewohner einer Asylunterkunft. Sie fahren mit ihrem PKW vor der Unterkunft auf und ab, schwenken die Reichskriegsflagge und brüllen rassistische Parolen. Anschließend ziehen sie zum Bahnhof und pöbeln Flüchtlinge mit dem „Hitler-Gruß" an. (konkret 1/94)

7.12.93: Mord! Der 19jährige Kolong Jamba aus Gambia wird von einem Rassisten im Zug von Hamburg nach Bremen ermordet. (Nazi-Morde 1989–1999)

8.12.93: Mord! Fünf Nazis versuchen in Berlin, einen Mann aus Liberia aus der fahrenden U-Bahn zu werfen. Sie treten und drängen ihn zur Tür, um ihn zu ermorden. Der Liberianer kann sich verteidigen und sein Leben retten, indem er sich bis zum Eintreffen des Zuges im Bahnhof an der U-Bahn-Tür festgehalten hat. (Abendzeitung, 9.12.93)

24–26.12.93: Es gibt Anschläge in Hessen, Brandenburg, Bayern und Schleswig-Holstein. In Wiesbaden wird ein 20 jähriger Deutscher wegen Verdachts eines Sprengstoffanschlages auf ein Wohnheim für Flüchtlinge festgenommen. (Neue Züricher Zeitung, 28.12.93)

25.12.93: Mord!: In Kaltenkirchen stirbt ein Mann aus der Türkei bei einem Brandanschlag. (Nazi-Morde 1989–1999)

1993 zählt das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt (Main) 53 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde. (Nazi-Morde 1989–1999)

1994

4.1.94: Chauvinistische Jugendliche greifen mit CS-Gas-Wurfkörpern ein Auswanderer-Wohnheim in Sellin (Rügen) an, in dem Personen aus der ehemaligen Sowjetunion wohnen. (ND, 5.1.94.)

15.1.94: Bei einem Nazi-Brandanschlag auf ein Wohnheim für Flüchtlinge in Ludwigshafen-Oppau werden acht Bewohner verletzt. Ein 34jähriger Rassist wird in der Nähe des Tatorts festgenommen. (ND, 15./16.1.94)

19.1.94: Gegen ein Wohnheim für Flüchtlinge in Dannstadt bei Ludwigshafen wird ein Nazi-Bombenanschlag verübt! Eine Rohrbombe detoniert in der Nacht im Briefkasten am Außentor des Gebäudes. Von den 100 Bewohnerinnen und Bewohnern des Hauses wird zum Glück niemand verletzt. (ND, 20.1.94)

26.1.94: Morde! Auf eine Roma Familie in der Flüchtlingsunterkunft Humboldt-Gremberg wird ein Brandanschlag verübt, an dessen Folgen am 7.2.94 die 61jährige Raina Jovanovic und am 12.3.94 die 11jährige Jasminka sterben. (Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik)

1.2.94: Ein unbekannter Flüchtling aus Zaire, der als „blinder Passagier" auf einem deutschen Frachtschiff entdeckt wird, wird von der Mannschaft über Bord geworfen und ertrinkt. (UNITED, Off limits)

16.3.94: Mord! In Stuttgart verbrennen bei einem Brandanschlag sieben Personen in einem fast ausschließlich von Menschen aus anderen Herkunftsländern bewohnten Haus, 16 Personen werden zum Teil schwer verletzt. (taz, 21.7.95)

Am 9.4., am 2.5., am 16.5., am 23.6. und am 26.6. werden in Stuttgart und Esslingen in Wohnhäusern und Geschäften Brände gelegt, bei denen sich die Bewohnerinnen und Bewohner retten können. Am 30. 6 1995 wird der 25jährige Nazi Joachim H. aus Esslingen festgenommen, der später gesteht, die Brände in Stuttgart und Esslingen und mehrere andere Brände aus „Ausländerhaß" gelegt zu haben. Trotzdem stuft die Polizei diese Taten als „unpolitisch" ein (taz, 19.7.95 und 21.7.95). Joachim H. hat gegenüber den Polizeibeamten zugegeben, Kontakte zur Naziszene gehabt zu haben. (taz, 26.4.96)

14.4.94: Einem 32jährigen Flüchtling aus Vietnam wird in Groß-Zieten bei Berlin mit einer Luftdruckwaffe direkt ins Gesicht geschossen. Er erleidet schwerste Augenverletzungen. (Berliner Zeitung, 16.4.949)

20.4.94: Mord! Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus in Göttingen stirbt eine Frau aus der Türkei. (Nazi-Morde 1989–1999)

April 1994: Bereits drei Wochen vor dem Pogrom in Magdeburg am „Himmelfahrtstag" gehen vier Nazis im Norden Magdeburgs mit Eisenstangen und Messern auf zwei Flüchtlinge aus Togo los und verfolgen sie durch die Straßen. Die beiden können sich in eine Polizeiwache retten. Dort lehnen jedoch die Beamten ihre Bitte ab, sie ins Flüchtlingsheim zurückzubegleiten, obwohl sie Todesängste haben. (Stern Nr. 21/1994; Allgemeine Jüdische Wochenzeitung Mai 94)

12. Mai 1994: Nazis veranstalten mit Duldung und teilweise direkter Unterstützung durch die Polizei und vor den Augen der Bevölkerung in Magdeburg eine rassistische Hetzjagd gegen afrikanische Flüchtlinge. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

22.6.94: Mord! In Bochum erstickt der 9jährige Mohamed Badaoui in Folge eines Brandanschlages auf eine Flüchtlingsunterkunft. (Nazi-Morde 1989–1999)

23.7.94: Mord! Vier Nazis (17–21) erwürgen die 32jährige Berlinerin Beate Fischer und legen sie an eine Mülltonne. (FR, 14.9.00)

26.7.94: Mord! Ein 45jähriger und ein 36jähriger Pole werden in Berlin von einer Gruppe junger rassistischer Deutscher in die Spree getrieben und gewaltsam daran gehindert, ans Ufer zu schwimmen. Der polnische Bauarbeiter Jan W. ertrinkt. (Nazi-Morde 1989–1999)

6.8.94: Mord! Gunter Marx wird von vier Nazis in Velten von seinem Fahrrad gestoßen und getreten und schließlich mit einem Schraubenschlüssel erschlagen. (FR, 14.9.00)

27.9.94: Mord! Farid Boukhit stirbt an den Folgen seiner Verletzungen vom Nazi-Pogrom in Magdeburg vom 12.Mai 1994. (Nazi-Morde 1989–1999)

6.11.94: Mord! Der 18jährige Piotr Kania wird von Nazis ermordet. (Nazi-Morde 1989–1999)

8.11.94: Mord! In Rothenburg ersticht ein Bundeswehrsoldat einen 18jährigen Antifaschisten. (Nazi-Morde 1989–1999)

20.11.94: Mord! Ein Nazi ersticht den 18jährigen Michael Gäbler in Zittau, der einige Nazis zur Rede gestellt hat. (Nazi-Morde 1989–1999)

1994 zählt das Archiv für Sozialpolitik/Frankfurt (Main) 33 nachgewiesene oder vermutete Nazi-Morde. (Nazi-Morde 1989–1999)

1995

4.1.95: Mord! Bei einem Brandanschlag in einem Flüchtlingsheim in Zell in Südbaden kommen zwei Mädchen im Alter von 2 und 4 Jahren aus Kosova ums Leben. (taz, 5.1.95)

8.1.95: Mord! In Mellendorf bei Hannover brennt ein Wohncontainer für Flüchtlinge völlig aus. Eine 27jährige Serbin und drei ihrer Kinder kommen ums Leben. (taz, 8.1.95)

5.2.95: Mord! Zum „Penner klatschen" ziehen sieben Nazis nachts durch Velbert. Ihr Zufallsopfer, den 65jährigen Horst Pulter, quälen sie mit Tritten und Schlägen, verhöhnen ihn als „Penner" und „Scheiß-Jude". Dann sticht ein 22jähriger zu, der wegen nazistischer Umtriebe aus der Bundeswehr entlassen worden war. In den Wohnungen der Täter werden Fotos mit Hakenkreuzen und Hitlergruß gefunden. (FR, 14.9.00)

25.5.95: Mord! Bei einem Ausflug zu einem sächsischen Stausee am 25. Mai 1995 wird der 24jährige Peter T. von Nazis zusammengeschlagen. Er stirbt neun Tage später an seinen Kopfverletzungen. (FR, 14.9.00)

30.5.95: Mordversuch! In Uelzen wird ein bekannter Antifaschist von Nazis mit Messern und CS-Gas angegriffen. Er kann jedoch fliehen und wird bei den Verhören der Polizei wie der Täter behandelt. (Interim, 15.6.95)

Im Mai 95 gibt es in Deutschland laut offiziellen Angaben 148, **im Juni** 95 146 „fremdenfeindliche" Straftaten, **im Juli** steigt die Zahl auf 171 an. (FR, 20.9.95).

10.6.95: In Neureichenau in Bayern wird ein 20jähriger Sudanese zusammengeschlagen und schwer verletzt. (taz, 12.6.95)

Juni 95: Gut ein Jahr nach den Nazi-Angriffen am Himmelfahrtstag haben Nazis erneut einen Schwarzafrikaner angegriffen und durch die Magdeburger Innenstadt gejagt. (taz, 23.6.95)

22.6.95: Mord! Bei einem Brandanschlag in Bochum auf ein Haus, in dem hauptsächlich Flüchtlinge aus Libanon leben, erstickt der 9jährige Eisam Chandin im Rauch. (Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik)

Juni 95: Mord! Peter T. stirbt neun Tage nach einem Nazi-Überfall in Sachsen im Krankenhaus. (Nazi-Morde 1989–1999)

Ende Juni 95: In Frankfurt /Oder mißhandeln zwei deutsche Jugendliche einen polnischen Studenten. (ND, 1.7.95)

16.7.95: In Magdeburg jagt eine Nazi-Gruppe einen Anitifa-Aktivisten durch die Stadt und den Bahnhof und schlägt brutal auf ihn ein. (jw, 18.7.95)

17.7.95: In der Innenstadt von Remscheid werden bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus 20 Menschen verletzt. (FR 18.7.95)

Juli 1995: Ein 34jähriger Mann aus Libanon wird in Dresden von zwei Nazis besonders brutal gehetzt, zusammengeschlagen und schwer verletzt. (taz, 20.7.95)

Juli 1995: In einem Tanzlokal in Meißen greift eine stadtbekannte Nazi-Clique eine Gruppe von portugiesischen Arbeitern an und verletzt drei von ihnen. (taz, 24.7.95)

Juli 95: Mord! Der Nazi Thomas Lemke ermordet die 25jährige Dagmar Kohlmann. Er ist bekannt als Brandstifter an einem Wohnhaus, das von Familien aus anderen Herkunftsländern bewohnt ist. (FR, 14.9.00)

29.8.95: Mord! Zwei Flüchtlinge aus Ghana und Tschad kommen bei einem Brand in einem Ulmer Hochhaus um. Der Grund ist Brandstiftung. (Berliner Zeitung, 30.8.95)

August 95: In Magdeburg bedrohen und beleidigen zwei Nazis eine Gruppe Behinderter in einer Straßenbahn. Plötzlich greifen sie einen 21jährigen brutal an und würgen ihn. Sie lassen ihr Opfer erst nach massivem Eingreifen der Betreuer los. (taz, 11.8.95)

5.9.95: Mord! Ein Deutscher und eine Frau aus der Türkei sterben bei einem Brandanschlag auf ein Haus in Lübeck. (Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik)

11.12.95: Mord! Bei einem Brandanschlag im Ostseebad Haffkrug wird ein Flüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien tot geborgen, vier weitere Flüchtlinge erleiden schwerste Verletzungen. (jw, 13.12.95)

24.12.95: Mord! Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Bergkamen sterben drei jugoslawische Kinder im Alter von 3,6, und 8 Jahren. 14 weitere Personen werden zum Teil schwer verletzt. (taz, 27.12.95)

1996

1.1.96: In Pirna werden zwei Obdachlose von vier Jugendlichen mit Schlagwaffen überfallen. („Kampf dem Rassismus", Dokumente zum Brandanschlag in Karlsruhe, herausgegeben von AKM, im weiteren zitiert als „Kampf dem Rassismus")

3./4.1.96: Havel: Ein 18jähriger bedroht an beiden Tagen von seinem PKW aus den Besitzer eines Döner Imbiß mit einer Waffe und beleidigt ihn mit ausländerfeindlichen Schimpfwörtern. („Kampf dem Rassismus")

6.1.96: In Frankfurt (Oder) wird ein polnischer Kleinbus von zwei Jugendlichen mit einer Flasche beworfen, die die Windschutzscheibe zerschlägt. („Kampf dem Rassismus")

7.1.96: In Cottbus werden 6 antifaschistische Jugendliche von 15 Nazis verfolgt und mit Leuchtspur Munition beschossen. („Kampf dem Rassismus")

17.1.96: In Riesa schlagen drei Deutsche einen Flüchtling aus Guinea zusammen. Er wird mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. („Kampf dem Rassismus")

17.1.96: In Dabendorf wird ein Mann aus der Türkei durch einen Steinwurf von zwei Jugendlichen verletzt. („Kampf dem Rassismus")

18.1.96: Zehnfacher Mord! Beim Nazi-Massaker in Lübeck werden 10 Menschen aus Zaire, Ghana, Togo, Tunesien, Syrien und dem Libanon ermordet. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

22.1.96: In Frankfurt/Oder wird ein 14jähriger polnischer Junge von drei Deutschen verprügelt und ausgeraubt. („Kampf dem Rassismus")

22./23.1.96: Ein Migrant wird in Bonn von fünf Nazis zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

23.1.96: Mord! In Magdeburg wird ein Obdachloser zusammengeschlagen und stirbt am nächsten Tag an seinen Kopfverletzungen. („Kampf dem Rassismus")

24.1.96: In Aue schlagen zwei Jugendliche einen schlafenden Obdachlosen zusammen. („Kampf dem Rassismus")

30.1.96: In Ludwigslust wird am Auto von zwei Flüchtlingen aus der GUS ein Zettel mit ausländerfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen angebracht. Als diese die Polizei informieren wollen, wird aus einer Gruppe Jugendlicher mit einem Luftgewehr auf sie geschossen. („Kampf dem Rassismus")

31.1.96: In Perleberg überfallen zehn rassistische Deutsche einen Mann aus Zaire, der danach ärztlich behandelt werden muß. („Kampf dem Rassismus")

31.1.96: An einem S-Bahnhof in Fredersdorf wird ein Vietnamese von zwei Deutschen angegriffen, getreten und geschlagen. Dann nimmt ihn einer der beiden, hebt ihn in die Luft und schleudert ihn auf den Boden. Der Vietnamese wird lebensgefährlich verletzt. („Kampf dem Rassismus")

4.2.96: Vier Nazis bedrohen, berauben und schlagen einen Vietnamesen in Stendal. („Kampf dem Rassismus")

7.2.96: Fünf Nazis greifen einen 18jährigen Libanesen an. Das Opfer muß seine Verletzungen im Krankenhaus behandeln lassen. („Kampf dem Rassismus")

7./8.2.96: In Potsdam verletzen acht junge Nazis, die Nazi-Parolen grölen, einen 20jährigen, nachdem dieser aus einem Nachtbus ausgestiegen ist. („Kampf dem Rassismus")

15.2.96: Mord! Der 23 Jahre alte Punk Sven Beuter wird am 15. Februar 1996 in Brandenburg/Havel von einem Nazi so schwer geschlagen und getreten, daß er fünf Tage später stirbt. An dem schon früher von Nazis überfallenen Opfer läßt der Täter seinen Haß auf „Zecken" ab, wie Linke und Punks von Nazis genannt werden. (FR, 14.9.00).

29.2.1996: In der Nacht zum 29.2.96 brennt in Lübeck nach einem Brandanschlag ein Wohnhaus in der Lübecker Innenstadt völlig aus. Die 29 Bewohnerinnen und Bewohner, darunter eine Familie aus der Türkei und eine Familie aus Griechenland, können sich retten. („Kampf dem Rassismus")

Februar 96: Mord! Der Nazi Thomas Lemke ersticht die 23jährige Patricia Wright aus Bergisch-Gladbach, die ihm wegen eines „Nazis raus"-Aufnähers auf ihrer Jacke auf der Straße aufgefallen ist. (FR, 14.9.00)

8.5.96: Mord! Drei Nazis, 27, 24 und 21 Jahre alt, ermorden am 8. Mai 1996 den 43jährigen Leipziger Bernd G., indem sie ihn auf offener Straße in Leipzig-Wahren zusammenschlagen und erstechen. (FR, 14.9.00)

19.7.96: Mord! Der 44jährige Arbeiter Werner Weickum wird am 19. Juli 1996 am Bahnhof von Eppingen (Baden-Württemberg) von einer Nazi-Jugendbande überfallen, ausgeraubt und zu Tode mißhandelt. (Nazi-Morde 1989–1999)

1.8.96: Mord! Der 34jährige Andreas Götz wird am 1. August 1996 in Eisenhüttenstadt von sechs Jugendlichen zu Tode getrampelt.. (FR, 14.9.00)

30.9.96: In Trebbin werden drei italienische Bauarbeiter von Nazis krankenhausreif geschlagen. („Kampf dem Rassismus")

2.10.96: In Potsdam schlagen Nazis einen Afrikaner und werfen ihn auf die Strassenbahnschienen. Er kann nur entkommen, weil ihm ein anderer Afrikaner hilft. („Kampf dem Rassismus")

7.10.96: In Potsdam verprügeln Jugendliche einen Flüchtling aus der Türkei. („Kampf dem Rassismus")

7.10.96: In Gera werden zwei Bulgaren während einer Tanzveranstaltung beschimpft und zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

12.10.96: In Magdeburg überfallen zwei Jugendliche einen Sudanesen und grölen ausländerfeindliche Parolen. („Kampf dem Rassismus")

16./17.10.96: In Potsdam wird ein ungarischer Tourist zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

18./19.10.96: In Magdeburg werden Flüchtlinge aus dem Sudan von Nazis zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

19.10.96: In Kaiserslautern überfallen 35 Nazis die Kneipe Delirium. („Kampf dem Rassismus")

23.10.96: Mord! Der 30jährige Achmed Bachir wird 1996 in Leipzig vor einem Gemüsegeschäft erstochen. Er wollte deutschen Kolleginnen beistehen, die von zwei Nazis attackiert und als „Türkenschlampen" beschimpft worden waren. (FR, 14.9.00).

24.10.96: In Oranienburg werden zwei britische Studenten krankenhausreif geschlagen. („Kampf dem Rassismus")

27.10.96: In Velten schlägt ein Deutscher einen 50jährigen Briten und hetzt seinen Rottweiler auf ihn. („Kampf dem Rassismus")

1.11.96: In Eberswalde wird ein antifaschistisches Treffen von 30 Nazis angegriffen – drei Antifaschistinnen und Antifaschisten werden teils schwer verletzt. („Kampf dem Rassismus")

2.11.96: In Potsdam greifen zwei Männer einen Flüchtling aus der Türkei an und beschimpfen ihn mit ausländerfeindlichen Parolen. („Kampf dem Rassismus")

5./6.11.96: In Grimma ziehen drei Deutsche grölend durch die Stadt. Vor einer Pizzeria zieht einer der Deutschen ein Messer und verletzt zwei Menschen aus der Türkei, einen davon schwer. („Kampf dem Rassismus")

7.11.96: In Fürstenwalde greift eine Gruppe Nazis sieben Flüchtlinge aus Indien an. Die Opfer des nazistischen Angriffes werden von der Polizei festgenommen.(„Kampf dem Rassismus")

9.11.96: In Eisenhüttenstadt wird ein Flüchtling aus dem Sudan von Rassisten beleidigt und zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

11.11.96: Ein Libanese wird in Frankfurt/Oder von Jugendlichen beleidigt und geschlagen. („Kampf dem Rassismus")

15.11.96: In Potsdam wird ein Pole von zwei Unbekannten mit einer Waffe auf den Kopf geschlagen und mit Reizgas besprüht. („Kampf dem Rassismus")

17.11.96: Ein Überlebender des Nazi-Brandanschlages von Lübeck, William M., wird in Lübeck von einer Gruppe Nazis angegriffen und verletzt; da er sich verteidigt, wird er von Beamten des BGS verhaftet. („Kampf dem Rassismus")

19.11.96: Zwei Männer aus Mocambique und Portugal werden in Erfurt von Rassisten angegriffen und zum Teil schwer verletzt. („Kampf dem Rassismus")

24.11.96: In Frankfurt/Oder greift eine Gruppe Nazis einige Punks an. („Kampf dem Rassismus")

26.11.96: In Berlin wird ein Mann aus dem Libanon von einem Rassisten beschossen. („Kampf dem Rassismus")

30.11.96: In Neuruppin bedrohen vier Nazis zwei Flüchtlinge aus Liberia und Kenia mit einer zerschlagenen Glasflasche. („Kampf dem Rassismus")

1.12.96: Ein nigerianischer und ein libanesischer Flüchtling werden in Neuruppin von zwei Nazis angegriffen und zum Teil schwer verletzt. („Kampf dem Rassismus")

6.12.96: Zwei Flüchtlinge aus Vietnam und Sierra Leone werden in Fürstenwalde von zwei Nazis angegriffen und verletzt. („Kampf dem Rassismus")

6.12.96: Auf eine Unterkunft portugiesischer Bauarbeiter in Fürstenwalde wird ein Brandanschlag verübt. („Kampf dem Rassismus")

6.12.96: Zehn Jugendliche werden in Görlitz von vier Nazis verletzt. („Kampf dem Rassismus")

7.12.96: Bei einer Schuldisco in Berlin tauchen etwa 70 Nazi-Schläger auf und treten zwei Jugendliche zusammen. („Kampf dem Rassismus")

10.12.96: In Erfurt wird ein Flüchtling aus Zaire von Nazis angegriffen und verletzt. („Kampf dem Rassismus")

13.12.96: Zwei Menschen werden bei einem Brandanschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Neuenburg/Donau verletzt. („Kampf dem Rassismus")

14.12.96: In Belzig überfällt eine Gruppe Nazis ein italienisches Restaurant und greift das libanesische Personal an. („Kampf dem Rassismus")

17.12.96: In Seelow wird ein 16jähriger von acht bis zehn Nazis mit einem Baseballschläger krankenhausreif geschlagen. („Kampf dem Rassismus")

18.12.96: Vier Antifaschisten werden in Seelow von einer Gruppe von Nazis überfallen, einer wird schwer verletzt. („Kampf dem Rassismus")

23.12.96: Bei dem Brandanschlag auf ein Kieler Mehrfamilienhaus, das überwiegend von Flüchtlingen bewohnt wird, werden drei Personen schwer und 14 leicht verletzt. („Kampf dem Rassismus")

25.12.96: Ein Mann aus Pakistan wird in Fürstenwalde von zwei Rassisten zusammengeschlagen. („Kampf dem Rassismus")

1997

1.1.97: Mord! Vier deutsche Rassisten ermorden einen 57jährigen Obdachlosen in Greifswald. (Nazi-Morde 1989–1999)

16.1.97: Auf dem Bahnhof von Riesa in Sachsen überfallen drei Nazis einen 20jährigen Flüchtling aus Ghana, schlagen ihn zusammen und treten noch auf ihn ein, als er schon am Boden liegt. Er kommt mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. („Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen", Dokumentation 1993 bis 1999, herausgegeben von der Antirassistischen Initiative Berlin, im weiteren zitiert als „Flüchtlingspolitik")

29.1.97: Zwei Flüchtlinge aus den GUS-Staaten werden von einer Gruppe von Nazis bedroht. Es wird aus der Gruppe heraus mit einem Luftgewehr gezielt auf sie geschossen. („Flüchtlingspolitik")

31.1.97: Mord! Der Vietnamese Toan Phan Van wird am Bahnhof von Fredersdorf (Brandenburg) von zwei Nazis tätlich angegriffen. Einer der Deutschen hebt den Verletzten hoch und wirft ihn mit dem Kopf nach unten auf den Betonboden. Dabei werden Phan Van Toau mehrere Halswirbel gebrochen. Er liegt einige Tage im Koma, ist querschnittsgelähmt und stirbt drei Monate später an den Folgen dieses brutalen Überfalls. (FR, 14.9.00)

8.2.97: Mord! Der 17jährige Punk Frank Böttcher wird am 8. Februar 1997 in Magdeburg von einem Nazi mit Springerstiefeln getreten; als das Opfer am Boden liegt, stößt der Nazi-Mörder ihm mit einem Butterfly-Messer mehrmals in den Rücken. Frank Böttcher stirbt im Krankenhaus.(FR, 14.9.00)

13.2.97: Mord! Der 37 Jahre alte Italiener Antonio Melis wird am 13. Februar 1997 in Caputh (Brandenburg) mißhandelt und anschließend in der Havel ertränkt. (FR, 14.9.00)

15.2.97: In Neuruppin im Kreis Oranienburg überfallen 12 bis 15 Nazis drei algerische Flüchtlinge auf der Straße. Sie schlagen u. a. mit einem Baseballschläger auf die Algerier ein. Einem Flüchtling wird dabei ein Arm gebrochen. („Flüchtlingspolitik")

25.3.97: In Rudolstadt (Thüringen) wird ein 17jähriger Flüchtling aus Bangladesh von drei Nazis überfallen und mißhandelt. Einer der Angreifer bedroht ihn mit einem Messer, während der zweite ihm mit Faustschlägen im Gesicht traktiert und an den Haaren zieht. Die dritte Täterin raubt seine Geldbörse. Neun zuschauende Personen applaudieren den Mißhandlern. („Flüchtlingspolitik")

28.3.97: Mit den Rufen „Deutschland den Deutschen" wird in Brandenburg ein 37jähriger Flüchtling aus Kroatien von acht Nazis mit Steinen beworfen sowie mit Fäusten und Tritten mißhandelt. Er muß sich im Krankenhaus behandeln lassen. („Flüchtlingspolitik")

1.4.97: Auf dem Hauptbahnhof von Erfurt greifen nachts drei Nazis einen 32jährigen Flüchtling aus Togo an. Sie schlagen ihn und treten auf ihn ein. Der Flüchtling erleidet Verletzungen an Kopf und Brust. („Flüchtlingspolitik")

22.4.97: Mord! Vier Männer entführen in Sassnitz (Rügen) den Erwerbslosen Horst Gens. Der 50 Jahre alte Mann wird geschlagen und in einen Straßengraben geworfen. Die Täter kommen später nocheinmal vorbei und erschlagen Gens mit einem 30 Kilogramm schweren Stein. (FR, 14.9.00)

4.5.97: Auf dem Bahnhof in Erfurt werden nachts zwei Afrikaner aus Burkino Faso von drei Nazis mit Fäusten und Bierflaschen geschlagen. („Flüchtlingspolitik")

8.5.97: Mord! Der Erwerbslose Augustin Blotzki wird am 8. Mai 1997 in Königs Wusterhausen (Brandenburg) von Nazis zu Tode geprügelt. Die Täter überfallen den 59jährigen zwei Mal innerhalb weniger Stunden in seiner Wohnung. (FR, 14.9.00)

10.5.97: In Fürstenwalde im Landkreis Oder-Spree versuchen zwei Nazis mit Molotow-Cocktails das „Heim für alleinreisende ausländische Jugendliche" in Brand zu stecken. In dem Heim leben 50 Jungen und Mädchen aus 16 verschiedenen Herkunftsländern. Der Brand kann gelöscht werden. („Flüchtlingspolitik")

16.5.97: Eine Gruppe von 10 bis 15 Nazis, bewaffnet mit Knüppeln und Messern, greift in St. Egidien bei Chemnitz einen 22jährigen irakischen Flüchtling an und verletzt ihn schwer. („Flüchtlingspolitik")

Ende Mai 97: Zwei pakistanische Flüchtlinge werden auf dem Dorffest im sächsischen Sitzenroda von acht Nazis beschimpft und attackiert. Einem Pakistani gelingt die Flucht, der andere wird mit Fäusten und Fußtritten schwer mißhandelt. („Flüchtlingspolitik")

2.6.97: Bei einem Brandanschlag morgens gegen 4 Uhr auf ein Flüchtlingsheim in Essen im Stadtteil Werden werden sieben Menschen verletzt, als sie auf der Flucht vor dem Feuer aus dem Fenster springen. Ein 30jähriger Mann aus dem Libanon läuft mehrfach ins Haus zurück, um Menschen zu retten. Dabei erleidet er so schwere Rauchvergiftungen, daß er in Lebensgefahr gerät. 70 Bewohnerinnen und Bewohner werden evakuiert. („Flüchtlingspolitik")

4.6.97: Mord! Der 26jährige Kurde Bektas Heval stirbt bei einem Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim „Fallenbrunnen" in Friedrichshafen am Bodensee. 53 Bewohnerinnen und Bewohner werden verletzt, fünf erleiden schwere Verletzungen. Da die Fenster im Erdgeschoß vergittert sind und der Brand im Eingangsbereich des Gebäudes gelegt wurde, müssen sich die meisten der 370 Bewohnerinnen und Bewohner aus höheren Etagen retten. („Flüchtlingspolitik")

14.6.97: In Warnemünde wird ein 33jähriger Flüchtling aus Togo von 10 Nazis überfallen

und geschlagen. Die Täter treten noch mit Springerstiefeln auf den Mann ein, als dieser schon am Boden liegt. („Flüchtlingspolitik")

14.6.97: Als am frühen Morgen in Fürstenwalde ein 35jähriger Flüchtling aus Angola als Zeitungsausträger unterwegs ist, wird er von zwei Nazis zuerst angepöbelt, dann mit Schlägen ins Gesicht und in die Nieren traktiert. Nachdem der Mann zusammenbricht und am Boden liegt, treten und schlagen die Nazis weiter auf ihn ein. („Flüchtlingspolitik")

14.6.97: In Görzke bei Potsdam werden drei Flüchtlinge nach einem Diskobesuch von 15 Nazis verfolgt und dann mit Stöcken, Messern und Flaschen angegriffen. Ein Mann aus Indien, der brutal zusammengeschlagen wird, wehrt sich mit dem Messer und kann einen der Angreifer verletzen. („Flüchtlingspolitik")

26.6.97: Fünf Nazis überfallen in Dielheim (Baden-Württemberg) drei jugoslawische Kriegsflüchtlinge. Mit Sturmhauben und Kapuzen maskiert sowie mit Gaspistole, Baseballschläger und Totschläger bewaffnet fallen sie über ihre Opfer her. Ein Jugoslawe wird schwer verletzt, den beiden anderen gelingt die Flucht. („Flüchtlingspolitik")

27.6.97: Ein Molotow-Cocktail wird nachts durch das Fenster eines Flüchtlingsheimes in Dresden geworfen. Das Feuer, das im Flur ausbricht, kann von den Bewohnerinnen und Bewohnern gelöscht werden. („Flüchtlingspolitik")

12.7.97: Ein 26 Jahre alter Flüchtling aus Pakistan wird im sächsischen Freiberg von vier Nazis angegriffen. Die Täter treten den Pakistaner mit Füßen, schlagen mit einem Baseballschläger auf ihn ein und beschießen ihn mit einer Schreckschußpistole aus kurzer Entfernung. Der Flüchtling kommt schwerverletzt ins Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

21.7.97: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in der Essener Innenstadt werden 21 Menschen verletzt. Ein Säugling, vier Kinder und 15 Erwachsene kommen mit Rauch- und Augenverletzungen ins Krankenhaus. Eine Frau verletzt sich beim Sprung aus dem Fenster schwer. 39 Menschen können über Drehleitern gerettet werden. Das Haus wird von 150 Menschen bewohnt, die überwiegend aus Afrika kommen. („Flüchtlingspolitik")

31.7.97: Zwei junge Männer aus Kasachstan werden in Berlin nachts vor dem Bahnhof Nikolassee von sechs Nazis mit Messern und Knüppeln attackiert und beraubt. („Flüchtlingspolitik")

6.8.97: In Frankfurt (Oder) werden zwei Flüchtlinge aus dem Libanon von einer siebenköpfigen Nazi-Gruppe angegriffen. Einem Libanesen gelingt die Flucht, der andere wird mit dem Messer bedroht und mit einer Schreckschußpistole beschossen. Er wird so schwer geschlagen und getreten, daß er mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden muß. („Flüchtlingspolitik")

10.8.97: Als zwei liberianische Flüchtlinge nachts per Fahrrad durch das Stadtzentrum von Fürstenwalde in Brandenburg fahren, werden sie von etwa 15 Nazis angehalten, von ihren Fahrrädern gezerrt, zusammengeschlagen, mit Füßen getreten und ihrer Fahrräder beraubt. Die beiden Afrikaner müssen ihre Verletzungen im Gesicht und am Rücken im Krankenhaus behandeln lassen. („Flüchtlingspolitik")

21.8.97: In Leipzig wird ein Flüchtling aus Mazedonien von einer Nazi-Gruppe rassistisch beschimpft und dann tätlich angegriffen. Ihm wird mehrmals mit einer Bierflasche auf den Kopf geschlagen. Er muß seine Verletzungen im Krankenhaus behandeln lassen. („Flüchtlingspolitik")

23.8.97: **Mord!** In Potzlow wird ein 45jähriger Mann von Nazis mit Baseballschlägern ermordet. (Nazi-Morde 1989–1999)

September 97: Achtfacher Mord! Auf das Wohnhaus einer Auswandererfamilie aus der Ex-Sowjetunion in Rheine verübt ein Nazi einen Brandanschlag, bei dem acht Menschen ums Leben kommen. (taz, 17.12.98).

20.9.97: Ein marokkanischer Flüchtling wird im brandenburgischen Fürstenwalde morgens um 3 Uhr von sechs Nazis zusammengeschlagen. Ihm werden drei Schneidezähne herausgeschlagen. („Flüchtlingspolitik")

21.9.97: Zwei Flüchtlinge werden im sächsischen Reichenbach von zwei Nazis durch Schläge mit einer Flasche schwer verletzt. („Flüchtlingspolitik")

23.9.97: Mord! Der 39jährige Matthias Sch. wird am 23. September 1997 in Cottbus von dem 19jährigen Nazi Reinhold K. erstochen. Sch. hatte seinen Mörder als „Nazi-Sau"; bezeichnet. (FR, 14.9.00)

8.10.97: Nazis legen einen Brand in der zentralen sächsischen Aufnahmestelle für Asylsuchende in Chemnitz. Die etwa 400 Bewohnerinnen und Bewohner müssen evakuiert werden. („Flüchtlingspolitik")

17.10.97: Mord! Der 59 Jahre alte Rentner Josef Anton Gera stirbt in Bochum an schweren inneren Verletzungen. Der 26jährige Nazi Patrik K. und der 35jährige Nazi Uwe K. hatten dem Rentner drei Tage zuvor mit einem Stahlrohr tödliche Verletzungen zugefügt. Vor seinem Tod beschreibt Gera seine Mörder: „Vier Rechtsradikale". Vor der Tat hatten sich die beiden durch Sieg-Heil-Rufe bemerkbar gemacht. (FR, 14.9.00)

2.12.97: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Schönwalde in Brandenburg werden zwei Menschen schwer verletzt, elf erleiden leichtere Verletzungen. („Flüchtlingspolitik")

9.12.97: In Hagen (Westfalen) werden durch einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim von den 20 Bewohnerinnen und Bewohnern zehn Personen zum Teil schwer verletzt. („Flüchtlingspolitik")

10.12.97: Ein 57 Jahre alter Kurde wird in Potsdam von drei Nazis geschlagen und beraubt. Er kommt schwer verletzt ins Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

26.12.97: Ein 27jähriger iranischer Flüchtling will Verwandte in Westdeutschland besuchen. Auf dem Bahnhof in Chemnitz (Sachsen) erhält er einen Schlag auf den Hinterkopf und verliert das Bewußtsein. Zweieinhalb Monate später erwacht er aus dem Koma. Wegen schwerer Verbrennungen sind ihm in der Zwischenzeit beide Beine und der rechte Arm amputiert worden. Ihm wird mitgeteilt, daß er auf den Gleisen des Bahnhofs gefunden worden ist und die Verbrennungen wahrscheinlich durch Stromstöße entstanden sind. („Flüchtlingspolitik")

1997 wurden durch Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte mindestens vier Menschen ermordet und mindestens 121 Menschen zum Teil schwer verletzt. („Flüchtlingspolitik")

1998

16.1.98: In Pasewalk (Mecklenburg-Vorpommern) wird ein 53 Jahre alter irakischer Flüchtling in der Nacht von vier Nazis angegriffen. Sie schlagen mit leeren Bierflaschen auf ihn ein und lassen erst von ihm ab, als ein Passant eingreift. Der Iraker muß seine Schnittverletzungen im Krankenhaus behandeln lassen. („Flüchtlingspolitik")

1.2.98: Als ein 24jähriger Flüchtling aus Indien in Blankenburg (Sachsen-Anhalt) am Sonntag abend die Straße entlang geht, bremst neben ihm ein Auto, dem sechs Nazis entsteigen. Vier der Nazis halten ihn fest, einer schlägt mit einem Gegenstand auf seinen Hinterkopf ein

und der sechste zerschneidet ihm das Gesicht. Als der Inder bewußtlos zu Boden fällt, wird ihm sein Geld geraubt. („Flüchtlingspolitik")

24.2.98: Magdeburg: Ein 20jähriger chinesischer Flüchtling wird von zwei Nazis in einer Straßenbahn so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden muß. („Flüchtlingspolitik")

7.3.98: Am Bahnhof in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) wird ein 17jähriger Flüchtling von einer Nazi-Gruppe zusammengeschlagen und schwer verletzt. („Flüchtlingspolitik")

22.3.98: Zwei sudanesische Flüchtlinge werden in einem Jugendclub im brandenburgischen Lauchhammer von einer Gruppe nazistischer Motorradbiker angegriffen. Während der 34jährige Flüchtling Patrick mit leichten Kopfverletzungen durchs Fenster flüchten kann, wird sein Freund, der 29jährige Omer F., geschlagen und gequält. Er muß seine Verletzungen im Krankenhaus stationär behandeln lassen. Auch zehn Monate nach dem Überfall muß der traumatisierte Omer F. zweimal die Woche zur Behandlung. („Flüchtlingspolitik")

26.3.98: Mord! In Saalfeld wird die 14jährige Antifaschistin Jana Georgi von einem Nazi mittags auf offener Straße erstochen. (Nazi-Morde 1989–1999)

31.3.98: In Rostock werden zwei Flüchtlinge aus Togo in der Nacht von mehreren Nazis überfallen und mit Fäusten und Fußtritten traktiert. Einer von ihnen wird ins Krankenhaus eingeliefert. („Flüchtlingspolitik")

19.4.98: Acht Nazis überfallen in Tostedt bei Hamburg nachts vier Mitglieder der Menschenrechtsorganisation „prison watch international" und schlagen sie brutal zusammen. Eine 22jährige kommt mit einer Schädelfraktur und inneren Blutungen ins Krankenhaus. Ihre drei Begleiter erleiden leichte Verletzungen. (taz, 20.4.98)

30.4.98: In der Braunschweiger Weststadt überfallen drei Nazis eine Antifaschistin und deren Begleiterin. Mit äußerster Brutalität wird auf die beiden Frauen eingeschlagen. Eine der Frauen erleidet Nierenblutungen. Im Krankenhaus muß ihr eine Niere entfernt werden. (junge Welt, 5.5.98)

29.5.98: Rund 20 Nazis dringen am späten Abend im mecklenburgischen Grevesmühlen gewaltsam in ein Obdachlosenheim ein, zertrümmern Einrichtungsgegenstände und schlagen mit Latten und Baseballschlägern zwei Bewohner des Heims, die verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen. (junge Welt, 2.6.98)

6.6.98: In Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) werden sieben afrikanische Flüchtlinge von einer 15–20 köpfigen Nazigruppe beschimpft, attackiert und mit Gegenständen beworfen. Zwei der Opfer müssen ihre Verletzungen im Krankenhaus behandeln lassen. („Flüchtlingspolitik")

15.6.98: Fürstenwalde in Brandenburg: Als ein 21 Jahre alter Flüchtling aus Indien sich weigert, zwei Nazis sein Geld, Zigaretten und Bier auszuhändigen, wird er von einem der Nazis mit einem Hosengürtel gewürgt, von dem anderen mit Füßen getreten. („Flüchtlingspolitik")

21.6.98: Eine Gruppe von zehn bis zwölf Nazis überfällt in der Nacht eine Gartenparty von antifaschistischen Jugendlichen in Oebisfelde (Sachsen-Anhalt). Dabei erleiden einige der Jugendlichen schwere Kopf- und Gesichtsverletzungen. (FR, 22.6.98)

29.6.98: Ein 25jähriger Flüchtling aus der Türkei wird am Busbahnhof Schwarzenberg (Sachsen) von vier Nazis bedroht. Er flieht in einen Linienbus und versucht die Tür von innen zu verriegeln. Es gelingt ihm nicht, so daß er aus dem Bus gezerrt werden kann. Einer der Nazis schlägt ihm mit einem zusammengeklappten Messer auf den Kopf. Noch am Boden

liegend wird weiter auf ihn eingeschlagen und getreten. Er kommt schwer verletzt in ein Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

2.7.98: Ein 34jähriger Flüchtling aus Pakistan wird nachts in der Nähe des Busbahnhofs Schwarzenberg (Sachsen) von vier Nazi-Frauen und vier Nazi-Männern umringt und aufgefordert, seinen Rucksack herauszugeben. Als er dieser Aufforderung nicht nachkommt, wird er tätlich angegriffen. Ihm gelingt die Flucht in eine nahegelegene Gaststätte, wo er Schutz findet. Der gerufene Notarzt überweist den Mann ins Krankenhaus, wo seine Verletzungen stationär behandelt werden müssen. („Flüchtlingspolitik")

31.7.98: Eine Gruppe von rund 30 Nazis schlagen in Rathenow Auswanderer aus Osteuropa bzw. aus der Ex-Sowjetunion zusammen. Diese müssen mit Kopfverletzungen und Blutergüssen ins Krankenhaus gebracht werden. (junge Welt, 3.8.98)

Im **ersten Halbjahr 1998** registriert das BKA insgesamt 1336 antisemitische und „ausländerfeindliche" Straftaten. Darunter sind 156 Angriffe auf Menschen aus anderen Herkunftsländern, bei denen 203 Personen verletzt werden. (Junge Welt 26.8.98)

1.8.98: Der 20 Jahre alte deutsche Geschäftsführer des Ausländerbeirates in Rödermark (Kreis Offenbach) wird nachts von zwei Nazis überfallen. Die Nazis halten ihm ein Messer an den Hals und ritzen ein Hakenkreuz in seinen Oberschenkel. (FR, 3.8.98)

11.8.98: Zwei Fahrzeuge einer Behinderten-Gruppe werden im Hof eines Ferienheimes in Schleswig-Holstein von Nazis in Brand gesteckt. Kurz darauf geht in dem Ferienheim ein anonymer Anruf ein mit der Aussage: „Wir wollen euch hier nicht". (FR, 12.8.98)

13.8.98: In Cottbus in Sachsen wird die 26jährige Flüchtling Elinam D. aus Togo in einer vollbesetzten Straßenbahn von fünf Nazis als „Scheiß Neger" beschimpft. Die Rassisten drohen, ihre sechs Monate alte Tochter aus dem Fenster zu werfen. Als die Mutter sich schützend über das Kind im Kinderwagen beugt, wird ihr mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Niemand aus dem Waggon schreitet ein. („Flüchtlingspolitik")

14.8.98: Vor einem Behindertenheim und einem Auswandererheim im bayerischen Landau stellen Nazis ein ein Meter hohes Hakenkreuz sowie einen Galgen auf. Die am Galgen hängende Puppe hat ein Schild umgehängt mit der Drohung: „Die nächsten seid ihr". (FR, 15.8.98)

28.8.98: Der 28jährige Flüchtling Le L. aus Vietnam wird nachmittags auf dem Parkplatz eines Supermarktes in Bernau von drei Nazis mit einem Kantholz niedergeschlagen. Als er fliehen will, wird er erneut zu Boden gerissen. Erst das laute Schreien des Verletzten veranlaßt die Nazis zur Flucht. Le L. kommt mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

September 98: Mordversuch an einem Antifaschisten in Rostock: Am Rande einer antinazistischen Demonstration gegen den NPD-Aufmarsch in Rostock wird ein 28jähriger Antifaschist von einem Nazi mit dem Auto gezielt angefahren und schwer verletzt. (Leipziger Volkszeitung, 21.9.98)

2.9.98: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in der westfälischen Kleinstadt Bönen werden 11 Menschen verletzt, einer davon schwer. Sie retten sich durch Sprünge aus den Fenstern vor den Flammen. Das Haus brennt völlig aus. („Flüchtlingspolitik")

11.9.98: Vor dem Bahnhof im brandenburgischen Jüterbog werden drei Flüchtlinge aus Vietnam von mehreren Nazis belästigt und verfolgt. Während zwei Flüchtlinge fliehen können, wird der 30jährige Phan T. zu Boden geschlagen und am Boden liegend getreten. Er erleidet Platzwunden und Verletzungen am Arm. („Flüchtlingspolitik")

26.9.98: Zwei iranische Flüchtlinge werden in Leipzig spät abends aus einer 15-köpfigen Gruppe von Nazis heraus angegriffen. Der 18jährige Iraner kann flüchten, sein jüngerer Begleiter wird brutal zusammengeschlagen. („Flüchtlingspolitik")

26.9.98: Auf die Wohnung einer PDS-Stadtverordnetenkandidatin in der Kommune Templin verüben Nazis einen Brandanschlag. Sie erleidet Rauchvergiftungen und einen Schock. (junge Welt, 28.9.98)

29.9.98: Ein 34jähriger Flüchtling aus Indien wird vor einem Supermarkt in Frankfurt/Oder von etwa 15 Nazis überfallen und mißhandelt. („Flüchtlingspolitik")

6.10.98: An einer Bushaltestelle in Prenzlau in Brandenburg beschimpft ein Nazi eine Frau aus Mali. Er reißt sie zu Boden und tritt dann mit Stiefeln auf sie ein. Die Überfallene erleidet Verletzungen im Gesicht. („Flüchtlingspolitik")

9.10.98: Drei afrikanische Flüchtlinge werden in Jena von 12 vermummten Nazis überfallen und mit Flaschen, Knüppeln, Messern und einer Gaspistole attackiert. („Flüchtlingspolitik")

11.10.98: Bei einem Brandanschlag auf ein zweistöckiges Flüchtlingsheim in Hannover werden 35 Menschen verletzt. („Flüchtlingspolitik")

7.11.98: Während sich 200–300 Besucher auf einem Markt im brandenburgischen Neuruppin befinden, wird der 34jährige Flüchtling aus der Türkei Rüstem Karakas von einer größeren Gruppe Nazis mindestens 20 Minuten über den Platz gehetzt und angegriffen. Ein Budenbesitzer, den Rüstem K. um Hilfe bittet, weigert sich, die Polizei anzurufen. Der Gejagte wird mit Schlägen auf den Hinterkopf und ins Gesicht mißhandelt. Als er am Boden liegt, treten die Nazis mit Springerstiefeln auf ihn ein. Rüstem K. gelingt die Zuflucht in einen türkischen Imbiß. Er kommt schwer verletzt ins Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

13.11.98: Bei einem Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Berlin-Zehlendorf wird ein dreijähriges Kind an Armen und Beinen schwer verbrannt. Die Mutter erleidet einen Schock. („Flüchtlingspolitik")

2.12.98: Mordversuch! Im brandenburgischen Müncheberg wird ein 26jähriger jugoslawischer Flüchtling von zwei Nazis auf offener Straße mit einem Baseballschläger zusammengeschlagen. Er kommt mit einem Schädel-Hirn-Trauma, Prellungen, Platzwunden und Blutergüssen ins Krankenhaus. („Flüchtlingspolitik")

3.12.98: Mord! Nazis verüben einen Brandanschlag auf ein Obdachlosenheim in Berlin-Schöneberg. Dabei stirbt ein Heimbewohner, fünf Männer und zwei Frauen erleiden Rauchvergiftungen. (junge Welt, 4.12.98)

1998 werden allein durch Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte mindestens 47 Menschen zum Teil schwer verletzt. („Flüchtlingspolitik")

1999

4.1.99/6.1.99: Zweimal in zwei Tagen wird auf ein Flüchtlingsheim in Wetzlar ein Brandanschlag verübt. Bei Sprüngen vom Dach erleiden drei Personen Knochenbrüche und drei weitere Personen Rauchvergiftungen. (FR, 5.1.99, FR, 7.1.)

16.1.99: In Frankfurt/Oder wird ein Flüchtling aus Pakistan zusammengeschlagen. (konkret 10/92)

13.2.99: Mord! In Guben in Brandenburg wird der Flüchtling Omar Ben Noui aus Algerien und seine beiden Freunde von 10–15 Nazis erst durch die Straßen gehetzt. Die Flüchtlinge

suchen Schutz in einem Hauseingang. Omar Ben Noui versucht durch eine gesplitterte Glastür zu fliehen, reißt sich jedoch eine Schlagader auf und verblutet an dieser Verletzung. Sein Freund Issaka Kaba wird von der Polizei verhaftet und in Handschellen abgeführt. Am 26.11.99 wird der 17jährige Issaka Kaba erneut beschimpft und bedroht. (taz, 15.2.99, FR, 16.2.99, Berliner Zeitung, 29.11.99)

20.2.99: In Eiche wird ein vietnamesischer Flüchtling bedroht und zusammengeschlagen. (konkret, 10/00)

21.2.99: In Wittstock wird auf einen türkischen Imbißladen ein Brandanschlag verübt. (konkret, 10/00)

25.2.99: In Velten wird eine Angolaner zusammengeschlagen und schwer verletzt. (konkret, 10/00)

9.3.1999: Beim Nazi-Bombenanschlag auf die Ausstellung „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944" in Saarbrücken werden Teile des Gebäudes, in dem die Ausstellung gezeigt wird, durch eine „professionell hergestellte" Bombe zerstört. (Saarbrücker Zeitung 10.3.99, Junge Welt 15.3.99)

17.3.99: Mord! Drei Nazis greifen in der Duisburger Innenstadt den Frührenter Egon Effertz an und treten ihn tot. (FR, 14.9.00)

22.3.99: Mordversuch! In Neubrandenburg in Mecklenburg-Vorpommern wird ein 21jähriger Libanese von drei Nazis zusammengeschlagen und mit einem Messer lebensgefährlich verletzt. (FR, 23.3.99)

25.3.99: In Klipphausen wird ein Brandanschlag auf einen Lagerplatz von Sinti und Roma verübt. (konkret, 10/00)

27.3.99: Ein Nazi sticht von hinten auf Jasser Nejim, einen palästinesischen Flüchtling aus dem Libanon, mit einem 25cm langen Messer ein und verletzt ihn lebensgefährlich. (Berliner Zeitung, 29.3.99)

29.3.99: In Radeberg wird ein Mann aus Pakistan angegriffen (konkret, 10/00)

3.4.99: In Fredersdorf wird ein Mann aus der Türkei zusammengeschlagen. (konkret, 10/00)

23.4.99: Mordversuch! Zwei Nazis überfallen in Magdeburg die Wohnung von drei Teilnehmern an einer antifaschistischen Demonstration gegen einen Nazi-Aufmarsch vom 17.4.99. Die drei Bewohner werden verletzt, einer von ihnen schwer. (Antifaschistische Nachrichten, 9/99)

1.5.99: In Fürstenwalde wird ein Mann aus einen anderen Herkunftsland überfallen und mit einem Baseballschläger schwer verletzt. (konkret, 10/00)

7.5.99: In Leipzig wird ein 17jähriger Flüchtling von Nazis angegriffen und mit Messerstichen schwer verletzt. (taz, 8.5.99)

7.5.99: Ein 17jähriger aus Tunesien wird in Leipzig von acht bis zehn Nazis angegriffen und mit Messerstichen verletzt. (FR, 8.5.99)

8.5.99: In Henningsdorf wird ein versuchter Totschlag auf einen Mann aus dem Iran verübt. (konkret, 10/00)

16.5.99: Bei einem Überfall auf einen Jugendklub in Beesenlaubingen in Sachsen-Anhalt verletzen Nazis mehrere Personen, zwei von ihnen werden schwer mißhandelt. Ein Jugendlicher ist mit Baseballschlägern so schwer verletzt worden, daß er notoperiert und dann in ein künstliches Koma versetzt werden muß. (FR, 17.5.99)

19./20.5.99: In Stade und Umgebung überfallen Nazis immer wieder Flüchtlingsheime. Am

19.5. wird ein Flüchtlingsheim in Zeven-Aspe überfallen. Am 20.5.99 greifen etwa 10 Nazis eine Flüchtlingsunterkunft in Kutenholz an. (Antifaschistische Nachrichten 11/99 und 13/99)

24.5.99: In Brandenburg wird ein Vietnamese überfallen und schwer verletzt. (konkret, 10/00)

1.5.99: In Fürstenwalde wird ein Mann aus einem anderen Herkunftsland überfallen und mit Baseballschlägern schwer verletzt. (konkret, 10/00)

24.5.99: Wenige Tage vor dem fünften Jahrestag der Nazi-Ausschreitungen von 1994 überfallen in Magdeburg acht Nazis einen Mann aus Mocambique und dessen Freundin und schlagen sie mit einer Flasche. (Junge Welt 11.5.99)

7.6.99: In Ludwigsfelde wird ein Flüchtling niedergeschlagen und schwer verletzt. (konkret, 10/00)

9.6.99: In Henningsdorf wird ein Flüchtling aus Iran überfallen und schwer verletzt. (konkret, 10/00)

10.6.99: Zehn Nazis überfallen in Rostock einen 19jährigen Flüchtling aus Ruanda, der sich jedoch zur Wehr setzt. (FR, 11.6.99)

10.6.99: In Henningsdorf in Brandenburg werden zwei Iraner von Nazis angegriffen und verletzt. (FR, 11.6.99)

11.6.99: In Wismar werden russische Flüchtlinge überfallen und schwer verletzt. (konkret, 10/00)

11.6.99: Rund 20 Nazis überfallen drei Afrikaner in einer Straßenbahn in Cottbus und verletzen sie zum Teil schwer. (taz, 14.6.99)

1.7.99: In Lüneburg wird ein Mann aus Indien von Nazis angegriffen und mit einem Totschläger schwer verletzt. (FR, 2.7.99)

10.7.99: In Finsterwalde werden ein Mann aus Pakistan und ein Mann aus Vietnam überfallen. (konkret, 10/00)

12.7.99: In Ockenheim bei Mainz entkommt eine 5köpfige Familie aus Bosnien nur durch Glück einem Nazi-Brandanschlag. (Rhein Zeitung, 13.7.99)

25.7.99: Ein 46jähriger Mann aus Philippinen wird in Essen von zwei Nazis zusammenschlagen und mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht. (jw, 27.7.99)

9.8.99: Mord! Wie erst im Februar 2000 bekannt wird, haben am 9. August 1999 zwei Nazis in Eschede (Niedersachsen) einen 44 jährigen Mann totgetrampelt, weil er sie wegen ihrer nazistischen Äußerungen kritisierte. (Jungle World, Nr. 6/2000)

15.8.99: Mord! Der 35jährige Carlos Fernando aus Mocambique wird in Kolbermoor (Bayern) totgeprügelt. Die Nürnberger Nachrichten zitieren den Täter mit den Worten: „Die Drecksneger gehören alle totgeschlagen". (FR, 14.9.00)

22.8.99: In Eggesin in Mecklenburg-Vorpommern überfallen Nazis zwei Flüchtlinge aus Vietnam, schlagen sie zusammen und lassen die Verletzten liegen. Später kommen sie zum Tatort zurück, treten erneut auf die beiden ein und verletzen einen der beiden Vietnamesen so schwer, daß er zehn Tage lang im Koma liegt. (Nordkurier, 24.8.99, taz, 1.9.99)

20.9.99: In Großweitzschen im Kreis Döbeln greifen Nazis drei Jugendliche auf einem Schulgelände an und verletzen sie zum Teil schwer. (Sächsische Zeitung, 20.9.99)

1.10.99: Mord! Der 17 jährige Patrick Thürmer wird in Hohenstein-Ernsttal von Nazis angegriffen und so schwer verletzt, daß er im Krankenhaus stirbt. (jw 7.10.99)

6.10.99. Mord! Der 38 Jahre alte Kurt Schneider wird in der Nacht zum 6. Oktober 1999 von vier Nazis in Berlin-Lichtenberg zu Tode gequält. (FR, 14.9.00)

9.10.99: Bei einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Bad Grund (Kreis Osterrode/Harz) werden die Flüchtlinge angegriffen und die Einrichtung zertrümmert. Den meisten Flüchtlingen gelingt die Flucht, Mopela W. aus Kongo und Ousmane B. aus Sierra Leone werden jedoch brutal zusammengeschlagen. Mopela W. erleidet eine lebensgefährliche Gehirnblutung. (jw, 16.10.99, Arbeitskreis Asyl Göttingen, 14.10.99)

10.10.99: Nazis sind in Hamburg Schnelsen in eine Flüchtlingsunterkunft eingedrungen und haben Bewohner mit einer Schußwaffe bedroht. (FR; 12.1.0.99)

14.10.99: Fünf Nazis haben in Kiel einen Jugendlichen aus der Türkei überfallen und verletzt. (FR, 15.10.99)

22.10.99: In Henningsdorf wird ein Flüchtling überfallen und verletzt. (konkret, 10/00)

25.10.99: Eine Gruppe von etwa 30 Nazis prügelt auf einer Kirmes in Lippstadt auf Menschen aus anderen Herkunftsländern ein. Ein Mann aus Italien wird schwer verletzt. (taz, 25.10.99)

7.11.99: In Magdeburg werden zwei Flüchtlinge aus Irak und drei Studenten aus der Mongolei von Nazis beschimpft, beleidigt und mit Fäusten bedroht. Schließlich wird noch ein Kampfhund, auf die Menschen aus anderen Herkunftsländern gehetzt. Einer von ihnen wird in den Unterarm gebissen, die anderen erleiden Prellungen. (Berliner Zeitung, 9.11.99)

7.11.99: Ungefähr 15 Nazis verletzen bei einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Essen drei der Bewohner mit Messern schwer. (taz, 8.11.99)

9.11.99: In Nidderau in Hessen greift ein deutscher Rassist auf offener Strasse mit einem Beil drei Menschen aus anderen Herkunftsländern an. Auf der Suche nach weiteren Opfern trifft er auf zwei Menschen aus Afrika, schlägt auf diese mit dem Beil ein und verletzt einen schwer am Kopf. (taz, 12.11.99, FR, 11.11.99)

28.11.99: In Leipzig schlägt ein Nazi eine junge Frau zusammen und tritt auch noch auf sie ein, als sie schon am Boden liegt. (Rabenschwarz 12/99)

5.12.99: In Leipzig-Grünau werden zwei Jugendliche von drei Unbekannten mit Spray besprüht und angezündet. (Rabenschwarz 12/99)

5.12.99: In Cottbus überfallen Nazis einen Albaner aus Kosova und mißhandeln ihn (taz, 22.12.99)

1999 werden offiziell 1.457 „ausländerfeindliche" und 574 antisemitische Straftaten registriert. Dabei werden 327 Menschen verletzt. Offiziell werden 11 Mordversuche von Nazis gemeldet. (Jungle World, Nr. 6/2000, 21.4.00)

2000

1.1.00: In Rathenow wird eine Flüchtling aus Pakistan angegriffen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

4.1.00: In Colditz wird ein Mann aus Marokko angegriffen und mit einem Schlagstock verletzt. (konkret 10/00)

7.1.00: In Belzig wird ein Mann aus Indien schwer verletzt. (konkret 10/00)

8.1.00: In Rathenow wird ein Mann aus Tschad verfolgt und geschlagen. (konkret 10/00)

30.1.00: In Fürth wird ein Mann mit schwarzer Hautfarbe von drei Nazis angegriffen. Drei

Jugendliche aus der Türkei kommen dem Mann zu Hilfe und ermöglichen ihm die Flucht. (Berliner Zeitung, 31.3.00)

8.2.00: In Tantow wird ein Mann aus Pakistan überfallen und verletzt. (konkret 10/00)

11.2.00: In Rathenow wird ein Mann aus Pakistan zusammengeschlagen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

22.2.00: In Gotha wird ein Flüchtling zusammengeschlagen. (konkret 10/00)

23.2.00: In Fürth wird ein 23 Jähriger aus der Türkei von drei rassistischen Deutschen zusammengeschlagen (Berliner Zeitung, 31.3.00)

3.3.00: In Potsdam wird ein Mann aus der Türkei in der Straßenbahn angegriffen und verletzt. (konkret 10/00)

5.3.00: In Cottbus wird ein Flüchtling aus Indien zusammengeschlagen. (konkret 10/00)

10.3.00: Bei einer Nazi-Hetzjagd in Wriezen (Landkreis Märkisch Oderland) gegen antifaschistische Jugendliche wird ein 14jähriger, der nicht schnell genug fliehen kann, von den Nazis zusammengeschlagen und so brutal getreten, daß er schwere Verletzungen erleidet (Berliner Zeitung, 31.3.0)

17.3.00: In Cottbus wird ein Mann aus der Türkei in der Straßenbahn angegriffen und verletzt. (konkret 10/00)

29.3.00: In Mögelin wird ein Flüchtling aus Afghanistan bei einem Angriff durch Nazis verletzt. (taz, 31.3.00)

2.4.00: In Potsdam wird ein Mann aus der Türkei überfallen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

3.4.00: In Stollberg wird ein Mann aus Libanon mit dem Messer angegriffen und verletzt. (konkret 10/00)

11.4.00: In Strausberg werden zwei Flüchtlinge aus Sierra Leone von Nazis überfallen. (Berliner Zeitung, 13.4.00)

16.4.00: In Neustadt/Dosse wird ein Flüchtling aus Kamerun zusammengeschlagen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

21.4.00: Bei einem Angriff auf Auswanderer aus Osteuropa und der Ex-Sowjetunion wird einer der Männer schwer verletzt. (konkret 10/00)

22.4.00: In Glieniecke wird eine Britin zusammengeschlagen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

23.4.00: In Neugrimnitz wird ein Mann aus Kolumbien überfallen und gewürgt. (konkret 10/00)

27.4.00: In Lübben wird ein Auswanderer aus Osteuropa/Ex-Sowjetunion angegriffen und bewußtlos geschlagen. (konkret 10/00)

29.4.00: In Frankfurt/Oder wird ein Tunesier überfallen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

1.5.00: In Werder gibt es bei einem Nazi-Angriff auf einen Asia-Imbiß schwere Verletzungen. (konkret 10/00)

7.5.00: In Belzig wird auf ein Flüchtlingsheim ein Brandanschlag verübt. (konkret 10/00)

7.5.00: In Neustadt wird ein Flüchtling überfallen und verletzt. (konkret 10/00)

9.5.00: In Frankfurt/Oder wird ein Flüchtling überfallen und verletzt. (konkret 10/00)

25.5.00: Mord! Vier Nazis überfallen im Berliner Bezirk Pankow in der Nacht zum 25. Mai

2000 den Sozialhilfeempfänger Dieter Eich. Der 60jährige wird in seiner Wohnung zusammengeschlagen und erstochen. (FR, 14.9.00)

28.5.00: In Eisenhüttenstadt wird ein Vietnamese zusammengeschlagen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

30.5.00: In Prenzlau wird ein iranischer Flüchtling überfallen und verletzt. (konkret 10/00)

31.5.00: Mord! Der 22jährige Falko Lüdtke wird in Eberswalde von Nazi vor ein Taxi gestoßen und überfahren. Laut Zeugenaussagen hatte der so ermordete Falko Lüdtke den 27jährigen Nazi Mike B. zuvor wegen dessen Hakenkreuz-Tätowierung kritisiert. (FR, 14.9.00)

3.6.00: In Perleberg wird ein Flüchtling überfallen und schwer verletzt. (konkret 10/00)

9.6.00: In Cottbus wird en Flüchtling geschlagen und verletzt. (konkret 10/00)

14.6.00: Mord! In Dessau wird der 39jährige Alberto Adriano aus Mocambique von drei Nazis erschlagen. (FR, 14.9.00)

23.6.00: In Prenzlau wird ein Flüchtling überfallen und mit der Waffen bedroht. (konkret 10/00)

24.6.00: Mord! Der Obdachlose Klaus-Dieter Gerecke wird in der Nacht zum 24. Juni 2000 in Greifswald von drei Nazis erschlagen. (FR, 14.9.00)

9.7.00: Mord! Am 9. Juli 2000 überfallen fünf Nazis in Wismar den Obdachlosen Jürgen S. Der 52jährige wird mit Schlägen und Tritten so schwer mißhandelt, daß er kurze Zeit später seinen Verletzungen erliegt. (FR, 14.9.00)

10.7.00: In Frankfurt/Oder wird eine Asylsuchende schwer verletzt. (konkret 10/00)

16.7.00: Nazis verüben einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Ludwigshafen-Oppau. Dabei werden 3 Kinder aus Kosova verletzt.

24.7.00: In Frankfurt/Oder werden bei einem Nazi-Überfall Menschen aus Indien und Pakistan schwer verletzt. (konkret 10/00)

25.7.00: Bei einem Überfall auf junge Flüchtlinge in Potsdam wird eine Person verletzt. (konkret 10/00)

27.7.00: Mord! Der 51 Jahre alte Obdachlose Norbert Plath wird am 27. Juli 2000 in Ahlbeck (Vorpommern) von vier Nazis zu Tode geprügelt (FR, 14.9.00)

1.8.00: Im sächsischen Döbeln greifen drei Rassisten eine Gruppe von Sinti und Roma an und bedrohen sie mit einer Waffe. (FR, Homepage vom 9./10.9.00, im weiteren zitiert als FR 9./10.9.00)

2.8.00: In der Regionalbahn von Leipzig nach Torgau beschimpfen und schlagen fünf nazistische Jugendliche einen 31 Jahre alten Mann aus Indien. (FR, 9./10.9.00)

3.8.00: Im rheinischen Kaldenkirchen verfolgen drei Nazis mehrere Flüchtlinge mit Eisenstangen und Holzknüppeln. (FR, 9./10.9.00)

4.8.00: Ein 30jähriger Nazi schlägt in Bielefeld auf einen 13 Jahre alten Jugendlichen aus einem anderen Herkunftsland ein. (FR, 9./10.9.00)

5./6.8.00: Am Wochenende prügeln Nazis in Gera auf zwei Männer aus Pakistan ein. (FR, 9./10.9.00)

5./6.8.00: Nazis verletzen in Deggendorf zwei junge Männer, die einem Mann aus einem anderen Herkunftsland gegen nazistische Angriffe unterstützen, so schwer, daß diese in einem Krankenhaus behandelt werden müssen. (FR, 9./10.9.00)

5./6.8.00: In Bochum greifen mindestens 16 Nazis in der Innenstadt einen Afrikaner an. Auf der benachbarten Cranger Kirmes grölen Nazis ausländerfeindliche Lieder. (FR, 9./10.9.00)

8.8.00: In Wuppertal bedrohen zwei Männer einen 18jährigen aus einem anderen Herkunftsland mit einem Messer. (FR, 9./10.9.00)

8.8.00: Rassisten werfen nachts Pflastersteine in ein Flüchtlingsheim im hessischen Ruhlkirchen. Nur dank glücklicher Umstände ist niemand verletzt worden. (FR, 9./10.9.00)

12./13.8.00: In Fulda bedroht ein 36 Jahre alter Nazi zwei Kinobesucher, weil sie sich in ihrer Muttersprache unterhalten. Er fordert die beiden auf, deutsch zu sprechen. Als sie nicht reagieren, zückt er eine Schreckschußpistole. (FR, 9./10.9.00)

12./13.8.00: In Konstanz verprügeln Nazis in der Nacht zum Sonntag zwei Männer aus der Türkei. Einen von ihnen werfen sie in den Bodensee, beide Männer werden verletzt. (FR, 9./10.9.00)

14.8.00: Mordversuch! In Leipzig hat ein 19jähriger Nazi nach einem Streit einem 19jährigen Auswanderer aus Osteuropa bzw. der Ex-Sowjetunion ein Messer in den Rücken gerammt. (FR, 9./10.9.00)

15.8.00: Ein junger Nazi verletzt in der Nacht in einer Leipziger Wohnung einen Mann durch Schläge und Tritte schwer. Außerdem ritzt er ihm mit einem Messer ein Hakenkreuz auf den Rücken. Der 18jährige muß mit einem Schädelhirntrauma und Schnittverletzungen in eine Klinik gebracht werden. (FR, 9./10.9.00)

15.8.00: Bei einer offenbar rassistisch motivierten Messerattacke wird ein 49 Jahre alter Mann aus der Türkei in Hamburg schwer verletzt. (FR, 9./10.9.00) .

16.8.00: Ein 28jähriger Mann aus Angola wird in Brandenburg zwei Mal hintereinander von Nazis attackiert. Aus einer Gruppe von sieben Personen heraus wird der Mann geschlagen, getreten und beschimpft. Kurz darauf trifft er erneut auf zwei Jugendliche aus der Gruppe, die ihn wieder angreifen. Die Täter schlagen ihr Opfer mit der Faust auf den Kopf, attackieren es mit Tritten und beschimpfen es mit den Worten „Du hast keinen Platz in Deutschland". (FR, 9./10.9.00)

17.8.00: Nazis brennen nachts einen Asia-Imbißwagen in Schwerin nieder. (FR, 9./10.9.00)

19./20.8.00: Im brandenburgischen Eisenhüttenstadt werfen Nazis am Sonntag eine Nebelkerze durch ein offenes Fenster eines Flüchtlingsheims. Sieben Menschen werden leicht verletzt. (FR, 9./10.9.00)

19./20.8.00: In Eckernförde versucht ein 33jähriger Mann am frühen Sonntagmorgen, zwei Menschen aus der Türkei vor dem Angriff von sechs deutschen Nazis zu schützen. Er stellt sich vor die beiden, die zu einer Tankstelle flüchten können. Daraufhin schlagen die Nazis mit Totschlägern auf den Mann ein und verletzen ihn schwer. (FR, 9./10.9.00)

19.20./8.00: Fünf Nazis verletzen am Rande des Northeimer Stadtfestes einen Mann lebensgefährlich am Kopf. (FR, 9./10.9.00)

23.8.00: Nazis verüben am frühen Mittwochmorgen im oberfränkischen Hof einen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft. (FR, 9./10.9.00)

24.8.00: Fünf Nazis bedrohen einen 14jährigen Antifaschisten aus dem Kreis Germersheim. (FR, 9./10.9.00)

25.8.00: In Potsdam wird Justin Jin, britischer Journalist chinesischer Abstammung, nachts von einem 21jährigen als „Fidschi" beschimpft und ins Gesicht geschlagen. Justin Jin, der an

jenem Abend mit drei afrikanischen Flüchtlingen unterwegs ist, arbeitet an einer Fotoreportage zum Thema Rassismus. (FR, 9./10.9.00)

30.08.00: Bei einem Nazi-Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim in Waiblingen sind zwei Bewohner leicht verletzt worden. (FR, 9./10.9.00)

30.8.00: Ein 33jähriger Afrikaner ist in Lübeck von zwei Nazis verprügelt worden. (FR, 9./10.9.00)

2./3.9.00: Sieben Nazis greifen in Saarbrücken drei Jugendliche an und verletzen einen 17jährigen so schwer, daß er stationär behandelt werden muß. (FR, 9./10.9.00)

7.9.00: Drei Nazis im Alter von 16, 17 und 18 Jahren haben am Donnerstag auf dem Bahnhof in Burg in Sachsen-Anhalt einen Studenten aus Kenia beschimpft und geschlagen. Nach dem Eingreifen einer Zeitungsverkäuferin lassen die Täter von ihrem Opfer ab. Etwa eine Stunde später schlagen und treten zwei dieser Nazis auf einen in der Bahnhofshalle sitzenden Mann aus Äthiopien ein. ((FR, 9./10.9.00)

9./10.9.00: In Essen schlagen zwei Nazis einen 16jährigen mit Herkunft aus der Türkei zusammen. (FR, 9./10.9.00)

Antisemitischer Nazi-Terror: Die ununterbrochene Kette antisemitischer Verbrechen von 1990 bis 2000

1990 werden jüdische Gedenkstätten und Friedhöfe geschändet: Bensheim (Bergstraße), Ihringen (Kaiserstuhl), Vaihingen (Enz), Markgröningen. (FR, 31.12.90 und Stuttgarter Zeitung 16.1.91, Badische Zeitung 16.10.90)

31.5.92: Ein in Gießen festgenommener Nazi gesteht, die jüdische Gedenkstätte vor dem Rathaus in Staufenberg-Mainzlar zerstört zu haben. Er gesteht auch Hakenkreuzschmierereien in der Nacht zum 1. Mai an der Fassade eines Wohnheims für Flüchtlinge in Staufenberg-Treis. Er steht unter dem Verdacht, mit zehn weiteren Nazis ein Jugendzentrum überfallen zu haben, wobei zwei Jugendliche mit Schlagstöcken verletzt wurden. Er gibt an, mit Nazigruppen zu sympathisieren und Nazi zu sein. Trotzdem wird er von der Polizei wieder auf freien Fuß gesetzt. (FR, 1.7.92)

26.08.1992: In München verwüsten Nazis den alten jüdischen Friedhof in der Thalkirchner Straße. Mindestens 15 Grabsteine werden umgeworfen, an die Friedhofsmauer sprühen sie ein schwarzes Hakenkreuz. (FR, 28.8.92)

August 92: Auf das Auto von Lea Rabin, die sich mit ihrem Mann, dem israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin, in Deutschland aufhält, kratzen Nazis ein Hakenkreuz. (FR, 18.8.92)

26.9.92: In der Nacht lassen Nazi-Brandstifter die jüdische Baracke im Konzentrationslager Sachsenhausen in Flammen aufgehen. (FR, 18.8.95)

Im **November 92** erklärt der Kölner Journalist und Schriftsteller Ralph Giordano in einem offenen Brief an Helmut Kohl, daß die jüdische Bevölkerung in Deutschland nach den tödlichen Gewalttaten durch die Nazis ihre Verteidigung nunmehr in die eigenen Hände nehmen muß. Er erhält daraufhin Morddrohungen von Nazis. (taz, 25.11.92)

13.11.92: Mord! In Wuppertal verletzen zwei Nazis den 53jährigen Karl-Hans Rohn durch Schläge und Fußtritte lebensgefährlich, überschütten ihn mit Alkohol und zünden ihn an, weil sie ihn „für einen Juden" halten. (Nazi-Morde 1989–1999 – eine unvollständige Chronik)

21.11.92: Mord!: In Wülfrath stirbt der 92jährige Jude Alfred Salomon an einer Schlägerei mit einem ehemaligen SS-Oberführer der „Organisation Todt" in einem Altersheim an Herzstillstand. (Nazi-Morde 1989–1999)

1992 gibt es weitere Schändungen der jüdischen Friedhöfe und Gedenkstätten in München, Bad Cannstatt, Karlsruhe, Stuttgart, Michelstadt, Wuppertal, Frankfurt am Main, Dortmund und an der Außenstelle des KZs Dachau in Überlingen. (FAZ, 4.10. und 24.10.1992 und ND, 8.10.1992, taz, 30.1.93, FR 28.8.92) Die Verwüstungen des jüdischen Friedhofs in Gauting verschweigt die Polizei ungefähr zwei Wochen lang. (SZ, 6.8.92)

Anfang 93 werden wieder zahlreiche jüdische Friedhöfe geschändet: Schleusingen, Hochheim am Main, Flörsheim am Main. In Flörsheim wird außerdem eine Gedenkstätte zerstört. (Die Welt, 8.1.93, FR, 7/8.1.93)

Februar 93: Tony Abraham Merin, einziger jüdischer Bewohner der hessischen Kleinstadt Babenhausen, verläßt nach jahrelanger antisemitischer Hetze und einem Anschlag auf sein Leben Deutschland. Im Frühjahr 1992 waren Nazis vor seinem Haus aufgetaucht und hatten ihn beschimpft. Merin schrieb daraufhin einen Leserbrief an die Lokalzeitung. Als Antwort bekam er nazistische Drohanrufe und anonyme Beschimpfungen, selbst im Freundes- und

Bekanntenkreis stellte er einen „spürbaren Klimaumschwung" fest. Geld, das er für die Wiederherstellung des verwahrlosten jüdischen Friedhofs spenden wollte, bekam er postwendend zurück („von einem Juden nehmen die nichts"). Seit bekannt ist, daß er auswandern will, wendet die Stadt verlogene Tricks an, um Merins Grundstücke zu Schleuderpreisen zu erwerben. Außerdem baut sie auf einem der Grundstücke einen Kanal, ohne ihn auch nur zu informieren. Merin erklärt, daß er keine Steuern mehr zu zahlen gedenke. „Ich finanziere doch nicht indirekt über die ausgeschüttete Wahlkampfkostenerstattung für rechtsradikale Parteien meine potentiellen Mörder mit!" Das Stadtparlament von Babenhausen wollte übrigens einführen, daß Menschen ohne deutschen Paß keine Grundstücke im Neubaugebiet der Stadt erwerben dürfen. Nur nach öffentlichem Protest wurde das Verbot aufgehoben, allerdings nur für EG-Bürger. (taz, 15.2.93)

16.6.93: Mord! Ein 18jähriger vorbestrafter Nazi traktiert in Marl einen 33 Jahre alten Obdachlosen mit Faustschlägen und Fußtritten gegen Körper und Kopf. Dabei beschimpft er ihn als „Du Judensau". (FR, 14.9.00)

Jahreswechsel 93/94: Mit Nazi-Symbolen wird ein Friedhof in Essen geschändet.(Neue Zürcher Zeitung, 1.1.94)

Anfang Januar 94 werden auf dem jüdischen Friedhof von Lampertheim (Kreis Bergstraße) fünf Grabsteine umgeworfen. (G. Anzeiger, 14.1.94)

4.2.94: Zwei Jugendliche stürzen Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof in Mainz-Ebertsheim um. (Saarbrücker Zeitung, 9.2.94)

Anfang März 94: Vor einem Besuch des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, haben Nazis im mittelfränkischen Ansbach Wände in der Stadt mit antisemitischen und faschistischen Parolen beschmiert. Sie konnten ungestört mit schwarzer Lackfarbe in teilweise acht Meter langen und ca. ein Meter hohen Schriftzügen an die Wände schmieren: „Verdammte Juden. Heil Hitler." U. a. wurde die Synagoge mit „Verbannt die Juden" beschmiert. (FR und Stuttgarter Zeitung, 9.3.94)

17.3.94: In München wird ein Friedhof geschändet. Auch in Mixdorf und Schernsdorf/Oder-Spree werden Friedhöfe geschändet. (ND, 17.3. und 18.3.1994)

25.3.94: Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck. In den sechs Wohnungen über der Synagoge schlafen fünf Menschen. Der Mordanschlag schlägt fehl, da ein Brandsatz nicht zündet und das Feuer rechtzeitig entdeckt wird. (taz und FR, 26.3.94) *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

Ende März 94: Nazis verwüsten einen jüdischen Friedhof bei Pretzfeld im oberfränkischen Landkreis Bamberg. 18 Grabsteine werden herausgerissen mit SS-Runen und antisemitischen Parolen beschmiert. (Nürnberger Nachrichten, 31.3., taz, 2.4.94)

April 94: Bei einem Vortrag in Meppen kann der Dominikanerpater und persönliche Berater von Helmut Kohl, Heinrich Basilius Streithofen die Polen und Juden als „die größten Ausbeuter des deutschen Steuerzahlers" bezeichnen. (Nordsee-Zeitung, 20.4.94)

Ende April 94: In Dortmund werden am vierten Aprilwochenende zahlreiche Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert. („Die Kitzinger" und ND, 26.4.1994)

Anfang Mai 94: Nazis schmieren antisemitische Parolen und zerstören Gräber und Grabsteine im rheinland-pfälzischen Kirn. (NDP, 5.5.)

11.5.94: In Dresden kommt es zu einer antisemitischen Friedhofsschändung. (FR 14.5.)

Ca. 12.5.94: Im oberfränkischen Bad Kissingen wird ein jüdischer Friedhof verwüstet und beschmiert. (Süddeutsche Zeitung, 24.5.94)

19.5.94: In der Nacht werfen Nazis in Höchberg Landkreis Würzburg im Friedhof 13 Grabsteine um. (Süddeutsche Zeitung, 24.5.94)

19.5.994: Sieben rassistische Soldaten des Bundeswehr-Bataillons, das für die militärischen Ehren bei Staatsbesuchen zuständig ist, schlagen in Siegburg bei Bonn einen Fahrgast und schreien „Ausländer raus" und „Juden vergasen". (FR, 25.5.94)

27.5.94: Antisemitische Friedhofsschändung in Beerfelden (Odenwaldkreis). (FR, 30.5.1994)

Mitte August 94: Jugendliche Nazis reißen in Mühlhausen (Thüringen) auf einem jüdischen Friedhof 15 Grabsteine aus den Fundamenten. (FR, 29.8.1994)

17.9.94: Nazi-Banden verwüsten 27 Grabstellen auf dem jüdischen Friedhof in Neunkirchen/Saar. (Saarbrücker Zeitung, 24./25.9.1994 u. 21.11.1994)

22.11. bis 26.11.94: Eine Nazi-Bande verwüstet den jüdischen Friedhof in Busenberg im Landkreis Pirmasen. Sie werfen 50–60 Grabsteine um und beschmieren diese mit Judensternen, Hakenkreuzen und antisemitischen Parolen. (u. a. Pirmasenser Zeitung, 28.11.1994)

Februar 95: Auf dem denkmalgeschützten alten Friedhof in Saarlouis werfen Nazis am zweiten Februar-Wochenende 1995 13 jüdische Gräber und eine Statue um. (Saarbrücker Zeitung, 14.2.1995)

7.5.95: Zweiter Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck. Ziel ist die einzige Eingangstür zu dem Wohnbereich im Obergeschoß. Da die Brandbombe nicht zündet, können sich die Menschen, die über der Synagoge wohnen, retten. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

Zweite Maiwoche 95: Nazis werfen auf dem jüdischen Friedhof in Göttingen elf Grabsteine um und zerbrechen sie zum Teil. (FR, 15.5.1995)

Anfang Juni 95: Zum zweiten Mal seit 1993 schänden Nazitäter das Jüdische Mahnmal in Duderstadt (Landkreis Göttingen). Sie zerstören den etwa 25 Zentimeter großen Davidstern, der in das Mahnmal eingemeißelt ist. (FR, 10.6.1995)

Mai 95: Eine deutsche Tourismus-Werberin in New York verteidigt öffentlich die Naziverbrechen: Elke Berg, Angestellte bei der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) leugnet in pseudowissenschaftlichen Artikeln für zwei US-Geschichts-Zeitschriften die Ermordung von Juden in Gaskammern und nennt „Thyphus-Epidemien" als Todesursache. (LN, 14.5.1995)

14.08.95: In Potsdam wird ein 19 jähriger Israeli überfallen und zusammengeschlagen und erleidet dabei Kopfverletzungen und einen Nasenbeinbruch. (FR, 31.8.95)

September 95: An der Porta Westfalica werden 9 Gräber auf einem jüdischen Friedhof geschändet. Die Grabsteine werden aus ihren Fundamenten gerissen, umgeworfen und die Aufschriften zerstört. (FR, 11.9.95)

In den ersten drei Quartalen 95 werden offiziell insgesamt 752 antisemitische Verbrechen verübt. (Zentrum für Rassismusforschung, 1.3.96)

8.3.96: In Lübeck werden auf Grabsteine und Wände der jüdischen Synagoge auf dem Gelände des Friedhofs und auf ein Nebengebäude Hakenkreuze sowie die Initialen der nazistischen „FAP" geschmiert. (Lübecker Nachrichten, 8.3.96).

Zwischen April und Juni 96 kommt es in Deutschland zu insgesamt 170 antisemitischen Straftaten (taz, 3.8.96).

Juni 96: Das Gästebuch der KZ Gedenkstätte Sachsenhausen wird mit Naziparolen und Hakenkreuzen beschmiert. (jw, 28.6.96)

2./3.10.96: In Köln werden auf einem jüdischen Friedhof Grabsteine umgeworfen und mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert.

September 97: Im Brandenburger Dorf Gollwitz beschließt der Gemeinderat ein bisher einmaliges rassistisches und antisemitisches Exempel zu statuieren: es sollen keinerlei jüdische Immigrantinnen und Immigranten aufgenommen werden. Dieser Beschluß findet die weitgehende Unterstützung der Dorfbevölkerung (jw, 6.10.97)

1997 gab es offiziell 976 registrierte antisemitische Verbrechen. (Jüdische Allgemeine Zeitung 18.3.99)

Januar 98: Wachenheim/Pfalz: Bei der Schändung des jüdischen Friedhofs werden 13 Grabsteine umgeworfen. (Rheinpfalz http:/www.ron.de.7.5.99)

März 98: Im Kurpark von Bad Dürkheim/Pfalz wird eine Gedenktafel für die Verfolgten des Naziregimes zerstört. (Rheinpfalz http:/www.ron.de.7.5.99)

Juni 98 Der jüdische Friedhof in Hannover wird verwüstet. (jw, 28.6.96)

Ende Juni 98: Ein jüdischer Friedhof in Hamburg Altona wird geschändet (FR, 16.6.98)

Juli 98: An die Mauer des jüdischen Friedhofs in Hamburg-Altona werden Hakenkreuze und antisemitische Sprüche gesprüht und geschmiert. (FR,16.7.98)

Juli 98: Die Anne Frank Schule in Göttingen wird mit Nazi Parolen beschmiert. (FR, 17.7.98)

28.07.98: Beim Anschlag auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald kommt es zum Versuch, mit einem Trennschleifer aus der Plastik Fritz Cremers eine Kinderfigur abzutrennen. (FR, 29.7.98)

August 98: In Berlin protestiert die jüdische Gemeinde gegen den erneuten Versuch, das antisemitische Stück von Fassbinder „Die Stadt, der Müll und der Tod" aufzuführen. Die Aufführung wird auch verhindert. (taz, 1.9.98)

28.09.98: Auf das Grab des früheren Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Heinz Galinski, wird ein Anschlag verübt. (FR, 21.12.98)

29.10.98: Am 29. Oktober 1998 können Antisemiten auf dem Alexanderplatz in Berlin unbehelligt ein Schwein mit einem aufgemalten Davidstern und dem Namen des Vorsitzenden des jüdischen Zentralrates Ignatz Bubis für ihre öffentliche antisemitische Hetze benutzen. (FR, 30.10.98)

9.11.98: In der Nacht zum 9. November wird in Berlin Tiergarten ein Mahnmal zur Erinnerung an die Judendeportationen mit drei in eine Stahlplatte geritzten Hakenkreuzen geschändet. Zur selben Zeit fliegt auf dem jüdischen Friedhof in Potsdam ein Stein in das Fenster des Gärtnerhauses. (jw, 10.11.98)

19.12.98: Auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland Heinz Galinski wird erneut ein Sprengstoffanschlag verübt, der die Grabplatte in der Form eines Buches zerstört. (FR, 21.12.98)

1998 gab es offiziell insgesamt 991 antisemitische Straftaten, darunter 14 Körperverletzungen. (Antifa Nachrichten, 15/99 nach Zahlen des BMI) Die Zahl der Anschläge auf jüdische Einrichtungen in Berlin ist 1998 um 20% gestiegen. (FR, 21./22.12.98)

11.-17.01.99: Die steinernen Eingangssäulen und ein Grab auf dem jüdischen Friedhof in Göttingen werden mit Hakenkreuzen beschmiert.(FR, 19.1.99)

18.01.99: In Göttingen werden vier große weiße Hakenkreuze auf die Mauer des jüdischen Friedhofs geschmiert. (FR, 19.1.99)

Erste Februarwoche 99: Die Polizei in Dresden verheimlicht zwei Wochen lang, daß auf eine Friedhofsmauer in der Nähe der Dresdner Synagoge folgende antisemitische Naziparole aufgesprüht worden ist: „Das sind nicht genügend tote Juden. Wir wollen mehr". (Jungle World 9, 24.2.99)

4.3.99: Auf dem jüdischen Friedhof in Eltville (Rheingau-Taunus Kreis) werden sechs umgeworfene Grabsteine entdeckt. (FR, 5.3.99)

4.3.99: Nazis bringen Hakenkreuzschmierereien an der Außenwand des Hauses an, in dem sich die Redaktion der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung in Bonn befindet. (Jüdische Allgemeine Zeitung, 18.3.99)

22.04. 99: mit der Schändung von 85 Gräbern auf einem jüdischen Friedhof in Nürnberg ist nach Polizeiangaben der bisher schwerste Fall einer Schändung von jüdischen Gräbern in der Stadt verübt worden. (taz, 23.4.99)

Juli 99: In Verden wird der jüdische Friedhof zerstört (FR, 10.7.99)

Juli 99: Ein Denkmal in Göttingen, das an die Brandstiftung in der Synagoge durch Nazis während deren Herrschaft erinnert, wird mit schwarzen Hakenkreuzen beschmiert.(taz, 17.7.99)

9.7.99: Auf dem jüdischen Friedhof bei Ottersberg im niedersächsischen Landkreis Verden werden neun der 20 Grabsteine umgeworfen und Hakenkreuze in Grabsteine geritzt. (FR,10.7.99)

Juli 99: Die jüdische Gemeinde in Brandenburg stellt Strafanzeige gegen eine Gruppe Nazis aus Cottbus und Neupetershain: Bei einer Diskussionsveranstaltung mit israelischen Journalisten in Greifenhain hatten Nazis den Nazi-Völkermord an den Juden geleugnet und den Völkermord als eine jüdische Erfindung bezeichnet. Außerdem hatten sie eine Hitlerrede abgespielt. (FR, 10.7.99)

28.07.99: Sechs von acht Skulpturen zur Erinnerung an die Häftlinge des KZ Buchenwald werden umgeworfen. (FR, 29.7.99)

31.08.99: Auf dem jüdischen Friedhof in Fischach bei Augsburg werden acht Grabsteine umgeworfen. (FR, 1.9.99)

Anfang September 99: In Berlin wird die Ausstellung der Geschichtswerkstatt „Miphgasch" über die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Nazi-Deutschland durch einen Nazi-Brandanschlag fast völlig zerstört. (Jungle World, 8.9.99)

07.09.99: Die 2 x 0,8 Meter große Tafel auf einen jüdischen Gedenkstein in Alsfeld (Vogelsbergkreis), die an die Zerstörung der Synagoge in der Reichspogromnacht erinnert, wird mit einem Eimer blauer Farbe übergossen. (FR, 9.9.99)

3.10.99: Auf das Denkmal für die deportierten Juden an der Putlitzbrücke in Berlin Tiergarten werden Hakenkreuze und SS-Runen geschmiert. Ebenfalls mit Hakenkreuzen beschmiert wird das Brecht-Denkmal vor dem Berliner Ensemble in Berlin Mitte. In Berlin-Weißensee findet man Nazi-Schmierereien auf einer Stele für den Widerstandskämpfer Anton Saefkow. Höhepunkt ist die Schändung des Friedhofs in Weißensee, des größten jüdischen Friedhofs in Europa, wo mindestens 103 Grabsteine umgeworfen und teilweise zerstört werden. (Arbeiterkampf 431)

11.10.99: Eine Woche nach der Schändung des jüdischen Friedhofs Berlin-Weißensee ist dort

auch noch ein Brandanschlag versucht worden. An der Friedhofsmauer werden zwei „Molotow-Coctails" abgestellt, die aber nicht explodieren. (FR, 12.10.99)

Oktober 99: Auf den jüdischen Friedhöfen in Weitersburg und Bendorf in Rheinland – Pfalz werden insgesamt 45 Gräber geschändet. Nach Polizeiangaben aus Koblenz werden auf dem Weitersburger Friedhof acht Grabsteine umgeworfen, vier weitere mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht. Auf dem Bendorfer jüdischen Friedhof werden 33 Grabsteine umgeworfen und einige zerbrochen. (FR, 23.10.99)

Dezember 99: Eine Liste der sogenannten „Anti-Antifa Saarpfalz" mit Mordaufrufen und 150 Namen und Adressen taucht auf, darunter befinden sich die Büroadressen sämtlicher jüdischer Gemeinden in Deutschland. (FR, 23.12.99)

20.4.00: In Erfurt verüben Nazis, die zuvor den sogenannten „Führergeburtstag" feiern, einen Brandanschlag auf die Synagoge. Nur durch Zufall entsteht kein größerer Schaden, da Anwohner den Brand bemerken und ihn rasch löschen können. Die später gefaßten Nazis sind bzw. waren Mitglieder der NPD bzw. des „Bund Deutscher Patrioten". (Junge Welt, 22.4., FR, 26.4. und 28.4., taz 28.4.)

12.6.00: Nazis verwüsten ein Massengrab und eine Gedenktafel des ehemaligen KZ Wöbelin in der Nähe von Schwerin. (taz, 13.6.00)

Im zweiten Quartal 2000 registriert das Bundeskriminalamt insgesamt 157 antisemitisch motivierte Straftaten, 47 Fälle mehr als im selben Vorjahreszeitraum. Die meisten der antisemitischen Delikte, nämlich 26, wurden in Bayern registriert. (FR, 9./10.9.00)

27.7.00: Bei einem Bombenanschlag in Düsseldorf-Wehrhahn gegen eingewanderte Menschen aus der Sowjetunion, darunter sechs Jüdinnen und Juden, werden zwei Menschen schwer verletzt, eine schwangere Frau verliert das Ungeborene. *(Siehe genauer im Hauptteil dieses Buches)*

2.8.00: In der Nacht schänden Unbekannte mit Naziparolen und Nazisymbolen ein Mahnmal in der Außenstelle Sandbostel des Konzentrationslagers Neuengamme. Sie sprühen Hakenkreuze, Runen und Parolen wie „Juden raus" an die Gedenkstätte. (FR, 14.9.00)

5./6.08.00: Nazistische Schmierereien werden in der westmecklenburgischen Gemeinde Köchelstorf bei Gadebusch entdeckt. In der Pfalz werden zwei jüdische Friedhöfe geschändet: In Dielkirchen und Rockenhausen im Donnersbergkreis besprühen Nazis 14 Grabsteine mit SS-Runen und Hakenkreuzen. (FR, 14.9.00)

7.8.00: Die Polizei entschärft eine Bombe vor dem Haus einer Bamberger Familie, von der ein 1989 verstorbener Angehöriger jüdischen Glaubens war. (FR, 14.9.00)

16.08.00: Nazis schänden nachts eine jüdische Gedenkstätte im Berliner Stadtbezirk Mitte. Die Täter beschmieren eine kupferne Mahntafel, auf der in hebräischer Sprache an die Judenverfolgung im 16. Jahrhundert erinnert wird. (FR, 14.9.00)

Nach einer Untersuchung des Moses-Mendelssohn Zentrums hat sich die Anzahl der Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen in den 90er Jahren im Vergleich zu den 70er und 80er Jahren mehr als verdoppelt. (FR, 26.9.00)

Inhalt

Vorwort 5

I. TATSACHEN 11

CHRONOLOGIE DER RASSISTISCHEN ÜBERFÄLLE, POGROME UND MORDE

1. Hoyerswerda: Gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991) 13
2. Mannheim-Schönau: Gegen Asylsuchende (Mai/Juni 1992) 30
3. Rostock: Gegen Roma und Vietnamesen und Vietnamesinnen (August 1992) 32
4. Mölln und Solingen: Gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992, Mai 1993) 36
5. Magdeburg: Gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994) 38
6. Lübeck: Gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996) 42
7. Lübeck und Düsseldorf: Gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995, Juli 2000) 45

II. NAZIS, STAAT UND MEDIEN 51

VON SUBTILER HETZE BIS OFFENEM TERROR

8. Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand 54
9. Die Opfer werden zu Tätern gemacht 127
10. Antisemitismus 145

III. AKTIONEN GEGEN DIE NAZIS 151

11. Widerstand der Opfer, Solidarität, Entlarvung 151

Eine notwendige Nachbemerkung:
Warum der Kampf gegen den Nazi-Terror und der Kampf gegen den staatlichen Terror nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen 181

ANHANG 183

Chronologie: 10 Jahre Nazi-Terror

Nazi-Morde

1989–1999

– eine unvollständige Chronik –

1989

17. 2. Geburtstag: Ein Obdachloser wird von zwei Nazis in seinem zusammengelegten Bett, das er heute Zelt nennt, getötet.

1990

6. 3. Berlin. Der polnische Staatsbürger Michael Abdul Fatah (19) ist in seiner Wohnungen, nachdem er im Januar von einem rassistischen Deutschen zusammengeschlagen wurde.

7. 10. Lübtheen (Grenzübergang): Der Pole Andrzej Fratczak wird von einer Gruppe Nazis durch einen Messerstich getötet.

17. 11. Kempten (Allgäu): Ein Mann aus der Türkei stirbt nach einem Brandanschlag.

17. 11. Berlin. Ein Jüdischer Friedhof wird geschändet.

21. 11. Eberswalde. 30 Nazis greifen eine Gruppe von Arbeitern aus Angola und Mosambik an und töten den Angolaner Antonio Amadeu.

11. 12. Berlin-Lichtenberg: Drei Nazis, die als Gesamtalter zusammen 60 Jahre alt sind, prügeln so brutal auf einen 30-jährigen Algerier ein, daß dieser ins Koma fällt und stirbt.

28. 12. Hechelberg a. d. Wahrenwald: Der 17jährige Kamke (Skin) wird tot auf einer Straße von einer Nazi-Gruppe erstochen.

31. 12. Flensburg: Ein Nazi verletzt einen 19jährigen. Ob dieser es überlebt, ist, als die Ärzte operieren, offen.

1991

1. 1. Rostock (Lichtenhagen): Alexander Selchow wird von zwei Nazis erstochen.

3. 2. Sachsen: Ein Mann aus Afghanistan stirbt nach einem Überfall auf eine Nazi-Gruppe und ist nicht weiter medizinisch zu retten.

21. 3. Dresden: Drei rassistisch motivierte Anfälle. Jorge Pérez Gonzalez wird in der Straßenbahn zusammengeschlagen und muß sich stationär behandeln lassen, Ein Inder wird verletzt.

6. 5. Cottbus: Der 22jährige Mathias Bauer wird von 20 Nazi-Skinheads angegriffen und mit einem Messer in den Rücken gestochen. Am 6. 3. 1992 erliegt er seinen Verletzungen.

1. 6. Leipzig: Ein Nazi tötet einen 35jährigen Mann nach einem Streit aus der Straßenbahn. Der Mörder erhält wenige Tage später in seinem Versteck Morgen.

4. 6. Hünfeld (Hessen/Fulda): Mehmet Kaya wird von zwei Nazis angegriffen und erstochen.

16. 6. Frankfurt/Oder: Der 30jährige Angolaner Agostinho wird von einem Dritte Nazi erstochen.

7. 7. Cottbus: Ein Sinto wird von rassistischen Deutschen erschossen.

10. 9. Saarlouis: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft stirbt Samuel Kofi Yeboah aus Ghana.

23. 9. München: Ein Mann aus Pakistan wird von zehn Nazis überfallen und lebensgefährlich verletzt. Er stirbt am 10. 12. 1991.

12. 11. Berlin. Nach Auseinandersetzungen mit rassistischen Deutschen stirbt der 20jährige Mosambikaner Jorge Gomondai.

3. 12. Hohenstein-Ernstthal (Mecklenburg-Vorpommern): Gerd Bauer (44) wird von Nazis erschlagen.

16. 12. Der 27jährige Timo Kählke wird erschossen und in seinem Auto verbrannt. Die Tat dringend verdächtig ist der, Wasserpolizeichef Sven Beelitz.

1992

9. 1. Augsburg: Ein Nigerianer stirbt nach einer Auseinandersetzung mit einer Gruppe Nazis.

11. 1. Hannover: Ein Bauarbeiter eines Abbruchkommandos wird von einem Kündigungsschutzbrief so schwer mißhandelt, daß er sein rechtes Auge verliert.

31. 1. Lampertheim: Eine dreiköpfige Familie von Sinti konnte sich in einem rechtzeitigen Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in Sicherheit bringen.

6. 2. Radevojce bei Mannheim: Ein Mann aus der Türkei wird von Nazis ermordet.

14. 3. Todt bei Kyritz: Der 19jährige Gregoriade Obirikorang wird von einem Nazi von rund 40 rassistischen Deutschen überfallen und ermordet.

18. 3. Bautzen: Der 23jährige Guiber Babanakkar wird von zwei Nazis zusammengeschlagen, weil er keiner ihrer Vorstellungen genügt hat. Drei Tage später erliegt er seinen Verletzungen.

19. 3. Flensburg: Der 17jährige Gambier Bubacar Saidy Ceesay wird von einem Nazi zusammengeschlagen und stirbt an seinen Verletzungen.

4. 4. Mölln: 8 Uhr. Nach Brandstiftung in einer Flüchtlingsunterkunft stirbt der dreijährige Yeliz Arslan.

14. 4. Berlin-Hohenschönhausen: Der 22jährige Vietnamese Hoa Thi Le wird auf offener Straße von zwei Nazis erstochen. Die Täterin ist unbehelligt von den Deutschen einem Verhör frei.

29. 4. Velgast / Rostock: Ein Polizeibeamter stirbt einem Feld von einem Mitglied der Nazi-Gruppe „Nationalen Front" totgeschlagen.

10. 5. Magdeburg: 60 Nazis überfallen ein Gartenfest. Der 23jährige Mosambikaner Jorge Ndumbo Mbanga Kapuma wird von einem Nazi mit einem Messer erstochen.

1. 7. Neuenhagen (Brandenburg): Ein Nazi ermittelt den 30jährigen Emil Wendland. Dieser war Zeuge von mehreren Nazis dabei, sie Schüsse und Rufe Heil mit anzuhören.

5. 7. Zwei Polizisten, Zwei Jäger und Nazis begehen gemeinsam eine „Hetzjagd" durch das Brandenburger Land. Ziel ist, einen Flüchtling zu fangen und ihn dann zu erschießen.

8. 7. Zwei Polizisten, Zwei Jäger und Nazis begehen gemeinsam eine „Hetzjagd" durch das Brandenburger Land. Ziel ist, einen Flüchtling zu fangen und ihn dann zu erschießen.

11. 7. Bad Frankenhausen: Der 27jährige Vietnamese Nguyen Van Tu wird auf offener Straße von einem Nazi erschossen. Die Täterin ist unbehelligt von den Deutschen einem Verhör frei.

29. 8. Velgast / Rostock: Ein Polizeibeamter stirbt einem Feld von einem Mitglied der Nazi-Gruppe „Nationalen Front" totgeschlagen.

10. 9. Magdeburg: 60 Nazis überfallen ein Gartenfest. Der 23jährige Mosambikaner Jorge Ndumbo Mbanga Kapuma wird von einem Nazi mit einem Messer erstochen.

19. 10. Berlin: In der Nähe des Autobahnkreuzes erfolgen mehrere Attacken eines 30köpfigen Personen zusammen und gefangen Fremden.

Nov. Königs Wusterhausen (Brandenburg): Emil Wendland stirbt, weil er in der Nähe der S-Bahn ist aufgefordert, nachdem Deutsche von Nazi von einer Gruppe gesehen.

7. 11. Brandenburg: Drei Nazis ermorden den 30jährigen Obdachlosen Emil Wendland, Nachdem sie ihn am Bahnhof angesprochen, überfallen sie ihn mit Fäusten und Stiefeln.

13. 11. Wuppertal: Drei Nazis mißhandeln den 50jährigen Kubaner Pablo Rich so heftig, daß Rich an den Folgen stirbt.

21. 11. Wismar: Der 22jährige Jude Alfred Salomon stirbt nach einer Schlägerei mit einem alkoholisierten Deutschen, der „Ausländer raus" in einem Restaurant rief.

21. 11. Osterode: Nach Streitigkeiten den 27jährigen Asylsuchenden Attila Ataker und verletzen mehrere seiner Begleiter.

23. 11. Mölln: Ein neuer Brandanschlag von Nazis auf zwei von ehemaligen Türken und der Türkei bewohnte Häuser forderten Viele Verletzte (19), Yildiz Arslan (51) und Ayse Yilmaz (14). Neun weitere Bewohner mußten zum Teil schwer verletzt.

6. 12. Hoyerswerda: Ein bis dahin Arbeiter stirbt bei einem Brandanschlag.

18. 12. Chemnitz/sorg: Der Arbeiter Manfred Lenzen bricht und wird von 2 Nazis mit Tritten und Schlägen zu Tode getreten.

27. 12. Hennef: Baldo Cellak wird von Nazis durch Axte getötet.

1992 Der Antifa-Tot Norbert Wolf (Wolli) stirbt 1992 an den Folgen seiner schweren Kopfverletzungen.

1993

7. 1. Wismar: Ein Nazi tötet einen Obdachlosen mit.

15. 1. Erfurt: Zwei Nazis angreifen in einen Mann und stechen ihn mit einem Auto, das sie stehlen erhielt.

18. 1. Auerbach: Zwei Nazis prügeln Karl Hahn zusammen und treten ihn auf seine wehrlos am Boden liegenden Körper, wo er von seinem Auto überfahren wird.

22. 1. Freiburg: Die Antifaschistin Nadia Kiwit wird auf dem Heim Nach Feierabend Gruppe ermordet.

23. 1. Schleswig: Ein Punk wird von einem Nazi im Verlauf einer Schlägerei mit einem Messer erstochen.

3. 2. Jena: Der Antifaschist Oliver H. wird ermordet in seiner Wohnung aufgefunden. Freunde von Olaf bezweifeln auf Grund häufiger Nazi-Drohungen, daß es Selbstmord war.

19. 2. Hoyerswerda: Die Gruppe von Nazis greift Mutter einer Familie, schlägt Nilla Sema zusammen und tritt ihr auf den Kopf.

26. 2. Hoyerswerda: Die Nazis greifen eine Gruppe Angolaner an.

9. 3. Mutlangen: Der 20jährige Bilecik Fechner (Mordlust, Deutsch) wird am Kopf von einer Gruppe Nazis gegen Ausländer angegriffen und stirbt an den Folgen.

27. 4. Chemnitz (Sachsen-Anhalt): Mehmet Kilinc wird in der Folgezeit der Verletzungen, die er beim Überfall von Nazis am 24. April auf eine von Ausländern wies und Antifaschisten besuchte Diskothek erlitten hatte.

29. 4. Thüringen: Mitglieder einer Nazi-Mafia-Bande ermorden Rudolf Beyer.

5. 6. Fockenmühle: Zwei Nazis mißhandeln den Obdachlosen Horst Hennenhof über mehrere Stunden zu Tode.

20. 5. Coburg: Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnhaus wird die Mutter ermordet, weil sie weiten wurden verletzt.

21. 5. Cottbus: Ein 3jähriger Mann, der mit einer türkischen Bekannten und einer 3jährigen Freundin auf einem Fest von Nazis verübt wurde, stirbt kurze Zeit darauf.

29. 5. Solingen. Bei rassistisch Brandanschlag werden fünf Menschen aus der Türkei, Saime Genç, Hatice Genç, Hülya Genç, Gülüstan Öztürk und Gülüstan Genç, getötet, ermordet.

10. 6. Dresden: Ein Arbeiter wird von einem Nazi bei einem Brandanschlag.

17. 6. Cottbus: Der 17jährige Turkmene Farhad Akdeniz wird von rassistischen Jugendlichen rassistischen Deutschen erschossen.

29. 6. Mölln: Ein weiterer Brandanschlag auf ein Wohnhaus wird verübt, wobei eine Person verletzt wird.

16. 7. Mölln (Schleswig-Holstein): Ein Nazi verletzt einen 30jährigen Obdachlosen mit Fäusten und Schlägen und tritt ihn mit „Todesstiefeln" so schwer, daß an einem Verletzungen stirbt. Ein Nazi verletzt einen 30jährigen Obdachlosen mit Fäusten und Schlägen und tritt ihn mit „Todesstiefeln" so schwer, daß an einem Verletzungen stirbt.

23. 7. Lübeck: Ein Nazi tötet einen weiteren Mann. Ihm Täter war bei einer Schlägerei mit einem Messer erstochen.

29. 7. Brandenburg: Der Arbeiter Antonio Amadeu wird von einer Nazi-Gruppe zusammengeschlagen und stirbt an den Folgen seiner Verletzungen.

19. 8. Wismar: Der Bauer Dr. Rüdiger Nehrdich wird von 6 deutschen Jugendlichen zusammengeschlagen, in Tod getötet und in den Orte Hamburg gejagt.

5. 10. Saarlouis: Ein Nazi ermordet einen Mann aus Ghana.

10. 10. Osnabrück: Ein Obdachloser von der Straße wird von Nazis durch Messerstiche ermordet.

7. 12. Hamburg-Harburg: Die Flüchtlinge Kondo Jumba und Cornelia und ein dritter Flüchtling aus Hamburg nach Bremen ermordet.

25. 12. Mölln: Ein Nazi tötet einen Mann aus Ghana.

1993 Der Antifa-Tot Norbert Wolf (Wolli) stirbt 1993 an den Folgen seiner schweren Kopfverletzungen.

1994

A. 1. Hamburg-Eimsbüttel: In einer Flüchtlingsunterkunft wird gegen eine bewohnte Roma-Familie ein Nazi-Brandanschlag verübt, in dessen Folge die 27jährige Romni Ilona Lacatos, 2, Februar die 5jährige Nadine Lacatos sowie am 12. März die 1jährige Jasmin Lacatos.

1. 2. Ein weiterer Flüchtling wird in Lübeck, derzeit „Minder Flüchtlinge" bei einem deutschen Fischkutter erstickt getötet, wird in einer Mannschaft über Bord geworfen und ertrinkt.

10. 3. Stuttgart: Bei einem Brandanschlag von einem Nazi starben sieben Menschen, vier von ihnen Kinder, und 16 wurden schwer verletzt.

20. 4. Cottbus: Bei einem Brandanschlag auf ein Wohnheim in Cottbus starb eine Frau aus der Türkei.

20. 5. Leipzig: Sechs Nazis prügeln einen aus Gambia in Mann mit dem Ziel in den Tod, sterben und, zu Tode.

22. 6. Bochum: Bei einem Brandanschlag auf ein Haus, indem hauptsächlich Flüchtlinge aus dem Libanon leben, entsteht der 5jährige Hassan Ghaleb Kaadi.

16. 7. Berlin. 8 Faschos greifen 2 Männer auf Höhe ca. Eröbel in der Nähe des Sees, die sie schlagen und treten.

6. 8. Velten: Brandanschlag. Gamze Kubaşık wird von zwei Nazis niedergeschossen und mit einem schweren Schrotgewehr schwer verletzt.

27. 9. Abgeschlagen: Paul Bindobel stirbt an den Folgen seiner Verletzungen von Nazi-Angriffen in Magdeburg vom 12. Mai 1991.

8. 11. Rotenburg: Ein Nazi ermittelt den 30jährigen Peter Kuhn.

20. 11. Lübeck: Ein Nazi ermittelt den 6jährigen Mehmet Gülüne, der einige Monate vor Brand ermittelt hat.

1994 Der Antifa-Tot Norbert Wolf (Wolli) stirbt 1994 an den Folgen seiner schweren Kopfverletzungen.

1995

6. 1. Zeil, bei einem Brandanschlag sterben zwei Menschen, die Mutter und ihr Sohn, die sie Alter von 2 und 4 Jahren.

6. 1. Mecklenburg: Ein Mann aus Sierra Leone wird bei einem Brandanschlag auf einen Wohnwagen schwer verletzt.

9. 2. Velbert (Nordrhein-Westfalen): Im Stadtpark ermitteln 7 Nazis den Obdachlosen Horst Pollak.

Juni Sachsen: Peter T. stirbt 3 Tage nach einem Nazi-Überfall in Sachsen im Krankenhaus.

29. 8. Uhr: bei einem Brandanschlag auf ein Haus in welchen sie auf Pflücken, dass von Ghana und 4 von Türken ermordet.

9. 9. Lübeck: Bei Brandstiftung wird das Haus von der Polizei wegen Brandstiftung auf eine Pflicht in Lübeck.

7. 9. Amtsberg (Sachsen): Zwei Nazis werden das Homosexuellen 10 von Peter Beer bei einem Pfeil, von denen erstirbt.

24. 12. Burglemm: Bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft sterben 3 Kinder.

1995 Vier Menschen, darunter die Asylsuchtin Patricia Wright, werden von drei Nazis unter Feuer gehalten. Nach Tagen erliegt sie ihrer Verletzung.

1996

15. 1. Lübeck: Zum Nazi-Massaker werden 10 Menschen, bei Zeus, Ghana, Togo, Tanzania, Syrien und dem Libanon ermordet. Ihre Namen sind: Ibrahim Kanbi (27), Charlotte Makalla, 11 Jahre, (8), Jean-Daniel Makalla, Knoll (5), Legrand Makalla, Mädchen (4), Miriam Makalla (10), Guido Makalla (6), Ibrahim El Omeri (17), Silvio Bruno C. Lamarre (17), Mustafa Michaela Rosa (27), Hüseyin Papa (19).

15. 1. Brandenburg: Der Asylsuchte Sven Beelitz wird von einem Nazi ermordet.

8. 6. Leipzig: Der 42jährige Bernd G. wird von drei Nazis ermordet.

19. 7. Spremberg: Der Arbeiter Wolfgang Wiehlow wird von 6 Nazis zu Tode mißhandelt.

21. 10. Leipzig: Der Syrer Ahmad Bakkir wird von zwei Nazis mit Messerstichen ermordet.

1997

1. 1. Greifswald: Vier deutsche Rassisten ermorden einen 47jährigen Obdachlosen.

31. 1. Friedersdorf (Brandenburg): Der Vietnamese Phan Van Tien wird von einem Nazi-Mob schwer verletzt, daß seine Wirbelsäule verletzt, daß seine Wirbelsäule verletzt.

2. 2. Abgeschlagen: Der Punk Frank Böttcher wird von Nazis ermordet.

12. 2. Cottbus (Brandenburg): Der Vietnamese Nguyen Anh Lam wird von einem Nazi-Mob schwer verletzt, daß seine Wirbelsäule verletzt.

22. 4. Schönitz (Sachsen-Anhalt): Marinus Gomez wird von vier Nazis zunächst mit Gewalt und mit Messern und später mit einem 20 Kilometer schweren Stein ermordet.

6. 5. Kempten (Württemberg): Der Asylsuchte Augustin Diebold wird von Nazis in seiner Wohnung mehrfach überfallen, wegen seiner Hautfarbe als „Negersau" beschimpft und tot Tode gejagt.

4. 6. Frankfurt/Oder: Polizeibeamte stand mehrfach durch Brandstiftung stirbt der 3jährige Yaron Andrej Morgal.

23. 8. Potsdam: Ein 48jähriger Mann wird von Nazis mit Baseballschlägern ermordet.

29. 9. Cottbus: Der 19jährige Matthias Lehmann wird von einem Nazi ermordet, als er ihn als „Nazi-Sau" angriff. Vier Tage später ermordet der gleiche Nazi den 40jährigen Georg V.

14. 10. Buchholz: Der 39jährige Josef Anka Owe, wird von mehreren Nazis ermordet.

1998

24. 3. Stralsund: Die 16jährige Antifaschistin Jana Georgiewski von einem Nazi angegriffen und schwer Beute verletzten.

Juli Leipzig: Der portugiesische Staatsangehörige Idalo Lourenco wird von 8 Nazis so brutal zusammengeschlagen, daß er am 29. Dezember in Portugal an seinen Verletzungen stirbt.

1999

13. 2. Guben: Der algerische Flüchtling Omar Ben Hadi wird nach einer regelrechten Nazi-Hetzjagd von den Augen der deutschen Behörden in den Tod getrieben.

20. 3. Duisburg-Wanheim: Der 3jährige Eyup Sürücü wird von einem Nazi mit Tritten und einem Stein ermordet.

9. 6. Eschede (Nr. Nordhorn): Hasan wird von zwei Nazis festgehalten und, als er die anderen angreifen, angezündet und verbrannt.

20. 8. Kaltenmoor (Bayern): Guter Bernardo aus Mosambik ist 48 Jahren Wochen nach einem rassistischen Angriff an seinen Verletzungen.

21. 10. Hohenstein-Ernstthal: Der 17jährige Frank Pehlak, Thüringer wird von Nazis ermordet.

6. 10. Berlin-Lichtenberg: Der 35jährige Karl Schneider wird von vier Nazis mit Faustschlägen und niedergestreckt.

23. 10. Dortmund: Ein Nazi ermittelt einen 36jährigen Punk.

Stand: September 2000

Nichts vergessen, nichts vergeben!

Plakat zu bestellen bei: Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzer Str. 4, 60327 Frankfurt/Main, Fax: 069/730920
Drucker, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: A. Odenthal, Vertrieb für internationale Literatur, Brunnlätter, P. 10119 Berlin

Plakat A2

zu bestellen bei:

Buchladen Georgi Dimitroff

Speyererstr. 23

60327 Frankfurt/Main, Fax: 069 / 73 09 20

Anzeige:

8. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

Dokumentation
1993 bis 2000

Zusammenstellung: Antirassistische Initiative Berlin
Yorckstraße 59 10965 Berlin FON 030 - 785 72 81 FAX 030 - 786 99 84

Reader, 174 Seiten

zu bestellen bei:

Antirassistische Initiative e.V.

Yorckstr. 59

10965 Berlin

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Band 1:
Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei

Anhang: Statut des Bundes der Kommunisten

92 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-00-7

Band 2:
Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms

96 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-01-5

Band 3:
W. I. Lenin

Staat und Revolution

159 Seiten,15 DM
ISBN 3-932636-02-3

Band 4:
J. W. Stalin

Über die Grundlagen des Leninismus

137 Seiten, 15 DM
ISBN 3-932636-03-1

Band 5:
W. I. Lenin

Was tun?

276 Seiten, 20 DM
ISBN 3-932636-04-X

Band 6:
J. W. Stalin

Über dialektischen und historischen Materialismus

41 Seiten, 4 DM
ISBN 3-932636-05-8

Band 7
W. I. Lenin

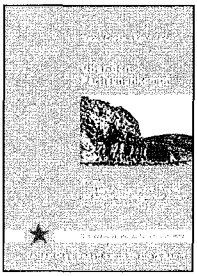
Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus

W. I. Lenin

Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus

190 Seiten, 15 DM
ISBN 3-932636-36-8

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



Marx, Engels, Lenin, Stalin

Über den Partisanenkampf

Anhang:
Lenin und Stalin zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfs der Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge behandeln die Grundlagen und Grundfragen des Partisanenkampfs und sind Ausgangspunkt für eine umfassende Analyse der Partisanenkämpfe gegen den Nazifaschismus sowie eine Waffe im Kampf gegen den revisionistischen „friedlichen Weg zum Sozialismus".

200 Seiten, 15 DM
ISBN 3-932636-11-2

Béla Fogarasi

Dialektische Logik

mit einer Darstellung
erkenntnistheoretischer Grundbegriffe

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiert und rechtfertigt, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, 30 DM
ISBN 3-932636-12-0

Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) 1919

Programm der Kommunistischen Internationale 1928

Anhang:
Statuten der Kommunistischen Internationale

J.W. Stalin:
Über das Programm der Kommunistischen Internationale

Das 1928 verabschiedete Programm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die programmatische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden kommunistischen Weltbewegung; das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten siegreichen proletarischen Revolution – die programmatische Arbeit der kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurückkommen müssen.

ca. 210 Seiten, ca. 20 DM
ISBN 3-932636-19-8

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

Autorenkollektiv

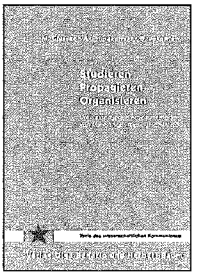
Lehrbuch der politischen Ökonomie

J.W. Stalin:

Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

520 Seiten, 40 DM
ISBN 3-932636-21-X



M. Glasser / A. Primakowski
B. Jakowlew

Studieren Propagieren Organisieren

Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

ca. 150 Seiten, ca. 15 DM,
ISBN 3-932636-20-1

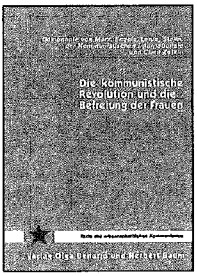
W. I. Lenin / J. W. Stalin

Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

140 Seiten, 10 DM,
ISBN 3-932636-22-8

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

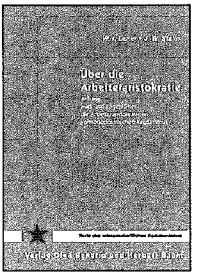


Dokumente von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der Kommunistischen Internationale und Clara Zetkin

Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung steht die Frauenfrage als Frage der proletarischen Revolution, als Frage des Kampfes für den Sozialismus und Kommunismus. Es finden sich u.a. Texte über die Ursprünge der Unterdrückung der Frau, die Perspektive ihrer Befreiung sowie über Probleme und Fragen der kommunistischen Arbeit unter den werktätigen Frauen.

180 Seiten, 15 DM,
ISBN 3-932636-18-X



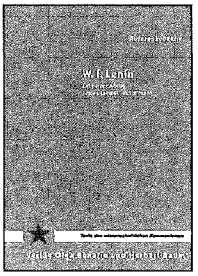
W. I. Lenin / J. W. Stalin

Über die Arbeiteraristokratie

Anhang:
Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofite, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

ca. 115 Seiten, ca. 10 DM,
ISBN 3-932636-23-6



Autorenkollektiv

W. I. Lenin

Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, 30 DM,
ISBN 3-932636-35-X

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

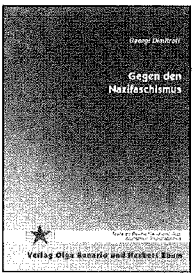
Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum

Alfred Klahr

Gegen den deutschen Chauvinismus

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht im Mittelpunkt die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus und dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, 10 DM,
ISBN 3-932636-13-9



Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem 7. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

ca. 160 Seiten, ca. 15 DM,
ISBN 3-932636-25-2

Das Potsdamer Abkommen

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedelungen nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

ca. 100 Seiten, ca. 10 DM,
ISBN 3-932636-24-4

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf lernen kann und lernen muß vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes.

210 Seiten, 25 DM,
ISBN 3-932636-34-1

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das Internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge in diesem Dokument von 1949 genauestens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

250 Seiten, 20 DM,
ISBN 3-932636-26-0

Autorenkollektiv

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte

(1945 – 1946)

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

710 Seiten, 65 DM
ISBN 3-932636-38-4

10 Jahre
„Deutsche Einheit":

Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf

Nazis, Staat und
Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation" wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch" bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands" seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „links-fortschrittliche" Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

222 Seiten, 25 DM
ISBN 3-932636-37-6

Materialien

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel aus der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel aus der Kommunistischen Internationale

Anhang: Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel" (1952)

200 Seiten, 20 DM
ISBN 3-932636-32-5

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Díaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens", Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg", Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit", Moskau 1937

680 Seiten, 60 DM,
ISBN 3-932636-31-7

Die Kommunistische Internationale

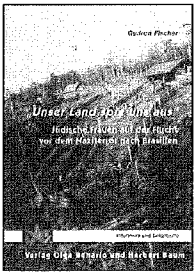
in Resolutionen und Beschlüssen

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

Bd. 1: 1919 – 1924,
416 Seiten, 60 DM,
ISBN 3-932636-27-9

Bd. 2: 1925 – 1943,
452 Seiten, 70 DM,
ISBN 3-932636-28-7

Interviews und Dokumente



Gudrun Fischer

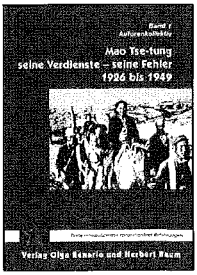
„Unser Land spie uns aus"

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazideutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland" gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, 25 DM,
ISBN 3-932636-33-3

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



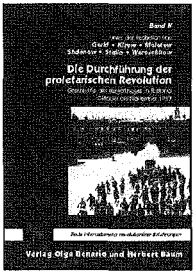
Autorenkollektiv

Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler

Band 1 • 1926 – 1949

Es handelt sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke. Es geht um seine Positionen zur demokratischen Revolution und zum Volkskrieg in China, die gegen die revisionistischen Fälscher sowie auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet werden

400 Seiten, 35 DM,
ISBN 3-932636-14-7



Unter der Redaktion von:
Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow

Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisierung und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

Band 1:
Die Vorbereitung der proletarischen Revolution

Von Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917

530 Seiten, 40 DM
ISBN 3-932636-15-5

Band 2:
Die Durchführung der proletarischen Revolution

Oktober 1917 bis November 1917

750 Seiten, 50 DM
ISBN 3-932636-16-3

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

S. Mstislawski

Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteiarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, 30 DM
ISBN 3-932636-17-1

A. Schapowalow

Auf dem Wege zum Marxismus

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler", die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomisten" 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, 30 DM
ISBN 3-932636-29-5

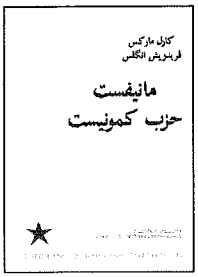
I. Popow

Als die Nacht verging

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, 40 DM
ISBN 3-932636-30-9

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen



Farsi:
97 Seiten, 8 DM,
ISBN 3-932636-10-4

Türkisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Komünist Partisi Manifestosu
97 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-06-6

Französisch:
Karl Marx/Friedrich Engels
Manifeste du Parti Communiste
82 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-08-2

Englisch:
Karl Marx/Frederick Engels
Manifesto of the Communist Party
83 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-07-4

Spanisch:
Carlos Marx/Federico Engels
Manifiesto del Partido Comunista
87 Seiten, 8 DM
ISBN 3-932636-09-0

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

VKS GmbH

Postfach 10 20 51

63020 Offenbach